

Mittwoch, den 16. Sept. 1942

7¹⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

Fahrt nach Haus Kressendorf.

11⁰⁰ Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staats-
sekretär Dr. Bühler und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf).

Krakau

Donnerstag, den 17. Sept. 1942

- 16⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 16¹⁵ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.
- 16³⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.
- 17⁰⁰ Hauptabteilungspräsident Naumann gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Zwischenbericht über die Ergebnisse der Ernteerfassungsaktion.

Bis zum 15. September seien 401.000 to Getreide erfaßt worden, während um die gleiche Zeit des Vorjahres erst 68.000 to in deutschen Händen gewesen seien. 80.000 to davon habe man bereits ins Reich geliefert. Dazu kämen 15.000 Stück Rindvieh und jede kommende Dekade würden weitere 19.000 Stück abtransportiert. Das Generalgouvernement sei aber in der Lage, eine größere Anzahl abzuliefern.

In einer Besprechung vom Vortage bei Staatssekretär Bühler habe Staatssekretär Krüger den Namen Behle genannt, der evtl. als Kommissar des Reiches zur Überwachung der Ablieferungen eingesetzt werden solle. Diese Maßnahme erübrige sich aber, da das Generalgouvernement seine Abmachungen mit dem Reich voll und ganz erfüllen werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er zu dieser Maßnahme nie seine Zustimmung geben werde.

- 17⁰⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

17.9.1942

17¹⁵ Sitzung des Befehlsstabes für die Ernteerfassung:

Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger und Hauptabteilungsleiter Naumann.

Staatssekretär Krüger erscheint nicht zur Sitzung. Dazu gibt Staatssekretär Dr. Bühler folgende Erklärung zu Protokoll:

Der Erntebefehlsstab der Regierung des Generalgouvernements - bestehend aus Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger und Hauptabteilungspräsidenten Naumann - sollte am 17. Sept. um 16⁰⁰ Uhr im Regierungsgebäude zusammentreten. Der Herr Generalgouverneur hat mir den Auftrag gegeben, die Sitzung auf die Burg zu verlegen, da er selbst den Vorsitz der Sitzung übernehmen wollte. Obergruppenführer Krüger, dem ich um 12³⁰ den neuen Termin auf der Burg mitteilte, hat sich mit der Verlegung einverstanden erklärt und sein Erscheinen zugesagt.

Als ich um 17⁰⁰ Uhr von der Burg aus in seinem Büro anrief, erklärte er mir, daß er zu der Sitzung nicht erscheinen werde. Auf meine Frage, warum er von seinem früheren Entschluß abweiche, erklärte er, daß eine diesbezügliche Weisung des Reichsführers SS habe^{er}.

Der Herr Generalgouverneur hat die Sitzung trotzdem abgehalten.

Hauptabteilungspräsident Naumann gibt dann einen eingehenden Bericht über die Ernteablieferung. Wenn man das bisherige Tempo in der Erfassung beibehalten könne, dann könne man mit einer Erfassung von 600.000 t innerhalb der nächsten drei Wochen rechnen. Diese Menge sei höher als das erfasste Gesamtkontingent des vorigen Jahres. Der Distrikt Radom marschiere an der Spitze. In manchen Kreisen seien bereits bis zu 80 % der Kontingente abgeliefert, im Kreis Garwolin

17.9.1942

fast 100 %.

Der Transport ins Reich stocke augenblicklich infolge Waggonmangels. Man habe bisher insgesamt 80.000 to der bisher abgeschlossenen 250.000 to geliefert; von den ins Reich abzuliefernden 350.000 Stck. Rindvieh seien 15.000 Stck. abtransportiert worden. Praktisch könne das Generalgouvernement größere Mengen zur Verfügung stellen, da die durchgeführte Viehregistrierung bei der Erfassung gute Dienste leiste. Im Augenblick sei die Lieferung nur ein Waggonproblem. Die Erfassung laufe so gut, daß man große Sorgen für die Unterbringung der riesigen Mengen in den Lagern habe. Im Generalgouvernement seien sämtliche Schulen für die Lagerung der erfaßten Kontingente beschlagnahmt; außer den jüdischen Synagogen habe man bis jetzt Kirchen noch nicht herangezogen. Erst nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten trete der Kreislandwirt an den Pfarrer heran, damit ihm dieser für die Getreidelagerung eine Kirche zur Verfügung stelle.

Die Druschkohlenaktion sei zur Zufriedenheit verlaufen. Die Zuckerfabriken, die infolge dieser Aktion in der Belieferung mit Kohlen stark benachteiligt worden seien, würden in diesen Wochen in erweitertem Umfange mit Kohlen versorgt.

Sehr ernst sei die Lage auf dem Gebiete der Treibstoffversorgung. Von den am 15. Juli zusätzlich für die Ernteerfassung angemeldeten 9.500 to. habe man bisher erst 130 to erhalten. Bis jetzt habe man die abgelieferten Getreidemengen in Notlagern auffangen können. Diese seien aber nunmehr überfüllt. Er könne die Ablieferungsaktion im jetzigen Augenblick auch nicht abstoppen, sodaß alle möglichen Behelfslager herangezogen werden müßten. Laufend würden auch

17.9.1942

große Baracken aus Worochta-Holz erstellt.

Die großen Lager in Budzyn und die Lager in Warschau, die von den Heinkel-Werken bzw. der Wehrmacht für ihre Zwecke beansprucht würden, seien restlos vollgefüllt.

Die Situation in der Zurverfügungstellung von Prämienwaren sei folgende: für 800.000 to des früheren Kontingents seien genügend Textilien vorhanden. Für die restlichen 160.000 to fehlten sie noch; ebenso fehlte für 150.000 to noch Petroleum. Für das neue Kontingent, für das man weitere Textilien im Werte von 14 Mill. Zloty benötige, habe Präsident Dr. Emmerich noch keine Zusage erteilt. Präsident Dr. Emmerich wolle sich deswegen an das Reich wenden. Für die Milcherfassung, die infolge erhöhter Lieferungen an die Wehrmacht um das Dreifache ausgedehnt werden müsse, reichten die dafür bereitgestellten Kerzen und Seife nicht aus.

In Schnaps sei Prämienware für 800.000 to Getreide vorhanden; für die restlichen 160.000 to des früheren Kontingents stehe eine Lieferungszusage seitens der Monopole noch aus. Für das neue Kontingent benötige man 3 Mill. Liter. Die Generaldirektion der Monopole erkläre, daß bei Lieferung dieser Menge die Versorgung der Deutschen im Generalgouvernement für die drei Monate Oktober, November und Dezember eingestellt werden müsse.

Zigaretten für das alte Kontingent seien vorhanden. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe zur Fabrikation der für das neue Kontingent benötigten 450 Mill. Zigaretten Hopfen an die Monopole geliefert. Dadurch seien

17.9.1942

die Monopole in die Lage versetzt, weitere 220 Mill. als Prämienware zur Verfügung zu stellen. Über die Lieferung der restlichen 230 Mill. Stück müsse noch verhandelt werden.

Die vom Sektor der Ernährung und Landwirtschaft bereitzustellenden Prämienwaren wie Zucker, Marmelade seien vorhanden.

Um diese riesigen Mengen ins Reich transportieren zu können, habe die Ostbahn im Benehmen mit der Hauptabteilung folgenden Verladeplan aufgestellt:

1. bis 15.9.42	täglich 226 Waggons
16. bis 19.9.42	" 498 "
20. bis 30.9.42	" 765 "
1. bis 31.10.42	" 754 "
1. bis 30.11.42	" 754 "
1. bis 15.12.42	" 487 "
16. bis 31.12.42	" 200 "

Nach Durchführung dieses Verladeplans habe das Generalgouvernement 600.000 to. Getreide, 280.000 to. Kartoffeln, 30.000 to. Vieh, 5.000 to. Zucker und 4.000 to. Gartenbauerzeugnisse ins Reich geliefert.

Die Waggongestellung, die bis vor wenigen Tagen zufriedenstellend gewesen sei, sei jetzt infolge der verschiedensten Schwierigkeiten unzureichend. Am kommenden Montag würden daher einige Herren der Ostbahn und der Ernährung und Landwirtschaft nach Berlin fahren, um durch Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium eine zusätzliche Waggon- und Lokgestellung zu erreichen, damit dieser Plan durchgeführt werden könne. Während der Kartoffel- und Rübenenernte im Oktober benötige man täglich 3.000 Waggons (im vorigen Jahr 1.600). Das könne die Ostbahn aus eigener Kraft nicht schaffen. Der Distrikt Lublin, in dem bereits 150.000 to. erfaßt seien, komme in der Waggongestellung am schlechtesten weg.

998

17.9.1942

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß in der Transportverzögerung nach dem Reich keine Schuld der Regierung des Generalgouvernements begründet liege. Hauptabteilungspräsident Naumann solle eine Art Tagebuch führen, in dem die Gründe für diese Verzögerung dargelegt seien.

Zur Behebung der Schwierigkeiten in der Benzinfrage ordnet der Herr Generalgouverneur die Abfassung eines Fernschreibens an Reichsmarschall Göring an, in dem als außerordentliche Maßnahme die Zurverfügungstellung von 2.000 to. Treibstoff für Zwecke der Erfassung und Ablieferung des Getreides verlangt werden solle. Ein Fernschreiben ähnlichen Inhalts soll an Reichsführer SS Himmler gerichtet werden, der gelegentlich seines Krakauer Besuches dem Generalgouverneur seine Hilfe in einer besonderen Sache angeboten habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann kurze Richtlinien für den Inhalt eines Briefes an Reichsmarschall Göring über den Stand der Getreideerfassung und -ablieferung an das Reich.

Hauptabteilungspräsident Naumann berichtet, daß man zur Erfüllung der mit dem Reich eingegangenen Verpflichtung ein Molkereibauprogramm habe in Angriff nehmen müssen. Alle Einzelheiten seien in Besprechungen bei Staatssekretär Dr. Bühler geregelt worden. 250 Behelfs- und Primitivmolkereien würden erstellt. Die Bausumme von 13 Mill. Zloty habe die Hauptabteilung Finanzen zur Verfügung gestellt. Von Staatssekretär Dr. Bühler sei ein Erlaß unterschrieben worden, auf Grund dessen die hierfür benötigten Gebäude beschlagnahmt werden können. Präsident Bauder habe der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft 10 Ziegeleien nominiert, in denen sie mit eigenen Kohlen Ziegelsteine brennen lassen könne. Die Zementfrage gehe in Ordnung.

18.9.1942

Vertreter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft kauften im Reich mit Unterstützung des Reichs-ernährungsministeriums die notwendigen Maschinen auf. Die Beschaffung von 300.000 notwendigen Milchkannen sei allerdings unmöglich; man behelfe sich mit Holz- und sonstigen Gefäßen.

Zwei seiner Leute führen die Woche über die im Lande herum, um Anregungen zu geben und vorhandene Mängel festzustellen. Jeweils am Wochenende würden dann in Krakau die Erfahrungen ausgetauscht.

Mit Erlaß von 25.8.1942 sei festgelegt worden, daß neue Bedarfsträger nicht mehr berücksichtigt werden könnten. Nun wolle neuerdings die Polizei für 30.000 Familienangehörige der polnischen Polizei Zusatzkarten erhalten. Dies sei nur möglich, wenn die dafür benötigten Mengen vom Kontingent, das man ins Reich liefere, abgesetzt würden. Er habe daher General Becker vorgeschlagen, diesbezügliche Verhandlungen in Berlin zu führen.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß Staatssekretär Krüger die Menge ohne Belastung des Reichskontingents zur Verfügung gestellt erhalten wolle.

Der Herr Generalgouverneur schließt sich der Auffassung von Hauptabteilungspräsident Naumann an und gibt ihm die Ermächtigung zu weiteren Verhandlungen in diesem Sinne.

Abschließend spricht er ihm Dank und Anerkennung für seine und seiner Männer hervorragende Arbeitsleistung aus und äußert die Absicht, die maßgeblichen Männer der Hauptabteilung demnächst zu empfangen.

1000

17.9.1942

17⁵⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

18⁰⁵ Der Leiter der Staatsbibliothek Krakau Dr. Abb erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht über die Staatsbibliothek. Auf Grund einer Neuerung, derzufolge die vier Staatsbibliotheken des Generalgouvernements der Hauptbibliothek in Krakau unterstünden, könne er auf diese einen stärkeren Einfluß ausüben. Die Vermehrung der Bücherbestände mache gute Fortschritte. Der hierfür zur Verfügung stehende Betrag von jährlich 5 Mill. Zloty sei reichlich. Man beschaffe damit nicht nur die neuesten Bücher, sondern sammle auch ältere.

Mit der Beschaffung der Neuerscheinungen sei man auf dem laufenden. Besonders rege arbeiteten die acht Bibliotheken Lembergs mit ihrem Personalbestand von 140 Polen. Für die dort stattfindenden Staatlichen Kurse habe man sehr viele Bücher angeschafft.

Die Zahl der deutschen Kräfte sei sehr gering, aber ausreichend. Das polnische Personal sei eingearbeitet und willig. Wenn man in der bisherigen Weise weiterarbeiten könne, werde man in nicht allzu langer Zeit ein gut ausgebautes deutsches Bibliothekswesen im Generalgouvernement haben. Infolge der auftauchenden Luftgefahr müsse eine Dezentralisation eintreten. Er überlege die Absetzung der Handschriften der Staatsbibliothek nach Bielany.

Der Herr Generalgouverneur legt größtes Gewicht darauf, daß die vorhandenen Werte vor Luftangriffen bestmöglich geschützt werden.

Dr. Abb erklärt auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß in der Staatsbibliothek eine Spezialabteilung der Literatur über das Generalgouvernement bestehe. In ihr werde auf Grund einer Pflichtexemplar-

1111

17.9.1942

verordnung jede Neuerscheinung gesammelt. Auch das in Reich über das Generalgouvernement erscheinende Material werde von der Staatsbibliothek Krakau angeschafft. Das Gleiche gelte vom Bildmaterial, soweit irgendein Text als Unterschrift oder Erläuterung beigegeben sei. Das sonstige Bildmaterial, amtliche Plakate und Verlautbarungen würde sicherlich von der Hauptabteilung Propaganda im Archiv aufbewahrt.

Die Räumlichkeiten seien zu eng, da die Dienststelle des Staatssekretärs Mühlmann im ersten Stock untergebracht sei. Präsident Watzke habe bisher ohne Erfolg eine Verlegung angestrebt.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, daß für die Dienststelle Mühlmann andere Räume gesucht werden müßten. Weiter äußert er den Wunsch, daß des öfteren Berichte über die Tätigkeit und das Leben in der Staatsbibliothek in der Krakauer Zeitung erscheinen sollten. Auch solle Dr. Abb in Abständen ein Literaturblatt über Neuerscheinungen der Krakauer Zeitung begeben, denn die Hefte der Staatsbibliothek würden nur von wenigen Menschen gelesen. Zum dritten Jahrestag des Generalgouvernements im Oktober solle man eine Art Bibliographie des Generalgouvernements herausbringen, und er bitte Dr. Abb um die nötigen Vorarbeiten.

19¹⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19³⁰ Eröffnung der Winterspielzeit des Staatstheaters des Generalgouvernements mit dem Schauspiel von Hanns Gobsch "Tron zwischen Erdteilen".

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1712

Krakau

Sonnabend, den 19. Sept. 1942

- 10²⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
11²⁵ Besprechung mit Herrn Steinheil (Baedeker-Verlag)
in Anwesenheit von Pressechef Gassner.

Nach kurzer Rücksprache gibt der Herr Generalgouverneur an den Leiter der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements folgendes Schreiben zu Protokoll:

Ich habe der Firma Baedeker den Auftrag erteilt, ein Handbuch über das Generalgouvernement in der bei den weltbekannten Baedekerbänden üblichen Art und Weise herzustellen. Aus diesem Grunde unterbleibt die Fortführung des in der dortigen Hauptabteilung bestehenden Planes, ein anderweitiges Nachschlagwerk über das Generalgouvernement herauszugeben.

Ich bitte Sie, Herrn Steinheil vom Baedeker-Verlag bei der Herstellung dieses für das Generalgouvernement höchst bedeutsamen Werkes mit Rat und Tat zu unterstützen.

Herr Steinheil erklärt dann, daß der kürzlich fertiggestellte Baedekerband über das Elsass als Vorlage für den Band über das Generalgouvernement dienen solle. Die Hauptredaktion liege beim Baedeker-Verlag, der das Manuskript erstelle und dazu die Zustimmung der einzelnen Dienststellen des Generalgouvernements einholen werde. Er werde im Oktober eine eingehende Reise durch das Land unternehmen. Gegen Ende des Jahres werde dann das Manuskript vorliegen; die Fertigstellung des Baedeker-Bandes für das Generalgouvernement sei für das nächste Frühjahr vorgesehen. Korrekturen könnten bis 4 Wochen vor Erscheinen berücksichtigt werden.

19.9.1942

Der Herr Generalgouverneur äußert das größte Interesse an der Herausgabe des Baedekerbandes über das Generalgouvernement und sagt Herrn Steinheil für die Durchführung seiner Arbeiten seine vollste Unterstützung zu. Er bestimmt Pressechef Gassner als Verbindungsmann und beauftragt ihn, Herrn Steinheil in jeder Weise behilflich zu sein. Für die Bereisung des Generalgouvernements sagt er ihm die Gestellung eines Kraftwagens zu. Auch das Papier für die geplante Auflage von 20.000 Stück wird das Generalgouvernement zur Verfügung stellen.

15³⁰ Vorführung der neuesten Wochenschau und des Ufa-Films "GPU" auf der Burg.

19³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1894
Kressendorf

Sonntag, den 20. Sept. 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus
Kressendorf.

11⁰⁰ Überreichung einer Erntekrone an den Herrn Generalgou-
verneur in Beisein der Gefolgschaft des Staatsgutes
Kressendorf.

19⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19³⁰ Der Herr Generalgouverneur trifft im Staatstheater
ein und wohnt der Erstaufführung der Opern

Cavallaria Rusticana von Mascagni und
Der Bajazzo von Leoncavallo.

bei.

22⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Krakau

Montag, den 21. Sept. 1942

- 11³⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 11⁴⁰ Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.
- 15⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.
- 15¹⁰ Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler, den Gouverneuren Dr. Fischer, Dr. Wächter, Dr. Zörner, Kundt, Dr. Wendler und dem Bevollmächtigten Dr. Heuber im Arbeitszimmer des Staatssekretärs.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich zunächst nach dem Stande der Ernteerfassung. Die Gouverneure können im allgemeinen ein befriedigendes Bild über die bisher durchgeführte Ernteerfassungsaktion geben.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Frage des Arbeitseinsatzes der nichtdeutschen Bevölkerung und der Beschaffung von Arbeitskräften aus dem Generalgouvernement für das Reich.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß trotz der mit Gauleiter Sauckel getroffenen Vereinbarungen immer noch Schwierigkeiten insofern auftraten, als Arbeitskräfte in Anspruch genommen würden, die im Generalgouvernement bereits für nützliche und kriegswichtigen Aufgaben tätig seien. Im übrigen stehe man offenbar in der Dienststelle des Gauleiters Sauckel auf dem Standpunkt, daß die Forderungen des Gauleiters Sauckel erfüllt werden könnten, wenn die Arbeitsverwaltung des Generalgouvernements zweckentsprechend organisiert sei.

21.9.1942

Gouverneur Dr. Wächter bemerkt, daß an sich im Distrikt Lemberg noch reichlich Arbeitskräfte vorhanden seien. Ihre Erfassung müßte nur eben richtig organisiert werden. Es dürfe aber nicht vorkommen, daß auch in industrielle Unternehmungen eingegriffen werde, während in den Kreisen der Kleinbauern noch genügend Menschenmaterial für die Verschickung ins Reich zur Verfügung stehe. Gegenwärtig stehe die Ernterfassungsaktion im Vordergrund, und auf diese wichtige Aufgabe müsse in erster Linie Rücksicht genommen werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs berichten die Gouverneure Dr. Wächter, Kundt und Zörner, daß sie irgendwelche besonderen Beschwerden gegen die Tätigkeit der Kommission des Generals von Unruh nicht zu erheben hätten. Allerdings kann sich Gouverneur Dr. Wächter nicht des Eindrucks erwehren, daß die Kommission manchmal doch zu stark nach äußerlichen Erwägungen vorgegangen sei.

Weiter wird zur Frage der Einrichtung eines Polizeihilfsdienstes Stellung genommen. Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß in dieser Frage schon Verhandlungen mit Staatssekretär Krüger stattgefunden hätten, die aber noch einer Ergänzung durch eine nochmalige Besprechung bedürften. Von Bedeutung sei der verschiedentlich geäußerte Wunsch, daß die Gouverneure und Kreishauptleute von diesem Polizeihilfsdienst befreit werden möchten. Man bezeichne es als nicht angängig, daß z.B. ein Kreishauptmann als Kreispolizeichef von ihm untergebenen Personen kommandiert werde.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, ihm, falls die Verhandlungen mit Staatssekretär Krüger bis Ende dieser Woche nicht zu einem Abschluß gekommen sein sollten, ihm einen Verordnungsentwurf über die Schaffung des Polizeihilfsdienstes vorzulegen.

Es wird sodann die Frage der Neuregelung der Ostzulage behandelt. Der Herr Generalgouverneur will einen Ausgleich für die den Beamten und Angestellten gekürzten Bezüge dadurch geschaffen sehen, daß ihnen hinsichtlich der Aufwendungen für Wohnungsmiete, Verpflegung, Kleidung usw. gewisse Vergünstigungen zuteil werden.

Gouverneur Kundt wendet sich in scharf kritisierender Weise gegen den Text einer Haushaltsverordnung, des sogenannten Haushaltserlasses 1943, und gegen das Wirken einer von der Hauptabteilung eingesetzten Kommission, die unter Führung eines Finanzamtmanns Süßmann in den Distrikten Haushaltsbesprechungen durchführe. In diesem Haushaltserlaß sei u.a. gesagt, daß manche Behördenleiter offenbar das Verständnis für notwendige Sparmaßnahmen vermissen ließen. Was die Tätigkeit des Amtsmanns Süßmann angehe, so halte er sich für berechtigt, einzelne Abteilungsleiter der Distrikte zu zitieren und ihnen z.B. Belehrungen darüber zu erteilen, wie gewisse Referate zusammengelegt werden sollten.

Staatssekretär Dr. Bühler glaubt hier eine personelle Fehlmaßnahme der Hauptabteilung Finanzen feststellen zu können. Wenn etwa bei der Hauptabteilung Finanzen die Absicht bestehen sollte, die Außenstellen

1111

21.9.1942

der Finanzabteilungen irgendwie zu demütigen, so werde selbstverständlich dagegen eingeschritten werden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, den ihm unterstellten Hauptabteilungspräsidenten Dr. Senkowsky wissen zu lassen, daß er, der Generalgouverneur, das in diesen Fällen eingeschlagene Verfahren der Hauptabteilung Finanzen durchaus mißbillige.

15³⁰ Hauptabteilungsleitersitzung im Kleinen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

An dieser Sitzung nehmen außer den Regierungsmitgliedern Generalleutnant d. Pol. Becker, die Gouverneure der fünf Distrikte, der Bevollmächtigte Dr. Heuber und Oberst von Tschammer und Osten teil.

Am Schluß der Sitzung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgenden Ausführungen:
Meine Herren! Am Schlusse der heutigen Sitzung möchte ich Ihnen grundsätzlich sagen, daß es angesichts der sehr ernsten Entwicklung der allgemeinen Lage auch für das Generalgouvernement absolute Pflicht ist, in alledem, was nun unbedingt geschehen muß, dem Primat der kommenden nicht einfachen Situationen immer wieder zu entsprechen. Von allen Hauptabteilungen muß aber auch im wohlverstandenen Interesse des Reiches darauf geachtet werden, daß die einheitliche Verantwortung für das Geschehen in diesem Gebiet, Land Generalgouvernement, uns zur Zeit noch von niemandem abgenommen ist. Es ist also absolut notwendig, daß Sie sich restlos bis in die unterste Instanz hinein darüber klar sind, daß sich an dem Gesamtstatus des Generalgouvernements als eines selbständigen Nebenlandes des Großdeutschen Reiches unter einem Generalgouverneur,

1111
21.9.1942

den sämtliche Verwaltungszweige zugewiesen sind, fus-
send auf dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung, nicht
geändert hat, daß daran auch etwa durch das Herein-
kommen von Sonderaufträgen, die die Not der Zeit ge-
biert, oder durch das Erscheinen von Sonderkommissaren
für eine Spezialaufgabe, die dem dem Reich auf den
Nägeln brennt, nichts geändert werden wird. Sie
müssen sich vielmehr grundsätzlich darüber klar
sein, daß diese unsere Regierungsform in diesem
Land heute genau so unverrückt feststeht wie damals
im Oktober 1939.

Zu meiner Beklammernis sehe ich da und dort viel-
leicht eine vorsichtige Tendenz in anderer Richtung:
man glaubt, sich vielleicht jetzt aus den Banden
dieser engen Geschlossenheit des Generalgouvernements
durch möglichst intensive Beziehungen zu Reichzen-
tralen allmählich loslösen zu können. Meine Herren,
der Schaden ist dann auch für das Reich gegeben; denn
ein verantwortungsloses planloses Hineinprallen in
die Gemeinschaftsordnung dieses Landes, die durch
eherne Erlasse des Führers festgelegt ist, muß damit
den Schaden hervorrufen, daß hier anstatt eines ein-
heitlich festgefügtten Machtblockes ein zerrissenes
Aggregat von einzelnen Haufen entsteht, die letzten
Endes doch hilflos untergehen müßten. Das Rückgrat
dieses Landes ist ja die Einheit des Gebietes, wie sie
der Führer aufgebaut hat.

Ich werde daher gerade Sie, meine Herren Haupt-
abteilungsleiter, und auch die Herren des Staatssekre-
tariats für das Sicherheitswesen immer wieder daran
erinnern, daß sich an dieser geschlossenen Führung
des Gebietes nicht das geringste geändert hat. Das
ist um so notwendiger, weil die Verantwortungen, die
uns auch in den kommenden Wochen und Monaten im stei-
genden Maße auferlegt werden, vom Reich nicht plan-
los bekannt gegeben werden können, sondern aus der

AMM

21.9.1942

Notlage des Reiches, die jeweils auf irgendeinem Gebiet akut ist, an uns herangetragen werden.

Daher ist es auch klar, daß ich mich den Versuchen, vorzeitig etwa die Eisenbahn oder die Post oder das Bauwesen oder einen sonstigen Verwaltungsbereich aus dieser einheitlichen Ordnung des Gebietes herauszureißen, unter Einsatz meiner Person entgegengestellt habe und daß ich es auch in Zukunft immer wieder tun werde. Solange ich hier Generalgouverneur bin, kann an dieser Einheit auch nicht gerüttelt werden; denn die Verantwortung muß einer Tragen, und das bin ich. Sie ist mir noch von niemandem abgenommen worden.

Ich bitte daher, nicht etwa zu glauben, daß diese Ordnung des Gebietes durch Einzelaktionen zerrissen werden könnte. Ich stehe lange genug im politischen Leben, um nicht zu wissen, wie leider Gottes die Strömungen immer wieder dilettantisch von dem staatsmäßigen auf das persönliche Gebiet übergeleitet werden, wie man sich dann auch immer, wenn Schwierigkeiten entstehen, bemüht, irgendwie auf Personen zu tendieren, wo es um sachliche Probleme geht. Das ist der übliche dilettantische Ausweg. Aber der Erfahrene weiß, daß es in der Lage, in der wir uns befinden, - es wird jetzt die ernsteste kriegs- und siegesentscheidende Situation unseres Volkes kommen -, darauf ankommt, daß sich jeder dessen bewußt ist, was für Vollmachten er hat, und daß er von diesen Vollmachten auch Gebrauch macht. Und das werde ich tun, meine Herren, verlassen Sie sich darauf! Ich werde mit dem ganzen Spuk der Greuelpropaganda gegen das Generalgouvernement und auch gegen den Generalgouverneur aufräumen. Ich denke gar nicht daran, auf all' dieses Geschwätz und alle jenen Machinationen das Geringste zu geben. Denn wir wachsen darüber hinaus. Ob jedem diese Arbeit und die Geschlossenheit der Verwaltung

21.9.1942

paßt, die wir notwendig brauchen, ob hier jeder in seinem Ehrgeiz befriedigt werden kann, ist mir vollkommen gleichgültig. Mir geht es darum, das Generalgouvernement als geschlossenen Block zu erhalten, - und das werde ich tun. Ich bin nicht gewillt, irgend jemandem zu weichen, es sei denn dem Führer selber, der mich aber gerade auf dieser Position des Generalgouverneurs erneut mit allem Nachdruck bestätigt hat. Seien Sie, meine Herren, überzeugt, daß ich die Linie der Einheitlichkeit der Führung dieses Gebietes nun mit allem Nachdruck in der Zukunft erneut in den Vordergrund rücken werde.

Protokoll s. Beiakten.

17⁴⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Zu dieser Besprechung werden später auch die Gouverneure Dr. Fischer, Dr. Wächter, Zörner, Kundt und Dr. Wendler hinzugezogen.

18⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19²⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Kino Urania.

19³⁰ Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Chefdirigenten Hindemith. Es gelangen folgende Werke von Ludwig von Beethoven zur Aufführung:

Die Ouvertüre zu "Egmont"

Klavierkonzert Nr. 5

Solistin Rosl Schmid

8. Symphonie.

21⁵⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

23⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.
(Übernachtung des GG.eurs in Haus Kressendorf).

1112
Krakau

Dienstag, den 22. September 1942

10⁵⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11¹⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn Scharrer von der Firma Mercedes, der ihm Grüße und ein kleines Geschenk (Mercedes-Stern mit Sockel) von Generaldirektor Werlin überbringt.

11¹⁵ Besprechung mit Präsident Dr. Frauendorfer.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Frauendorfer, ihm einen amtlichen Bericht über den Fall Schepessy (Reichsdeutscher, der zur Zeit in Monte Lupich in Haft sitzt) und auch darüber zu übermitteln, daß ein Angehöriger des Arbeitsamtes in Warschau erschossen wurde und diese Tat bisher keine Sühne fand.

Präsident Dr. Frauendorfer wird vom Herrn Generalgouverneur aufgefordert, nach Erhalt seiner Einberufung zur Wehrmacht Mitteilung zu machen, damit Schritte zur weiteren Freistellung unternommen werden könnten. Dr. Frauendorfer erklärt dazu, daß auch Gauleiter Sauckel sich um eine Freistellung bemühen wolle. Er äußert den Wunsch, seiner Einberufung freien Lauf zu lassen.

Dr. Frauendorfer glaubt, daß er in der Hauptabteilungssitzung am Vortage eine starke Einbuße seines Prestiges erlitten habe; notgedrungen müsse er sich den Wünschen des Herrn Staatssekretärs nach verantwortlicher Einbeziehung der Kreishauptleute in die Organisation der Arbeitererfassung fügen.

Der Herr Generalgouverneur sagt Präsident Dr. Frauendorfer zu, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit die Einbuße an seinem Prestige wettzumachen und ihm öffentlich sein Vertrauen auszusprechen.

1613

22.9.1942

Seine Stellungnahme in der gestrigen Hauptabteilungsleitersitzung sei deswegen erfolgt, weil sich ähnliche egoistische Einstellungen gegenüber den unteren Verwaltungsstellen auch bei anderen Hauptabteilungen zeigten.

11³⁰ Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur von seinen Besprechungen mit leitenden Persönlichkeiten des Reiches, vor allem mit Reichsmarschall Göring. Er fertige für den Reichsmarschall einen großen Bericht an, in dem die Leistungen des Generalgouvernements für Front, Rüstung und Reich und die von seiten des Generalgouvernements zur Erreichung dieser Leistungen ergriffenen Maßnahmen eingehend dargelegt würden.

Der Herr Generalgouverneur ist für die Abfassung eines solchen Berichtes dankbar und will ihn zum Dritten Jahrestag des Generalgouvernements fertiggestellt wissen; er wolle ihn führenden Persönlichkeiten im Reich übermitteln, damit volle Einigkeit darüber herrsche, daß sich die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement von vornherein bedingungslos ohne Rücksicht auf die einheimische Entwicklung dem Reich untergeordnet habe.

12⁰⁰ Besprechung mit Ministerialrat Dr. Radtke.

12¹⁵ Besprechung mit Ministerialrat Dr. Radtke und Intendant Stampe.

Intendant Stampe führt aus, daß man in der Entwicklung des Staatstheaters des Generalgouvernements

22.9.1942

am Scheideweg stehe, ob das Staatstheater gemäß dem Auftrag des Herrn Generalgouverneurs eine große Bühne oder nur ein Provinztheater werde. Wolle man allmählich auf das Niveau einer großen Bühne gelangen, müsse man sich dazu entschließen, den Spitzenkräften größere Gehälter zu bezahlen. Im Vergleich zu den Gagen an den großen Bühnen des Reiches seien die Verdienstmöglichkeiten der erstklassigen Kräfte hier gering. Für den Osten ließen sich Künstler sehr schwer verpflichten. Die Hauptabteilung Finanzen beanstandete ständig die von ihm für notwendig erachteten Spitzengehälter. Er bitte daher um die Vollmacht, mit Spitzenkräften angemessene Gagen vereinbaren zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß das Staatstheater eine Bühne von hohem Rang werden müsse und diese Entwicklung nicht am Finanziellen scheitern dürfe. Intendant Stampe müsse das Gefühl haben, daß er nicht in dieser Richtung behindert sei, wenn er für Krakau einen hervorragenden Künstler gewinnen könne. Das Staatstheater müsse eine absolut führende Rolle spielen. Es sei ein reiner Kulturbetrieb für das Deutschum im Osten, und da dürfe finanzielle Rentabilität keine Rolle spielen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt dann, daß Intendant Stampe bei einer Engagierung von Spitzenkräften in Anbieten einer Gage im gleichen Rahmen, wie sie vergleichbare Kräfte auf großen deutschen Bühnen erhalten, freie Hand bekommt.

Die Gagen der neuen Schauspieler Lex und Erichsen, deren Bestätigung von der Hauptabteilung Finanzen noch aussteht, werden vom Herrn Generalgouverneur genehmigt. Die Bezahlung eines Garderobengeldes für die erste Operettensängerin Frau von Wick wird genehmigt. Der Vertrag des Intendanten Stampe, dessen schriftliche

22.9.42

Bestätigung durch die Hauptabteilung Finanzen noch aussteht, wird vom Herrn Generalgouverneur genehmigt und alle Gehaltserückstände des Intendanten sollen sofort ausbezahlt werden.

Im Ubrigen weist der Herr Generalgouverneur Intendanten Stampe an, in den Fällen der Engagierung von Spitzenkräften mit entsprechenden Gehältern direkt mit Ministerialrat Dr. Radtke unter Ausschluß der Hauptabteilung Propagande zu verhandeln. Er ersucht Dr. Radtke, den Bedürfnissen des Staatstheaters in finanzieller Hinsicht wohlwollende Unterstützung zu gewähren.

Im Hinblick auf die kommende Neuregelung in den Bezügen der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes (Erlaß über eine Kürzung der Beschäftigungszulage) spricht sich der Herr Generalgouverneur dafür aus, daß nach Inkrafttreten dieser Neuregelung bei den Künstlern das Grundgehalt um den gekürzten Betrag der Ostzulage erhöht werden soll, um damit der Gefahr einer Abwanderung der Künstler zu begegnen. Er wünsche, daß trotz dieses Erlasses die künstlerische Aufgabe hier gefördert werde, und er werde diese Regelung den Führer gegenüber persönlich verantworten. Intendant Stampe könne den Künstlern des Staatstheaters des Generalgouvernements erklären, daß in ihren Bezügen keine Änderung eintreten werde.

1016

22.9.1942

12³⁵ Besprechung mit Hauptschriftleiter Stoeppler und Schriftleiter Struckmann in Anwesenheit von Verlagsleiter Strotsky und Intendant Stampe.

Der Herr Generalgouverneur äußert sein Mißfallen über die von Schriftleiter Struckmann über die Aufführung des Schauspiels "Thron zwischen den Erdteilen" verfaßte Betrachtung im Feuilleton der Krakauer Zeitung. Die beiden Hauptdarsteller hätten eine hervorragende Leistung gezeigt. Über diese Aufführung könnte man ein ganzes Feuilleton von vier Spalten schreiben. Die Krakauer Zeitung werde im Reich viel gelesen. Sie verpittle im Reich einen matten Eindruck vom deutschen kulturellen Leben des Generalgouvernements, wenn die Eröffnung einer Spielzeit nur in zwei hingehauenen Abschnitten, abgefaßt in einer schnodderigen Art, ihren Niederschlag fände. Die Krakauer Zeitung und das Staatstheater müßten zur Schaffung deutscher Kulturleistungen in diesem Raum zusammenarbeiten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Schriftleiter Struckmann, diesen "Schnitzer" durch eine nochmalige

22.9.1942

feuilletonistische Betrachtung dieses Stückes, in der von ihm die hervorragende Aufführung im Staatstheater hervorgehoben werden solle, auszumerzen. Er gibt Schriftleiter Struckmann zu bedenken, entweder mitzuhelfen, das Staatstheater zu fördern, oder auf diesem Gebiet nichts mehr zu schreiben.

Im allgemeinen bitte er Hauptschriftleiter Stoeppler, in der Krakauer Zeitung dafür zu sorgen, daß dem Wirken des Staatstheaters mehr Raum in ihren Spalten gegeben werde. Auf die Entgegnung von Hauptschriftleiter Stoeppler, daß sich die anderen Bühnen des Generalgouvernements ständig über eine Bevorzugung der Aufführungen des Staatstheaters beschwerten, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß man die Intendanten dieser Bühnen an ihn verweisen solle. Das Staatstheater des Generalgouvernements müsse eine großzügige Förderung erfahren, da es von eminenter politischer Bedeutung sei.

12⁵⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Intendant Stampe Staatsschauspielerin Kramer und Staatsschauspieler Klippel vom Staatstheater des Generalgouvernements und teilt ihnen als den Hauptdarstellern der Aufführung des Schauspiels "Thron zwischen den Erdteilen" mit, daß in der unzulänglichen Betrachtung des Schriftleiters Struckmann über die Erstaufführung eine Korrektur vorgenommen werde. Es sei vollkommen unerträglich, daß die einzige deutschsprachige Zeitung des Generalgouvernements an dem Geschehen dieses Landes so wenig Anteil nehme und eine hervorragende Aufführung in so kleinem Rahmen behandle.

1008

22.9.1942

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Intendanten Stampe die Anregung, die Aufführungen am Staatstheater des Generalgouvernements im Rahmen des historischen Schauspiels zu halten.

13¹⁵ Frühstück

15³⁰ Der Beauftragte des Generalgouverneurs in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissars Oberregierungsrat Dr. Schepers berichtet über einige geheime Verteidigungssachen (Gasmaskenverteilung u. Benzinsparmaßnahmen) und regt an, daß über diese Fragen in den nächsten Tagen eine Sitzung beim Generalgouverneur stattfinden solle.

Der Herr Generalgouverneur billigt diese Vorschläge und ersucht Oberregierungsrat Dr. Schepers, mit der Kanzlei des Generalgouverneurs wegen eines Termins zu verhandeln.

15⁴⁵ Gouverneur Dr. Wächter berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Lage in Galizien, die im allgemeinen günstig sei. Weiter berichtet er über seine Besprechungen mit dem Reichsführer SS Himmler über Siedlungsfragen in Galizien und über seine bei dieser Besprechung erzielte völlige Bereinigung seines Verhältnisses zur Polizei in Galizien und auch zum Staatssekretär SS-Obergruppenführer Krüger.

Im übrigen teilt er mit, daß die Ernte in Galizien sehr gut verlaufen sei und die allgemeine Entwicklung der Bevölkerungsstimmung zu Sorgen keinen Anlaß gebe.

11119
22.9.1942

16¹⁰ Besprechung mit Präsident Gerteis.

Präsident Gerteis teilt mit, daß es bei den Verhandlungen in Berlin nicht gelungen sei, aus dem Osten zurückrollende leere Güterwagen zum Abtransport der Kontingente des Generalgouvernements ins Reich zu erhalten, da sich herausgestellt habe, daß die Ukraine diese Wagen für ihre Lieferungen in starkem Maße benötige. Man versuche nun Getreide und Vieh in O-Wagen zu verladen und in den G-Wagen nur Produkte zu transportieren, die unbedingt gedeckt gefahren werden müßten.

Das OKW habe den Bau der neuen Bahnlinie mit einer Länge von 470 km als Sofortprogramm genehmigt. Die Fertigstellung sei für Ende 1944 vorgesehen. Zu diesem Zweck benötige er für die nächsten 2 Jahre 50.000 Mann Baudienst. Die Vorverhandlungen dazu seien im Gange; das Reich stelle für den Baudienst mehr Unterführer des Reichsarbeitsdienstes zur Verfügung.

Präsident Gerteis erklärt dann an Hand eines Planes die Linienführung durch das Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur führt dann aus, daß in der Frage der Eingliederung der Ostbahn in das Reichsverkehrsministerium bisher keine neuen Gesichtspunkte aufgeworfen worden seien und man sich deshalb in dieser Angelegenheit vorerst ohne Initiative verhalten werde. Präsident Gerteis ersucht den Herrn Generalgouverneur um Anberaumung einer Sitzung mit dem Leiter der Hauptabteilung Gesetzgebung, da er dieser Abteilung verschiedene Vorschläge eingereicht habe, die infolge des Einspruches verschiedener Abteilungen nicht weitergedeihen würden.

22.9.1942

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Zum Schluß äußert sich Präsident Gerteis über die Besserung der Arbeitslage, die durch eine Hinzuführung weiterer jüdischer Kräfte eingetreten sei. Zur Zeit beschäftigt die Ostbahn 24.000 Juden, die man bis zum Winter benötige.

16³⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Oberführer Dr. Schöngarth, der ihn bittet, von einem Begleitkommando der Sicherheitspolizei wieder Gebrauch zu machen, das vom Generalgouverneur vor allem bei Reisen und größeren Veranstaltungen als Begleitung herangezogen werden solle, da die Sicherheitspolizei für die Sicherheit des Generalgouverneurs verantwortlich sei.

Der Herr Generalgouverneur benützt die Gelegenheit dieser Aussprache, um allgemeine Gesichtspunkte über sein Verhältnis zur SS und Polizei darzulegen, und macht vor allem darauf aufmerksam, daß eine auf die Dauer demonstrativ zur Schau getragene Trennung der Exekutivorgane von den Regierungsorganen im Generalgouvernement für die Durchhaltung einer einheitlichen Reichspolitik sich nachteilig auswirken würde.

SS-Oberführer Dr. Schöngarth will in dieser Richtung mit SS-Obergruppenführer Krüger Rücksprache nehmen. J

23⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Mittwoch, den 23. September 1942

10⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Haus Kressendorf den NSKK-Obergruppenführer Höfle, der in Vertretung des NSKK-Korpsführers Kraus die Organisation des NSKK im Generalgouvernement mit dem Generalgouverneur bespricht.

Der Herr Generalgouverneur besteht darauf, daß der Sitz der NSKK-Standarte "Generalgouvernement" nach Krakau gelegt wird und daß, wenn irgendmöglich, ein eigener Führer des NSKK im Generalgouvernement mit dem dauernden ausschließlichen Dienstsitz in Krakau berufen wird.

NSKK-Obergruppenführer Höfle berichtet dann, daß ein Brief, den der Stellvertretende Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Pg. Stahl, über die NSKK-Standarte an den Korpsführer gerichtet habe, dessen größtes Befremden hervorgerufen habe, da ihn der Ton dieses Schreibens eigenartig berührt habe.

11⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11⁰⁵ Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Brief an den Korpsführer des NSKK, der die Mißverständnisse, hervorgerufen durch das Schreiben des Pg. Stahl an den Korpsführer, beseitigt und den Inhalt seiner Vereinbarungen mit dem Korpsführer des NSKK wiedergibt.

Der Bitte des NSKK-Obergruppenführers Höfle, ihm den Abschluß eines Ia. Hirsches in der jetzt laufenden Schußperiode zu genehmigen, willfährt der Herr Generalgouverneur in Anerkennung der Verdienste des NSKK-Obergruppenführers Höfle um den Nationalsozialismus im Generalgouvernement.

23.9.1942

11¹⁵ Vortrag des Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger.

11²⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptschriftleiter Stoeppler und Schriftleiter Struckmann von der Krakauer Zeitung.

Schriftleiter Struckmann unterbreitet dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Anregungen für eine Intensivierung der kulturellen Arbeit im Generalgouvernement, wie z.B. durch Einladung namhafter Dichter, Einrichtung eines Schrifttumpreises, Abhaltung einer Theaterwoche durch die 3 Theater des Generalgouvernements, Wiederaufnahme der Arbeit des bestehenden Kulturrates.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, über diese Themen in den nächsten Tagen eine gemeinsame Besprechung mit den zuständigen Stellen abzuhalten.

11³⁰ Bankdirigent Dr. Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Tabellen und Statistiken aus seinem Arbeitsgebiet vor.

11⁵⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbaurat Hofer.

Gegenstand der Besprechung ist das Verhältnis der Baudirektion zur Hauptabteilung Bauwesen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt eine gemeinsame Besprechung dieser Frage mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Bauwesen für die nächsten Tage auf der Burg.

12⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptabschnittsleiter Stahl und NSFK-Standartenführer Wolf.

23.9.1942

Hauptabschnittsleiter Stahl stellt dem Herrn Generalgouverneur den NSFK-Standartenführer Wolf als Beauftragten des Führers des Nationalsozialistischen Fliegerkorps im Generalgouvernement vor. Wolf legt sodann in längeren Ausführungen dem Herrn Generalgouverneur dar, in welcher Weise er die Organisation des NSFK im Generalgouvernement durchzuführen gedenke. Die im Generalgouvernement eingesetzten Reichsdeutschen, die Mitglieder des NSFK seien, sollten nunmehr durch die Organisation erfaßt und so in die Möglichkeit versetzt werden, sich weiterhin ihrer fliegerischen Ausbildung zu widmen. Darüber hinaus sei auch beabsichtigt, geeignete Volksdeutsche, die die Voraussetzungen für die Aufnahme in das NSFK böten, in das NSFK aufzunehmen. Es werde sich hier vor allem um fähige Handwerker handeln, deren Arbeitskraft dann in den Dienst des NSFK gestellt werden könne. Man beabsichtige weiter Werkstätten für den Bau von Segelflugzeugen zu errichten. Dem Segelflug werde im Generalgouvernement nunmehr jegliche Förderung zuteil werden können, umso mehr, da der Süden des Generalgouvernements zahlreiche für den Segelflug sehr günstige Hänge aufweise.

12²⁰ Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dem Herrn Generalgouverneur von seinen Besprechungen in der Parteikanzlei in München wegen der kommenden Gestaltung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er sich nach wie vor als Reichsleiter der NSDAP der Leitung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP befleißigen werde. Die Leitung werde in absolut eindeutiger Personalunion mit dem Amt des Generalgouverneurs vereinigt gehalten, da sie nach Meinung des

23.9.1942

Herrn Generalgouverneurs eine der wichtigsten politischen Notwendigkeiten dieses Raumes sei.

Weiter berichtet der Herr Generalgouverneur von einem Brief des Reichsleiters Bormann, in dem die baldige Bildung von Kreisen innerhalb der NSDAP-Organisation des Generalgouvernements parteikanzleiseitig angeregt wird. Er ersucht Hauptabschnittsleiter Stahl, mit Pg. Friedrich von der Parteikanzlei die Verhandlungen in diesem Sinne aufzunehmen. Im übrigen stellt er fest, daß schon seit geraumer Zeit die Bildung von Kreisen im Generalgouvernement im Gange sei.

20⁴⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf).

Donnerstag, den 24. September 1942

11¹⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11²⁵ Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11⁴⁵ Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Änderung der Organisation des Sonderdienstes
2. einer sechsten Devisenverordnung für das Generalgouvernement
3. einer Verordnung über den Verkehr mit Rauschgiften und Rauschgifterzeugnissen im Generalgouvernement
4. einer neunten Verordnung über die Einführung verwaltungsrechtlicher Vorschriften im Distrikt Galizien
5. einer Verordnung über den Aufbau der Hauptgruppe Ernährung und Landwirtschaft
6. eines Erlasses über die Errichtung des Schewschenko-Instituts in Lemberg
7. einer Verordnung über den Einsatz von Ärzten und Angehörigen anderer Heilberufe

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

12⁰⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

1026
24.9.1942

12¹⁰ Zweite Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses
im Königssaal der Burg.

An der Sitzung, die der Herr Generalgouverneur
in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar
leitet, nehmen teil:

Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Generalleutnant der Ordnungspolizei

B e c k e r

Kapitän z.S. a.D. G a r t z k e

Oberst F i s c h e r

Oberst von T s c h a m m e r und

O s t e n

Oberstltnt. Baron von D a z u r

Hauptabteilungspräsident Dr.

E m m e r i c h

Hauptabteilungspräsident Dr.

S i e b e r t

Hauptabteilungspräsident Dr.

F r a u e n d o r f e r

Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s

Oberregierungsrat Dr. W e s s e l

Leiter der Bewirtschaftungsstelle

f. Mineralöl Dr. S c h ü h l e

(Protokoll s. Beiakten)

24.9.1942

16¹⁰ Arbeitssitzung.

Gegenstand der Verhandlungen sind:

Kulturelle Fragen.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Pressechef G a s s n e r
Regierungsrat A r n o l d
Intendant S t a m p e
Hauptschriftleiter S t o e p p l e r
Schriftleiter S t r u c k m a n n
Referent J a e n e c k e
Musikreferent B a d e r

Der Herr Generalgouverneur nimmt zunächst zur Frage der Programmgestaltung der künstlerischen Institute des Generalgouvernements Stellung. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich zu manchen Zeiten besonders in Krakau künstlerische Veranstaltungen aller Art häuften. Es gebe dann eine Fülle von Konzerten, Kammermusikabenden usw., die zum Teil wieder mit Erstaufführungen des Staatstheaters und mit Darbietungen von Frontbühnen zusammenfielen. Man habe deshalb oft den Wunsch, daß diese künstlerischen Veranstaltungen über das ganze Jahr verteilt würden.

Regierungsrat Arnold bemerkt, daß zum Zwecke der Beseitigung dieser Mißstände eine Verordnungsentwurf vorbereitet werde. Allerdings müsse hier noch eine Vereinbarung mit der Polizei getroffen werden, da diese die Überwachung des gesamten Veranstaltungswesens für sich beanspruche. Die Hauptabteilung Propaganda wolle

1021

24.9.1942

die Veranstaltungen als solche nicht überwachen, sondern lediglich Einfluß auf die Festsetzung von Terminen von künstlerischen Veranstaltungen nehmen können.

Der Herr Generalgouverneur hält es nicht für angemessen, daß auf dem Wege über die Hauptabteilung Propaganda die Regierung des Generalgouvernements gewissermaßen als Veranstalterin von Konzerten usw. in Erscheinung trete. Es wäre vielleicht zu erwägen, ob nicht für diesen Zweck eine staatliche Konzertdirektion ins Leben gerufen werden müßte.

Regierungsrat Arnold bittet, Veranstaltungen, die der Truppenbetreuung dienten, davon auszunehmen.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß für die Programmgestaltung auf längere Zeit in Betracht kämen: 1. das Staatstheater, 2. die Philharmonie des Generalgouvernements, 3. das Referat "Kultur" der Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda. Zwischen diesen drei Stellen müsse irgendeine Übereinkunft getroffen werden können.

Referent Jaenecke gibt einen Überblick über die von der Hauptabteilung Propaganda auf dem Gebiet der Musik, der Kleinkunst, der Gastspiele auswärtiger Bühnen usw. getroffene Organisation. Er weist dabei insbesondere darauf hin, daß diese Organisation auch die Darbietung musikalischer und schauspielerischer Leistungen in ganz kleinen Orten ermögliche.

Einen breiten Raum nimmt in der Verhandlung die Frage der Gastspiele in Anspruch.

1129

24.9.1942

Intendant Stampe kommt auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die häufig der Veranstaltung von Gastspielen und dem Auftreten namhafter Künstler aus dem Reiche im Wege ständen. Vereinbarungen mit anderen Städten zutreffen, sei vielfach kaum möglich, da solche Gastspiele schon längere Zeit voraus auf einen bestimmten Termin festgelegt werden müßten. Er müsse zumeist mindestens schon 8 Wochen vorher disponieren können. Daß er übrigens als Leiter des Staatstheaters des Generalgouvernements kein allzu großes Interesse, von Ausnahmen wie etwa einem Gastspiel des Staatsschauspielers George abgesehen, an Gastspielen habe, sei verständlich.

Regierungsrat Arnold gibt zu bedenken, daß der Hauptabteilung Propaganda der Durchführung von Gastspielen gewisse haushaltsrechtliche Schranken gesetzt seien. Diese Erwägungen seien noch von größerem Gewicht, wenn man etwa eine Stadt wie Lemberg mit erstrangigen Gastspielen versorgen wolle.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß er an sich kein großer Freund von Gastspielen auswärtiger Bühnen im Staatstheater des Generalgouvernements sei. Das Berliner Staatstheater z.B. solche Gastspiele so gut wie garnicht, es sei denn, daß es sich um ein italienisches oder spanisches Ensemble handele. Was die Gastspiele großer reichsdeutscher Orchester angehe, so müßten immer die Schwierigkeiten bedacht werden, die hinsichtlich der Reise, der Unterkunft und Verpflegung solcher Orchester aufträten.

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß künftig bei der Programmgestaltung ein Zusammenwirken des Staatstheaters, der

1030
24.9.1942

Philharmonie des Generalgouvernements und der Hauptabteilung Propaganda statffinde. Diese Regelung solle am 1. Oktober 1942 in Kraft treten. - Für die Veranstaltung von Gastspielen solle die Hauptabteilung Propaganda als die federführende Instanz verantwortlich sein.

Ein weiterer Gegenstand der Beratung ist die Schaffung einer

Kulturvereinigung.

Regierungsrat Arnold kann in Rücksicht auf die Schaffung einer solchen Vereinigung von günstigen Erfahrungen berichten, die in Wien mit einer ähnlichen Organisation gemacht worden sind. Es würde sich empfehlen, eine solche Kulturvereinigung für Krakau und auch für die anderen Distrikte zu schaffen. Aufgabe einer solchen Kulturvereinigung wäre die Durchführung von Veranstaltungen aller Art, auch von solchen, die wie etwa Kammermusikabende oder Dichterlesungen in kleinen Sälen stattfinden könnten. Solche Veranstaltungen ließen sich sehr wohl auch in Lublin, in Radom und in Warschau durchführen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit der Schaffung einer Kulturvereinigung für das Generalgouvernement einverstanden. Er ist auch bereit, das Ehrenpräsidium zu übernehmen. Zum Geschäftsführer könnte der Leiter der Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda ernannt werden. Über die Einrichtung von Zweigstellen müßten dann noch Verhandlungen gepflogen werden. Dieser Kulturvereinigung könnte auch ein Beirat angegliedert werden, der aus namhaften Vertretern des geistigen Lebens des Generalgouvernements zusammenzusetzen wäre. Auch der Presse müsse hier ein

1031

24.9.1942

entsprechender Einfluß gesichert werden. Die Gründung könne zum Jahrestag des Generalgouvernements stattfinden. Die Kulturvereinigung würde die juristische Form eines eingetragenen Vereins erhalten.

Zur Frage der Schaffung eines
Schrifttumpreises

berichtet Referent Jaenecke, daß man bereits im vergangenen Winter über die Voraussetzungen zur Schaffung eines solchen Preises verhandelt habe. Es sei daran gedacht, die für diesen Preis ausgesetzte Summe zu unterteilen, und zwar 1. für Lyrik, 2. für erzählendes Schrifttum, 3. für dramatische Dichtungen. Dabei solle es sich vornehmlich um Dichterwerke handeln, die im engeren oder weiteren Sinne das Generalgouvernement zum Gegenstand hätten. Man habe bislang der Durchführung des Planes noch nicht nähertreten können, weil die Mittel gefehlt hätten. Durch gewisse Einsparungen sei es jetzt aber möglich geworden, eine Summe von 120.000 Zloty zur Verfügung zu stellen für diesen Zweck. Es würde sich empfehlen, diesen Schrifttumspreis etwa im November dieses Jahres im Rahmen einer besonderen Veranstaltung, vielleicht einer Dichterlesung, zur Verteilung zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur überläßt die Verteilung des Schrifttumpreises der Hauptabteilung Propaganda und spricht sich dafür aus, daß der Schrifttumspreis im Rahmen der Gründung der Kulturvereinigung angekündigt wird. Die Verteilung des Preises habe dann später stattzufinden.

24.9.1942

Die Beratung wendet sich dann der Frage der Veranstaltung von

Kunstaussstellungen

zu. Von den auf diesem Gebiete von der Hauptabteilung Propaganda eingeleiteten Planungen berichtet Referent Jaenecke. Die erforderlichen Gelder für die Veranstaltung solcher Ausstellungen seien von der Hauptabteilung Finanzen bewilligt. So habe man denn auch bereits die ersten Einladungen an Künstler vorbereitet. Man lege jetzt auch Gewicht darauf, Werke der Plastik zur Ausstellung zu bringen, und wolle Bildhauern die Gelegenheit geben, im Generalgouvernement zu arbeiten. Eine Schwierigkeit bestehe allerdings insofern, als es teilweise an Motiven für die Tätigkeit der Bildhauer fehle. Gelegentlich einer Regierungssitzung sei der Gedanke erwogen worden, in gewissen Städten Rolandssäulen aufzustellen, besonders in den Städten, die nach deutschem Recht gegründet worden seien. Auch deutsche Brunnen könnten von Bildhauern geschaffen werden. - Referent Jaenecke gibt dann einen Überblick über die in nächster Zeit zu veranstaltenden Kunstaussstellungen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sein volles Einverständnis mit diesen Plänen, weist allerdings in diesem Zusammenhang auf gewisse Schwierigkeiten hin, die mit dem Transport Kunstwerke, ihrer Versicherung usw. zusammenhängen. Im Übrigen müsse darauf Bedacht genommen werden, daß nun nicht etwas das Generalgouvernement mit Kunstaussstellungen überschwemmt werde.

Regierungsrat Arnold weist darauf hin, daß die Tuchhalle, in der bislang schon verschiedene Kunstaussstellungen stattgefunden hätten, bei Fliegerangriffen besonders gefährdet sei.

24.9.1942

Schriftleiter Struckmann regt die Schaffung eines Studio, einer Schule für den Schauspielernachwuchs, an.

Der Herr Generalgouverneur äußert starke Bedenken gegen die Schaffung eines solchen Instituts im Anschluß an das Staatstheater, sei es doch vorläufig völlig ungewiß, ob geeignete Räume, Lehrer und Schüler vorhanden sein würden. Diese Frage müsse man daher vorläufig zurückstellen. Doch habe er nichts dagegen einzuwenden, daß sich die Kulturvereinigung mit ihr beschäftige.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird dann kurz zu der Frage der Veranstaltung von

Kulturwochen

Stellung genommen.

Regierungsrat Arnold und Referent Jaenecke berichten über die bisher auf diesem Gebiete geleistete Arbeit. Eine kürzlich in Warschau veranstaltete Kulturwoche habe vornehmlich unter dem Zeichen der Soldaten- und Verwundetenbetreuung gestanden. Man habe vorsorglich Mittel für diesen Zweck angefordert, wolle aber solche Veranstaltungen von der gegenwärtigen Lage abhängig machen. Für das kommende Jahr würden sich kaum Möglichkeiten für die Durchführung solcher Veranstaltungen ergeben.

In diesem Zusammenhang erinnert der Herr Generalgouverneur daran, daß die Veranstaltung von Tagungen grundsätzlich verboten sei. Im Übrigen werde es auch immer schwieriger, geeignete Persönlichkeiten von Bedeutung wie etwa den Komponisten Pfitzner für solche Veranstaltungen zu gewinnen.

1034

24.9.1942

Referent Jaenecke hält es für möglich, mehr als bisher Dichterlesungen zu veranstalten, für die auch in Krakau kleinere Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Rathaussaal in Krakau zum Beispiel würde sich dafür vortrefflich eignen.

Referent Jaenecke teilt dann mit, daß nach Be-
trachten die NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" die Durchführung aller Veranstaltungen übernehmen wolle, die bisher in der Hand der Hauptabteilung Propaganda gelegen hätten. Dafür solle bereits eine Persönlich-
keit engagiert worden sein. Offenbar sei darüber bereits eine Vereinbarung mit der Partei getroffen wor-
den.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Ent-
schiedenheit gegen diesen Plan und will die Zuständig-
keiten aufrechterhalten wissen, die sich bis jetzt
im Generalgouvernement herausgebildet hätten.

Im Zusammenhang mit der Frage der literarischen
Betreuung in schriftstellerischer Hinsicht regt der
Herr Generalgouverneur an, die "Blätter für deutsche
Kultur" zu einer regelmäßig erscheinenden kulturellen
Zeitschrift auszugestalten, in der über die Veran-
staltungen des Staatstheaters und andere kulturelle
Belange allmonatlich berichtet werden könnte. Diese
Blätter für deutsche Kultur könnten dann zum amtlichen
Organ der Kulturvereinigung gemacht werden, die könn-
ten mit dem Entstehen dieser Vereinigung von ihr
übernommen werden. Es würden dann im Generalgouver-
nement als Zeitschriften bestehen: "Die Burg" als
wissenschaftliches Organ, "Das Generalgouvernement"
als eine Art Propagandaorgan und die "Blätter für
deutsche Kultur" als ein mehr auf das Geistig-Seelische

24.9.1942

eingestelltes Organ. Aufgabe der beteiligten Stellen werde es sein, im Einvernehmen mit dem Pressechef und Hauptschriftleiter Stoeppler die Vorbereitungen für die Umgestaltung der "Blätter für deutsche Kultur" zu treffen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, namhafte Künstler, Schriftleiter, Dichter usw. aus dem Reiche bei sich zu empfangen, und bittet die interessierten Kreise, ihm jeweils mitzuteilen, wann irgendeine prominente Persönlichkeit aus dem Reiche in Krakau weile.

Die Mitteilung des Intendanten Stampe, daß sieben jüngere Mitglieder des Staatstheater-Orchesters nun doch zum Wehrmachtdienst einberufen werden sollten, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur zu der an die Hauptabteilung gerichteten Weisung, für geeigneten Musikernachwuchs Sorge zu tragen. Wenn das von Kapellmeister Höscl geleitete Warschauer Konservatorium vorläufig noch keine Musiker zur Verfügung stellen könne, dann müsse eben auf polnische Musiker zurückgegriffen werden. Die Bläser, des Orchesters des Staatstheaters, die zur Wehrmacht eingezogen würden, müßten notfalls durch Mitglieder des Orchesters ersetzt werden, das im Kaffee Ladelli in Warschau konzertiere.

Im Hinblick auf die dem Baedeker-Verlag erteilte Genehmigung zur Herausgabe eines "Baedeker für das Generalgouvernement" erklärt Regierungsrat Arnold, daß die Hauptabteilung Propaganda gegen die Herausgabe dieses Buches an sich nichtseinzuwenden habe, diese Ausgabe sogar begrüße. Wenn aber demgegenüber nach einer Weisung des Herrn Generalgouverneurs alle Vorbereitungen für die Schaffung eines "Führers durch das Generalgouvernement", der bereits fertiggestellt

1436

24.9.1942

sei und demnächst in Druck gegeben werde, eingestellt werden sollten, so müsse er geltend machen, daß es sich bei dem vom Fremdenverkehrsverband des Distrikts Krakau unter der Ägide der Hauptabteilung Propaganda herauszugebenden Führer um ein Buch handle, das hauptsächlich auf den Kriegsreiseverkehr abgestellt sei.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt auf Antrag der Hauptabteilung Propaganda das Erscheinen des "Führers durch das Generalgouvernement" unter der Voraussetzung, daß dieses Werk kein Konkurrenzunternehmen gegen den "Baedeker" darstellt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Pressechef Dr. Gassner, daß das Schrifttum des Generalgouvernements nicht verlorengelasse, sondern in der NS-Bibliographie enthalten sei. Auch erscheine eine eigene Bibliographie des Generalgouvernements.

Abschließend wird noch einmal zur Frage des Staatstheaters Stellung genommen. Regierungsrat Arnold äußert starke Bedenken gegen die jetzt von der Hauptabteilung Finanzen geübte Gehaltspolitik, angesichts deren es nicht gelungen sei, gute Kräfte mit durchaus nicht zu hohen Gehaltsbezügen zu gewinnen. Auch die Kürzung des Beschäftigungstagegeldes für diejenigen, die ihre Frauen in das Generalgouvernement geholt hätten, gebe zu großen Bedenken Anlaß. Man sei jetzt vor die Notwendigkeit gestellt, künstlerische Kräfte, die man habe engagieren wollen, auf die veränderten Verhältnisse hinzuweisen und sie zu fragen, ob sie unter diesen Umständen noch ins Generalgouvernement kommen wollten. Die meisten würden wahrscheinlich diese

24.9.1942

Frage verneinen.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß aller Wahrscheinlichkeit nach diese Fragen durch eine eingehende Aussprache mit der Hauptabteilung Finanzen bereinigt werden würden. Er sei überhaupt der Auffassung, daß der Erlaß für Sonderverträge nicht gelte, werde aber gegebenenfalls bei einer Kürzung der Bezüge für einen entsprechenden Ausgleich durch Verbilligung der Wohnungsmiete und der Herabsetzung der Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung usw. Sorge tragen.

18⁰⁰ Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Referent von Palézieux und Fräulein Mikorey.

18¹⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Arzt Dr. Pirmin Schneider zum Abschiedsbesuch.

21⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Haus Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

1038
Kressendorf

Freitag, den 25. September 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

16³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Frau Prof. Meriggi in Anwesenheit des Ersten Staatsanwalts Dr. Meldinger und Pressechef Gassner.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 26.9.1942

- 10³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
10³⁵ Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.
12⁰⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.
12¹⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.
12³⁰ Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Dr. Senkowsky
in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Gegenstand der Besprechung ist der von^a Haupt-
abteilung Finanzen an die Dienststellen der Regierung
und der Distrikte gerichtete

Haushaltserlaß 1943 ^{*)}

Der Herr Generalgouverneur nimmt auf seine in
der Hauptabteilungspräsidentensitzung vom 21. September
1942 gemachten Ausführungen Bezug. Er gibt noch-
mals seinem größtem Befremden darüber Ausdruck, daß
ein amtlicher Erlaß in dieser Form habe hinausgehen
können. Die Ausdrucksweise, die der Verfasser des
Textes dieses Erlasses, Ministerialrat von Streit,
gewählt habe, gehe weit über das hinaus, was im amt-
lichen Verkehr zwischen Behörden als statthaft ange-
sehen werden könne. Wenn z.B. in dem Erlaß gesagt
werde, daß "offenbar vielen Behördenleitern das not-
wendige Verständnis für eine sparsame Wirtschaftsfüh-
rung fehle", so liege darin eine völlig unangemessene
Kritik.

^{*)} Siehe Hauptabteilungsleitersitzung vom 21.9.1942.

1140
26.9.1942

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß er in Regierungssitzungen wiederholt darum gebeten habe, bei der Einreichung der Einzelhaushalte die gebotene Sparsamkeit walten zu lassen. Seine wiederholten Bitten hätten keinen Erfolg gehabt. Im übrigen sei der Sachverhalt folgender gewesen: Ministerialrat von Streit habe zusammen mit Ministerialrat Dr. Radtke ihm, Präsidenten Dr. Senkowsky, den Entwurf des Erlasses vorgelegt, von der Annahme ausgehend, daß der Erlaß vom Herrn Generalgouverneur selber unterzeichnet werden würde. Angesichts der Abwesenheit des Herrn Generalgouverneurs und des Staatssekretärs Dr. Bühler habe er sich veranlaßt gesehen, nach Vornahme einiger Änderungen im Text des Erlasses ihn selber zu unterschreiben. Er habe nicht den Eindruck, daß man aus der Wortfassung des Erlasses etwas für die Dienststellen Abtrüglisches herauslesen könne. Wenn z.B. die Möglichkeit bestanden habe, bei einem Teil der eingereichten Haushalte die angeforderte Summe von 1,6 Milliarde auf 1,2 Milliarde herabzumindern, dann könne man wohl schon sagen, daß diese Anforderungen unverantwortlich seien. Ihm, Präsidenten Dr. Senkowsky, sei wiederholt die Anweisung vom Herrn Generalgouverneur gegeben worden, in Haushaltsfragen größte Strenge walten zu lassen. Er habe mit diesem Erlaß dafür sorgen wollen, daß nicht unnötig neue Kräfte eingestellt würden. Wenn ihm zum Vorwurf gemacht werde, daß er gegenüber den Gouverneuren Anordnungen treffe, so bitte er zu berücksichtigen, daß er im Rahmen seiner verordnungsmäßigen Kompetenzen in der Lage sei, auch einem Gouverneur Weisungen zu geben. Er beziehe sich in dieser Hinsicht auf §§ 10 u. 11 der ersten Durchführungsverordnung zur Haushaltsverordnung, die ja auch in dem Erlaß zitiert seien. In der Sache müsse er sich vor Ministerialrat von Streit stellen, wenn er

1141

26.9.1942

auch zugebe, daß Ministerialrat von Streit in der Formalisierung des Erlasses etwas zu weit gegangen sei. - Die Entsendung des Finanzamtmanne Süßmann in die Distrikte sei von ihm nicht gebilligt worden; diese Aufgabe, die Süßmann habe durchführen sollen, hätte zum mindesten einem Regierungsrat übertragen werden müssen.

Der Herr Generalgouverneur kann die von Präsident Dr. Senkowsky dargelegten Gründe für die Herausgabe des Erlasses und die Stellungnahme des Präsidenten Dr. Senkowsky gleichwohl nicht billigen und will den Haushaltserlaß 1943 aufgehoben wissen.

Präsident Dr. Senkowsky bittet den Herrn Generalgouverneur, wenn irgend möglich, von der Aufhebung eines den Dienststellen bereits zugegangenen Erlasses abzu- sehen. Den einzelnen Dienststellen könnte allerdings mitgeteilt werden, daß der Herr Generalgouverneur die Formulierung des Erlasses mißbillige. Aus der Aufhebung des Erlasses könnten falsche Schlüsse gezogen werden. An dem Grundsatz, daß unter allen Umständen die notwendige Sparsamkeit geübt werden müsse, könne jedenfalls nicht gerüttelt werden, und insofern sei eben in dem Erlaß das Erforderliche gesagt worden.

Der Herr Generalgouverneur will zum mindesten eine scharfe Mißbilligung der Form des Erlasses ausgesprochen sehen und beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, ihm unverzüglich den Entwurf eines diesem Zwecke dienenden Schreibens vorzulegen.

16⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1842

Kressendorf

Sonntag, den 27. September 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus
Kressendorf.

Krakau

Montag, den 28. September 1942

10¹⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10²⁰ Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10⁵⁵ Oberst von Tschammer und Osten teilt dem Herrn Generalgouverneur die Abberufung des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement Generals der Kavallerie Fhrn von Gienanth von seinem Posten als Militärbefehlshaber im Generalgouvernement mit.

11⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt SA-Oberführer Peltz und bespricht mit ihm Fragen der SA-Wehrmannschaften. Er beauftragt SA-Oberführer Peltz, mit Staatssekretär Krüger wegen der notwendigen Maßnahmen im Sinne des Erlasses des Führers betreffend Einrichtung der Hilfspolizei Verhandlungen aufzunehmen und darüber zu berichten.

12⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Krüger.

Staatssekretär Krüger trug dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung betreffend Überführung des Sonderdienstes in die allgemeine Polizei vor.

Der Herr Generalgouverneur machte gegen den Entwurf seine Bedenken geltend, wobei auch Staatssekretär Krüger darauf hinwies, daß er im Sinne gleicher Bedenken mit Reichsführer SS Himmler gesprochen habe, daß aber der vorliegende Entwurf einem Wunsche des Reichsführers entspreche, um die polizeiliche Sicherheit insgesamt sicherzustellen.

Der Herr Generalgouverneur drückte den Wunsch aus, daß der Sonderdienst als eines der unerlässlichsten Instrumente der Sicherheit im Generalgouvernement

28.9.1942

anerkannt werde. Die Kreishauptleute könnten praktisch eigentlich nur über den Sonderdienst unmittelbar verfügen, denn die Polizei sei infolge ständigen Hin- und Herversetzens, Kasernierung, Dislozierung usw. der Verfügung der einzelnen Staatsbehörden entzogen. Im Hinblick auf die Verschlechterung der Sicherheitslage, die vor allem durch die im Zusammenhang mit den Lieferungen des Generalgouvernements an das Reich sich ergebende Erschwerung der Ernährungssituation hervorgerufen werde, müsse für die Sicherheit der weit im Lande isoliert verteilten Behörden gesorgt werden. Dem Sonderdienst obliege die Aufgabe, einen solchen Schutz zu gewährleisten.

Der Herr Generalgouverneur bat Staatssekretär Krüger in diesem Sinne mit dem Reichsführer SS Rücksprache zu nehmen, und betonte im übrigen, daß selbstverständlich nichts im Wege stehe, wenn der Sonderdienst durch Führererlaß der Polizei eingegliedert werde, daß er aber persönlich wenig geneigt sei, eine Einrichtung, die er selbst geschaffen und die sich allgemein bewährt habe, aufzugeben, solange er noch Generalgouverneur sei. -

Weiterer Gegenstand der Besprechungen mit Staatssekretär Krüger waren Fragen des Polizeihilfsdienstes und der Heranziehung der Beamten zu diesem Dienst.

Im Hinblick auf verschiedene bereits entstandene Mißhelligkeiten ersuchte der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Krüger, sich mit Staatssekretär Dr. Bühler über eine endgültige Formulierung der diesbezüglichen Vorschriften zu einigen. -

28.9.1942

Bezüglich der SA-Wehrmannschaften sprach der Herr Generalgouverneur den Wunsch aus, daß Staatssekretär Krüger wenn irgend möglich die Übernahme der SA-Wehrmannschaften insgesamt in die Polizei durchführen möchte.

Staatssekretär Krüger erklärte, sich darüber noch mit Oberführer Peltz in Verbindung setzen zu wollen.

Der Herr Generalgouverneur kam dann auf den Fall des Beamten Szepessy zu sprechen und ließ sich von Staatssekretär Krüger über die Gründe, die zur Verhaftung Szepessys geführt hatten, berichten.

Staatssekretär Krüger gab an, daß Szepessy an Juden Ausweise ausgestellt habe, die es diesen ermöglichen, durch Hinweis auf ihre Dienstleistung weiterhin von der Ausweisung aus Krakau ausgenommen zu werden. Ferner habe Szepessy einem Angehörigen des Judenrates beim Abschied die Hand gegeben.

Der Herr Generalgouverneur bemerkte hierzu, daß dieses keine Gründe seien, um einen Mann ohne jeden Richterspruch in Haft zu belassen, und fragte, was geschehen sei, um den Tatbestand einwandfrei zu klären.

Staatssekretär Krüger erklärte daraufhin, daß die Einvernahmen durch den Befehlshaber der Sicherheitspolizei mittlerweile erfolgt seien und daß er annehmen zu können glaube, in absehbarer Zeit die Akten vorgelegt zu bekommen.

Der Herr Generalgouverneur rief sodann den Präsidenten der Hauptabteilung Arbeit Dr. Frauendorfer und die als Gesuchstellerin mit-erschiene^{ne} Frau Szepessy in das Zimmer und setzte die Besprechung mit Staatssekretär Krüger in Gegenwart der Genannten fort.

28.9.1942

Staatssekretär Krüger konnte weitere Aufklärung darüber, warum Szepessy in Haft gehalten wird, nicht geben.

Präsident Dr. Frauendorfer erklärte, daß Szepessy bei der Ausstellung von Ausweisen für die im Interesse der Wirtschaft des Generalgouvernements und damit im Interesse der Wirtschaft des Reiches beschäftigten Juden im Rahmen seiner Amtspflichten gehandelt habe und daher kein Anlaß bestünde, ihn deshalb zu verfolgen.

Frau Szepessy wies darauf hin, daß sie einen 18 1/2-jährigen Sohn habe, der Offiziersanwärter sei, und dem sie sich nicht von dem schweren Schicksal seines Vaters, ohne Gerichtsurteil verhaftet zu sein, Kenntnis zu geben getraue.

Der Herr Generalgouverneur gab abschließend Staatssekretär Krüger das Wort. Dieser weigerte sich, weitere Erklärungen zur Sache abzugeben.

Aus all' dem zog der Herr Generalgouverneur den Schluß, daß die Inhaftierung des Szepessy lange genug gedauert habe, um einen Verstoß, falls ein solcher vorhanden gewesen war, als gesühnt erscheinen zu lassen; denn Szepessy wurde bereits Anfang Juni festgenommen und sitzt seitdem in Haft.

Der Herr Generalgouverneur verfügte die sofortige Freilassung des Szepessy und richtete außerdem an Staatssekretär Krüger ein Schreiben, in dem er ihn von dieser Verfügung in Kenntnis setzte.

28.9.1942

12³⁵ Präsident Dr. Frauendorfer überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben, in dem er ihn um seine Freistellung zum Wehrdienst bittet.

Der Herr Generalgouverneur entspricht dieser Bitte mit der Maßgabe, daß die Freigabe frühestens zum 1. Januar 1943 erfolgen könne, unter der Voraussetzung, daß ein geeigneter Ersatz für den hervorragend eingearbeiteten und um den Arbeitseinsatz so hoch verdienten Präsidenten Dr. Frauendorfer gefunden werden könne.

12⁴⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch stellt dem Herrn Generalgouverneur den Gauhauptstellenleiter Spengler vor, der in der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda für aktive Propaganda eingesetzt werden soll.

In der anschließenden Besprechung legt Präsident Ohlenbusch dem Herrn Generalgouverneur ein Programm für die Veranstaltungen am 26. Oktober 1942, dem Dritten Jahrestag der Gründung des Generalgouvernements, vor.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsch Ausdruck, daß die Feier des Gründungstages in diesem Jahr dem Ernst der Zeit entsprechend ganz einfach gehalten werden solle. Er beabsichtige, am Vormittag des 26. Oktobers eine Regierungssitzung abzuhalten und im Anschluß daran Mutterkreuze zu verteilen. Am Abend des 26. Oktobers würde, ebenfalls in einfachem Rahmen, ein Philharmonisches Konzert stattfinden können und am 25. Oktober das Händel'sche Oratorium "Julius Cäsar" zur Aufführung gelangen. Gegen die Veranstaltung eines Bunten Abends für die Wehrmacht am 27. Oktober hat der Herr Generalgouverneur nichts einzuwenden.

28.9.1942

Im weiteren Verlauf der Besprechung nimmt Präsident Ohlenbusch zur Frage der Veranstaltung von Kunstausstellungen Stellung. - Der Herr Generalgouverneur äußert gewichtige Bedenken gegen die Veranstaltung von Kunstausstellungen, da in der heutigen Zeit die schwierigen Probleme des Transports, der Versicherung, des Bombenschutzes usw. mit ihnen aufgeworfen würden.

13¹⁵ Der Herr Generalgouverneur überreicht in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler im Namen des Führers dem bisherigen Oberlandwirtschaftsrat Dr. Albert die Urkunde über seine Bestallung zum Regierungsdirektor.

Staatssekretär Dr. Bühler legt dann den Entwurf eines Schreibens an Reichsmarschall Göring betr. Ablieferung von Ernteerzeugnissen des Generalgouvernements an das Reich und die Wehrmacht vor.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt den Entwurf des Briefes und unterzeichnet ihn.

13²⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

13³⁵ Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Landgerichtsrat Taschner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler während des Mittagessens.

Landgerichtsrat Taschner, stellvertretender Leiter des Ministeramtes des Reichsministers Dr. Frank, berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Arbeiten des Ministeramtes.

28.9.1942

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Landgerichtsrat Taschner, im Hinblick auf die Neuordnung des Justizwesens für die Unterbringung des Ministeramtes in eigenen Räumen, getrennt von den Räumen der Akademie für Deutsches Recht, Sorge zu tragen. — Er wünsche auch nicht, daß das Ministeramt räumlich in eine Verbindung mit der Dienststelle des Bevollmächtigten gebracht werde.

Wegen der Dienstwohnung des Reichsministers Dr. Frank in Berlin wird Landgerichtsrat Taschner die nötigen Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen führen. Er hat dem Reichsminister Dr. Lammers vorgeschlagen, daß das dem Rechtswahrerbund gehörige Haus in der Regerstraße vom Reich gekauft und Reichsminister Dr. Frank als Wohnung zur Verfügung gestellt werden soll. Die Verhandlungen darüber sind noch im Gange. Nach Abschluß wird Landgerichtsrat Taschner über das Ergebnis Bericht erstatten.

Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß bei allen Stellen des Reiches das Interesse am Generalgouvernement in wachsendem Maße vorhanden sei. Er werde in den nächsten Tagen in Potsdam vor einer Propagandakompanie einen Lichtbildervortrag über das Generalgouvernement halten.

Wegen des Druckes seiner Reden in Berlin, Wien, München und Heidelberg ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß von diesen Reden nur 100 Exemplare gedruckt werden, daß diese Exemplare in seine persönliche Verwahrung genommen werden und nicht zu irgendeiner Verteilung oder Publikation Verwendung finden. Die zweite Ausgabe "Technik des Staates" wird gedruckt und erscheint im Burg-Verlag.

28.9.1942

Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler spricht dann noch über die Vorarbeiten für das Buch, das zum Dritten Jahrestag der Gründung des Generalgouvernements erscheinen und das die Reden des Herrn Generalgouverneurs im Generalgouvernement zum Inhalt haben soll.

Über die Verwendung seiner bisherigen Mitarbeiter ordnet der Herr Generalgouverneur an: Reichshauptamtsleiter Dr. Heuber soll Bevollmächtigter des Generalgouverneurs bleiben, und zwar soll diese Verwendung seine dienstliche Haupttätigkeit darstellen. Eisenlohr und Berckholz sollen im Dienste des Generalgouvernements Verwendung finden; Eisenlohr soll als persönlicher Referent in die Kanzlei des Generalgouverneurs eintreten und dem Herrn Generalgouverneur jeweils nach Bedarf in Krakau, München oder Berlin zur Verfügung stehen. Berckholz wird vom Herrn Staatssekretär Dr. Bühler im Rahmen der allgemeinen Verwaltung des Generalgouvernements untergebracht. Dr. Dresler bleibt Pressechef beim Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin.

19⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Haus Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1051

Krakau

Dienstag, den 29. September 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus
Kressendorf.

Mittwoch, den 30. September 1942

- 10²⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 11⁰⁰ Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.
- 11³⁵ Besprechung von Verordnungsentwürfen der Hauptabteilung Eisenbahnen im Königssaal der Burg.

An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Präsident G e r t e i s
Oberst F i s c h e r
Oberstleutnant von D a z u r
Präsident Dr. S i e b e r t
SS-Standartenführer H a m m e r
Regierungsdirektor A l b e r t
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h
Oberregierungsrat Dr. S c h e p e r s
Reichsbahnrat K r a u s e
Abteilungsleiter R a u b e r

Zunächst wird zu dem Entwurf einer
Verordnung über die Durchführung vordring-
licher Bauvorhaben der Ostbahn

Stellung genommen.

Der Verordnungsentwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1

(1) Zugunsten von Bauvorhaben der Ostbahn, die der Gebietsbeauftragte für die Regelung der Bauwirtschaft im Generalgouvernement als vordringlich bezeichnet, können die Generaldirektion der Ostbahn und die Ostbahnbezirksdirektionen die für Vorarbeiten oder den sofortigen Baubeginn erforderlichen Grundstücke in Anspruch oder in Besitz nehmen.

30.9.1942

(2) Die Generaldirektion der Ostbahn und die Ostbahnbezirksdirektion haben die Absicht der Inanspruch- oder Inbesitznahme mit Zustellungs-urkunde oder durch öffentlichen Aushang in der Gemeinde des belegenen Grundstückes den Eigentümern oder Besitzern anzuzeigen und sie zur Räumung aufzufordern. Zwischen Zustellung oder Aushang und Inbesitznahme muß bei Grundstücken, die mit Wohngebäuden bebaut sind, deutscher Eigentümer ein Zeitraum von 1 Monat, bei anderen Grundstücken ein Zeitraum von 10 Tagen liegen.

(3) Soweit der Zustand eines Grundstückes für die spätere Ermittlung des Wertes und für die Bemessung der Entschädigung von Bedeutung ist, ist er bei der Inbesitznahme, notfalls unter Zuziehung eines Sachverständigen, schriftlich festzustellen.

(4) Die Ostbahn hat spätestens 6 Monate nach der Inbesitznahme bei der zuständigen Enteignungsbehörde die Enteignung zu beantragen.

§ 2

(1) Vordringliche Bauvorhaben der Ostbahn können ohne Rücksicht auf das Planfeststellungs- und Begutachtungsverfahren (§ 23 des Reichsbahngesetzes vom 4.7.1939 in Verbindung mit § 18 der Ersten Durchführungsvorschrift zur Verordnung vom 9.11.1939 über die Verwaltung des Eisenbahnwesens im Generalgouvernement vom 23.4.1940) sowie das Enteignungsverfahren durchgeführt werden.

(2) Soweit Bauten, die als vordringliche Bauvorhaben durchgeführt werden, von gesetzlichen Bestimmungen, von festgestellten oder noch festzustellenden Plänen abweichen, ist die Ostbahn verpflichtet, diese Bauten nach Kriegsende zu

30.9.1942

beseitigen und den früheren Zustand wieder herzustellen oder unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen und der Planfeststellung zu ändern.

§ 3

Der Grunderwerb der Ostbahn unterliegt weder der Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken im Generalgouvernement vom 27. März 1940 (VBIGG. S. 115) noch sonstigen Beschränkungen.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Präsident Gerteis begründet kurz die Notwendigkeit der Herausgabe einer solchen Verordnung. Für die Durchführung vordringlicher Bauvorhaben müsse nunmehr eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Da von verschiedenen Hauptabteilungen Einsprüche gegen diesen Verordnungsentwurf erhoben worden seien, habe er es für richtig gehalten, den Herrn Generalgouverneur um eine Entscheidung zu bitten.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh geht kurz auf die Entstehungsgeschichte des Entwurfs ein. Er sei im Mai 1942 in den Umlauf gegeben worden, und es habe dann eine nochmalige Bearbeitung stattgefunden. Der Entwurf sei den beteiligten Stellen nochmals zugegangen. Nun seien einige Einsprüche unerledigt geblieben, die mit Mitteln des Amtes für Gesetzgebung nicht hätten beseitigt werden können. Die Einsprüche gingen aus:

- 1) von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft
- 2) vom Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums
- 3) vom Hauptamt für Raumordnung
- 4) vom Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement.

30.9.1942

Regierungsdirektor Albert erklärt, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft zunächst einmal gegen Abs. 4 des § 1 Einspruch erheben müsse. Der von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft vertretene Standpunkt sei auch von der Ostbahn als richtig anerkannt worden, und man habe sich darüber geeinigt, daß dieser Abs. 4 wegfallen könne, weil ein Enteignungsgesetz noch nicht vorliege.

Präsident Gerteis erklärt sich mit der Streichung des Abs. 4 des § 1 einverstanden. - Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß Abs. 4 des § 1 gestrichen wird.

Regierungsdirektor Albert nimmt sodann zu § 3 des Entwurfs Stellung. Diese Bestimmung würde zur Folge haben, daß unter Umständen seitens der Ostbahn Käufe gegen Entschädigung vorgenommen werden könnten. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft vertrete den Standpunkt, daß Käufe besonders von landwirtschaftlichen Grundstücken gegen Entschädigung nicht erfolgen sollten. Man dürfe den Grundsatz, daß erobertes Land Reichsland ist, nicht gefährden; man dürfe keine Präzedenzfälle schaffen und zur Gestaltung von Bodenpreisen beitragen. Das brauche sich im Augenblick für die Landwirtschaftsverwaltung noch nicht ungünstig auszuwirken, könne aber unter Umständen eine Unklarheit in der Bodenpolitik herbeiführen. Die Ostbahn könne die von ihr beabsichtigten Maßnahmen auch durchführen, wenn sie mit der Beschlagnahme vorgehe, auch ohne daß eine Enteignungsverordnung vorliege. Die erfolgte Beschlagnahme ermögliche sofort das Bauen auf den inanspruchgenommenen Grundstücken. Die dagegen geltend gemachten formal-juristischen Bedenken, daß man auf Beschlagnahmten Grundstücken nicht Investitionen vornehmen solle,

30.9.1942

seien praktisch wirkungslos. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft wolle nur festgestellt wissen, daß grundsätzlich eine Entschädigung nicht erfolge, weil man bisher in keinem Fall eine Entschädigung gewährt habe. Man könne unmöglich heute schon Besitzer polnischen Bodens entschädigen, da man die Ostpolitik und Bauernpolitik heute noch nicht übersehen könne. Aus allen diesen Gründen beantrage die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, den § 3 zu streichen.

Auch Staatssekretär Dr. Bühler will der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft die Möglichkeit geben, sich irgendwie bei der Erwerbung von landwirtschaftlich genutztem Boden seitens der Ostbahn zu beteiligen. - Was die Entschädigungsfrage angehe, so sei die Formulierung: erobertes Land ist Reichsland - ein Schlagwort, das geeignet wäre, die Wirtschaft empfindlich zu stören. Man dürfe nicht mit einem Schlagwort eine Enteignung der gesamten Bevölkerung des Gebietes vornehmen. Er sei an sich auch nicht dafür, daß ein geschätzter, vielleicht über den wirklichen Wert hinausgehender Betrag gezahlt werde, wenn auch andererseits der Ostbahn aus Billigkeitserwägungen die Möglichkeit gegeben werden müsse, den bisherigen Eigentümern irgendeine Abfindung zu gewähren.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Regierungsdirektor Albert, daß im Falle der Streichung des § 3 sich die Regelung nach der zu schaffenden endgültigen Enteignungsverordnung richten würde.

30.9.1942

Reichsbahnrat Krause gibt zu bedenken, daß die Ostbahn auch gegen den Widerstand des polnischen Eigentümers Land zu erwerben imstande sein müsse. Er befürchte für den Fall, daß jedes Mal eine Einigung mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft stattfinden müsse, eine starke Verlangsamung des Verfahrens. Würde die Ostbahn jedoch nicht bei jedem kleinen Grundstück an die Zustimmung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gebunden sein, dann könnte sie sich damit einverstanden erklären.

Regierungsdirektor Albert ist der Auffassung, daß die vorgebrachten Bedenken durch interne Verwaltungsanordnungen beseitigt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur stellt darauf fest, daß mit Einverständnis aller Beteiligten § 3 gestrichen wird.

SS-Standartenführer Hammer weist auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung der volksdeutschen Belange hin und hält die Zahlung einer Entschädigung an volksdeutsche Grundstücksbesitzer für geboten.

Oberregierungsrat Dr. Schepers bemerkt, daß der vom Hauptamt Raumordnung erhobene Widerspruch im wesentlichen durch den von Präsident Gerteis ihm zugestellten Entwurf einer besonderen Vereinbarung erledigt sei, solange eine Raumordnungsverordnung nicht bestehe. Er ziehe seine Bedenken gegen den Verordnungsentwurf zurück und sei bereit, über einige Dinge minderer Bedeutung noch mit Präsident Gerteis eine Besprechung zu halten.

30.9.1942

Der Herr Generalgouverneur nimmt zur Frage der Entschädigung folgenden Standpunkt ein: Gegenüber Reichsdeutschen und Volksdeutschen müßte grundsätzlich eine Entschädigung stattfinden, in den anderen Fällen nach billigem Ermessen. In eine Verordnung hineinzuschreiben, daß eine Entschädigung vormals polnischer Grundbesitzer grundsätzlich ausgeschlossen sei, sei politisch unklug. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, als ob man die Polen als rechtlos handle.

Auf eine Frage des Präsidenten Gerteis erwidert Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, daß bei der Inanspruchnahme von städtischen Grundstücken oder ganzen Häuserblocks eine Entschädigung gezahlt werden müsse, da ja die Städte für öffentliche Belange arbeiteten. Eine entsprechende Bestimmung werde auch in die künftige Enteignungsverordnung eingefügt werden.

Präsident Gerteis gibt aber zu bedenken, daß es, wenn man etwa die Genehmigung des Stadthauptmanns brauche, unter Umständen Wochen und Monate dauern würde, bis man mit den Bauten anfangen könnte.

Der Herr Generalgouverneur hält in solchen Fällen ein Einschreiten der Hauptabteilung Innere Verwaltung für geboten.

Oberst Fischer nimmt darauf Bezug, daß dem Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement von Präsidenten Gerteis gewisse Zusagen gemacht worden seien, des Inhalts, daß Grundstücke der Wehrmacht und der Rüstungsbetriebe nur mit Zustimmung der Wehrmachtsstellen in Besitz genommen werden würden. Es würde sich jedoch empfehlen, diese Zusagen ebenso wie die Schutzbereichsverordnung und Luftverkehrsdiensordnung ausdrücklich in der Verordnung zu erwähnen.

30.9.1942

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß seinerzeit dem Befehlshaber im Generalgouvernement die Berücksichtigung aller dieser Belange schon zugesichert worden sei.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß man die Verordnung nicht mit zuvielen Einzelheiten überlasten dürfe. Auch die Wehrmacht werde sich damit abfinden müssen. Die Verordnung sei genau so wirksam, ob sie nun diese Einzelheiten enthalte oder nicht. Ein Gesetz könne durch Verordnung nicht aufgehoben werden, und es sei bei jeder Verordnung stillschweigend vorausgesetzt, daß auch Gesetze, die einer Verordnung widersprächen, in Kraft blieben. Selbstverständlich müsse sich die Wehrmacht mit der Ostbahn über diese Dinge einigen.

Präsident Gerteis stellt fest, daß die Bestimmungen der Verordnung grundsätzlich nicht gegen deutsche Behörden angewendet werden sollten. Das habe er auch bereits seinerzeit dem ^{Militär} Befehlshaber zugesagt.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Gerteis an, die notwendig gewordenen Vereinbarungen mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, der Hauptabteilung Innere Verwaltung, dem Hauptamt Raumordnung und dem Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement als Anlage der Verordnung anzufügen, sodaß daraus ein einheitliches Gesetzgebungswerk entstehe. So werde dann auch die Möglichkeit für eine elastische Entwicklung der Verordnung gegeben sein.

1060
30.9.1942

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß die Verordnung über die Durchführung ^{VOR} dringlicher Bauvorhaben große Vollmachten gebe, die in der jetzigen Zeit und auch noch während der Kriegsdauer durchaus berechtigt seien. Die Verordnung passe aber nicht in eine Friedensentwicklung und in eine normale Verwaltung. Er schlage deshalb vor, eine Begrenzung vorzunehmen und die Gültigkeit der Verordnung auf ein oder zwei Jahre zu befristen. Dann müsste nochmals geprüft werden, ob die gleichen Voraussetzungen noch gegeben seien.

Präsident Gerteis gibt zu bedenken, daß ähnliche Verordnungen im Reich unbefristet seien.

Der Herr Generalgouverneur erinnert daran, daß Verordnungen des Reichsverteidigungsrates allgemein für die Kriegsdauer Geltung hätten. Das Generalgouvernement sei jedoch keine Einrichtung des Krieges, sondern bedeute die Schaffung eines Nebenlandes auch über die Kriegsdauer hinaus. Man könnte allerdings feststellen, daß irgendeine Befristung z.B. bis zum 31. Dezember 1943 gesetzt werde. Es solle der Eindruck erweckt werden, daß es sich hier um eine außerordentliche Maßnahme handelt.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh schlägt vor, zu sagen die Verordnung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1943 außer Kraft, es sei denn, daß ihre Geltungsdauer verlängert wird.

Der Herr Generalgouverneur stellt abschließend fest, daß es sich nach Ansicht aller beteiligten Stellen bei

30.9.1942

dieser Verordnung um eine außerordentliche Regelung handeln solle.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh hält auf Grund des Ergebnisses der Aussprache eine Stellungnahme zu der Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken im Generalgouvernement für überflüssig, da Klarheit darüber bestehe, daß die Ostbahn nicht generell von der Genehmigungspflicht ausgenommen werden könnte.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß der Entwurf einer Verordnung über die Durchführung vordringlicher Bauvorhaben der Ostbahn unterzeichnet werden und mit dem Tage der Verkündung die Verordnung in Kraft treten könne.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh weist darauf hin, daß die Verordnung der Ostbahn die Befugnis zur sofortigen Inanspruchnahme und Inbesitznahme von Grundstücken gebe. Dieser vorübergehende Zustand bedürfe aber selbstverständlich einer generellen Regelung. Sie sollte durch die Grundstücksenteignungsverordnung erfolgen. Der Entwurf einer Enteignungsverordnung werde schon seit einiger Zeit von der Hauptabteilung Innere Verwaltung bearbeitet, er sei auch in den Umlauf gegeben worden und habe eine Reihe von Äußerungen zur Folge gehabt. Dabei sei vor allem die grundsätzliche Frage aufgeworfen worden, ob die Hauptabteilung Innere Verwaltung die Federführung beanspruchen könne. Der Vertreter des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums mache geltend, daß er für die Federführung bei der Enteignungsverordnung zuständig sei und nur der

30.9.1942

Entwurf, den er einbringe, zur Grundlage des weiteren Verfahrens gemacht werden könne.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß für diese Frage selbstverständlich die Hauptabteilung Innere Verwaltung zuständig sei. Er ersucht den Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung, den Originalentwurf und den Vorschlag des Staatssekretärs Krüger als Stellungnahme dazu weiter zu behandeln und darüber noch eine besondere Besprechung zu halten.

Der Herr Generalgouverneur weist Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert an, im Benehmen mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh den Entwurf einer Enteignungsverordnung bis zum 15. Oktober 1942 besprechungsreif zu machen.

12⁰⁰ Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler.

13¹⁰ F r ü h s t ü c k .

20¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania.

20²⁰ Konzert der Dresdner Philharmonie unter Leitung des Generalmusikdirektors Paul van Kempen.

Zur Aufführung gelangen:

Ouvertüre zu Euryanthe von C.M. von Weber

Symphonie Nr. 4 von Robert Schumann

7. Symphonie von Ludwig van Beethoven

"An der schönen blauen Donau", Walzer
von Johann Strauß

Radetzky Marsch von Johann Strauß (Vater)

1063

30.9.1942

22²⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

0³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in
Haus Kressendorf).

Freitag, den 2. Oktober 1942

11²⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11²⁵ Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Reise des Parteisekretärs Vidussi, der mit einem Liebesgabenzug in Begleitung der Parteigenossen Friedrichs und Klöpfer durch das Generalgouvernement gefahren ist. Im Verlaufe der Besprechung, die während dieser Reise stattgefunden hat, ist auch die künftige Parteiorganisation im Generalgouvernement zur Sprache gekommen. Hauptabschnittsleiter Stahl kann dem Herrn Generalgouverneur mitteilen, daß er die Auffassung des Herrn Generalgouverneurs über die Notwendigkeit der Personalunionen auf diesem Gebiete den Herren vorgetragen habe. Wie Hauptabschnittsleiter Stahl weiter berichtet, lassen die italienischen Herren beste Grüße für den Herrn Generalgouverneur bestellen.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Hauptabschnittsleiter Stahl den Auftrag, dafür Sorge zu tragen, daß die Vorbereitungen für das Kriegswinterhilfswerk des Generalgouvernements im ganz großen Umfange getroffen würden.

11⁵⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Fischer zum Vortrag.

Oberst Fischer teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß der neuernannte Wehrkreiskommandeur im Generalgouvernement General von Hannike sich dem Herrn Generalgouverneur gern vorstellen würde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, den Wehrkreiskommandeur am Montag, den 5. Oktober 1942 um 12⁰⁰ Uhr zu empfangen.

2.10.1942

12⁰⁰ Besprechung mit Abteilungspräsidenten Dr. Walbaum.

Präsident Dr. Walbaum führt Beschwerde darüber, daß der Vorschlag, ihn zum Ministerialrat zu ernennen, von Staatssekretär Dr. Bühler bis jetzt nicht weitergegeben worden sei. Er, Präsident Dr. Walbaum, fühle sich sehr benachteiligt. Dieses Verhalten des Staatssekretärs Dr. Bühler entspreche auch nicht den Vereinbarungen, die der Herr Generalgouverneur mit dem Reichsärztführer Dr. Conti bei dessen letzter Anwesenheit im Generalgouvernement getroffen habe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er den Vorschlag weiter leiten lassen werde.

12⁰⁵ Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert.

Der Hauptabteilungspräsident bittet den Herrn Generalgouverneur, einen Erlaß zu unterzeichnen durch den er ermächtigt wird, die Maßnahmen zu treffen, die notwendig wären, um die zunehmende Überfüllung der Kurorte durch Polen zu verhindern.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Erlaß.

Der Herr Generalgouverneur teilt sodann Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert den Inhalt der soeben mit Abteilungspräsident Dr. Walbaum betreffend dessen Ernennung zum Ministerialrat stattgefundenen Besprechung mit.

12¹⁵ Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

12²⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Oberbereichsleiter Eisenlohr.

Oberbereichsleiter Eisenlohr hat gebeten, nach Auflösung des Reichsrechtsamtes seine Arbeitskraft dem Herrn Generalgouverneur ausschließlich zur Verfügung

stellen zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, den Oberbereichsleiter Eisenlohr bei seiner bisherigen Dienststelle zum Einsatz im Generalgouvernement anzufordern. Oberbereichsleiter Eisenlohr soll als Persönlicher Referent des Generalgouverneurs in die Kanzlei des Generalgouverneurs aufgenommen werden und je nach den dienstlichen Bedürfnissen des Herrn Generalgouverneurs in München oder Krakau Dienst leisten.

17⁰⁰

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf).

Bonnabend, den 3. Oktober 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

11³⁰ Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

12⁰⁰ Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz und Regisseur
Schneider-Edenkoben.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in
Haus Kressendorf).

1168
Krakau

Sonntag, den 4. Oktober 1942

10⁴⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11⁰⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner und Reichshaupt-
amtsleiter Dr. Dresler.

11¹⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart von
Oberbereichsleiter Mehling, Pressechef Gassner und
Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler Pressevertreter der
deutschen Volksgruppen in Bulgarien, Rumänien, Ungarn,
Kroatien, Slowakei und Dänemark.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt die Pressever-
treter und gibt ihnen dann ein anschauliches Bild von
den staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des
Generalgouvernements.

Namens der Pressevertreter dankt Hauptschriftlei-
ter Josef Hammer von der Südostdeutschen Tageszeitung
in Temesburg (Rumänien) dem Herrn Generalgouverneur
für die freundlichen Worte der Begrüßung.

12³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

18⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater
in Krakau.

18³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Staatstheater.

Zur Aufführung gelangt das Schauspiel:

"Der Thron zwischen Erdteilen".

22⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Haus Kressen-
dorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf).

Montag, den 5. Oktober 1942

- 9⁵⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 10¹⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.
- 10³⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.
- 11⁰⁰ Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr. Eisfeldt, Generaldirektor Berve und Direktor Verres in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Generaldirektor Berve führt einleitend aus, daß die Schaffgotsch-Werke im Jahre 1928 in Galizien Waldungen käuflich erworben hätten. Infolge der Kriegeereignisse sei dann hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse eine Änderung eingetreten, und zur Zeit ständen die Waldungen tatsächlich nicht mehr im Eigentum der Gesellschaft. Man habe sich deshalb schon vor einiger Zeit an Gauleiter Bracht mit der Bitte gewendet, der Gesellschaft zur Wiedererlangung ihrer Rechte auf die Waldungen behilflich zu sein. Er, Generaldirektor Berve, und Direktor Verres hätten auch schon mit Staatssekretär Dr. Bühler über diese Frage gesprochen. Der in Erwägung gezogene Vorschlag, die Wälder der Gesellschaft in treuhänderische Verwaltung zu geben, sei als nicht durchführbar bezeichnet worden. Weiter habe man auch mit dem Reichsforstamt in Berlin Verhandlungen geführt. Er habe es nunmehr für geboten gehalten, dem Herrn Generalgouverneur die Sachlage vorzutragen und ihn um eine wohlwollende Prüfung der von der Gesellschaft gehegten Wünsche zu bitten. Er betone dabei ausdrücklich, daß die Gesellschaft in der Nutzung dieser Waldungen niemals ein Geschäft gesehen habe, was schon deshalb ausgeschlossen sei, weil die Waldungen seinerzeit unter sehr ungünstigen Umständen, nämlich in einem Höhepunkt der Holzkonjunktur, gekauft worden seien. Die Waldungen enthielten fast gar keine alten

1072
5.10.1942

Holzbestände, und deshalb erfordere ihre Verwaltung noch auf Jahrzehnte hinaus einen Zuschuß. Gleichwohl habe man diesen Waldbesitz auch in den Zeiten wirtschaftlicher Depression mühsam gehalten. Als am 1. August 41 Ostgalizien in das Generalgouvernement eingegliedert worden sei, seien die Waldungen von ihnen bereits übernommen gewesen. Man habe deshalb auch geglaubt, daß der Besitz nunmehr gesichert wäre. Überraschenderweise sei dann im August 1941 vom Gouverneur in Lemberg auf ein an ihn gerichtetes Schreiben der Gesellschaft der Standpunkt eingenommen worden, daß für diese Frage Artikel 6 der Sowjetverfassung maßgebend sei. Man könne doch wohl eigentlich nicht die Sowjetverfassung als Rechtsquelle anerkennen, werde es vielmehr als verständlich ansehen, wenn die Gesellschaft das Ziel verfolge, das Eigentum an den Waldungen wieder zurückzuhalten. Man habe auch schon einige hunderttausend Mark für die Waldungen aufgewendet. Sollte eine Rückübertragung des Eigentums vorläufig nicht möglich sein, dann könnte vielleicht eine Zwischenlösung in Gestalt der Errichtung einer kommissarischen Verwaltung gefunden werden. Die Stellungnahme des Reichsforstamtes sei nicht unbedingt negativ gewesen, wenn man dort auch den Bedenken habe nachgeben wollen, die von den zuständigen Stellen in Krakau erhoben würden. Auch die Stellungnahme des Staatssekretärs Krüger als Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums sei nicht absolut ablehnend gewesen, wenn sich Staatssekretär Krüger auch darauf berufen habe, daß Ausnahmen von der grundsätzlichen Regelung solcher Fragen eigentlich nicht gemacht werden dürften.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt weist darauf hin, daß es sich bei dem in Rede stehenden Objekt um wertvolle, wenn auch junge Waldungen handle, die eine Größe von 35,000 ha hätten und in der Gegend von

1071

5.10.1942

Drohobies lägen. Es handle sich im vorliegenden Falle um eine Frage, die ja nicht nur das Generalgouvernement, sondern auch den Sudetengau und die übrigen besetzten Gebiete betreffe. Es bestünden deshalb Bedenken, hier vorschnell eine Entscheidung zu treffen, da es ein Präzedenzfall für die gesamte Frage der Reprivatisierung sein würde. Praktisch führe heute die Gesellschaft die Verwaltung. Immerhin sei das ein illegaler Zustand; denn nach der Verordnung vom 1. August 1941 ständen die gesamten Forsten des Generalgouvernements unter der Hauptabteilung Forsten. Zugegeben werden müsse allerdings, daß die Gesellschaft die Verwaltung noch vor der Einrichtung der Zivilverwaltung im Distrikt Galizien übernommen habe.

Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst fest, daß man hier offenbar von einer bereits praktisch bestehenden Tatsache stehe. Man könnte unter Umständen den bisherigen Zustand legalisieren, wogegen angesichts der unbestimmten Haltung auch des Reichsforstamtes kaum Bedenken zu erheben seien. Von einem Präjudiz brauche auch nicht gesprochen zu werden, da es sich hier um einen außerordentlichen Fall handle. Zugunsten der Schaffgotsch-Werke müsse irgendeine Regelung getroffen werden. Wenn man Oberschlesien entgegenkomme, so sei das auch günstig. Er wäre also bereit, unter Zurückstellung aller Fragen, die das Eigentum an sich betreffen, die Genehmigung zu erteilen, daß das bisher von der Gesellschaft praktisch geübte Verwaltungsverfahren ausnahmsweise bis zum Ende des Krieges als legal anzusehen sei, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Verwaltung unter der Kontrolle der Hauptabteilung Forsten geführt werde.

weist darauf hin

Staatssekretär Dr. Bühler, daß von der Schaffgotschen Verwaltung den Angestellten höhere Gehälter gezahlt würden, als die im staatlichen Forstbetrieb Angestellten erhielten. Selbstverständlich werde dadurch bei den

5.10.1942

letzteren eine gewisse Unzufriedenheit ausgelöst werden. Wenn den früheren Eigentümern unter Berufung auf die durch die Sowjetverfassung geschaffene Eigentumslage heute von der deutschen Verwaltung das Eigentum vorenthalten werde, so sei das für sie ein unbefriedigendes Ergebnis.

Der Herr Generalgouverneur trifft abschließend folgende Entscheidung:

1. Angesichts der Tatsache, daß die Verwaltung der Forsten bereits vor der Eingliederung Ostgaliziens in das Generalgouvernement von der Gesellschaft der Schaffgotsch-Werke geführt wird, bestehen keine Bedenken dagegen, der Gesellschaft die Verwaltung auch weiterhin zu belassen.
2. Da die von seiten des Reichsforstamtes und des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums erhobenen Einwendungen nur allgemeiner Art sind, würden sie einer vorläufigen Regelung nicht im Wege sein.
3. Von der Gesellschaft muß verlangt werden, daß sie sich in jeder Weise den Regeln einer ordentlichen Forstpolitik unterwirft. Ein Sonderrecht kann für sie nicht geschaffen werden.
4. Bis zum Ende des Krieges bleibt es bei dem bisherigen Zustand.
5. Die Verwaltung der Forsten wird der Kontrolle der Hauptabteilung Forsten unterstellt. Diese hat dafür Sorge zu tragen, daß in den Waldungen keine von den Grund-

5.10.1942

sätzen der staatlichen Forstverwaltung des Generalgouvernements abweichende Forstpolitik geführt wird.

6. Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt wird ersucht, mit Generaldirektor Berve über die Einzelheiten des weiterhin einzuschlagenden Verfahrens zu verhandeln.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt ausdrücklich fest, daß durch die Erklärungen des Herrn Generalgouverneurs eine Verpflichtung zum Ersatz von Aufwendungen der Schaffgotsch-Werke nicht übernommen worden sei.

11²⁵ Besprechung mit Oberst Fischer in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler.

11³⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und der Verbindungsoffiziere Oberst Fischer und Oberst von Tschammer und Osten den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement General der Infanterie Haenicke und seinen Generalstabschef Oberstleutnant von Wedel. Im Anschluß an den Empfang findet eine Besprechung statt, die die Unterbringung der 167 Offiziere und Beamten des Wehrkreiskommandos zum Gegenstand hat.

General Haenicke legt besonders Gewicht darauf, daß die Offiziere und Beamten möglichst in nebeneinanderliegenden Diensträumen untergebracht würden. Da das Luftgaukommando aller Wahrscheinlichkeit nach in Krakau bleibe, werde die Frage der Beschaffung geeigneter Diensträume großen Schwierigkeiten begegnen.

5.10.1942

Oberstleutnant von Wedel teilt unter Bezugnahme auf eine Besprechung, die er mit Gouverneur Dr. Wendler gehabt hat, mit, daß dieser das Parkhotel und daneben liegende Gebäude als Unterkunft für die Dienststelle des Wehrkreiskommandos vorgeschlagen habe. Solange ein eigenes Dienstgebäude für das Wehrkreiskommando noch nicht gebaut sei, müßte man sich jedenfalls mit einer behelfsmäßigen Unterkunft zufrieden geben. Zur Zeit liege übrigens die Hauptarbeit des Wehrkreiskommandos vornehmlich im Raume von Radom und Warschau.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß mit der Eröffnung des Parkhotels kaum vor dem 1. Dezember gerechnet werden könne. Die Schwierigkeit liege darin, daß gleichzeitig zwei Hotels umgebaut würden, das Parkhotel und das bislang hauptsächlich für die Unterbringung von Offizieren bestimmt gewesene Franzuski-Hotel (Deutscher Hof). Das einzige sonst noch bestehende große Hotel sei das Grand-Hotel, das aber angesichts seiner Uneinheitlichkeit Reichsansprüchen nicht genüge. Ein Ausweg aus den Schwierigkeiten würde sich vielleicht darin finden, daß dem Wehrkreiskommando die in der Waldstraße gelegene SS-Totenkopfkaserne, ein nach außen hin durchaus repräsentables Gebäude, zur Verfügung gestellt werden könnte. Hier ließen sich auch sofort etwa notwendig werdende Umbauten durchführen.

Oberstleutnant von Wedel hält gleichwohl das Parkhotel mit den daneben liegenden Gebäuden am meisten für geeignet, dem Wehrkreiskommando als Dienstgebäude zu dienen. Unter dem Druck des OKW ließe sich wohl auch eine Beschleunigung dieses Hotelumbaues durchführen. Vor dem 1. Jan. 1943 werde das Wehrkreiskommando die Räume ohnehin nicht beziehen können. Dann würde auch das ehemalige Franzuski-Hotel nicht mehr belastet werden.

5.10.1942

weil durchreisende Offiziere im Parkhotel bzw. im Hotel "Alpenrose" untergebracht werden könnten. Er würde es deshalb für geboten halten, die ganze Angelegenheit unter diesem Gesichtswinkel zu bearbeiten. Ob die SS-Führung die Totenkopf-Kaserne zur Verfügung stellen werde, sei ungewiß, um so mehr, da für die Wehrmacht nur noch die Kaserne in Rakowitz zur Verfügung stehe, in der auch SS untergebracht sei. Dies sei übrigens die einzige Kaserne, in der auch Pferde untergebracht werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht die beteiligten Instanzen, die Frage der Unterbringung des Wehrkreiskommandos in weiteren Besprechungen einer Lösung zuzuführen.

12³⁰ Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Durchführung vordringlicher Bauvorhaben der Ostbahn
2. einer Verordnung über die Errichtung einer Zentrale für Vollblutzucht und Rennen im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

Der Herr Generalgouverneur teilt sodann Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh mit, daß die Reichsminister des Inneren und der Finanzen Einspruch gegen die Errichtung des Amtes für Gesetzgebung erhoben hätten, und zwar mit der Begründung, daß diese Dienststelle eine organisatorisch verfehlte Gründung sei.

1176

5.10.1942

- 12⁴⁵ Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Luxenberg.
- 14²⁰ Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Bauwesen Bauder, Oberbaurat Eckhardt und Oberbaurat Hofer.

Oberbaurat Hofer weist darauf hin, daß er seinerzeit selber angeregt habe, die Baudirektion mit der Hauptabteilung Bauwesen zusammenzulegen. Trotz dieser Zusammenlegung hätten sich in der letzten Zeit gewisse unerfreuliche Erscheinungen gezeigt. Ihm sei z.B. von Präsident Bauder der Vorwurf illoyaler Arbeit gemacht worden. Er erinnere demgegenüber an die zahlreichen Bauvorhaben, die mit einem Kostenaufwand von 35 Millionen Zloty von der Baudirektion durchgeführt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, was mit der Baudirektion des Generalgouverneurs überhaupt geschehen solle. Vielleicht würde es sich empfehlen, die Baudirektion im nächsten Etatsjahr aufzulösen. Er sehe jedenfalls in der Haltung, die gegen die Baudirektion eingenommen werde, eine, gegen ihn, den Herrn Generalgouverneur, bzw. gegen das Generalgouvernement gerichtete Spitze. Es sei aber auf die Dauer unmöglich, daß der Herr Generalgouverneur auf dem Gebiete des Bauwesens nichts mehr zu bestimmen habe.

Präsident Bauder wendet sich gegen die Auffassung des Generalgouverneurs, als seien die von der Abteilung Bauwesen bzw. den Reichsinstanzen ergriffenen Maßnahmen gegen das Generalgouvernement gerichtet. Hier seien lediglich Zweckmäßigkeitsgründe vorherrschend. Man werde demnächst dazu kommen müssen, der Hauptabteilung Bauwesen eine Abteilung Technik anzugliedern oder

1077

5.10.1942

aus der Hauptabteilung Bauwesen eine Hauptabteilung Technik zu machen, in der Hoch- und Tiefbau einschließlich Energie und Maschinenbau zu bearbeiten wären.

Der Herr Generalgouverneur hat kein Bedenken dagegen, zu Ende des Etatsjahres die Baudirektion an eine Abteilung "Staatsbauten" anzugliedern. Jedenfalls dürften seine Mitarbeiter bei Behandlung solcher organisatorischer Fragen nicht benachteiligt werden oder darunter leiden. Er habe seinerzeit auf Wunsch des Geheimrats Rattinger den Oberbaurat Hofer in den Dienst des Generalgouvernements berufen, und man dürfe es ihm nicht entgelten lassen, daß er das Vertrauen des Generalgouverneurs habe.

Präsident Bauder schildert die Zusammenarbeit der Abteilung Hochbau mit der Baudirektion, für die Grundsätze vor allem im Hinblick auf die Haushaltsgebarung festgelegt worden seien. Er habe immer an die Möglichkeit einer ersprießlichen Zusammenarbeit geglaubt habe dann aber feststellen müssen, daß Oberbaurat Hofer sich in einer Frage, die die Hauptabteilung Bauwesen interessieren mußte, ohne sein Wissen an den Abteilungspräsidenten Dr. Walbaum gewendet habe und ihn gebeten habe, dafür zu sorgen, daß die Baudirektion nach wie vor in gewissen Dingen maßgebend sei. Es gehe unmöglich an, daß eine zu Dritt getroffene Vereinbarung auf Umwegen geändert werde.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptabteilungspräsidenten Bauder, die zwischen ihm und Oberbaurat Hofer schwebenden strittigen Fragen in einer Besprechung zu klären. In dieser Besprechung müßte auch die Frage

5.10.1942

der statensmäßigen Stellung des Oberbaurats Hofer geklärt werden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu dem Stande der Arbeiten für den Verwaltungsbau der Kanzlei des Generalgouverneurs Stellung genommen.

Oberbaurat Hofer kann zusichern, daß der Bau im Winter keinen Schaden erleiden würde. Wie aber angesichts des Arbeitermangels der Bau weitergeführt werden solle oder könne, stehe noch dahin. Man verfüge heute für diesen Bau nur noch über 150 Arbeiter statt 300.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Bauder, daß man unter den gegebenen Verhältnissen diesen Bau zur Not noch werde weiterführen können.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Bauten in Kressendorf ein und gibt seiner Befürchtung darüber Ausdruck, daß Winterschäden die bereits begonnenen Arbeiten zunichte machen könnten. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Präsident Bauder, dafür zu sorgen, daß diese Bauten nachträglich genehmigt würden.

Im Anschluß an die Besprechung führt dann Oberbaurat Eckhardt lebhaft Beschwerde über das Verhalten des Präsidenten Bauder gegenüber seiner Gefolgschaft. Dadurch, dass Präsident Bauder seine Hauptabteilung mit beschimpfenden Ausdrücken belege, werde die Arbeitsfreudigkeit seiner Mitarbeiter stark herabgesetzt. Ihm, Oberbaurat Eckhardt, gegenüber lege Präsident Bauder ein Verhalten zutage, welches darauf schließen lasse, daß er kein Vertrauen mehr zu ihm, Oberbaurat Eckhardt, habe und er irgendwie schikaniert werde. Obwohl er

1079
5.10.1942

Leiter der Abteilung Hochbau sei, erteile Präsident Bauder Aufträge, von denen er, Oberbaurat Eckhardt, nichts erfahre. Jedenfalls fühle er sich durch die Art, wie er von Präsident Bauder behandelt werde, aufs tiefste gekränkt. In der ganzen Gefolgschaft herrscht die Meinung, daß sie von Präsident Bauder unwürdig behandelt werde.

Präsident Bauder glaubt die Beschwerden des Oberbaurats Eckhardt darauf zurückführen zu müssen, daß dieser ihm gegenüber völlig voreingenommen sei. Er müsse demgegenüber unter anderem darauf hinweisen, daß ihm von Oberbaurat Eckhardt für einen wichtigen Bau kein Voranschlag eingereicht worden sei.

Der Herr Generalgouverneur faßt die von Oberbaurat Eckhardt abgegebene Erklärung als eine dienstliche Beschwerde über das Verhalten des Hauptabteilungspräsidenten Bauder auf und ersucht Oberbaurat Eckhardt, ihm seine Beschwerden mit substantiierten Anträgen schriftlich zu unterbreiten. Dem Präsidenten Bauder soll dann Gelegenheit gegeben werden, zu diesen Beschwerden Stellung zu nehmen.

1118
5.10.1942

15¹⁰ Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks 1942/43 im
Königssaal der Burg zu Krakau.
Teilnehmerliste s. Anlage.

Nach Eröffnung der Kundgebung erteilt der Herr
Generalgouverneur dem Bereichsleiter Ollesch das Wort.

Bereichsleiter Ollesch erstattet den
Rechenschaftsbericht über das zweite
Kriegswinterhilfswerk des deutschen
Volkes im Generalgouvernement 1941/42.

Nach Abschluß seines Berichtes bittet Bereichslei-
ter Ollesch den Herrn Generalgouverneur, das Kriegs-
winterhilfswerk 1942/43 im Generalgouvernement zu eröff-
nen.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das
Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Parteigenosse Ollesch! Als Reichsleiter
und Leiter des Arbeitsbereichs "Generalgouvernement" der
NSDAP darf ich Ihnen zunächst von Herzen für den hervor-
ragenden Bericht danken, den Sie uns erstattet haben.
Der Inhalt dieses Berichtes ist etwas Ungeheures,
schlechterdings in der Geschichte einzig Dastehendes.
Die Zahlen, die Sie uns genannt haben, vor allem aber
auch der Geist, der aus diesen Zahlen strahlt, ist es,
der mich in diesem Augenblick wieder mit stolzer Genug-
tuung erfüllt. Ihnen, Parteigenosse Ollesch, und allen
Ihren Mitarbeitern, deren wesentliche Sie heute zu mir
auf die Burg gebracht haben, danke ich im Namen der Be-
wegung des Führers.

In diesem Augenblicke, einem der schwersten Augen-
blicke der Geschichte unseres Volkes, ist es eine

1111

5.10.1942

besondere Hoffungsverheißung, daß dieser edelste Gedanke unserer deutschen Gemeinschaft, sich gegenseitig unter Einsatz des eigenen Selbst bis zur letzten Kraft zu helfen, eine so ungewöhnliche Aufstiegskurve in diesem Kriege erlebt hat. Wir können wahrhaft von einer Aufstiegskurve dieses Gemeinschaftshandelns sprechen. Nicht etwa das Beharren in dem bereits von unserer Bewegung erarbeiteten Gesinnungszustand bei Beginn des Krieges 1939, sondern durch den Krieg und im Zusammenhang mit dem Krieg eine weitere Steigerung der Opferwilligkeit unseres Volkes - das ist das eigentliche Wesen dieses Krieges.

Wenn es immanente Gesetze des Krieges gibt, die auf geistig-seelischem Gebiet einer Siegesbereitschaft von innen heraus liegen, dann sind die von Ihnen genannten Zahlen stolze Dokumente für diese innere Siegesaufgeschlossenheit unserer Nation. Und ich glaube, daß ein Volk, das inmitten eines solchen weltterroristischen Weidung-Ringens steht wie das deutsche Volk, vor den ewigen Herrgott hintreten und sagen kann: siehe, zu allen Opfern, die wir blutmäßig für unsere Freiheit, für die Größe unseres Landes, für die Ehre der Nation und unseren sozialen Wiederaufstieg bringen, diese von keiner Gemeinschaft weltanschaulicher oder religiöser Art jemals in der Weltgeschichte erreichte charakterliche Haltung, die nun ihren sinngemäßen Ausdruck in der Hingabe des Einzelnen für die Gemeinschaft findet. Und hierin liegt tatsächlich die geistesgeschichtliche Gewähr unseres Sieges. Ein Volk, das sich eine weltanschauliche Gemeinschaft so aufgebaut hat, wie es der Führer in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erreicht hat, kann und muß, das siegreiche Volk in einem Zustand der Welt sein,

5.10.1942

aus dem heraus justament gegen diese Gemeinschaft der Krieg von plutokratischen, egozentrischen Mächten begonnen worden ist.

Es ist ganz klar, daß die äußere Rüstung, das Gefüge von Waffen und Wehr, das Bereitsein von Geschossen und Geschützen und die soldatische Haltung in einem Kriege hingenommen werden als irgendwie durch Disziplin, durch klares Regime, durch befehlsmäßig militärische Geordnetheit zu sichernde Faktoren. In einem Zustand der Kriegführung finden sich diese Voraussetzungen als sozusagen normale bei allen Völkern, sie entwickeln sich auf militärisch-, technisch-, soldatisch-disziplinärem Gebiet in jedem Krieg irgendwie autoritär. Daß aber dazu in den weiten Schwingungsbereichen der seelischen Grundhaltung eine so enorme Aufstiegskurve festgestellt werden kann, das ist - muß ich sagen - eine Gewähr dafür, daß wir diesen Krieg siegreich bestehen werden. Das hat es in der Weltgeschichte noch nicht gegeben. Wie kläglich mutet demgegenüber die seelisch-karitative Grundhaltung irgendwelcher religiöser oder sonstiger Gemeinschaft an, die die Weltgeschichte kennt. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat das deutsche Herz gereinigt und sonnengleich zu einer ethischen Haltung emporgeführt, wie das bis jetzt noch keine Energie der Weltgeschichte vermocht hat.

Daß die Deutschen des Generalgouvernements hier nun besonders hervorstechen scheinen, erfüllt mich mit großer Genugtuung. Die Gemeinschaft der Deutschen in diesem Raum ist zahlenmäßig klein, aber offensichtlich gesinnungsmäßig hervorragend. Trotz aller Versuche, die da und dort immer wieder spürbar werden,

5.10.1942

aus denkbar beklagenswerten Einzelercheinungen heraus eine negative Kritik gegenüber dem deutschen Leben in diesem Raume zu üben, muß in dem Ergebnis des Winterhilfswerks eine strahlende Rechtfertigung des deutschen Handelns in diesem Raum aufsteigen. Ihnen, Parteigenosse Ollesch, wie allen Parteigenossen und Parteigenossinnen gebührt der Dank dafür, daß sie unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen eine so gigantische Leistung aufgerichtet haben. Parteigenosse Ollesch, ich bin stolz darauf, in unserer Partei solche Parteigenossen zu haben, wie Sie es sind.

Daß Sie und Ihre Mitarbeiter sich nun aber auch auf das Gros unserer Parteigenossen hier im Generalgouvernement so würdig stützen konnten, erfüllt mich mit besonderer Freude.

Wiederholt hatten Sie Gelegenheit, in Ihrem Bericht des Einsatzes unserer Frauen zu gedenken. Was die Frauen des Generalgouvernements im Winterhilfswerk 1941/42 geleistet haben, das haben Sie mit Fug und Recht festgestellt. Ich möchte mich Ihrem Dank an die Frauen dieses Raumes auch vollen Herzens anschließen.

Daß sich die Hitlerjugend, diese Blüte am Volksbaum unserer Nation, hier so hervorragend betätigt hat, ist ebenfalls eine strahlende Freude. Und daß innerhalb der Hitlerjugend Sie dem BDM eine besondere Anerkennung zollten, ist wiederum ein Zeichen dafür, daß auch der Nachwuchs unserer deutschen Frauen der Größe der Zukunft entspricht, die der Führer mit seiner Wehrmacht und seiner Nation ergänzen wird.

Die erhebliche Vergrößerung der rein zahlenmäßigen Ergebnisse des Winterhilfswerks deutet zudem darauf hin, daß sich auch organisatorisch das diesem Gebiet gegebene Gefüge parteipolitisch bewährt hat. Es ist ein Bekenntnis zum Arbeitsbereich "Generalgouvernement" der NSDAP, dieser Organisation, die ich geschaffen habe,

5.10.1942

um die Totalität der Energien der Bewegung ohne Rücksicht auf Gliederungen und angeschlossene Verbände in einer großen Wirkungseinheit zusammenzufassen. Daß sich dieser Arbeitsbereich so hervorragend bewährt hat, sei ausdrücklich festgestellt.

Als Generalgouverneur und damit als Staatschef dieses Nebenlandes möchte ich aber nun dem Dank für die Bewegung ganz besonders auch von der staatlichen Seite aus Ausdruck geben. Ich glaube, auch feststellen zu können und aus Ihren Berichten zu entnehmen, daß die Zusammenarbeit mit den Staatsbehörden dieses Raumes gerade auf diesem Gebiet als außerordentlich hervorragend zu bezeichnen ist. Diese Zusammenarbeit zeigt, daß sich der nationalsozialistische Geist auch innerhalb der Staatsverwaltung dieses Nebenlandes denkbar zu offenbar vermag. Auch hierin liegt eine Gewähr dafür, daß die schweren Aufgaben, die Staat und Partei hier gemeinsam zu leisten haben, auch in Zukunft weit über das Winterhilfswerk hinaus erfüllt werden können.

Das Winterhilfswerk, dessen Eröffnung wir heute in dem schlichten Rahmen, den uns der Krieg aufzwingt, vornehmen, trifft das deutsche Volk, wie das der Führer vor wenigen Tagen in seiner Rede festgestellt hat, in einer der entscheidungsvollsten und härtesten Stunden unserer Geschichte. Es ist ganz selbstverständlich, daß im vierten Kriegsjahr von Hurrapatriotismus, von seichter Phraseologie und billigen Durchhaltesprüchen nicht allzu sehr eine Wendung der Gesinnung erwartet werden kann. Um auch im vierten Kriegsjahr genau so zu bestehen wie in den anderen, brauchen wir nur treue Diener und treue Mitkämpfer des Führers zu bleiben. Wir brauchen nur die Parolen zu befolgen, die der Führer uns gibt, wir brauchen nur die Lebensgesetze zu unseren eigenen zu machen, die der Führer selber uns

5.10.1942

vorlegt. Wir brauchen in keiner Weise eine Steigerung in pathetischer Form vorzunehmen oder irgendwie die Appelle sozusagen akustisch zu verstärken, sondern wir brauchen uns nur an die Geschichte unserer kämpferischen Bewegung und unseres ^{kämpfenden} Reiches, an die Tradition unserer kämpfenden Wehrmacht und an das Vorbild unserer Soldaten und unserer arbeitenden Volksgenossen und Volksgenossinnen zu erinnern, um auch in diesem vierten Kriegsjahr die Linie zum Endsieg des Führers und seiner Wehrmacht fortzusetzen.

Daher gilt als Parole für das kommende Kriegswinterhilfswerk 1942/43 im Generalgouvernement: es wird in Treue zum Führer und in engster Geschlossenheit aller staatlichen und parteigenössischen Einrichtungen im Generalgouvernement weitergearbeitet. Ich nehme an, daß die Zahlen und die Kraft der Leistung, die aus ihnen spricht, wenn sie nunmehr publik werden, jeden Deutschen im Generalgouvernement zu dem Ernst der kräftigsten Selbstbesinnung führen und ihn dort auch festhalten werden. Gerade von dem Verhalten des deutschen Volkes in den kommenden Monaten wird der Sieg unserer Nation entscheidend abhängen. Auf Grund der Rede des Führers können wir annehmen, daß die Entscheidung dieses Krieges gefallen ist. Der Sieg kann dem Führer nicht mehr entrissen werden. Worum es jetzt geht, ist: dem geballten Gegenangriff der Gegenseite mit siegreichem Bestehen zu begegnen.

Das gilt auch auf dem Gebiet der sozialen Karitas im großen Sinne. Dieses Wort wurde ja von einer religiösen Gemeinschaft zwar für sich geschaffen, bedeutet aber einen der ältesten Kulturbegriffe. Wir sagen: schlechthin: Winterhilfswerk.

Von diesem Kriegswinterhilfswerk 1942/43 erwarte ich mir nun, daß jeder im Generalgouvernement, jeder

1086
5.10.1942

Deutsche, jeder Betriebsführer, jeder Behörden- und Einheitschef die Summe dessen, was er von 1941 auf 42 geleistet hat, persönlich wie amtlich genauestens nachprüft und daß er unter allen Umständen zum mindesten die Hälfte dieses Betrages mehr gibt. Es muß unsere Parole sein, dies zu erreichen. Ich glaube, daß das nur der Mindestsatz ist. Denn auch die Not steigt. Es wird immer schwieriger, die Waren, die uns zur Verfügung stehen müssen, zu beschaffen. Es ist ganz klar, daß die Bedürfnisse des Krieges auch nicht geringer werden. Darum gilt es, auch für die anderen Hilfsquellen das Winterhilfswerk aufzubauen. Ich weiß, daß, so groß und so schön die Zahlen sind, die wir gehört haben, wir doch die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit noch lange nicht erreicht haben. Vielfach hat da und dort mancher aus der etwas selbstsicher gewordenen Form des Vertrauens auf den Opferwillen der anderen seine Leistung so eingeschätzt, wie sie, von uns aus gesehen, als zweifellos zu gering eingeschätzt erscheinen würde. Und da wird die Möglichkeit einer weiteren wesentlichen Erhöhung der Beträge gegeben sein.

Wir sind zwar auf das Ergebnis des letzten Winterhilfswerks stolz, wie wissen, daß es eine ungeheure Leistung war, schon dieses Ergebnis zu erzielen; aber wir wissen vor allem auch alle, welche Unsummen von Einzelenergien aufgewendet werden mußten, um diese Leistung herbeizuführen. Trotzdem wollen wir uns alle geloben, unsere Energien zu verstärken. Von dieser Burg zu Krakau aus soll der Ruf in das Land des Generalgouvernements ertönen, die Leistung soweit wie nur möglich noch höher zu schrauben. Dabei muß vor allem ein Gesichtspunkt im Vordergrund stehen: das Generalgouvernement ist bis jetzt ein im Kriege entstandenes

1017

5.10.1942

Gebiet und Gebilde im Dienste des Großdeutschen Reiches. Wir haben durch eine geschickt geführte allgemeine Ordnung in diesem Gebiet Hilfsquellen zu erschließen vermocht, an die man vielleicht früher nicht gedacht hat. Die Ernteergebnisse dieses Landes beweisen zudem, daß auch die allgemeine Arbeitskraft der fremdvölkischen Bevölkerung sehr wohl intensiv in den Dienst des Reiches und des Landes gestellt werden kann. Es erfüllt mich eine stolze Genugtuung darüber, daß das Generalgouvernement 500.000 t Brotgetreide ins Reich abzuliefern vermag. Wenn man die Lieferungen für die Wehrmacht, für die Polizei und für die Deutschen dazu nimmt, so bedeutet das eine Leistung von fast 860.000 t Brotgetreide, die aus diesem Lande direkt oder indirekt im deutschen Interesse aufgebracht werden. Dazu kommen die anderen Leistungen des Generalgouvernements für das Reich, die schlechterdings auf manchen Gebieten nicht abschätzbar sind.

Wenn ich mir die Zahlen, die Parteigenosse Ollesch, genannt hat, vergegenwärtige, so kann ich aber auch andererseits sagen: das Deutschtum hier im Lande beginnt sich einzuleben, dieses Gebiet kann nicht mehr als polnisches Gebiet bezeichnet werden. Es ist angesichts der deutschen Leistungen in diesem Raum auf allen Gebieten bereits so in den gesamtdeutschen Zusammenhang hineingearbeitet, daß es mit Fug und Recht als untrennbarer Bestandteil des Großdeutschen Reiches bezeichnet werden kann. Ob und wann die Möglichkeit besteht, das staatsrechtliche Gebilde des Generalgouvernements nun in den letzten formalen Auswirkungen reichsgleich zu gestalten, wird der Führer seinerzeit entscheiden. Aber unsere Tendenz muß dahin gehen. Und diese Leistungen des Kriegswinterhilfswerks in den letzten Jahren hier im Generalgouvernement waren ein großer weiterer Schritt, den Deutschen im Reich selbst erkennbar zu machen, welche Bedeutung das Gebiet des

1011

5.10.1942

Generalgouvernements im Gesamtprogramm der Ausweitung unseres Lebensraums hat. Das sei auch ausdrücklich festgestellt. Deutsche, die in diesem Lande solcher Opfer fähig sind, sind auch berufene Pioniere des nationalsozialistischen Großdeutschlands Adolf Hitlers in diesem Raum in jeglicher Beziehung, und sie haben sich die Legitimation erworben, in diesem Sinne als Vorkämpfer für die Erringung des Lebensraumes unserer Nation in der ersten Reihe genannt zu werden.

Sowohl als Reichsleiter wie als Generalgouverneur möchte ich daher Ihnen, Parteigenosse Ollesch, und Ihnen allen, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen für den erhebenden Augenblick danken, den wir hier erlebt haben. Es gibt jetzt wenig Feierstunden; denn der Ernst des Krieges steigt allüberall auf. Es ist so, wie wenn die letzten Masken, die sein düsteres Antlitz noch zu verhüllen vermochten, plötzlich gefallen wären und nun der bitterste Ernst letzter Entscheidungsnotwendigkeit zu Tage tritt. Dieser bitterste Ernst wird sich in vielem zeigen. Er wird sich vor allem in der Notwendigkeit weiterer Opfer zeigen.

Wenn ich das Kriegswinterhilfswerk 1942/43 nun eröffne, dann tue ich es in der Erwartung, daß wir drei Dinge in unserem Werke zum Ausdruck bringen. Erstens müssen wir uns der Vergangenheit unseres Volkes, seiner tausendjährigen glorieichen Geschichte in dieser ernstesten und von Entscheidungen erfüllten Zeit stets bewußt bleiben. Diese Vergangenheit schaut auf uns. Alles das, was die vor uns wirkenden Generationen an Hohem und Großem geschaffen haben, das muß justament von unserer Generation gehalten werden. Zweitens ist es das Bewußtsein der Gegenwart, die nun einmal unser Schicksal geworden ist. Wir haben es nicht leicht. Die Generation, die diese Gegenwart zu meistern hat, hat außerordentliche Aufgaben zu erfüllen. Vor uns gab es keine Generation, die zwei Weltkriege in einem und

5.10.1942

denselben Lebensablauf zu ertragen hatte. Es gab keine Generation vor uns, die aus ihrer Mitte Millionen der Besten hingeben mußte, um bestehen zu können, und es gab vor uns noch keine Gegenwart der deutschen Geschichte, die so mit dem tiefsten Bewußtsein der Verwurzeltheit in die unzerstörbare Geschichte unseres Volkes erfüllt sein mußte wie diese. Von unserem Bestehen hängt alles ab. Daß wir nicht schwach werden, das ist das Entscheidende. Ob dabei einige von uns schwach werden, das werden wir überwinden; ob aber nach uns noch einmal eine deutsche Generation kommen würde, die, wenn wir dahinsanken, sich dann wieder aufrichten könnte, wissen wir nicht. Wir wollen es aber auch gar nicht annehmen; denn den Ehrgeiz hat uns der Führer gelehrt, daß wir aus Eigenem schaffen wollen. Dieser Gegenwart mit ihrer drohenden Gefahren und ihren tiefersten Aspekten sind wir mit unserem Leben eingemeißelt.

Drittens müssen wir uns der Zukunft unseres Volkes bewußt bleiben, hängt sie doch davon ab, daß wir bestehen.

So gilt es denn, daß wir die Vergangenheit in uns tragen, die Gegenwart meistern und die Zukunft sichern.

Und der Ausdruck dieses Dreiklangs, die personifizierte Gestalt für diese Geisteslage und für die Notwendigkeit dieser Zeit ist unser Führer. Mit ihm steigt das stolze Bewußtsein unserer deutschen Vergangenheit, steigt das gegenwärtige Empfinden und Wahrnehmen der deutschen Stärke und die Garantie der deutschen Zukunft in einer Person in uns auf. Dessen möge sich jeder deutsche Volksgenosse und jede deutsche Volksgenossin im Generalgouvernement immerdar bewußt sein.

Das Kriegswinterhilfswerk 1942/43 des Generalgouvernements soll daher dem Führer helfen, einen seiner sozialen Kämpfe siegreich zu bestehen. Und was wir hier

1191
5.10.1942

von Partei- und staatswegen dazu tun können, um die Gemüter in dieser Richtung zu führen und zu bestimmen, das sei Ihnen, Parteigenosse Ollesch, zugesagt. In dem Werk, das Sie leiten, sind wir alle, ganz gleich, welchen Rang wir sonst hier einnehmen, Ihnen unterstellt. Wir haben Ihnen mit allen unseren Kräften zu helfen, ganz gleich, in welcher Position staatlicher oder parteimäßiger Art wir uns befinden. Ich selber werde zu jeder Dienstleistung im Rahmen des Kriegswinterhilfswerks bereit sein, zu der Sie mich aufrufen, ganz gleich, was Sie von mir verlangen. Ich will damit auch ein Beispiel für alle anderen geben. Niemand soll sich durch irgendeinen Hinweis entschuldigen dürfen. Das muß in diesem Winter anders werden. Salonpüppchen, Bequemlichkeitsapostel, genießerische Typen aller Art können wir jetzt überhaupt nicht mehr brauchen. Das hört auf.

Es ist daher klar, daß gerade wir, die wir den engsten Kontakt mit der Front haben, auch mit staatlichen Regulativen dort einschreiten werden, wo der Appell an das freiwillige Walten nicht genügt. Ich werde da, wo es notwendig ist, wo Sie mir Meldung machen, daß Sie den Eindruck haben, Lebensführung oder Verhalten sei dieses großen Opferganges nicht würdig, den wir nunmehr alle als Deutsche zu gehen haben, mit aller Brutalität einschreiten. Ich möchte Sie also bitten, Parteigenosse Ollesch, daß Sie in allem und jedem über mich verfügen. Ich als Vertreter des Führers in diesem Raum möchte Ihnen damit die Möglichkeit geben, jede Ausrede, von wem sie auch kommen möge, von vornherein zurückzuschlagen. Es darf nicht sein, daß die einen alles tun und die anderen gar nichts, daß z.B. drei Frauen in ihre irgendeinem Bereich sich totarbeiten und die anderen nichts tun. Ich bitte Sie, Parteigenosse Ollesch, daß Sie dieses neue Kriegswinterhilfswerk 1942/43 auch rein disziplinar so aufziehen, daß Sie mir allenfalls in Form

5.10.1942

einer Verordnung oder auf anderem Wege Gelegenheit geben, das, was ich eben sagte, in die Tat umzusetzen. Es wird eine Art Dienstpflicht für das Kriegswinterhilfswerk zu organisieren sein. Das soll nicht heißen, daß ich etwa weniger Vertrauen in den Willen der Deutschen im Lande zum Spenden und zur Mitarbeit hätte. Aber es gibt doch eine allgemeine Wehrpflicht, und sie wird nunmehr durch eine totale Deutschumpflicht in diesem Raume ergänzt. Diese Deutschumpflicht sehe ich darin, daß jeder Deutsche hier die ihm von der Reichsgemeinschaft in ernstesten Zeiten der Kriegsentwicklung auferlegte Art von Diensten zu erfüllen hat. Bequemlichkeit und Privatleben des Einzelnen dürfen hier einfach keine Rolle spielen. Immer wieder muß gesagt werden: selbst das höchste Opfer, das im Hinterlande gebracht wird, bedeutet nichts gegenüber dem Einsatz der Soldaten an der Front.

Wenn ich diesen Gedanken Ausdruck gegeben habe, so glaube ich, damit das organisatorisch Notwendige gesagt zu haben. Ich weiß, daß das Kriegswinterhilfswerk 1942/43 in diesem Sinne wieder ein großer Erfolg sein wird. Das sei ausdrücklich gesagt. Das ist natürlich bequem, sich zur Partei und zum Führer bekennen, wenn die Dinge sozusagen im allgemeinen programmäßig und auch dem Einfältigsten erkennbar, sichtlich erfolgreich verlaufen. Es ist aber gerade unsere nationalsozialistische Parteipflicht, in den Augenblicken, die schwierig sind, uns nun mit gesteigerter Energie zu dem Mann und seinem Werk zu bekennen, dem wir auch das Dasein in diesem Gebiet überhaupt zu verdanken haben, Adolf Hitler.

Und deshalb leuchtet über diesem Kriegswinterhilfswerk das stolze Zeichen, daß es hoffentlich eines großen Sieges Adolf Hitlers großartiger weiterer Beweis sein wird.

5.10.1942

Mit dem Herzen siegt man zum mindesten so wie mit den Waffen, mit der Gesinnung sicher mehr als mit den Waffen. Dieses Kriegswinterhilfswerk ist die Waffe des Führers auf dem Gebiet des Herzens und des Geistes. Ich stelle dieses Kriegswinterhilfswerk in den Mittelpunkt der Deutschumpflicht.

Wir grüßen den Führer! Unser Führer Adolf Hitler Sieg-heill! Sieg-heill! Sieg-heill!

Die Kundgebung ist geschlossen.

16²⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner, Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler, Verlagsleiter Strotzyk und Ersten Staatsanwalt Dr. Meldinger.

17¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Anwesenheitsliste

für die

am 5. Oktober 1942, 15 Uhr, auf der Burg stattfindende Sitzung

im Königssaal - Betr. Arbeitsbereich - N.L.V.

Name

Dienstbezeichnung

Vertretene Dienststelle

Rauk

Musik

Brehmann

Hewiger

Graf

Mann

Taffel

Oktavi

Kleiner

Klein

Göhl

Mann

Gesner

Müll

Merkelst.

garichter

Preisrichter

Kremer Zeitg.

Ambulator 787.

Kremer
S. d. Zeitg. 787. 787.

Abt. Arbeitsg. 787.
Hauptab. Volkswirtschaft.

Abt. Linder NSU

Abt. Linder NSU

Leicht Kader

Wachen

Preisrichter

Ambulator V.S.F.

Name	Dienststellung	Vertretung
Lange Finger	Abt. L. L. Märkischer Landesrat 99	Landesrat Landesrat
H. H. Fischer Oberling	Abt. L. L.	Abt. L. L. H. J.
		Fischer

1893
Dienstag, den 6. Oktober 1942

bis

Montag, den 19. Oktober 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Dienstag, den 20. Oktober 1942

- 8⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs
nach Kressendorf.
- 10¹⁵ Besprechungen mit Kammergerichtsrat Dr. Keith und
Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus
Kressendorf).

Mittwoch, den 21. Oktober 1942

11⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11⁰⁵ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12⁴⁰ Sitzung im Königssaal der Burg.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert
Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch
Kammergerichtsrat Dr. Keith
Direktor Dr. Coblitz
Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger
Intendant des Staatstheaters Stampe
Hauptschriftleiter Stoeppler
Intendant Haslinde
Cheffdirigent Hindemith
Musikalischer Oberleiter Antolitsch
Kapellmeister Erb
Referent Jaenicke
Regierungsrat Gnauck als Protokollführer.

Gegenstand der Beratung ist die
Gestaltung der Feier des Dritten Jahrestages
des Generalgouvernements.

Einleitend gibt der Herr Generalgouverneur seinen Willen Ausdruck, daß angesichts der Kriegszeit die Feier des Dritten Jahrestages des Generalgouvernements diesmal im einfachsten Rahmen gehalten sein solle. Andererseits wünsche er nicht, daß dieser Tag vergessen werde, denn er sei ein historisches Datum.

21.10.1942

Der Herr Generalgouverneur bespricht sodann mit den Sitzungsteilnehmern die Einzelheiten der geplanten Veranstaltungen.

Hauptschriftleiter Stoeppler teilt mit, daß für den 25. Oktober die Herausgabe einer Sondernummer der Krakauer Zeitung vorbereitet sei, die einen längeren Leitartikel enthalten und in der verschiedene Themen, die das Generalgouvernement und seine Geschichte betreffen, behandelt werden sollten.

Am 23. Oktober vormittag 11 Uhr wird Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank im Institut für Deutsche Ostarbeit einen Vortrag über das Thema "Die Epoche des Ostens" halten.

Am 25. Oktober findet die Erstaufführung der Oper "Julius Caesar" von Händel im Staatstheater statt.

Für den 26. Oktober, den eigentlichen Gründungstag des Generalgouvernements, ist eine Regierungssitzung vormittag 11 Uhr vorgesehen. Sie soll im Königssaal der Burg stattfinden und den Charakter eines Staatsaktes tragen. - Vor der Regierungssitzung sollen Auszeichnungen verteilt werden.

Für den 26. Oktober ordnet der Herr Generalgouverneur die Beflaggung der Dienstgebäude der Regierung und der Distrikte an.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann noch nähere Anweisungen für eine einfache, aber doch würdige Ausschmückung des Staatstheaters und des Konzertsaals der Urania, in welchem am 26. Oktober abends ein Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements mit dem Pianisten Professor Wilhelm Kempff stattfinden wird.

Mit den Vorbereitungen der obengenannten Veranstaltungen werden Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, Intendant Stampe und Intendant Haslinde beauftragt, die

21.10.42

sich hinsichtlich der Einzelheiten mit Kammergerichtsrat Dr. Keith ins Benehmen setzen sollen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird sodann zu verschiedenen kulturellen Fragen Stellung genommen. Bei dieser Gelegenheit spricht der Herr Generalgouverneur dem Hauptabteilungspräsidenten Ohlenbusch sowie den Intendanten des Staatstheaters und der Philharmonie, ebenso auch Hauptschriftleiter Stoeppler seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihnen unter schwierigsten Umständen geleistete kulturelle Aufbauarbeit aus. Er gibt weiter dem Wunsche Ausdruck, daß der zu gründenden Kulturvereinigung bei allen maßgebenden Stellen vollste Beachtung geschenkt werden möge.

Der Vorschlag des Referenten Jaenicke, demnächst die Verkündung des Schrifttumpreises vorzunehmen, findet die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptabteilungspräsidenten Ohlenbusch, beim Führer den Antrag zu stellen, daß zum 30. Januar 1943

dem Intendanten des Staatstheaters
Stampe der Titel "Generalintendant",
dem Chefdirigenten Hindemith, dem
Musikalischen Oberleiter Antolitsch
und dem Kapellmeister Erb der Titel
"Staatskapellmeister"

verliehen werden möge.

7

1098

21.10.1942

16¹⁰ Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten
Dr. Frauendorfer.

Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer macht dem Herrn Generalgouverneur Meldung, daß er auf Grund einer Anordnung des Gauleiters Sauckel als Sonderbeauftragter für den Einsatz in den Niederlanden bestimmt worden sei. Er bittet den Herrn Generalgouverneur, ihn für eine Zeit von einigen Monaten aus dem Dienste des Generalgouvernements zu beurlauben.

Ferner teilt Präsident Dr. Frauendorfer dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Arbeitsamtspräsident Dr. Struve mit einem Sonderauftrag für die Erfassung von Arbeitskräften im Interesse des Reiches ins Generalgouvernement beordert worden sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit der Beurlaubung des Präsidenten Dr. Frauendorfer unter Vorbehalt seiner endgültigen Stellungnahme einverstanden. Der Bitte des Präsidenten Dr. Frauendorfer, den Präsidenten Dr. Struve zu empfangen, will der Herr Generalgouverneur zu gegebener Zeit willfahren.

17⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur besucht das Schachturnier im Literarischen Kaffee zu Krakau.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in
Haus Kressendorf).

21. Oktober 1942 um 12 Uhr 30 Minuten

im Königssaal der Burg zu Krakau

[illegible]

1499
Krakau

Freitag, den 23. Oktober 1942

11⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Institut für Deutsche Ostarbeit.

11⁰⁵ Öffentliche Schlußsitzung der vom Institut für Deutsche Ostarbeit in der Zeit vom 20. bis 23. Oktober 42 veranstalteten Arbeitstagung.

Einleitend referiert der Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz über

"Wissenschaftliche Aufbauarbeit im Generalgouvernement".

Der Präsident des Instituts für Deutsche Ostarbeit Generalgouverneur Dr. Frank hält darauf einen Vortrag:

"Die Epoche des Ostens".

23.10.1942

Der Herr Generalgouverneur führt aus:

Das dreijährige Bestehen des Generalgouvernements gab den willkommenen Anlaß, in einer Sondertagung auch die Arbeiten des Instituts für Deutsche Ostarbeit einer eingehenden Schau zu unterziehen und dabei festzustellen, in welcher segensreicher, fortschrittlicher Entwicklung sich dieses geistige Deutschumszentrum des Generalgouvernements befindet.

Ich möchte Ihnen, Herr Direktor Dr. Coblitz, sowie allen Referenten, Sektionsleitern, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Instituts für Deutsche Ostarbeit meine besondere Anerkennung zum Ausdruck bringen für diese hervorragende, vorbildliche Arbeit, die es nunmehr in zweieinhalb Jahren ermöglicht hat, aus einer von mir gefaßten Idee eines der wirkungsfruchtbarsten Institute der deutschen Ostforschung und Ostlehre überhaupt zu machen. Ich werde auch in Zukunft den Arbeiten und Aufgaben dieses Instituts stets meine besondere Aufmerksamkeit widmen. Denn es ist unerlässlich, daß sich das große politische Geschehen dieses Raumes immer wieder geistig sammle, ideell ausrichte und geradezu dogmatisch unterbaue. Der kühne Versuch, einen zum Überwiegenden Teil von fremdvölkischen Elementen bewohnten Raum einer eigenkonstruierten deutschen Führung und Verwaltung zu unterstellen, bildet eine organisatorische und führungsmaßige Aufgabe, die schon im Frieden ein schweres Problem darstellen würde, in mitten des von furchtbaren Aspekten durchzogenen größten Krieges aller Zeiten aber geradezu von Schwierigkeiten aller Art ausschließlich durchgesetzt erscheinen muß.

AAAA

23.10.1942

Was in diesen drei Jahren aus dem von uns damals übernommenen, völlig zerstörten, aus allen Fugen der allgemeinen Ordnung und der Wirtschaft geratenen Raum - noch dazu bei dessen völliger Entblößung von allen materiellen Voraussetzungen und rohstoffmäßiger Versorgung und der Zerstörung aller technischen Unterlagen - heute geworden ist, spricht für uns. Keine noch so raffiniert angelegte feindliche Gegenpropaganda kann dieses Werk deutscher Männer und Frauen in diesem Raum jemals zum Vergessenbringen. Wer irgendwie unbefangen durch die Straßen unserer Städte und unseres Landes geht, der wird allüberall den Erfolg unserer Aufbauarbeit anerkennen müssen. Buchstäblich blüht hier neues deutsches Leben aus den Ruinen eines früheren fremdvölkischen Staates.

Mitten hineingestellt in die gewaltige Inanspruchnahme seitens des kämpfenden großdeutschen Reiches, über deren Auswirkungen ich im einzelnen bei dem Staatsakt aus Anlaß des dreijährigen Bestehens des Generalgouvernements noch sprechen werde, muß aber gerade hier an dieser Stelle das Augenmerk auf jenen großen, geistigen Rückhalt und jene geistigen Ausblicke gerichtet bleiben, die ich unter dem Thema "Die Epoche des Ostens" heute einmal grundsätzlich erörtern möchte.

Das Generalgouvernement als das Älteste der besetzten Gebiete des Großdeutschen Reiches seit Beginn unseres Freiheitskampfes war zugleich der erste Vorstoß inden weiten Ostraum und bis zum Beginn des Krieges gegen die Bolschewisten auch der östlichste Machtpfeiler unseres Reiches. Heute liegt das Generalgouvernement weit hinter den Fronten des Ostens, inmitten der Gesamttraumlage unseres Volkes zwischen Atlantik und Wolga. Es bedeutet somit keineswegs mehr einen dem Osten zugewandten Abschluß, sondern eine zwishhen dem Mutterland und den neuen gewaltigen Territorien des Ostens liegende starke Brücke. Der Osten ist und bleibt unser

23.10.42

deutsches Schicksal, und so muß auf dieser Brücke "Generalgouvernement" ein Treffen stattfinden all' jener gedanklichen Vorstellungen, die zwischen Heimat und Neuland immer und ewig hin und her spielen und die zwischen Heimat und Front im Kriege den wesentlichen Gedankeninhalt unserer Soldaten ausfüllen. Für die aus dem Osten nach dem Reich Reisenden ist das Generalgouvernement bereits ein stark heimatlich anmutendes Gebilde, für die aus dem Reich nach dem Osten Reisenden aber ist es bereits der erste Gruß einer östlichen Welt. Wie immer aber man es ansehen mag: Die Zukunft unseres Volkes, der wesentliche Inhalt unserer völkischen Gemeinschaftsarbeit, die größten kolonisatorischen Entwicklungen unserer nationalen Potenz werden für alle Zukunft in dieser Richtung der aufgehenden Sonne liegen. Die Epoche des Ostens ist für unser großdeutsches Volk angebrochen. Damit schließt sich der Entwicklungslauf unserer großdeutschen Geschichte in einer grandiosen Vollendung. Man könnte ja die deutsche Geschichte ganz allgemein nach der Windrose geradezu etwa in folgende Epochen einteilen:

Es gibt eine Nordepoche unseres Volkes. Es ist dies die Urepoche unserer Nation, und alles, was mit den gewaltigen, heroischen Vorgängen, den Riesengestalten der Urform unseres germanischen Volkstums zusammenhängt, ist dem Nordenzugewandt gewesen oder aus ihm entsprossen. Rasse unseres Volkes, Blut unserer Nation, Germanentum der Vorzeit - sie alle sind für uns mit dem Blick nach dem Norden verbunden. Dort, in der kühlen Atmosphäre der steten Auseinandersetzung mit urelementaren Motiven völkischen Selbstbehauptungsringens liegt unsere geistige Heimat. Niemals mehr ist aus dem rassischen Urbewußtsein unserer germanischen Abkunft das nordische

23.10.42

Ideal der menschlichen Erscheinung unseres Volkes wegzudenken.

Es gibt auch eine Westepoche unseres Volkes.

Sie bedeutet, vom Reich Karls des Großen, dem Frankenreich, angefangen, im Laufe der Jahrhunderte die Auseinandersetzung unseres Volkes mit jenen später als ^{typisch} westlich bezeichneten Grundhaltungen des Lebens. Die größte Gefahr aber war die Auseinandersetzung mit der sogenannten Demokratisierung, Parlamentarisierung und Republikanisierung. Durch die Vermengung romanischer, germanischer und keltischer Elemente entstand jenes typisch westliche völkische Bild, aus dem für Europa bedeutsame mittelalterliche und neuzeitliche Gebilde erstanden, die ihre Inkarnation in der Gestalt Napoleon Bonapartes fanden, der darauf ausging, Europa unter dem siegreichen Schwert Frankreichs zu einigen. Wenn der Nordaspekt unseres Volkes einen fast naturgesetzlichen Charakter der blutmäßigen Betrachtung unseres Volkes beinhaltet, so deutet das Westbild die Problematik der Staatskonstruktion unserer Nation an, die von der Idee des Einheitsreiches bis zu den dekadenten Theoremen von Demokratie und Liberalismus sich erstreckte und einen steten Verfall der Staatsautorität und einen gleichzeitig damit sich vollziehenden Aufstieg der nur sehr schlecht mit dem Schlagwort "Individualismus" verbräuten Anarchie aufzeigte.

Wiederum anders leuchtet die Südepoche unseres Volkes.

Ganz abgesehen davon, daß in der Verbindung mit dem Süden durch eine fast ein halbes Jahrtausend dauernde Zugehörigkeit zum antiken römischen Imperium eine gewaltige volkscharakterbildende Bedeutung liegt, war es die mittelalterliche Reichsgestaltung unter den gewaltigen Kaisern etwa der Stauferperiode, die den größten Italiener der damaligen Zeit, Dante, vor der Kaiserherrlichkeit unseres Reiches erschauern ließ und die uns

23.10.42

für viele Jahrhunderte mit einem gewaltigen Impuls erfüllte. Das unausgesetzte, durch Jahrhunderte hindurch sich wiederholende Hinabziehen deutscher Reichsmacht über den Brenner und durch die Salurner- und Veroneserklause bis nach Rom und nach Sizilien hat jenen Einklang zwischen deutschem und italienischem Volksgeist und jene gegenseitige kulturelle und seelische Durchdringung herbeigeführt, die ihren schönsten Ausdruck in der schicksalhaften Verbundenheit des deutschen und des italienischen Volkes im Freiheitskampf um ihre nationale Ehre und Größe gefunden hat und als spätere Frucht dieser Entwicklung strahlend aufleuchtet. So kam aus dem Süden und aus der Beschäftigung mit dem Süden und mit dem antiken Ideal, aus der Erkenntnis der Schönheit der Landschaft und aus den geistig seelischen Bedingungen des Lebens der Begriff des Idealismus und der Glaube an die höheren Werte des Daseins, der dann in unserem Volkstum auf unserer eigenen rassistischen Grundlage sich entwickelte.

Nunmehr schließt sich der Kreis. Jetzt öffnet sich der Osten, und er blickt uns mit dem ernstesten Gesicht der Wirklichkeit an. Wenn uns im Norden die Rasse, im Westen der Staat und im Süden jede Form von Gemeinschaftsideal höherer Art voranschwebte, so haben wir im Osten nunmehr die bodenmäßige Verankerung der Gesamtexistenz unseres Volkes zu vollziehen. Nicht nur der Kreis der Windrose schließt sich damit, sondern auch die Vollendung alles dessen, was unser Volk in seiner Geschichte bei der Erfüllung der für sein Dasein notwendigen Voraussetzungen gesucht, erkämpft, verloren und immer wieder neu aufgerichtet hat, vollzieht sich jetzt. Nunmehr haben wir im Osten den Lebensraum gesichert, der das äußere Bild unserer Volksgeschichte substratmäßig unterbaut und der Verwurzelung der deutschen Führung im Dienste unserer Nation wie vor allen auch im Dienste ganz Europas Raum gibt. So sehen wir

23.10.42

die Epoche des Ostens als die grandiose Entwicklungszusammenfassung der gesamten bisherigen Geschichte unseres Volkes an.

Ohne eine bis ins tiefste gehende geist^{ig}-seelische Untermauerung war dieser Krieg vom Führer nicht begonnen. Die vom Führer in entscheidungsvollen, schwersten Stunden vorgenommene Abwehr des unmittelbar drohenden bolschewistischen Flankenangriffs war zugleich der Fanfarenstoß zur Vollendung deutschen Lebensaufbaues auf diesem Planeten. Es kann keine Größe der Aspekte geben, die diesem historischen Moment entspräche; denn er übersteigt alles bisherige Maß unseres politischen und sozialen Denkens ebenso wie unser an Wirtschafts- und Lebensbedingungen bisheriger Art gemessenes Handeln. Die Epoche des Ostens ist das Ende einer spießigen Kleinheitsdemagogie, und sie öffnet den Raum und weitet die Gehirne. Die Epoche des Ostens bedeutet für uns Deutsche eine Verlagerung des Schwergewichts unseres Lebens aus dem heimischen Idyll hinaus in die freie Zone gewaltigster kolonisatorischer und siedlungsmäßiger Neugestaltung. Wir im Generalgouvernement spüren diesen Hauch der neuen Zeit, dieser Epoche des Ostens unseres Volkes vom ersten Tag an. Es bedarf keines besonderen Hinweises darauf, daß die geschichtsbildende Kraft dieser Idee in unserem Reichsgefüge die gewaltigsten Neuformungen und Entwicklungen zur Folge haben wird.

Auf vier Fundamenten erhebt sich demnach dieses neue Reich, das durch die Epoche des Ostens gekennzeichnet ist:

Das erste Fundament ist das Führertum Adolf Hitlers. Wenn es angebracht ist, eines großen Ereignisses der Geschichte vor vierhundertfünfzig Jahren zu gedenken, dann ist es die Rückerinnerung daran, daß am Freitag, dem 12. Oktober 1492, 2 Stunden nach Mitternacht, Christopherus Columbus, geboren als Italiener in Genua, im Dienste Spaniens Amerika entdeckte. Es gibt kaum einen zweiten, persönlich und zeitlich markanteren,

23.10.42

weltgeschichtlichen Entwicklungspunkt als diesen. Die Entdeckung des Christoforo Colombo brachte eine neue Welt, die herüberstrahlend Europa im Laufe der Jahrhunderte, die dazwischenliegen, in weitestem Umfang umformte. Eine Wirkung ging von dieser Tat aus, die schlechterdings im einzelnen nicht mehr aufzuspüren ist, sondern nur in ihrer Gesamtheit annähernd erfasst werden kann.

Vergleichbar dieser Tat allein ist die historische Tat Adolf Hitlers, die er mit der Entdeckung des Ostens für das Deutschtum und damit für Europa beging. Diese welthistorisch einmalige Tat hat den Ural wieder einbezogen in eine unmittelbare Beziehung zum Atlantik. Sie wird für Europa die gleichen Segnungen und die gleichen Ausweitungen, die gleichen Umformungen zur Folge haben wie die Tat des Columbus. Vorausgegangen war allerdings dieser Tat des Führers schon die Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Durch diese Tat Adolf Hitlers eröffneten sich dem müden und aus eigenen Autarkiebegrenzungen heraus unfruchtbar gewordenen Europa eine neue Ordnung und eine neue Lebensmöglichkeit. Die Epoche des Ostens wurde damals gegründet, als der Führer alle Ideale unserer Geschichte zusammenfaßte und sie gesammelt dem neuen Ziele des Lebensraumes unseres Volkes und Europas zuführte. Es wird die Zeit kommen, in der diese Tat Adolf Hitlers als eine grandiose Erfüllung aller Sehnsüchte unserer Zeit gewertet werden wird. Dieses Führertum ist Führertum, ist schöpferisch und mußte, um seine großen Ziele zu erreichen, in zunehmendem Maße in Konflikt mit den die alte Aufteilungsordnung der Erde gewaltsam aufrechterhalten wollenden Weltmächten kommen. Die Epoche des Ostens konnte nur durch die Abwehr der dauernden bolschewistischen Angriffsdrohung auf Deutschland eröffnet werden. Nur von ihr hing es ab, ob das deutsche Volk in Zukunft Lebensraum und Nahrung für sich und

23.10.42

Europa sicherstellen könnte oder nicht. Es gab noch nie einen notwendigeren Krieg in der Geschichte, als den, den der Führer am 22. Juni 1941 gegenüber dem insgeheim sich gegen uns zum Aufmarsch sammelnden bolschewistischen Reich begonnen hat. Da dieses Führertum Adolf Hitlers sich in dieser letzten größten geschichtlichen Auseinandersetzung als die zentrale Repräsentanz unseres völkischen Schicksals erwiesen hat, ist es zu einem Lebenselement unserer Nation geworden. Es wird dieses Lebenselement bleiben, ganz gleich, wie im Äußeren die Formen jeweils aussehen werden. Immer wird das Ideal der Staatsführung unseres Reiches in einer schicksalbestimmten Einzelpersönlichkeit bestehen und nicht in einer nach Mehrheitsprinzipien abstimmungsmäßig sich bildenden Kollektivführung.

Das zweite Fundament bildet die Rassenkraft, repräsentiert durch die NSDAP. als die Trägerin dieses vom Führer Adolf Hitler dem Deutschen Volk aufgegebenen Lebensanschauungsprinzips. Diese Rassenkraft unseres Volkes, die sich in den leuchtenden Gestalten unserer Helden an allen Fronten ebenso zeigt wie in der unerschütterlichen Durchhaltekraft unseres Volkes im Inneren, ist der uns von unseren Vorfahren überkommene, grandiose schöpferische Blutstrom, der das Schicksal unseres Volkes trägt. Aus ihr erwuchs die Kraft, die die Vernichtung aller Feinde Europas und aller Feinde der menschlichen Kultur gebietet und die als gottgewollte, urelementare Erscheinungsform den Führungstyp auch der neuen Epoche der Welt vorstellt.

Als drittes Fundament der Epoche des Ostens erscheint uns die Reichsidee in ihrer ganzen grandiosen, geschichtlichen Größe. Dieses Deutsche Reich - "Heilig" bezeichnet durch die gläubige, hingabebereite Treue unserer Vorfahren - soll auch uns heilig bleiben als jenes gewaltige, symbolisch und begrifflich allem deutschen Gemeinschaftshandeln voranleuchtende und übergebaute Gebilde, das fern über uns strahlend unsere letzte

1108

23.10.42

Kraft zu seinem Dienst aufrufen kann. Dieses Reich der Deutschen leuchtet durch die Geschichte ebenso sehr als der heroische Impuls gewaltiger geschichtlicher Vorgänge wie als der hohe Areopag europäischer Ordnung, Gesittung und moralischer Stärke. Es wird in der Epoche des Ostens eine gewaltige Neuerstehung feiern. Dieses Reich "Deutschland" wird seine hohe Mission erfüllen für das deutsche Volk, für Europa und die Welt. Uns hier im Generalgouvernement ist dieses Reich die machtvolle Stütze unserer Arbeit und das Ziel unseres Strebens.

Das vierte wesentliche Element ist der von dem unvergleichlichen Heldentum unserer Wehrmacht eroberte Lebensraum, in dessen Neuformung mitten hineingestellt nunmehr das Generalgouvernement in das vierte Jahr seines Bestehens tritt. Dieser Lebensraum sieht zunächst nicht Städte, sondern das bebaubare Land. Ihm geht es nicht um die heroisch-romantische Geste triumphierender Siegesfeiern in fremden, nunmehr eroberten Gebieten, sondern sein Ziel sind Nahrung und Siedlung. Er begreift in sich die Wirklichkeit des Lebens als die logische Schlußform jeder Entwicklung und jene mit den Tatsachen des Tages sich unverträumt vertraut wissende Arbeitsauswirkung im Dienste der Bedürfnisse der völkischen Gemeinschaft auf dem Gebiete der Lebenshaltung und der Lebenssicherung. Man könnte die Epoche des Ostens als die realistische Epoche unserer Volksentwicklung bezeichnen, und sie ist es auch, aber nicht in dem Sinn, daß sie eines Ideals besonders bedürfte; denn welches Ideal des Einzelnen könnte größer und bedeutungsvoller sein als jenes, das Tausenden und Abertausenden deutscher Männer den Kampf für Deutschlands Lebensraum zum Ziel des eigenen Lebens werden läßt! Wenn man von der Epoche des Ostens als einer realistischen Epoche spricht, dann vielmehr in dem Sinn, daß unser Volk, so viele Jahrhunderte hindurch das Volk der Dichter und Denker, der Träumer und Phantasten genannt, nunmehr in weitem

23.10.42

Umfang geweckt erscheint für die Erkenntnis, daß schließlich ohne die Sicherstellung der materiellen Unterlagen der völkischen Gemeinschaft in Raum und Zeit auch die Ewigkeit eines Volkes verloren ist.

Die Epoche des Ostens ist daher auch eine revolutionäre Neuformung unseres Daseins in jedem Hinblick. Sie ist gekennzeichnet durch das allmähliche Aufsteigen der technischen Elemente der Gemeinschaft vor den formalen. Dieses Kennzeichen des typischen 20. Jahrhunderts wird sich nicht nur in dem eigentlichen Industrie-, Verkehrs- und Maschinensektor unserer Gemeinschaftsarbeit auswirken, er wird auch im weitem Umfang die Technik des Staates in seine Einflußzone einbeziehen. Allüberall muß an der Beseitigung der organisatorischen und persönlichen Schwierigkeiten gearbeitet werden, die sich daraus ergeben, daß die Relation zwischen der Bevölkerungszahl der Deutschen und des von den Deutschen beherrschten Lebensraumes sich verschiebt. Es ist klar, daß wir Deutsche uns in Zukunft nicht mehr mit all' dem Kleinkram des Lebens werden herumschlagen können, wie das in der Epoche der Postkutsche und der Kleinstaaterei möglich war. Ein neuer, frischer Wind antibürokratischer und antiformalistischer Verwirklichungstendenzen muß sich durchsetzen. Die staatstechnischen Begabungen werden all' diesen Einzelsvorgängen eine Ordnung voranzustellen haben, die verhindert, daß aus diesen Neuformungen revolutionärer Art eine Anarchie von Vollmachten und Berechtigungen entsteht. Wenn es uns gelingt, dies alles erfolgreich zu meistern in der Erkenntnis der Größe dieser Zeit, dann werden wir über die schmerzlichen Gräber der für diese kommenden Freiheiten Deutschlands Gefallenen ein neues Land grüßen.

Wir haben hier im Generalgouvernement diese neuartigen Formen auf allen Gebieten zu erproben versucht. Wir haben hier die neuartige Form eines "Nebenlandes". Wir sind hier kein eigener Staat, wir sind auch keine reine Kolonie, wir sind kein Dominion oder Protektorat, wir sind als "Generalgouvernement" das reichseigene Land

23.10.42

des Ostens; mit allen unseren Kräften gehören wir dem Reich. Wir sind das erste staatsgleich aufgebaute organisatorische Instrument zur Verwirklichung der Epoche des Ostens auf Reichsgebiet.

Im Zusammenhang mit den allgemeinen Aufgaben des Generalgouvernements wird das Institut für Deutsche Ostarbeit seine Aufgabe vollführen. Daß ein wissenschaftliches Institut in dem größten Schicksalsringen unseres Volkes sich auch nicht verlieren darf in der reinen Bewältigung einer leeren, immanent logischen Begriffsapparatur, ist selbstverständlich. Trotzdem wird aber dieses Institut auch in der Kriegszeit seinen hohen Rang als wissenschaftliches nur dadurch behaupten können, wenn es in der Erstellung und Weitervermittlung seiner Forschungsergebnisse dem alten deutschen Grundsatz der absoluten Wahrhaftigkeit huldigt. Dieses Institut ist in seiner Forschung und Lehre frei. Es soll nicht auf Grund Befehls von vornherein bestellte Ergebnisse liefern, sondern es soll uns eine Beglückung sein, wenn auf Grund einwandfreier, unabhängiger Forschung die großen Linien unseres Wirkens hier im Raum auch ihre wissenschaftliche Bekräftigung erhalten. Im übrigen wird aber in dem großen Zusammenhang der wirklich gewaltigen Aufgaben dieses Instituts allen Behörden dieses Landes ein wichtiges kulturelles Element vermittelt: die Erkenntnis nämlich, sich in jedem, auch dem kleinsten Staatsakt dieses Landes darüber klar sein zu müssen, daß er nicht um seiner selbst willen, nicht um der Vergänglichkeit eines momentanen Verwaltungsplanes vor sich geht, sondern daß er im großen Entwicklungsstrom dieser Zeit eine Welle ist, untrennbar zusammenhängend mit dem Gesamtschicksal unseres Volkes.

Das deutsche Element ist im Generalgouvernement heute das führende. Es wird es in immer zunehmendem Maße werden. Das heißt nicht, daß wir das fremdvölkische Element irgendwie ausrotten oder germanisieren

23.10.42

wollen. Wer sich hier loyal den deutschen Ordnungsnotwendigkeiten fügt, wird loyal von den deutschen Ordnungsrepräsentanten behandelt. Ich wünsche Ruhe und Klarheit in diesem Raum auch den fremdvölkischen Bewohnern gegenüber, und ich werde persönlich alles tun, um diese Richtung meines bisherigen politischen Wirkens in diesem Raum auch weiterhin durchzusetzen. Das deutsche Volk will nicht vergewaltigen, sondern es will die neue Lebensordnung aller europäischen Völker in alle Zukunft hinein aufrichten. Ich glaube, daß das polnische Volk in diesem Raum noch nie so klar und sauber regiert wurde, wie das heute der Fall ist. Wir Deutsche sind so stark und so unangreifbar durch Adolf Hitler und seine Bewegung geworden, daß uns von keiner Seite hier eine Gefahr droht. Es ist das Recht des Stärkeren, das wir hier in diesem Land ausüben. Eines der größten Rechte des Stärkeren aber ist nicht die Gewaltanwendung, sondern die Führung zu höheren Zielen auch dem unterworfenen Volk gegenüber.

So wird die Epoche des Ostens die vom Führer schon in seinem Buch "Mein Kampf" angekündigte neue Entwicklung unseres Reiches, die endgültige Bereinigung der Lebensraumprobleme unseres Volke und vor allem auch die endgültige, friedliche Schicksalsgestaltung der im Osten lebenden Fremdvölker unter deutscher Führung gewährleisten. Das Generalgouvernement ist stolz darauf, vom Führer als ältester Teil in dieser Epoche des Ostens verwendet worden zu sein. Wie das Generalgouvernement wird auch das Institut für Deutsche Ostarbeit in dieser Richtung weitermarschieren.

Die Epoche des Ostens für das deutsche Volk hat Adolf Hitler eröffnet. Das deutsche Volk wird sie in Ewigkeit sieghaft bestehen.

Mit einem von Direktor Dr. Coblitz ausgebrachten Sieg-heil auf den Führer findet die Veranstaltung ihren Abschluß.

1111

23.10.42

13¹⁰ Frühstück

15⁰⁵ Besprechung mit Pressechef Gassner.

16⁰⁰ Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Der Herr Generalgouverneur diktiert am Schluß der Besprechung folgendes Fernschreiben an Reichsleiter Bormann:

Sehr geehrter Pg. Bormann!

Ich erhalte soeben durch Pg. Stahl in Vorlage Ihr Rundschreiben betreffend die Neuordnung der Justiz, in dem in Absatz 2 mitgeteilt wird, daß ich den Führer gebeten hätte, mich von meinen Parteiämtern zu entbinden.

Ich stelle dazu fest, daß dem nicht so ist; ich habe weder mein Amt als Reichsleiter der NSDAP noch als Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP, sondern entsprechend der in dem Schreiben des Reichsministers Lammers vom 28. Juli 1942 enthaltenen klaren Aufforderung, die im Einvernehmen mit Ihnen mir mitgeteilt wurde, mein Amt als Leiter des Reichsrechtsamtes und als Leiter des NS-Rechtswahrerbundes niedergelegt.

Ich ersuche Sie daher, zur Kenntnis zu nehmen, daß hier offensichtlich ein Irrtum vorliegt, und bitte Sie um Berichtigung dieses Rundschreibens.

Ich wäre gern bereit, mit Ihnen über die Angelegenheit einmal persönlich zu sprechen, und bitte Sie um Mitteilung, ob dies möglich ist. Mit freundlichen Grüßen

Heil Hitler
Ihr sehr ergebener

23.10.42

16³⁰ Bankdirigent Dr. Paersch hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über verschiedene Notenangelegenheiten.

16⁴⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 24. Oktober 1942

11⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11¹⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten des Großdeutschen Schachbundes Ratsherr Wolfrum, den stellvertretenden Präsidenten und Hauptgeschäftsführer Post und den Bundeskämmerer Miehe in Anwesenheit des Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert.

Der Herr Generalgouverneur regt die Gründung eines Schachverbandes Generalgouvernement an und ersucht Präsident Dr. Siebert, die Präsidenschaft dieses Verbandes zu übernehmen.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert äußert Bedenken gegen die Übernahme der Präsidenschaft, insbesondere im Hinblick darauf, daß es nach einer Verfügung des Reichsleiters Bormann verboten sei, daß nahe Verwandte von Parteiangehörigen in hoher Position ähnlich wichtige Positionen übernehmen. Da sein Vater, Ministerpräsident Dr. Siebert, Ehrenpräsident des Großdeutschen Schachverbandes sei, halte er diese Verfügung als auch für sich verbindlich.

Der Herr Generalgouverneur glaubt die Bedenken des Präsidenten Dr. Siebert durch den Hinweis darauf zerstreuen zu können, daß kein Vorwurf gegen Präsident Dr. Siebert erhoben werden könne, wenn er, der Herr Generalgouverneur, im Interesse der Pflege des Schachspiels es für geboten halte, den Präsidenten Dr. Siebert mit der Übernahme dieser Stellung zu betrauen. Gewiß werde auch Ministerpräsident Dr. Siebert nichts dagegen einzuwenden haben.

24.10.1942

Auch Ratsherr Wolfrum richtet die dringende Bitte an Präsident Dr. Siebert, das Amt des Präsidenten des Schachverbandes Generalgouvernement zu übernehmen. Man werde kaum eine andere Persönlichkeit finden, die solches Verständnis für die Pflege des Schachspiels aufbringe, andererseits auch gegebenenfalls die Repräsentation übernehmen und vor allem die Notwendigkeiten des Neuaufbaues eines Schachverbandes so würdigen könne wie Präsident Dr. Siebert. Die möglichst baldige Gründung eines Schachverbandes im Generalgouvernement unter der Leitung einer tatkräftigen Persönlichkeit werde nicht nur dem Schachspiel neue Freunde gewinnen, sondern darüber hinaus auch dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben im Generalgouvernement förderlich sein.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert stellt darauf seine Bedenken zurück und erklärt sich bereit, die Präsidentschaft des zu gründenden Schachverbandes Generalgouvernement zu übernehmen.

11⁴⁰ Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Errichtung von Gutsbezirken der Wehrmacht und Waffen-SS im Generalgouvernement
2. einer Verordnung zur Vereinfachung der Strafgerichtsbarkeit im Generalgouvernement
3. einer Verordnung über die Einführung der Verordnung über das Halten von Tauben im Distrikt Galizien

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

24.10.42

12⁴⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert und des Präsidiums des Großdeutschen Schachbundes, des Rats Herrn Wolfrum, des Hauptgeschäftsführers Post und des Bundeskammerers Miehe, im Königssaal der Burg die Teilnehmer am Schachturnier, das in den Tagen des 21. bis 23. Okt. in Krakau im Literarischen Kaffee stattgefunden hat.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

Ich darf Sie, Herr Präsident Wolfrum, und die Herren vom Präsidium des Großdeutschen Schachbundes ^{Miehe} Post und ^{Miehe} aufs herzlichste begrüßen. Mein Gruß gilt ebenso den Schachmeistern, die hier im Generalgouvernement in schwerer Kriegszeit ein so hervorragendes Schachturnier durchgeführt haben. Ich weiß es auch zu würdigen, welche kulturelle Sendung das Schachspiel mit sich bringt, da es nunmehr gelungen ist, dank der unermüdlichen Arbeit des Großdeutschen Schachbundes einen europäischen Schachbund ins Leben zu rufen.

Ich bin glücklich darüber, daß Sie, Herr Dr. Aljechin, uns die Freude Ihrer Anwesenheit machen und damit die Bedeutung dieses Turniers besonders herausheben. Es erfüllt mich weiter mit besonderer Freude, daß die Herren hier im Generalgouvernement ein so vorbildliches Kampfschach gespielt haben. In dieser ersten Zeit des Krieges ist es für uns Deutsche, vor allem für unsere Soldaten, für unsere Verwundeten, aber auch für die Allgemeinheit unseres Volkes ein stolzer Aspekt, mit einem so edlen Spiel wie dem des großartigen Schach nunmehr einer neuen Kultur entgegen zu schreiten. Das Schach ist fürwahr das königliche Spiel, es birgt in sich die große Form menschlich-geistiger

24.10.42

Beglückung. Ich freue mich, Sie alle hier im Königs-
saal der Burg zu Krakau begrüßen zu können, in einem
Lande, in dem so viele deutsche Fürsten als Könige
gewirkt haben.

Ihnen, Herr Präsident Dr. Siebert, danke ich
herzlich dafür, daß Sie hier persönlich erschienen
sind, gibt doch das Gewicht Ihrer Persönlichkeit der
Neugründung des Schachverbandes Generalgouvernement
eine besondere Weihe. Ich hoffe, daß der Großdeutsche
Schachbund auf Grund seiner Erfahrungen im Generalgou-
vernement die Schachmeister wird veranlassen können,
in jedem Jahre einmal hier ein Schachturnier zu ge-
stalten. Was an mir und meinen Dienststellen im General-
gouvernement liegt, soll geschehen, um Ihnen hier den
Aufenthalt so angenehm und freundlich wie nur möglich
zu gestalten.

Der Herr Generalgouverneur überreicht darauf
den Siegern des Turniers die Preise.

Die Sieger des Schachturniers sind:

1. Dr. Aljechin
2. Junge
3. Bogoljubow
4. Keller
5. Sämisch

Der Herr Generalgouverneur stellt die Verteilung
einiger Schönheitspreise und Trostpreise in Aussicht.

Der Präsident des Großdeutschen Schachbundes
wendet sich darauf mit Worten des Dankes für den freund-
lichen Empfang an den Herrn Generalgouverneur.

24.10.42

Das Präsidium des Schachbundes sei stolz darauf, daß das königliche Spiel auf der Burg zu Krakau einen so repräsentativen Ausdruck finden dürfe. Wenn das Schachspiel nunmehr im Generalgouvernement fest verankert und Wege gezeigt würden, die nicht nur das Schachspiel im Generalgouvernement befruchten sollten, sondern darüber hinaus von weittragender Bedeutung für das deutsche und europäische Schach sein würden, so gebühre dafür dem Herrn Generalgouverneur herzlichster Dank.

Mit besonderer Genugtuung könne er feststellen, daß er als Präsident des Großdeutschen Schachverbandes nunmehr einen Mann an die Spitze des vom Generalgouverneur verkündeten Schachverbandes Generalgouvernement stellen könne, der sich in Schachkreisen allgemeiner Wertschätzung erfreue, den Präsidenten Dr. Siebert, den Sohn des Ehrenpräsidenten des Großdeutschen Schachbundes Ministerpräsidenten Dr. Siebert.

Dank der tatkräftigen Förderung des Herrn Generalgouverneurs persönlich habe heute das erste Schachseminar des Großdeutschen Schachbundes in Krakau gegründet werden können. Man werde bereits im Januar nächsten Jahres den ersten Lehrgang nach Krakau einberufen. An diesem Seminar würden hervorragende Meister des Schachspiels wie z.B. der Weltmeister Dr. Aljechin wirken. Aus diesem Seminar müsse einmal eine Akademie werden, die das Schachspiel aus der Kaffeehausatmosphäre heraushebe und die geistige Kraft in sich trage, das königliche Spiel weiter zu entwickeln.

Dem Vorschlage des Rats Herrn Wolfrum, an Ministerpräsident Dr. Siebert aus Anlaß der Ernennung seines Sohnes zum Präsidenten des Schachverbandes Generalgouvernement ein Glückwünschtelegramm zu richten, gibt der Herr Generalgouverneur seine Zustimmung.

24.10.42

13¹⁰ Frühstück, an dem die Teilnehmer des Schachturniers teilnehmen.

Im Anschluß an das Frühstück werden von Dr. Aljechin und anderen Schachmeistern einige "Schönheitsspiele" erläutert.

15⁴⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

18¹⁰ Diktat der Rede, die der Herr Generalgouverneur in der Regierungssitzung (Staatsakt) am 26. Oktober 1942 halten wird.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonntag, den 25. Oktober 1942

11¹⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11⁵⁰ Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung von Graf di Fossombrone zur Comandatappa, Marktstr. 11 zwecks Teilnahme an der Gründungsfeier des italienischen Fascio Krakau.

12⁰⁰ Gründungsfeier des Fascio Krakau.

Nach Begrüßungsworten von Graf di Fossombrone macht der Herr Generalgouverneur folgende kurze Ausführung:

Herr Graf Fossombrone! Wir sind glücklich, Zeugen dieser Stunde sein zu dürfen, in der Sie hier in Erinnerung an die große historische Tat des Marsches auf Rom die Vertreter der italienischen Menschen im Generalgouvernement zusammengerufen haben, um den Fascio in Krakau zu gründen. Sie haben mit Recht auf den gemeinsamen Siegesmarsch unserer beiden Nationen hingewiesen. Ich möchte Ihnen für das große Italien Benito Mussolinis, an dessen Seite wir den letzten großen Freiheitskampf unserer Völker bestehen werden, die Grüße der Deutschen des Generalgouvernements übermitteln. Aus der Anwesenheit von Vertretern unserer großen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ersehen Sie, wie sehr von allen Deutschen an Mussolinis historischer Tat Anteil genommen wird. Nehmen Sie meine persönlichen Glückwünsche entgegen und seien Sie überzeugt davon, welche große Bedeutung der Marsch auf Rom auch für die Geschichte unserer nationalsozialistischen Bewegung gehabt hat.

Nach diesen Worten spricht der Herr Generalgouverneur zu den anwesenden italienischen Volksgenossen in italienischer Sprache.

25.10.42

12²⁵ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

16⁰⁰ T e e - Empfang für die Teilnehmer am Dritten Schachturnier des Generalgouvernements.

18³⁰ Festaufführung der Oper "Julius Caesar" von Händel im Staatstheater.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Montag, den 26. Oktober 1942

10⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur überreicht im Großen Sitzungssaal des Hauses der NSDAP acht Müttern aus dem Generalgouvernement das Goldene Mutterkreuz.

Nach kurzen Begrüßungsworten des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP (VIA) Stahl hält Reichsleiter Generalgouverneur Dr. Frank folgende Ansprache:

Als der Führer aus dem völlig verelendeten deutschen Volk wieder ein großes Volk machen wollte, hat er es nicht gemacht wie irgendein Professor oder gescheiter Mann, der ein dickes Buch schreibt, sondern er hat sich gesagt: wenn ich das Volk, mein deutsches Volk groß machen will, dann muß ich so reden, daß mich das Volk versteht; das Volk muß mich, Adolf Hitler, aber nicht nur verstehen, sondern es muß mir auch folgen in alledem, was ich jetzt vornehme und was geschehen muß, um das deutsche Volk wieder hoch zu bringen.

Schon damals, in den kleinen Kreisen waren die Frauen von Anfang an dabei; denn wo käme einer hin, wenn er ein Volk befreien wollte und das nur mit Männern machen wollte! Die Frauen sind die Hälfte des Volkes, meistens sogar mehr als die Hälfte. Die Frauen haben offene, aufrichtige Herzen, und die Frauen sind vor allem die Mütter des Volkes. Sie geben dem Volk die Kinder. Was kann ein Staatsmann machen, wenn die Mütter seines Volkes ihm keine Kinder schenken, mit denen er die Zukunft des Volkes sichern kann? Er braucht daher die Mütter, die dem Volk die Kinder geben. Und so waren von Anfang an - ich weiß das aus den ersten Versammlungen - überall schon die Frauen dabei. Das muß man festhalten und immer wieder betonen.

26.10.1942

Ihr Mütter aus dem Generalgouvernement, Ihr deutschen Mütter in diesem Raum, den der Führer als ersten erobert hat, seid heute unsere Ehrengäste. Ihr seid heute die Ehrengäste der Partei, des Führers, unserer Bewegung, die der Führer aus den deutschen Männern und Frauen geschaffen hat.

Heute verlieren sovielen Mütter ihre Söhne; wieviele Mütter sitzen nicht heute schmerzgebeugt im Deutschen Reich, haben eine Kerze angesteckt und das Bild ihres Sohnes vor sich und sagen: ja, der Krieg mag groß und schön sein, aber mir hat er das Schönste genommen. Es darf nicht sein, daß sie sich sagen müssen, mein Bub' ist gefallen für ein Land, das unwürdig ist, oder für eine Gemeinschaft, die das große Opfer nicht anerkennt. Eine Gemeinschaft muß dieses schwerste Opfer, das viele Mütter gebracht haben, als das höchste Opfer ansehen, das überhaupt gebracht werden kann; denn darin liegt ein Stück Opfer vom Leben, nicht der Mutter allein, sondern unseres ganzen Volkes. Es gibt viele Völker, die das verkannt haben, bei denen die Mutter gar nichts mehr gegolten hat. Hier hieß es, genieße das Leben. Wir wissen aber auch, wie es diesen Völkern ergangen ist: sie sind alle erloschen. Das französische Volk ist dafür ein typisches Beispiel; denn der französische Zusammenbruch ist darauf zurückzuführen, daß in Frankreich Mutter, Mutterschaft und Kinderbekommen nichts mehr gegolten haben.

Ihr versteht daher, daß Ihr heute unsere Gäste seid und daß es für unsere Partei ein besonderer Festtag ist, daß Ihr zu uns gekommen seid. Wir wollen damit im Generalgouvernement zeigen, daß es der Führer mit seinem Volk nur gut meint. Er wollte den Krieg nicht. Kein Staatsmann mit Verantwortung will den Krieg und der Führer erst recht nicht. Die anderen jedoch wollten uns kein Glück gönnen. erinnert Euch nur

26.10.1942

wie es Euch ergangen ist, als die Polen die Herrschaft hatten: die deutschen Menschen galten nichts, sie waren ein Objekt für Polizeiknüppel, die Besten hat man ermordet und verschleppt und Euch als deutschen Menschen das Leben schwer gemacht. Sie haben Euch Arbeit und Verdienst genommen, und sie haben Euch von Haus und Hof gejagt, bis der Führer sagte: jetzt ist Schluß, jetzt werden die deutschen Menschen auch Polens frei. Und jetzt ist es anders, jetzt seid Ihr frei, jetzt seid Ihr die Herren dieses Landes. Jetzt seid Ihr die Frauen, die hier maßgeblich sind und es auch bleiben sollen. Dafür sorgen die gewaltigen Einrichtungen unseres Reiches.

So heiße ich Euch herzlich willkommen. Ich möchte haben, daß Euch das Schwere, das Ihr in diesem Raum erlebt habt, vergolten wird. Kinder machen viel Freude, aber auch viel Sorgen; seit jeher gilt das Wort: "Kleine Kinder - kleine Sorgen, große Kinder - große Sorgen." Jeder Mensch hat eine Mutter; auch wenn er noch so mächtig wird und noch so hoch steigt, er wird ein kleiner Bub', wenn er zu seiner Mutter kommt. Wenn ihn seine Mutter aufnimmt, verschwindet die ganze Herrlichkeit der Welt, und er wird wieder ein bescheidener Bub'. Man erinnert sich daran, was einem die Mutter alles getan hat, wenn sie einem mit zitterigen Händen die Lieblingsspeise kocht.

Unsere großen Dichter und Denker im Volk haben von den Kindern gesprochen. Einer von ihnen - er heißt Rainer Maria Rilke - erzählt uns in einem seiner Werke, wie die Dörfer brennen und die Kanonen einschlagen und wie jeder Krieger seine Wunde trägt. Wie sie nun still dahinreiten, spricht einer von den Reitern: "Mutter, wie geht's Dir?" Und da antwortet ein anderer, jetzt sind wir stille geworden und jeder hat im Grauen des Krieges an seine Mutter gedacht. Die

26.10.42

Mutter ist der Friede eines Volkes; aus den Müttern steigt der große Friede auf; die Mütter der Welt sind die Garantie dafür, daß immer wieder Friede in die Welt kommt.

Es ist in einer ernsten Stunde des Krieges, wenn ich Euch heute als Vertreter von 480 deutschen Müttern aus dem Generalgouvernement begrüße und Euch das Ehrenkreuz der Mutter überreiche. Dieses Kreuz hat der Führer gestiftet, um die Mutter zu ehren; denn der Führer sagte sich, ein Kind zur Welt zu bringen, verlangt dasselbe Opfer und denselben Mut und denselben Einsatz, als wenn ein Mann sein Leben an der Front einsetzt. Jedesmal ist die Geburt eines Kindes ein Ringen mit dem Leben. Das wißt Ihr selber, und das habt Ihr selber alle erlebt. Und Ihr wißt auch, wieviele Mütter auf diesem Felde des Ringens für das Volk und seine Zukunft ihr Leben hingegeben haben. So ist dieses Kreuz, dieses Ehrenzeichen der deutschen Mutter ein wahrhaftes Symbol des ewigen Kampfes eines Volkes um sein Leben unter Einsatz des Lebens. Über 400 sind es im Generalgouvernement, die das goldene Ehrenkreuz bekommen, das heißt das Ehrenkreuz für jene, die acht und mehr Kinder haben. Als ich diese Zahl gehört habe, erfüllte mich diese Tatsache als den Chef dieses Landes mit ganz großer Freude.

26.10.1942

b³⁰ Verleihung von Kriegsverdienstkreuzen 2. Klasse
durch den Herrn Generalgouverneur im Kanonensaal
der Burg zu Krakau.

Der Herr Generalgouverneur richtet an die mit
der Auszeichnung bedachten Beamten und Angestellten
folgende Worte:

Meine Mitarbeiter! Kameraden! Der Führer hat
Ihnen aus Anlaß unseres Jubiläums, des dreijährigen
Bestehens des Generalgouvernements als Nebenlandes
des Großdeutschen Reiches, eine hohe Auszeichnung ver-
liehen. Es ehrt Sie, und es ehrt das Deutsche Reich,
daß Sie sich inmitten einer der schwierigsten Epochen
unserer Geschichte auf dem vorgeschobenen Posten eines
fremden, sowohl räumlich wie methodisch erst neu zu
erobernden Landes so hervorragend bewährt haben. Mich
als Ihren Chef erfüllt es mit großer Genugtuung, daß
die Zahl der für diese Auszeichnung als würdig Befun-
denen so stattlich ist.

Indem ich Ihnen im Namen des Führers und des
Deutschen Reiches nunmehr diese Auszeichnung verleihe,
möchte ich Ihnen als erster meinen Glückwunsch aus-
sprechen, Ihnen auch meinen Dank und meine Anerkennung
für diese hervorragende Leistung im Dienste unseres
Volkes zum Ausdruck bringen. Sie selber sind unmittel-
bare Zeugen für die rein tatsächlich, materiell, aber
vor allem auch persönlich-charakterlichen Schwierig-
keiten dieses Raumes. Sie werden sich oft und immer
wieder überlegt haben: es ist eigentlich ein Wunder,
daß es eine Hand voll deutscher Männer vermocht hat,
unter den denkbarsten widrigsten Umständen eine stabile
Ordnung über viele, viele Millionen fremdvölkischer
Menschen so aufzurichten, daß an der Stabilität dieser
Ordnung für die Zukunft von niemanden mehr gezweifelt

26.10.42

werden kann. Wir sind damit ein Vorbild für alle jene Gebiete geworden, die mittlerweile, seit das Generalgouvernement geschaffen wurde, als besetzte Gebiete in den großdeutschen Machtbereich eingetreten sind. Ich darf ruhig sagen, daß wir keinen Vergleich mit irgendeinem anderen Gebiet zu scheuen brauchen. Denn wir haben dem deutschen Volke und dem Deutschen Reiche nur geholfen, wir haben ihm keine Sorge bereitet. Wir haben in keiner Weise irgendeine Belastung des Deutschen Reiches und Volkes dargestellt, sondern wir haben, abgesehen davon, daß wir unseren eigenen Haushalt haben decken können, es auch vermocht, dem deutschen Reich in diesem schwersten Ringen aller Zeiten materiell, finanziell, leistungsmäßig eine ungeheure Hilfe zuteil werden zu lassen.

Dies alles sei Ihnen nur kurz gesagt. Als ich vor nunmehr ~~vor~~ 3 Jahren mit nur wenigen Männern dieses Land aufzubauen begann, da war es mir noch möglich, eigentlich mit jedem einzelnen meiner Mitarbeiter den Kontakt aufrecht zu erhalten. Jetzt sind es Tausende und Abertausende deutscher Beamten und Angestellten, und schon aus rein physischen Gründen wird es mir unmöglich, mit jedem Einzelnen den Kontakt so zu halten, wie ich mir das immer gewünscht habe. Seien Sie aber trotzdem stets überzeugt, daß wir Ihre Wohlfahrt in diesem Lande und die Gewährung aller dienstlich möglichen Vorteile für Sie und Ihre dienstliche Laufbahn unausgesetzt im Auge habe. Allerdings ist es recht schwierig, das alles zu erreichen; denn man kämpft gegen einen Ozean von Unverständnis, ja sogar von Neid gegen unsere Arbeit. Das wissen und spüren Sie selber. Sie werden daraus erkennen können, daß es unserer ganzen energischen und entschiedenen Härte bedarf, damit die Geschlossenheit dieses Raumes und seiner Ordnung gehalten werden kann. Sie kennen

1128

26.10.1942

mich auch und wissen, daß ich nicht gewillt bin, mich von irgend jemanden niederdrücken zu lassen. Ich verleihe nunmehr im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz 2.Klasse, die Medaille zum Kriegsverdienstkreuz und die dritte Stufe des Ehrenzeichens für Volkspflege. Ich möchte bei der Gelegenheit denen, die die Auszeichnung für Volkspflege vom Führer erhalten haben, noch meine besondere Anerkennung zum Ausdruck bringen, da sie sich zuzüglich zu ihren anderen Leistungen noch um das volksdeutsche Wesen im Raum besonders verdient gemacht haben.

Der Herr Generalgouverneur nimmt hierauf die Verteilung der Auszeichnungen vor. Er schließt den Akt mit folgenden Worten:

Kameraden! Ich kann nur wünschen, daß Ihre Arbeit in den künftigen entscheidenden und schweren Wochen genau so erfolgreich weiterverlaufen möge wie bisher. Der Führer hat uns ausgezeichnet, - danken wir es ihm durch ehrenvollen Einsatz mit ganzer Kraft in seinem Dienste!

11⁰⁵ S t a a t s a k t im Königssaal der Burg zu Krakau.

Der Staatsakt, der in die Form einer Regierungssitzung gekleidet ist und an dem die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, die Mitglieder der Regierung und Abteilungspräsidenten, Gouverneur Dr. Wächter, Gouverneur Dr. Kundt, die drei Verbindungsoffiziere, Hauptabschnittsleiter Stahl sowie weitere geladene Gäste teilnehmen, wird durch die Ouvertüre zur Oper "Agrippina" eingeleitet, die ein Kammerorchester des Staatstheaterorchesters unter Leitung des Kapellmeisters Antolitsch zu Gehör bringt.

Der Herr Generalgouverneur ergreift das Wort zu folgender Rede:

26.10.42

Das Generalgouvernement tritt mit dem heutigen Tage in das vierte Jahr seines Bestehens. Welche Bedeutung den vom Führer seinerzeit mir gegebenen Vollmachten zum Aufbau eines eigenen Verwaltungsbereiches in diesem unter dem tapfersten Einsatz unserer Wehrmacht eroberten Raum zukommt, bedarf keines besonderen Hinweises.

In dieser festlichen Stunde schauen wir auf drei Jahre einer wirklich kaum vergleichbar schwierigen Aufbauarbeit zurück. Als ich damals vom Führer noch im September 1939 in eingehenden Aussprachen die Grundlinien für die Behandlung dieses staatskonstruktiven Problems erhielt, war ich mir des Umfanges, der mir damit vom Führer übertragenen schwierigen Aufgaben bewußt. Unter welcher ungeheurer persönlich, menschlich und sachlich dienstlicher, geradezu gigantischer Beschwerde ich aber dieses Werk zu vollziehen haben würde, das konnte ich nicht voraussehen.

Damals begann ich mit wenigen Männern frisch und ungestüm mit der Leidenschaft des alten nationalsozialistischen Kämpfertums mich in diesem Raum mit Zeit und Not, Mensch und Sachen herumzuschlagen. Und siehe da: dank der großartigen Unterstützung, die mir die in diesen Raum berufenen deutschen Männer und Frauen haben zuteil werden lassen, kann ich nunmehr mit dem grimmigen Trotz des kolonisatorischen Stiles, wie er uns eignet, sagen: mein Führer! der schwere Auftrag, den Sie mir im September 1939 gegeben haben, aus dem zerstörten Raum des eroberten früheren polnischen Staates ein reichseigenes Nebenland Großdeutschlands aufzurichten, ist vollzogen.

Der Krieg hat sich seit Gründung des Generalgouvernements in seiner grandiosen und ernsten Entwicklung fortgesetzt. Schwerste Probleme hat er seither gezeitigt, er hat auch uns im Generalgouvernement mit den Auflagen seiner Not und seiner Bedürftigkeit bestürzt.

26.10.42

Dieser Krieg hat uns, wie ein steter Schatten das Licht, in unserem mutvollen Beginnen begleitet. Er hat die Erschwernisse unseres Handelns vervielfältigt und er hat uns so weit gebeugt, daß wir heute sagen: nicht eigentlich mehr ein weiterer Ausbau ist jetzt unser Ziel, sondern unser Ziel kann nur sein, die auf Grund dieses vollendeten Ausbaues herbeigerufene Leistungskraft dieses Gesamtraumes in seinen Dienst zu stellen. Der Krieg und seine Notwendigkeiten beherrschen ja heute alles.

Daraus ergibt sich zunächst einmal, daß der mir vom Führer mit auf den Weg gegebene Grundsatz der möglichsten Einheit der Führung und Verwaltung dieses Raumes mit allem Nachdruck auch in Zukunft festgehalten werden muß, ist er doch das unabdingbare Element, auf dem Sein oder Nichtsein des Generalgouvernements beruht. Nur unter Anwendung dieses Grundsatzes allein war es möglich, die die ursprüngliche Leistungskraft dieses Raumes weit übersteigenden Anforderungen des Krieges, die an uns gestellt wurden, bis heute zu bewältigen. Da aber in Zukunft diese Anforderungen nur noch steigen werden, muß um so mehr die Intensivität der absolut einheitlichen Führung dieses Raumes gewährleistet sein, auch denen gegenüber, denen diese Einheit nicht passen sollte.

Hierin gibt es für mich kein Unterhandeln und kein Bedenken; denn die Verantwortung kann von mir nur getragen werden, wenn ich auch allein im Besitz der Verwirklichungsmöglichkeiten dieses Raumes bin. Ich muß jede Verantwortung für ein Geschehen in diesem Raum ablehnen, das nicht im Rahmen dieser meiner Befehlszone vor sich geht. Dieses Handeln wäre auch illegal und würde aufs schwerste gegen die grundsätzliche Gestalt unseres Gebietes verstoßen.

26.10.42

Die Einheit der Führung zeigt sich in besonders starkem Maße bei der Zusammenarbeit mit der Wehrmacht, die geradezu als vorbildlich bezeichnet werden muß. Schon zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich daher den Wehrmachtsdienststellen des Generalgouvernements ohne jede Ausnahme den Dank der Regierung des Generalgouvernements, aller Gouverneure und Kreishauptleute sowie aller Dienststellen und Behörden für die hervorragende kameradschaftliche, gediegene Zusammenarbeit aussprechen, die wir mit den Dienststellen des Heeres und der Luftwaffe zu beiderseitigem Wohle in diesem Raume ausüben.

Das gleiche muß ich sofort auch mit besonderer Dankbarkeit für die hervorragende Zusammenarbeit der Staatsdienststellen des Generalgouvernements und des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP sagen. Als Chef dieses Nebenlandes kann ich der Partei dankbaren Herzens die Anerkennung zollen, daß sie uns in stetigem Wirken in jeder Weise geholfen hat. Sie hat damit bewiesen, wie segensreich die NSDAP, in logisch eindeutiger Weise in das Gesamtgeschehen dieses Raumes vor allem auf dem Gebiet der Betreuung unserer Volks- und Reichsdeutschen eingefügt, überhaupt erst ein modernes staatliches Wirken ermöglicht.

Das Generalgouvernement hat sich raummäßig angesichts der Entscheidung des Führers, nach welcher seit ersten August 1941 der Distrikt Galizien mit dem Generalgouvernement vereinigt wurde, seither stabil gehalten. Die Grenzfragen wurden in jeder Himmelsrichtung da, wo sie problematisch waren, bereinigt, sodaß heute das Raumgefüge des Generalgouvernements als zunächst abgeschlossen gelten kann. Das möchte ich mit um so größerem Nachdruck betonen, als sich in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit Gerüchte über eine bevorstehende Änderung des gegenwärtigen gebiets- und verwaltungsmäßigen Zustandes Des Generalgouvernements zeigen. Dieses Gerede erstreckt sich auch auf

26.10.42

eine angeblich bevorstehende Änderung des Umrechnungsverhältnisses des Zloty zur Reichsmark usw.. Alle diese Gerüchte entbehren jeder Grundlage. In dem gebiets- und verwaltungsrechtlichen Verhältnis des Generalgouvernements tritt keinerlei Änderung ein.

Die Bevölkerung des Raumes hat an den Geschehnissen des Generalgouvernements regen Anteil genommen. Man kann sagen, daß dank feindlicher und freundlicher Propaganda das Generalgouvernement eine allgemein populäre Einrichtung geworden ist.

Als ich vor drei Jahren das Generalgouvernement übernahm, hatte ich insgesamt zwölf Männer um mich. Heute nach drei Jahren beträgt die Anzahl der im Generalgouvernement beschäftigten deutschen Beamten und Angestellten aller Ämter der Regierung, der Distrikte, der Kreise einschließlich der Ostbahn und der Deutschen Post Osten zusammen mit den volksdeutschen Angestellten 27 369. Die Anzahl der im Staatsdienst des Generalgouvernements stehenden nichtdeutschen Angestellten und Arbeiter beträgt einschließlich Ostbahn und Deutscher Post Osten sowie Forsten 210 308.

Diese Zahlen ergeben einen deutlichen Einblick in die Entwicklung allein des unmittelbar unter staatlicher Führung stehenden Arbeitseinsatzes in diesem Raum. Wenn Sie dazu die Tausende von deutschen und fremdvölkischen Polizeiorgane und die Fülle der in staatlich überwachter Position befindlichen Wirtschaftsbeamten und -angestellten rechnen, so können Sie daraus erkennen, welchen Umfang die Verwaltung des Generalgouvernements in ihrer Gesamtheit angenommen hat.

Auf dem Gebiet der Hauptabteilung Innere Verwaltung nahmen einen großen Umfang die Arbeiten zur Erfassung der Volksdeutschen im Generalgouvernement ein. In Verbindung damit steht die Ausgabe von Kennkarten und die Einführung eines Deutschstämmigkeitsausweises. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen zur Rückgewinnung

26.10.42

verloren gegangenen deutschen Blutes. Das Generalgouvernement betrachtet die Wiedergutmachung der dem deutschen Volkstum im Gebiet der früheren polnischen Republik, soweit es nunmehr Generalgouvernement ist, zugefügten furchtbaren Schäden als eine Ehrenpflicht und kann dabei mit Stolz auf die Entwicklung der Situation der Volksdeutschen in unserem Raum hinweisen. In jeder nur erdenklichen Weise haben die Dienststellen des Generalgouvernementssich der Volksdeutschen angenommen. So kann denn heute gesagt werden: die völlige Angleichung der Lage der Volksdeutschen an die Situation der Reichsdeutschen hier im Raume ist nur noch eine Frage kürzester Zeit.

Die deutsche staatliche Fürsorge des Generalgouvernements unterstützt darüber hinaus laufend eine große Zahl von Volksdeutschen. Für Kinder und Erwachsene wurden in großem Umfange Kuren in Sanatorien und Heilstätten vermittelt. Hierbei ist vor allem auch der Arbeitsbereich Generalgouvernement in enger Verbindung mit anderen Dienststellen führend beteiligt.

Die Leitung der Hauptabteilung Innere Verwaltung ist auch insofern sehr beachtlich, als zur Entlastung der in das Reich eingegliederten Ostgebiete in den letzten Jahren über 500 000 Polen ins Generalgouvernement zurückgesiedelt wurden, ganz abgesehen von den vielen Tausenden von Juden, die das Generalgouvernement aus dem gesamten großeuropäischen Raum aufgenommen hat.

Was in diesen Zahlen an Einzelleistungen unserer Regiergungsdienststellen, unserer Gouverneure und Kreishauptleute, unserer Polizeiorgane liegt, kann nur angedeutet werden. Was mit diesen Einsparungen an Schwierigkeiten jeglicher Art auf den Gebieten der Ernährung, des Transports, der Unterbringung, der Arbeitsbeschaffung, der Seuchenbekämpfung usw. zusammenhängt, wird in einer Schrift zusammengestellt werden.

26.10.42

Eine besondere Leistung stellt im Rahmen der Hauptabteilung Innere Verwaltung die Arbeit unserer deutschen Menschen- und Tierärzte dar. Es ist mir eine angenehme Pflicht, der Leistung der deutschen Ärzte uneingeschränkte Anerkennung zu zollen. Diese wenigen Männer - wir haben hier in unserem Raum kaum 160 deutsche Ärzte - haben wirklich außerordentliches geleistet.

Der deutschen Gesundheitsverwaltung fiel in erster Linie die Seuchenbekämpfung zu. Große Erfolge wurden auf dem Gebiet der Fleckfieberbekämpfung erzielt. Als Maßnahmen kamen in Betracht: Schulung der fremdvölkischen Ärzteschaft, Ausbildung von Desinfektoren, Aufstellung von Seuchenkolonnen, Herstellung von Impfstoffen, Errichtung von Seuchen- und Notkrankenhäusern, Durchführung der Entlassung von etwa einer Million fremdvölkischer Arbeitskräfte für den Arbeitseinsatz in das Reich. Auch bei anderen Krankheiten waren Bekämpfungsmaßnahmen ärztlicher Art notwendig, wie z.B. bei der Ruhr, bei der hier sehr verbreiteten Ägyptischen Augenkrankheit, bei Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose. Hätten die deutschen Ärzte hier nicht unter dem Schutz der staatlichen Autorität unter Einsatz äußerster Energien diese Maßnahmen rechtzeitig durchgeführt, so hätte nicht jener wirksame Schutzwall aufgerichtet werden können, der heute das Reich und die hier liegenden bzw. das Generalgouvernement passierenden Truppen in einem früher kaum vorstellbaren Umfange gegen die typischen östlichen Seuchengefahren auf allen Gebieten schützt.

Eine besonders beachtliche Leistung haben die 13 deutschen Tierärzte des Generalgouvernements vollbracht. Sie haben es erreicht, daß Tierseuchen, die aus dem Osten eingeschleppt zu werden drohten, dem Reich völlig ferngehalten werden konnten. Darüber hinaus

26.10.42

ermöglicht der günstige Tierseuchenstand im Generalgouvernement die reibungslose Erfüllung der Pflichten, die uns hinsichtlich der Ablieferung von Schlachtvieh im Dienste des Krieges auferlegt sind.

Was die deutsche Verwaltung in diesem Gebiet geleistet hat, kann uns wahrhaft mit Stolz erfüllen. Ich möchte daher gerade bei Betrachtung des Wirkens der Hauptabteilung Innere Verwaltung allen deutschen Beamten und Angestellten, allen Staatsarbeitern wie auch den Bürokräften aller Art meine Anerkennung für ihre treue und erfolgreiche Mühewaltung aussprechen. Jeder, der hier tätig ist, wird es einmal in der Zukunft als eine schöne Erinnerung empfinden, inmitten eines schwerst umkämpften Gebietes während des Ablaufes des größten Krieges aller Zeiten aufbauende Verwaltungs- und Führungsarbeit geleistet zu haben. Ohne diese hervorragende und zuverlässige Leistung unserer deutschen Berufs- und Fachbeamten sowie aller Angestellten wäre es mir nicht möglich gewesen, meine Aufgabe hier zu erfüllen.

Gestützt auf diese geordnete Verwaltung konnte sich das Finanzwesen des Generalgouvernements erfolgreich behaupten. Die Finanzverwaltung des Generalgouvernements ging nach Beendigung des Polenfeldzuges sofort daran, dem Staat die erforderlichen Einnahmequellen zu erschließen. Die Steuer-, Zoll- und Monopolverwaltung wurden in Gang gesetzt. Die Übernahme der Monopolverwaltung war schon für die erste Zeit des Verwaltungsaufbaues von ganz besonderer Bedeutung, weil hier ja bekanntlich gleich mit dem Eingang grösserer Erträge gerechnet werden konnte.

Die Erfassung der Einnahmen aus der Steuer- und Zollverwaltung hingegen bedurfte naturgemäß einer längeren Anlaufzeit. Die Steuerverwaltung sorgte dafür, daß die mit Nichtdeutschen besetzten Behörden der früheren polnischen Steuerverwaltung ihre Arbeit unter deutscher Aufsicht wieder aufnahmen. So kam es, daß

26.10.42

die Einnahmen des Generalgouvernements an Steuern, Zöllen und Monopolablieferungen, insbesondere aber das Steueraufkommen, seither entsprechend der Entwicklung des allgemeinen Auf- und Ausbaues der Wirtschaft auf allen Gebieten und der Wiederherstellung eines irgendwie gesicherten allgemeinen Lebensgefüges wesentlich gesteigert werden konnten.

Schon bald nach Errichtung des Generalgouvernements konnte nach Einrichtung des Kassenwesens auch eine geordnete Finanzwirtschaft geschaffen werden. Der erste Haushalt des Generalgouvernements wurde für das Rechnungsjahr 1940 aufgestellt. In diesem Haushalt spiegelt sich der bis dahin erfolgte Aufbau und Ausbau der Verwaltung wider. Der Haushaltsplan 1940 schloß nach Aufstellung eines Nachtrags im ordentlichen Haushalt mit rund einer Milliarde ab in Einnahmen und Ausgaben, während im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe rund 270 Millionen Zloty veranschlagt waren.

Die fortschreitende Entwicklung des Verwaltungsaufbaues im Generalgouvernement brachte im Haushaltsjahr 1941 eine wesentliche Erhöhung der Haushaltssummen, schloß doch der Haushaltsplan 1941 im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe mit rund 1,768 Milliarde Zloty und im außerordentlichen Haushalt mit 714 Millionen Zloty ab.

Der Haushalt für das Rechnungsjahr 1942, der demnächst abgeschlossen werden wird, wird wiederum eine weitere Steigerung der Haushaltssummen erkennen lassen. Es ist zu erwarten, daß die Haushaltssummen des ordentlichen Haushalts 1942 um etwa 50 % höher sind als die des vorjährigen Haushalts, sodaß wir auf eine Etatsumme von weit über 2 Milliarden Zloty kommen werden.

26.10.42

die Einnahmen des Generalgouvernements an Steuern, Zöllen und Monopolablieferungen, insbesondere aber das Steueraufkommen, seither entsprechend der Entwicklung des allgemeinen Auf- und Ausbaues der Wirtschaft auf allen Gebieten und der Wiederherstellung eines irgendwie gesicherten allgemeinen Lebensgefüges wesentlich gesteigert werden konnten.

Schon bald nach Errichtung des Generalgouvernements konnte nach Einrichtung des Kassenwesens auch eine geordnete Finanzwirtschaft geschaffen werden. Der erste Haushalt des Generalgouvernements wurde für das Rechnungsjahr 1940 aufgestellt. In diesem Haushalt spiegelt sich der bis dahin erfolgte Aufbau und Ausbau der Verwaltung wider. Der Haushaltsplan 1940 schloß nach Aufstellung eines Nachtrags im ordentlichen Haushalt mit rund einer Milliarde ab in Einnahmen und Ausgaben, während im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe rund 270 Millionen Zloty veranschlagt waren.

Die fortschreitende Entwicklung des Verwaltungsaufbaues im Generalgouvernement brachte im Haushaltsjahr 1941 eine wesentliche Erhöhung der Haushaltssummen, schloß doch der Haushaltsplan 1941 im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe mit rund 1,768 Milliarde Zloty und im außerordentlichen Haushalt mit 714 Millionen Zloty ab.

Der Haushalt für das Rechnungsjahr 1942, der demnächst abgeschlossen werden wird, wird wiederum eine weitere Steigerung der Haushaltssummen erkennen lassen. Es ist zu erwarten, daß die Haushaltssummen des ordentlichen Haushalts 1942 um etwa 50 % höher sind als die des vorjährigen Haushalts, sodaß wir auf eine Etatsumme von weit über 2 Milliarden Zloty kommen werden.

26.10.42

In dieser finanziellen Klarheit unserer Staatsführung liegt einer der Sicherheitsfaktoren der inneren Konsolidation des Generalgouvernements. Ich werde auch künftig mit allem Nachdruck auf peinlichste Einhaltung der für eine ordentliche Staatsführung maßgeblichen Finanzverwaltungs- und Etatgrundsätze sehen. Ich bin dankbar, daß sich alle Dienststellen diesen Notwendigkeiten verständnisvoll fügen.

Im Generalgouvernement gibt es weder eine übersteigerte gefahrbringende Staatsverschuldung noch eine irgendwie vorhandene Korruption öffentlicher Einrichtungen. Die finanzielle Sauberkeit der Führung und der Beamtenschaft des Generalgouvernements steht einwandfrei da. Hier herrscht keinerlei Etappengeist, keinerlei Fäulnis irgend welcher Art ist hier spürbar. Wo wirklich einmal Unlauteres einnisten zu können glaubte, wurde es rücksichtslos beseitigt. Das Generalgouvernement kann, was seine finanzielle Gebarung im einzelnen wie im allgemeinen angeht, für sich als Staat, wie aber auch für seine Staatsdiensttuer in jeder Weise bestehen.

Von Anfang an war es mein Bestreben, die Gerichtbarkeit für die deutsche und fremdvölkische Bevölkerung in unserem Raum nach den altbewährten Grundsätzen des deutschen Rechtslebens aufzubauen und vor allem auch dafür zu sorgen, daß unter möglichster Entlastung des deutschen Rechtsbetriebes die fremdvölkische Rechtsfindung nach den von den Polen und Ukrainern für sich durch lange Gewohnheit entwickelten Grundsätzen sichergestellt werden.

Die Einrichtung einer deutschen Gerichtbarkeit schaffte den Deutschen die Möglichkeit, vor deutschen Richtern Recht zu nehmen und ihre Interessen im Generalgouvernement von deutschen Rechtsanwälten und Notaren vertreten zu lassen. Der Deutsche lebt auch im Generalgouvernement nach deutschem Ehe- und Personenrecht.

26.10.42

Handelsgesellschaften können nach deutschem Recht errichtet werden.

Durch Maßnahmen auf dem Gebiete des Wechsel- und Scheckverkehrs, z.B. Verlängerung der Fristen und Hemmung der Verjährung, blieben der deutschen Wirtschaft erhebliche Vermögensnachteile, die durch den Krieg entstehen konnten, erspart.

Auch auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes sind Bestimmungen getroffen worden, durch die für die interessierte deutsche Industrie etwaige durch den Krieg und seine Folgen entstandene Nachteile für die Auswertung von Patenten und Urheberrechten beseitigt worden sind. Darüber hinaus ist ihr die Möglichkeit des Erwerbs von Zwangslizenzen der Patente feindlicher Staatsangehöriger und der Nachprüfung von Vorkriegsentscheidungen des polnischen Patentamtes eröffnet worden.

Die Verwaltung feindlichen Vermögens im Generalgouvernement lehnt sich an die Verwaltung des Feindvermögens im Reich an. Sie erfolgt in engster Fühlungnahme mit dem Reichskommissar. Dabei werden insbesondere die Bedürfnisse der Rüstungswirtschaft berücksichtigt und die durch die Grenzziehung durchschnittenen Betriebe grundsätzlich wieder verbunden und damit leistungsfähiger gestaltet.

Die Arbeitsbetriebe in den Strafanstalten des Generalgouvernements sind nach Möglichkeit auf die Wehr- und Versorgungswirtschaft ausgerichtet.

Der ^{Rege}Rechtshilfeverkehr zwischen dem Generalgouvernement und dem Deutschen Reich ist durch grundsätzliche Anordnungen geregelt.

Auf allgemein kulturellem Gebiet, bei der Wiedererrichtung und dem Aufbau von Wissenschaft und Unterricht hat die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht

26.10.42

in den vergangenen Jahren außerordentliches geleistet. Das deutsche Schulwesen wurde völlig nach reichsdeutschen Muster aufgebaut. Im ganzen Generalgouvernement gibt es viele Hunderte deutscher Schulen aller Art, in denen volks- und reichsdeutsche Kinder mit dem Erziehungsgeist unseres Reiches zu vollwertigen deutschen Menschen erzogen werden.

Die Betreuung der Jugend ist für die Regierung des Generalgouvernements eine besondere Aufgabe. Hierbei wird im engsten Zusammenwirken mit der Führung der Hitlerjugend die weltanschauliche Schulung, die sportliche Ausbildung und geistige Förderung in segensreichem Ausgleich gehalten.

Das deutsche Schulwesen des Generalgouvernements ist in voller Entwicklung, es kann, was die Lehrkräfte, die Schulräume und die erzielten Ergebnisse angeht, einen Vergleich mit den besten Gebieten des großdeutschen Reiches vorteilhaft bestehen.

Das Schulwesen für die polnische und ukrainische Bevölkerung wurde in dem diesen Volkstümern und ihren Bedürfnissen entsprechenden Maße verwaltet. Hierbei wurden reiche Erfahrungen gesammelt und vor allem Vorsorge getroffen, daß eine fachliche Ausbildung der polnischen und ukrainischen Handwerker, des technisch-gewerblichen und chemischen Nachwuchses entwickelt wurde. Rund 20 000 Abgänger dieser fremdvölkischen Fachschulen wurden bereits der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements und auch schon des Reiches abgegeben.

Über 25 000 Schüler der polnischen und ukrainischen landwirtschaftlichen Berufspflichtschulen wurden durch die Arbeitsämter schon in das Reich vermittelt.

Darüber hinaus wurde auch die wissenschaftlich-fachliche Ausbildung der Fremdvölkischen im Rahmen der dringendsten Kriegsbedürfnisse in Angriff genommen.

26.10.42

Die diesbezüglichen Institute in Lemberg haben unter deutscher Führung zu arbeiten begonnen.

Auch die Sternwarten des Generalgouvernements haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. Sie arbeiten vor allem die für die Sternwarten des Reiches unentbehrlichen Tabellen für die veränderlichen Sterne aus.

Die Botanischen Anstalten machten umfangreiche pflanzensoziologische Untersuchungen zur Feststellung des Grundwasserspiegels des an die Weichselufer angrenzenden Geländes.

Die Staatsbibliotheken befinden sich in erfreulichster Entwicklung. Sie verfügen bereits über einen großen Leihverkehr und arbeiten im Wege des Austausches mit den großen deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken eng zusammen.

Das Denkmalamt half vielfach den Denkmalämtern und der Wissenschaft im Reich durch Beschaffung und Zurverfügungstellung von Plänen, Fotos und Urkunden.

Überhaupt vollzieht sich im Generalgouvernement ein wirklich beachtliches kulturelles Leben. Die Entwicklung unseres Theaterwesens, geführt durch das Staatstheater des Generalgouvernements, hat eine um so größere Bedeutung, als der Theaterbetrieb vor allem im Rahmen der Truppenbetreuung eine maßgebende Rolle spielt.

In Gestalt der Philharmonie des Generalgouvernements verfügen wir über ein erstklassiges Orchester. Ihm ist eine Reihe anderer Orchester an die Seite gestellt, die sich bemühen, vor allem den Deutschen dieses Raumes deutsche Musik zu vermitteln.

Die Hauptabteilung Propaganda hat sich insbesondere ja die Truppenbetreuung als Spezialaufgabe gestellt. Im letzten Jahre wurden für Deutsche 209 Konzerte vor 106 000 Zuhörern gegeben. Dazu kamen 739 Veranstaltungen auf dem Gebiete des Varietés, der Kleinkunst und der bunten Abende außerhalb des Programms der bestehenden Theater in Krakau, Warschau, Lublin und Lemberg.

1141

26.10.42

In Lazaretten wurden 62 Sonderkonzerte veranstaltet.

Die Regierung des Generalgouvernements hat drei Lazarettzüge mit den modernsten Lautsprecheranlagen für Rundfunk- und Schallplattensendung ausgerüstet.

Rund 3 000 Schallplatten, 4 000 gerahmte Kunstdrucke, Meisterkopien, deutsche Landschaftsbilder usw. wurden zur Ausschmückung von Mannschaftsräumen ausgegeben.

Zur Verteilung kamen ferner 675 000 Bücher, 10 000 Soldatenliederbücher, über 4 200 Musikinstrumente aller Art und etwa 200 000 Illustrierte Zeitungen und Zeitschriften. Darüber hinaus fand eine regelmäßige umfassende Filmbetreuung der Lazarette wie der gesamten Wehrmacht im Generalgouvernement in engster Zusammenarbeit mit der Filmstelle des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP statt.

Ein besonders erfreuliches Zeichen der geistigen Betreuung der hier ansässigen Reichs- und Volksdeutschen ist die Tatsache, daß sich im Generalgouvernement heute bereits 5 Buchverlage, 12 deutsche Buchhandlungen und 150 Buchverkaufsstellen befinden.

Weiter wurde die propagandistische Betreuung der fremdvölkischen Bevölkerung intensiviert. So wurden Sonderaktionen für Feldbestellung und Ernterfassung durch Rundfunk und Film, Zeitungen und Zeitschriften wie durch Bildbroschüren, Flugblätter, Plakate und Wandbilder eingeleitet.

Propagandistische Sondereinsätze gab es im Distrikt Lublin zur Partisanenbekämpfung mit Lautsprecherwagen, in Lublin und Lemberg durch Filmwagen mit Wochenschauen in ukrainischer und polnischer Sprache.

38 Freilichtvorführungen mit ca. 200000 nicht-deutschen Zuschauern sowie eine Reihe von Freilichtfilmvorführungen für besonders bewährte nichtdeutsche Arbeiter verdienen hier ebenfalls Erwähnung, wie auch der

26.10.42

Einsatz von Aufklärungs- und Werbefilmen vor allem aus Anlaß der Arbeiterwerbung für das Reich.

Das Generalgouvernement verfügt heute über 196 ortsfeste Lichtspieltheater, die dauernd mit Filmen bedient werden.

Eine Überwachung und Lenkung des gesamten kulturellen fremdvölkischen Lebens wird im wohlverstandenen Interesse aller durchgeführt. Damit ist dafür Vorsorge getroffen, daß sich das kulturelle Leben der nicht-deutschen Bevölkerung im Generalgouvernement streng im Rahmen der Kriegserfordernisse abspielt.

80 ukrainische Bücher und Kalender mit einer Gesamtauflage von 583 500 - ohne Schulbücher - sowie 65 polnische Bücher und Kalender mit einer Gesamtauflage von rund 1,5 Millionen - ebenfalls ohne Schulbücher - wurden genehmigt. Aus diesen Zahlen ist die beginnende Intensivierung und Verfeinerung des kulturellen Betriebes auf allen Gebieten zu erkennen. Sie bieten ein lebendiges Bild für das Ineinandergreifen von Kultur und Staat.

Eine besondere Bedeutung besitzt bei uns die Presse. Unter Führung der großen Krakauer Zeitung, die in Blättern auch in Warschau und Lemberg erscheint, entwickelt sich das Presseleben des Generalgouvernements in hervorragender Weise. Besondere Anerkennung verdient dabei die Anteilnahme der deutschen Presse ganz allgemein an dem Geschehen in dem Generalgouvernement. Einen der Hauptgesichtspunkte für die Werbung und für das Verständnis des Lebens im Generalgouvernement sehe ich darin, daß die gesamte deutsche Presse eigentlich ohne jede Ausnahme unausgesetzt über unser Generalgouvernement wahrheitsgemäß berichtet und damit im gesamten deutschen Volke ein lebendiges Bild von der Aufbauarbeit und den Leistungen des Generalgouvernements gibt.

26.10.42

Besondere Erwähnung verdient auch das Institut für Deutsche Ostarbeit in diesem Zusammenhang, dessen hervorragende Arbeitsergebnisse bereits in einer Sonderveranstaltung gewürdigt worden sind.

Die Arbeit der Archivverwaltung des Generalgouvernements war von vornherein entscheidend von der im Interesse des Deutschen Reiches zu leistenden Arbeit bestimmt. Sie läßt sich in folgende große Aufgabengruppen zusammenfassen:

- 1) Rückführung von Archivbeständen, die staatlichen des Reiches entfremdet waren und in polnischen Archiven aufbewahrt wurden, so z.B. Akten der preußischen Zentralbehörden aus der Zeit von 1793 bis 1806 betreffend Süd- und Neu-Ostpreußen, Akten von Wiener Zentralbehörden betreffend Galizien.
- 2) Aussonderung und Abgabe der Archivalien, die in den neu zum Reich gekommenen Gebieten entstanden sind. Das Reich mußte diejenigen Archivalien erhalten, die es zum Aufbau der Verwaltung sowie für die Pflege der historischen deutschen Traditionen in den neuen Gebieten benötigte.

Aufgabengruppe 1) ist abgeschlossen; Aufgabengruppe 2) wird zur Zeit gelöst. Bedeutende Archivalienabgaben an die neuen Reichsgebiete sind bereits durchgeführt worden.

Neben dieser Rückführung und Auseinandersetzung von Archivgut steht die Erschließung sämtlicher Archive des Generalgouvernements im Interesse der deutschen

26.10.42

Forschung. Eine möglichst erschöpfende Bereitstellung zur Geschichte des Deutschtums in Polen ist dabei der maßgebende Arbeits Gesichtspunkt. Die Früchte dieser Arbeit kommen in gleicher Weise der deutschen Forschung im Generalgouvernement wie den Historischen Instituten und Kommissionen des Reiches zugute.

Das Statistische Amt des Generalgouvernements wurde 1940 errichtet. Es erfüllt seither die gesamten Aufgaben auf allen Gebieten der Statistik. Statistik ist nicht, wie man oft meint, ein nebensächliches, trockenes wissenschaftlich-zahlenmäßiges Beginnen, sondern eine der eminent wichtigen Grundlagen des Staatswirkens überhaupt. Gerade der Entwicklung des Statistischen Amtes werde ich auch in Zukunft meine besondere Aufmerksamkeit widmen. Ich bitte daher sämtliche Behörden des Generalgouvernements, den notwendigerweise mit gewissen Berichten und der Einforderung von Zahlenmaterial verbundenen Unternehmungen des Statistischen Amtes im eigenen Interesse größtes Entgegenkommen zu zeigen.

Die Bedeutung der statistischen Arbeit wird sich vor allem bei der Durchführung der bevorstehenden großen Volks- und Berufszählung des Generalgouvernements zeigen. Für Anfang 1943 plane ich eine summarische Bevölkerungsbestandsaufnahme.

26.10.42

Eine Statistik der landwirtschaftlichen Betriebe ist weitgehend bearbeitet.

So erstrecken sich denn die Aufgaben des Statistischen Amtes auf das gesamte Leben des Generalgouvernements. Ob es nun die Medizinalstatistik, die Statistik der Krankenanstalten, die Kriminalstatistik, die Erntestatistik auf allen Gebieten, die die Obstbaumzählung, die Baumschulerhebung, die Viehzählung, die Statistik über die Erzeugung der landwirtschaftlichen Industrie, ob es die Strukturfeststellung des Binnenhandels, ob es Statistik über die Gas- und Wasserverbrauch, Kraftfahrzeugbestand, ob es Binnenschiffahrtstatistik, ob es Statistik der Großhandelspreise, ob es Wohnungszählung, Wohnbaustatistik, Finanz- und Steuerstatistik ist: auf allen diesen Gebieten sind die statistische Arbeit und ihre Ergebnisse zu einem Wesensbestandteil unseres staatlichen Wirkens geworden.

Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der Kunstschätze hat seit dem Jahre 1939 zahlreiche Kunstwerke aufgefunden und sichergestellt. Sie waren von den Polen an Orten versteckt gehalten worden, die für die Lagerung so empfindlicher Arbeiten ungeeignet waren. Durch sein Eingreifen wurden sie vor der sicheren Vernichtung bewahrt. Darunter befanden sich Arbeiten die zu den bedeutendsten Leistungen deutscher Kunst im Osten gehören, wie etwa Werke von Veit Stoß, Hans von Kulmbach und anderen Meistern. Die Kunstwerke wurden sorgfältig restauriert und gereinigt, und so konnten rund 90 % des gesamten Kunstbestandes des ehemaligen Polen im Gebiet des Generalgouvernements sichergestellt werden. Diese Kunstschätze sind restlos Eigentum des Generalgouvernements.

Wenn so im Gesamtbereich der allgemeinen und der kulturellen Verwaltung eine beachtliche Ergebnissteigerung festgestellt werden kann, so ist im Gesamtbereich des wirtschaftlichen Lebens das Bild etwa folgendes

26.10.42

Trotz umfangreichster Kriegszerstörungen der Industrie, besonders in Warschau, wurde im Dienste des Krieges und seiner Notwendigkeiten die Industriewirtschaft, soweit nur irgend möglich, wieder in Gang gesetzt. Welche Schwierigkeiten sich hierbei angesichts der Einengung des Gebietes, der Transportbeengungen, des Kohlenmangels usw. ergaben, sei nur angedeutet. Gleichwohl wird die Rationalisierung der gesamten Industriewirtschaft weitgehend durchgeführt. Die Produktionsprogramme sind vereinheitlicht, Betriebe, soweit möglich, zusammengelegt und die Einführung deutscher Normen auf allen Gebieten gesichert.

Die ununterbrochen gesteigerte Leistung des Generalgouvernements hatte auch eine Steigerung der energiewirtschaftlichen Verbundwirtschaft zur Folge, vor allem im Hinblick auf den Ausbau von Talsperren und Herstellung einer Erdgasleitung.

Das galizische Erdölgebiet wurde unter Überwindung ungewöhnlicher Schwierigkeiten wieder zu einer bedeutenden Produktionsstätte.

Das Handwerk des Generalgouvernements wird durch Organisation von Liefergemeinschaften fast ausschließlich in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt.

So steht das Generalgouvernement restlos für direkte Kriegsleistungen des Reiches zur Verfügung. Rund 100 000 Arbeiter sind in den Kriegsbetrieben, weitere 100 000 in den Industriebetrieben eingesetzt. Sie dienen indirekt der Erhöhung des Rüstungspotentials. Daneben stehen weitere über 100 000 Arbeiter, die im Dienste des Krieges unmittelbar an kriegswichtigen Stellen arbeiten. - In diesem Zusammenhang darf ich der erfreulichen Zusammenarbeit mit der Rüstungsinspektion der Wehrmacht gedenken.

Was deutsche Wirtschaftsfachleute, deutsche Unternehmungen für den Aufbau geleistet haben, verdient volle Anerkennung. Gleichwohl möchte ich auch von dieser Stelle aus den Ruf ins Land gehen lassen, die

26.10.42

Energie allüberall noch zu steigern, noch größere Leistungen zu erzielen und, soweit es irgend möglich ist, dafür zu sorgen, daß das Generalgouvernement auch auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft einen immer größeren Faktor im Rahmen der gesamten Kriegswirtschaft darstellt. Was ich und meine Behörden an Unterstützung geben können, soll geschehen. Der Wirtschaftskrieg wird von Deutschland genau so gewonnen wie der militärische, und das Generalgouvernement soll und wird auch künftig seinen ganzen Stolz dareinsetzen, dem Reich nach jeder Möglichkeit zu helfen.

Ich möchte aber auch der loyalen fremdvölkischen Arbeiterbevölkerung meine Anerkennung nicht vorenthalten, daß sie unter schwierigsten Umständen der Arbeitspflicht nachkommt. Gerade im Interesse dieser fremdvölkischen Bevölkerung erwarte ich mir ebenfalls eine intensive weitere Steigerung der Leistung. Selbstverständlich wird das Deutsche Reich sein Verhalten gegenüber der fremdvölkischen Bevölkerung in weitem Umfange davon abhängig machen, wie diese ihre Verpflichtungen gegenüber dem Reich erfüllt. Der Arbeitsfrieden ist im allgemeinen vollkommen gewahrt worden; verbrecherische Störungen des Arbeitsprozesses sind nirgendwo in irgendwie vermerkbarem Umfange eingetreten.

Die Zahl der bis zum 30. September 1942 ins Reich vermittelten Arbeitskräfte beträgt 868 744. Von der Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements sind etwa 1,3 Millionen Arbeiter im Wirtschaftsleben des Generalgouvernements als Handarbeiter tätig. Diese Zahlen sprechen für sich und bedeuten eine gewaltige Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes wie der deutschen Arbeitslage. Auch für dieses Gebiet gilt, daß unsere Absicht, diese Zahlen möglichst noch zu steigern, verwirklicht werden muß. Und sie wird auch verwirklicht werden.

26.10.42

In diesem Zusammenhang sei auch des Wirkens des Polnischen Bau- und des Ukrainischen Heimatdienstes im Generalgouvernement gedacht, das besonders Anerkennung verdient. Ich freue mich, feststellen zu können, daß sich diese von hervorragenden Führern des deutschen Reichsarbeitsdienstes geleitete Organisation schlechterdings aus den öffentlichen Arbeitsbereichen des Generalgouvernements nicht mehr wegdenken läßt.

Im engsten Zusammenhang mit diesen Arbeitsleistungen stehen die Leistungen unserer Hauptabteilung Bauwesen. Sie hat trotz des Krieges eine ganze Reihe von kriegswichtigsten Bauvorhaben in die Tat umgesetzt. So wurden seit Gründung des Generalgouvernements in unserem Raum Meliorationen im Betrage von 630 000 ha im landwirtschaftlichen Wasserbau durchgeführt. Daraus sind bis heute an fruchtbarem Neuland entstanden 56 000 ha Wiesen und 120 000 ha Ackerland. Der Gesamtaufwand für diese Arbeiten beträgt bis zum heutigen Tage rund 160 Millionen Zloty aus Staatsmitteln.

Der Ausbau der oberen Weichsel wurde so weit durchgeführt, daß die Strecke von der Landesgrenze des Generalgouvernements gegen Schlesien bis zur Einmündung des San mit landesüblichen Fahrzeugen nunmehr benutzbar geworden ist.

Der Hafen in Warschau wurde wieder vollkommen in Stand gesetzt, außerdem wurden vier Schutzhäfen und fünf neue Ladestellen an der Weichsel errichtet.

Auch wurden die Werften an der Weichsel wieder in Stand gesetzt und eine neue Werft errichtet. Dafür wurden 56 Millionen Zloty aufgewendet.

Für den Ausbau der Talsperren wurden bis jetzt 46 Millionen Zloty aufgewendet.

26.10.42

Bei Kriegsbeginn waren nur wenige hundert Kilometer der Straßen ausgebaut. Die Länge des gesamten Straßennetzes im Generalgouvernement beträgt rund 21 707 km. Insgesamt wurden bis zum 1. September 1942 893 Kilometer Straßen neuzeitlich ausgebaut, 1 328 Kilometer ohne Oberflächenschutz, 1 226 km durch Bewalzung verstärkt in Stand gesetzt.

Seit November 1939 wurden 790 zerstörte Brücken mit einer Gesamtlänge von 23 937 km neu erstellt. Was dieser Straßen- und Brückenbau für den Krieg bedeutet, braucht nicht besonders hervorgehoben werden.

Bei der Schnee-Freihaltung der Straßen waren in den Wintern 1940 und 1941 61 motorisierte und 560 Pferdeschneepflüge mit einem Gesamtaufwand von 24 Millionen Zlota eingesetzt.

Für sämtliche Straßenbauarbeiten hat das Generalgouvernement über 630 Millionen Zloty aufgewendet.

Auf dem Gebiete des Hochbaues sind unter der Führung der Hauptabteilung Bauwesen 933 Bauten verschiedener Art mit einem Kostenaufwand von insgesamt 385 Millionen Zloty erstellt worden. Würdig an die Seite dieser Leistungen stellt sich die Leistung der Forst- und Holzwirtschaft des Generalgouvernements. Seit Bestehen des Generalgouvernements wurden rund 2 340 000 Festmeter Grubenholz für das Reich geliefert, ferner 530 000 Festmeter Faserholz und 690 000 Festmeter Stammholz. Wenn man diese Zahlen hört und bedenkt, dass das Generalgouvernement forstwirtschaftlich unter den denkbar schwierigsten Bedingungen arbeitet, so wird man den Fleiß unserer deutschen Forstmänner anerkennen können, denen diese enorme Leistung zu verdanken ist.

Diese Leistungen auf allen Gebieten werden vor allem durch die Leistungen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ergänzt. Es ist geglückt, die Ernährung des Landes nunmehr aus eigener Kraft sicherzustellen und darüber hinaus im Dienste des Krieges dem

26.10.42

gesamten großdeutschen Raum wirkungsvolle Hilfe zu gewähren. Wenn das Generalgouvernement an Brotgetreide allein im Ernährungsjahr 1942/43 610 000 Tonnen, an Futtergetreide 150 000 Tonnen, an Fleisch 58 000 Tonnen, an Kartoffeln 525 000 Tonnen, an Zucker 11 000 Tonnen, an Eiern 72 Millionen Stück, an Geflügel eine Million Kilogramm, an Frischgemüse 65 000 Tonnen, an Gemüsekonserven 10 000 Tonnen, an Marmelade 6 400 Tonnen, an Butter 6 000 Tonnen dem Reich zur Verfügung stellt, so kann man daraus erkennen, in welchem Umfange die Intensivierung der landwirtschaftlichen Arbeit unseres Gebietes bereits gelungen ist.

Die Durchführung der Ernteerfassung hat in diesem Jahre eine verständnisvolle Aufgeschlossenheit der bäuerlichen Bevölkerung dieses Raumes gezeigt. Der Herrgott hat die Ernte unseres Gebietes besonders gesegnet. Nachdem nunmehr die Bauernbevölkerung des Generalgouvernements ihre Pflicht erfüllt hat, wird ihr auch die Regierung des Generalgouvernements jene Behandlung zuteil werden lassen, die den Frieden dieses Raumes und die Sicherstellung des Lebens und der Lebensbedürfnisse vor allem auch der bäuerlichen Bevölkerung gewährleisten.

Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um im Namen des Führers eine Reihe von Auszeichnungen mit dem Kriesverdienstkreuz Erster Klasse an jene zu vollziehen, die sich in besonderem Maße um die Erfassung der Ernte in diesem Jahre verdient gemacht haben. Durch die Heraushebung einzelner Persönlichkeiten soll aber nicht eine Ausschließlichkeit kundgetan werden, etwa der Art, daß sich nur diese ausgezeichneten Persönlichkeiten besonders um die Ernte verdient gemacht hätten. Vielmehr soll durch diese Auszeichnung die Anerkennung gegenüber allen an der Ernteerfassung beteiligten Stellen zum Ausdruck gebracht werden. - Ich werde im Anschluß an

26.10.42

meine Rede die Verleihung der Kriegsverdienstkreuze vornehmen.

So kann denn das Generalgouvernement am Beginne des vierten Jahres seines Bestehens auf hervorragende Leistungen und eine gute Entwicklung auf allen Gebieten zurückblicken.

Alle diese wirtschaftlichen und sonstigen Unternehmungen wurden durch eine Währung getragen, deren Sicherheit unangetastet ist und unangestastet bleibt. Hier hat das Generalgouvernement gegenüber dem Deutschen Reich eine schlechterdings unvorstellbare Leistung vollbracht. Wenn man bedenkt, daß 540 Millionen Zlotynoten der Bank Polski, die in den eingegliederten Ostgebieten emittiert wurden, ohne jede Gegenleistung des Reiches vom Generalgouvernement übernommen wurden, so ist das ein Tribut von über einer halben Milliarde, den das Generalgouvernement abgesehen von den sonstigen finanziellen Leistungen an das Reich entrichtet hat.

Trotzdem hat sich die Währung günstig entwickelt. Der Notenumlauf hält sich im Rahmen des Notwendigen und Möglichen, und es ist nicht anzunehmen, daß irgendeine ernste Gefahr für den Zloty aufsteigt. Die Versorgung aller auf den Zloty angewiesenen Dienststellen ist gewährleistet, und die Übereinkünfte mit dem Reich bewegen sich in der Richtung eines wohl verstandenen Interessenausgleiches zwischen Deutschland und dem Generalgouvernement.

In einem engen Zusammenhang damit steht auch der Ausgleich der auf dem Gebiet der Kapitalverflechtungen zwischen dem Generalgouvernement und dem Deutschen Reich getroffenen Abkommen. Es handelt sich hierbei um die Behandlung polnischer Vermögenswerte im Deutschen Reich, um die Behandlung durchschnittlicher Betriebe, die Behandlung geteilter Vermögen, um ein Abkommen über das Vermögen der Bank Polski, um Abkommen über die Emissionsinstitute des Generalgouvernements, über durchschnittliche

26.10.42

Kreditinstitute, über die Bezahlung von Forderungen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr, über Auseinandersetzung der ehemaligen polnischen Postsparkasse. In Vorbereitung ist noch der Abschluß eines Abkommens über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung der Hauptanstalt für Sozialversicherung in ihrem Verhältnis zum Reich.

Ich habe in meiner Verordnung vom 2. Juni dieses Jahres die Ausgleichsstelle für das Generalgouvernement errichtet. Über diese Ausgleichsstelle sollen die durch die Grenzziehung und die Kriegseinwirkungen entstandenen Schäden von Gewerbebetrieben, soweit ihr Fortbestand im gesamtwirtschaftlichen Interesse liegt, beseitigt werden, ohne daß hierfür Reichsmittel in Anspruch genommen werden müssen.

Für eine Reihe von Einzelfällen sind Sondervereinbarungen getroffen worden, die eine Regelung der Schuldverpflichtungen einzelner Betriebe diesseits und jenseits der Grenze des Generalgouvernements zum Gegenstand haben.

Die gesamten unter treuhänderischer Verwaltung der Regierung des Generalgouvernements stehenden Unternehmen haben eine erfreuliche Entwicklung genommen. Auch sie stehen hervorragend im Dienste der Kriegsbedürfnisse und bedeuten einen wesentlichen Faktor im Wirtschaftsaufbau des Generalgouvernements. Die Sauberhaltung der treuhänderischen Betriebsführung wird streng und mit rücksichtsloser Energie gewährleistet. Unwürdige Elemente, insbesondere Kriegsgewinnlertypen werden mit schonungsloser Härte ausgeschaltet. Das gibt die Gewähr, daß unseren deutschen Frontsoldaten auch im Generalgouvernement eine ganze Anzahl von besten Unterkunftsmöglichkeiten sichergestellt wird.

Die schwierige Frage der Preisbildung im Generalgouvernement ist eine der Sorgen, die nicht ohne weiteres aus eigener Kraft zu beseitigen sind. Immerhin

26.10.42

ist festzustellen, daß sich das Amt für Preisbildung in manch' entscheidendem Hinblick erfolgreich durchgesetzt hat und so auf dem Gesamtgebiet der Preisbildung im Rahmen des Möglichen auch eine Preisstabilität in weitem Umfange gewährleistet werden kann.

Die Ostbahn hat sich im Rahmen der staatlichen Unternehmungen des Generalgouvernements zu einer der wichtigsten Transportunternehmungen innerhalb des großdeutschen Raumes entwickelt. Die Kriegswichtigkeit des Wirtschaftsraumes, den heute das Generalgouvernement als Durchgangsland zwischen Reich und Ost und Südost darstellt, ergibt sich daraus, daß rund zweidrittel des Verkehrs Heimat-Front vom Generalgouvernement d.h. der Ostbahn des Generalgouvernements zu tragen sind. Dazu kommen die Umsiedlungs- und Arbeitertransporte, die Transporte für den Flüchtlingsaustausch, der gesamte westöstliche Warenaustausch, Baustofftransporte, Kriegstransporte aller Art, insbesondere aber auch die großen Wirtschaftstransporte und der Transitverkehr auf allen Gebieten. Weiter kommt hier in Betracht die Beförderung von vielen Millionen polnischer, russischer und ukrainischer Arbeiter ins Reich, die Durchführung des Fernverkehrs in Zusammenhang mit der Reichsbahn usw..

Daß diese riesigen Aufgaben nur bewältigt werden konnten, nachdem durch die Dienststellen der Ostbahn die durch Kriegseinwirkungen zerstörten Bahnanlagen wiederhergestellt und ein Ausbau der bislang für die Kriegsbedürfnisse ganz unzureichenden Strecken und Anlagen durchgeführt waren, ist selbstverständlich. Für diese Bauten ist eine Summe von einer Milliarde Zloty aufgewendet worden.

Daneben wurde noch das Werkstättenwesen der Ostbahn gegenüber der polnischen Zeit völlig neu organisiert.

Weiter wurden moderne Spezialzüge und Sonderfahrzeuge in den Dienst der Ostbahn gestellt.

26.10.42

Mit Fug und Recht kann sich nach alledem die Ostbahn als eine der wichtigsten Einrichtungen des Generalgouvernements bezeichnen, die auch im Reichsinteresse von größter Bedeutung ist.

Das gleiche gilt für die Deutsche Post Osten, die staatliche Posteinrichtung des Generalgouvernements. Sie hat heute als Nachrichtenbrücke zwischen Ostfront und Heimat einen weiten Umfang angenommen und mußte unter den schwierigsten Voraussetzungen ausgebaut werden.

Es ist interessant, festzustellen, daß die Leistungen im Postdienst eine wesentliche Steigerung gegenüber denjenigen des ersten Jahres des Generalgouvernements erfahren haben. Im ersten Halbjahr 1942 waren im Generalgouvernement 310 Millionen Briefsendungen, 3,7 Millionen Pakete sowie ein Geldumsatz im Postscheckdienst von rund 5 Milliarden Zloty zu bewältigen.

Von großer Wichtigkeit sind auch die von der Deutschen Post Osten durchgeführten Neubauten. Zahlen mögen auch hier die Leistung zeigen: so wurde das Fernleitungsnetz, das auf dem Gebiet des Generalgouvernements 95 000 Kilometer im ehemaligen Polen umfaßte, auf 290 000 Kilometer erweitert. Die abgehenden Ferngespräche sind von 25 000 im Dezember 1939 auf 1 275 000 im August 1942 gestiegen.

Die mir unterstehenden Polizei- und Sicherheitsorgan des Generalgouvernements haben in den verflossenen drei Jahren ihre ernste Pflicht mit Nachdruck und Erfolg erfüllt. Die Sicherheitslage kann im allgemeinen als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Die allgemeine Ordnungsdisziplin des Landes hat sich durchaus in entsprechendem Rahmen gehalten. Ich war im wesentlichen nicht veranlaßt, zur Verhängung von Ausnahmezuständen oder Ergreifung sonstiger Maßnahmen zu schreiten. In Anwendung des allgemeinen Sicherheitseinschreitens konnte das normale, kriegsbedingte Leben aufrechterhalten bleiben. Sicherheitspolizei wie Ordnungspolizei haben sich rückhaltlos eingesetzt.

26.10.42

Der Sonderdienst des Generalgouvernements hat sich auch durchaus bewährt, wie auch die polnische und ukrainische Polizei ihre Pflicht erfüllt hat. Ich spreche allen Sicherheitsorganen des Generalgouvernements meine Anerkennung aus und erwarte größte Pflichterfüllung auch in den kommenden Wochen und Monaten.

Wir haben getreu den uns vom Führer gegebenen Vollmachten unser Verordnungswesen aufgebaut. Diese Arbeit wurde vor allem im Amt für Gesetzgebung geleistet. Dieses Amt ist eines der wichtigsten Zentralämter in der Regierung des Generalgouvernements, denn sein Wirken bedarf der eingehenden interessierten Zusammenarbeit aller Dienststellen.

Wenn wir so auf die Totalität der Leistung der deutschen Menschen in allen Behörden, allen Dienststellen, in Stadt und Land schauen, so muß es uns angesichts der heute von mir nur skizzenhaft und in Gestalt einzelner Zahlenbeispiele gemachten Darlegungen wirklich mit Genugtuung erfüllen, daß der Führer uns diese Aufgabe gestellt hat.

Nach dem Osten geht nicht nur unser Blick, sondern auch der Marschtritt unserer siegreichen Kolonne. Das Generalgouvernement ist sich seiner Pflicht bewußt und wird diese Pflicht selbst unter den schwierigsten Umständen auch im kommenden Jahre mit aller Energie, allem Fleiß und aller Treue zum Führer zu erfüllen trachten.

26.10.42

Staatssekretär Dr. Bühler: Herr Generalgouverneur! An der Schwelle des vierten Jahres, in das uns die Arbeit hier im Generalgouvernement hineinführt, darf ich Ihnen für das Vertrauen, daß Sie uns, Ihren Mitarbeitern, für unsere Arbeit geschenkt haben, herzlich danken. Ich möchte diesen Dank mit dem Gelöbnis verbinden, daß wir Ihnen als dem vom Führer für diesen Raum bestellten Repräsentanten der höchsten Reichsgewalt unermüdlich und in Treue auch weiterhin dienen werden.

Der Herr Generalgouverneur nimmt nunmehr die Verteilung der Kriegsverdienstkreuze 1. Klasse vor. Er richtet an die mit dieser Auszeichnung bedachten Beamten - Gouverneur Kundt, Oberlandwirtschaftsrat Dr. Behr, einige Kreislandwirte und Kreishauptmänner - Worte der Anerkennung für die von ihnen im Dienste der Ernteerfassung geleistete vorbildliche Arbeit. Diese Auszeichnung - so sagt der Herr Generalgouverneur - soll ein Ansporn für unsere Gemeinschaftsarbeit im kommenden Jahre sein.

Der Herr Generalgouverneur schließt den Staatsakt mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen allen, meine Herren, nochmals für die von Ihnen geleistete Arbeit und rufe Sie auf zur weiteren Pflichterfüllung in vielleicht kommenden schwersten Wochen und Monaten.

Wir grüßen den Führer, den Mann, dem wir in hingebender Treue verschworen sind: Unser Führer Adolf Hitler Sieg-heil! Sieg-heil! Sieg-heil!

Mit den Liedern der Nation findet der Staatsakt seinen Abschluß.

26.10.1942

12¹⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.

13⁰⁰ Verabschiedung des aus seinem Amte scheidenden Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht Watzke.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:
Meine Herren! Wieder müssen wir von einem unserer bewährten Mitarbeiter Abschied nehmen. Ich sehe Sie, Herr Präsident Watzke, nur sehr ungern aus unserer Mitte scheiden.

Ich habe nun den wichtigen Tag, da das Generalgouvernement in das vierte Jahr seines Bestehens tritt, benützen wollen, um Ihnen im Namen der Regierung und als Chef der totalen Führung dieses Raumes unser aller Dank für die hervorragende Kameradschaft zum Ausdruck zu bringen, die Sie uns gegenüber immer an den Tag gelegt haben. Es obliegt mir ferner, Ihnen in meiner Eigenschaft als Chef dieses Landes im Namen des Führers und des Deutschen Reiches den Dank für die hervorragende Aufbauarbeit abzustatten, die Sie in dem Ihnen gesteckten Rahmen unter den schwierigsten Bedingungen geleistet haben. Wie so eigentlich alles hier war es ein völlig Zerstörtes, was Sie übernommen haben, - bei Ihnen ein besonders Zerstörtes; - denn das etwa das deutsche Volkstum unter der polnischen Republik über irgendein als solches auch nur von fern zu bezeichnendes Schulwesen verfügt hätte, kann man nicht behaupten.

Es ist Ihnen nun gelungen, den Deutschen dieses Raumes ein absolut vorbildliches, nach den besten pädagogischen, technischen und organisatorischen Prinzipien der deutschen Schulerfahrung aufgebautes Schulwesen hier zu errichten. Die Volksdeutschen, wie aber die Reichsdeutschen aller Kategorien, die nach^unach

26.10.42

in diesen Raum gekommen sind, danken es Ihnen, Herr Präsident Watzke, daß ihre Kinder nunmehr in Schulen betreut werden, die in ihrer Erziehungsqualität, ihrer Lehr- und Forschungsweise völlig bester deutscher schulischer Tradition entsprechen. Was Sie selber als Fachmann auf Grund Ihrer eigenen jahrzehntelangen Erprobung im Schuldienst Ihrer Heimat und des Reiches dazu beigetragen haben, ist fürwahr ein großer Ausschnitt aus einem reichen Wissens- und Erfahrungsbiet gewesen. Sie haben sich in langen Jahren der Diensterrfüllung immer eines einwandfreien dienstlichen Lebenswandels befleißigt. Seien Sie dafür bedankt, daß Sie dieses Kapital auf uns übertragen haben. Wer immer Ihr Nachfolger sein wird, er wird in dem, was Sie aufgebaut haben, eine der festesten Stützen schulischen Wirkens in diesem Raum sehen.

Auch die fremdvölkische Bevölkerung kann sehr zufrieden mit der großzügigen Art sein, in der Sie mit dem Interesse des Deutschen Reiches die Förderung des Nachwuchses von Fachkräften zu verbinden wußten.

Wenn man dazu Ihr sonstiges Wirken an der Erhaltung der wissenschaftlichen Bestände unserer Bibliotheken, an der Errichtung von Bibliotheken, an dem Ausbau von Instituten aller Art, die direkt oder indirekt von Ihnen betreut wurden, an kulturellen, künstlerischen und fachlichen Veranstaltungen auf allen Gebieten nimmt - ich denke hier an die Botanischen Anstalten, an die Erhaltung des musealen Gutes, das Ihnen unterstellt war, an die Wiedererrichtung von wissenschaftlichen Forschungsstätten wie etwa den Sternwarten - dann kann man wohl mit Recht sagen: für alles dies sind Sie ein nicht weg denkbarer Bestandteil in der Geschichte des Generalgouvernements und damit der Geschichte des Deutschen Reiches, um so mehr, als Sie das

26.10.42

in dem größten Kriege aller Zeiten geschaffen haben.

Wenn ich mich nun verabschiede, so obliegt es mir noch, Ihnen den Dank des Führers und des Reiches und unserer aller Dank abzustatten. Möge Ihnen fernerhin ein persönliches und dienstliches Leben beschieden sein, das Ihnen Befriedigung gibt und Sie mit innerer Genugtuung darüber erfüllt, als guter deutscher Mann Ihre Pflicht für Führer und Volk getan zu haben. Wo immer und in welchen Stellen des Reiches Sie auch verwendet werden, - es kann nur zum Vorteil des Reiches und des Führers sein.

Zum Zeichen meiner Anerkennung überreiche ich Ihnen zur Erinnerung ein Bild, das eine der schönsten Stellen des Generalgouvernements darstellt, die Piastenburg in Lublin. Bewahren Sie es in der Erinnerung an uns als Ihre alte Kameraden!

Präsident Watzke erwidert mit folgenden Worten: Herr Generalgouverneur! Ich danke Ihnen für die ehrenvollen Worte, die Sie an mich gerichtet haben. Ich will mich, soweit es möglich ist, in dieser Stunde von irgend welchen Ausdrücken des Gefühls fernhalten.

Ich scheide aus dem Generalgouvernement mit dem königlichen Bewußtsein, daß ich hier meine Pflicht erfüllt, ja mehr, daß ich mein Herz daran gehängt habe, und Herzen reißen sich nicht so schnell los. Ich scheide mit dem Bewußtsein, daß ich in politischer Hinsicht einiges zum Aufbau der NSDAP in diesem Bereich beitragen konnte. Ich scheide in dem Bewußtsein, daß ich persönlich einen absolut sauberen Lebenswandel geführt habe.

In dieser Stunde ist und wird es für mich stets / eine der schönsten Erinnerung / bleiben, daß ich zu sämtlichen Kameraden, die Hauptabteilungen leiten, in einem - ich darf wohl sagen - wundervollen kameradschaftlichen Verhältnis stand und daß dieses Verhältnis uns auch menschlich verband.

26.10.42

Der Wunsch, den ich in dieser Stunde für das Generalgouvernement hege, kann nur der sein, daß sich das Generalgouvernement in jeglicher Weise glücklich entwickeln möge. Dieser Wunsch gilt für jeden Einzelnen, der hier führenden und tätigen Männer.

Herr Generalgouverneur, ich danke Ihnen für die Ehrengabe, die Sie mir überreicht haben.

Auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler beruft der Herr Generalgouverneur den bisherigen Regierungsdirektor Dr. Eichholz zum Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht.

Anschließend überreicht der Herr Generalgouverneur dem Staatssekretär Dr. Boepple und dem Senatspräsident Dr. Blauert das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.

13¹⁵ F r ü h s t ü c k .

15³⁰ Vorführung des Films "Die Entlassung".

19³⁵ Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements.

Unter Leitung des Chefsdirigenten Hindemith gelangen zur Aufführung:

1. Vorspiel zu "Die Meistersinger" von Richard Wagner
2. Klavierkonzert von Robert Schumann
Solist: Prof. Wilhelm Kempff
3. Fünfte Sinfonie von L. van Beethoven.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

A U F R U F.
Abg. Gen. Gouverneur Hingst *Dr. Funk*

Am 26. Oktober 1942 vollendet sich das dritte Jahr, seitdem der Führer mich an die Spitze dieses Gebietes berufen hat.

Schwere Jahre des Aufbaues und der Durchsetzung einer Ordnung von Führung und Verwaltung dieses Landes, ungeheure Anstrengungen auf dem Gebiete der Wiedererstellung der wirtschaftlichen und ernährungsmäßigen Grundlagen, des Transport-, Straßen- und Hochbauwesens, des Staats- und Gemeindefinanzwesens sowie der kulturellen und geistigen Einrichtungen liegen hinter den deutschen Männern und Frauen, die im Dienste von Führer und Reich dieses völlig neuartige Gebilde unseres Generalgouvernements aus den Trümmern einer in Schmach und Elend untergegangenen sog. polnischen Republik wieder aufgerichtet haben. Untrennbar in alle Zukunft hinein bildet das Generalgouvernement einen Wesensbestandteil des Großdeutschen Reiches. Was ich seinerzeit in meiner ersten Proklamation an die Bevölkerung dieses Gebietes verkündete, wurde in die Tat umgesetzt. Heute, inmitten des gewaltigen, schicksalstolzen Ringens um die deutsche Freiheit und um die glücklichere Neuordnung Europas steht das Generalgouvernement durch die Einheit seiner immanenten klaren Ordnung festgefügt im regsten und unausgesetzten Dienste dieses gewaltigen Ringens.

Deutsche des Generalgouvernements! Bei Beginn des vierten Jahres des Bestehens dieses Nebenlandes des Großdeutschen Reiches erwarte ich von Euch so wie bisher die unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen in den Gemeinschaftsdienst unseres herrlichen Volkes opferwillig sich

einordnende Hingabe an die uns von Führer und Reich gestellten Aufgaben. So wie bisher werdet Ihr, Männer, Frauen und Jugend in diesem Raum, Euch als die stolzen Kämpfer des nationalsozialistischen Lebensideals bewähren und dadurch zu einem ehernen Block des fanatischsten Siegeswillens ebenso wie des treuesten Führerdienstes zusammenwachsen. So werden wir, durch aufgeschlossene Kameradschaft verbunden, den Millionen fremdvölkischer Bewohner dieses Landes eine auch für diese allein mögliche deutsche Führung machtvoll repräsentieren.

*und ich spreche die Arbeit der Arbeitsschaffenden
Gewerkschaften und der Wirtschaft an*
Beamte und Angestellte der Verwaltung des Generalgouvernements!

hier Ich spreche Euch als Euer Chef meine restlose Anerkennung für die hervorragende Pflichterfüllung aus, die Ihr ~~in~~ in diesem Raum unter den denkbar schwierigsten Umständen auf allen Gebieten des staatlichen Lebens bisher gezeigt habt, und ich kann daher erwarten, daß sich das verwaltungsmäßige Gefüge des Generalgouvernements entsprechend den unverrückbaren Grundsätzen der absoluten Einheit der Führung und der Verwaltung dieses Raumes auch im vierten Jahr des Bestehens des Generalgouvernements ~~sich~~ erfolgreich weiter entwickeln wird. Ob es die Behörden der Regierung, aller Hauptabteilungen, der Gouverneure, der Kreishauptleute, ob es die Fachbehörden der Eisenbahn, der Post oder der technischen Baubereiche usw. sind: alle haben an ihrer Stelle dazu beigetragen, dieses neuartige Staatsgebilde des Generalgouvernements zu einem wirkungsvollen staatsorganisatorischen Faktor innerhalb der großdeutschen Reichsordnung zu machen.

Männer der Polizei und der Sicherheit! Ihr habt auch in diesem dritten Jahr so wie fast alle Bereiche des Staats-

1163

dienstes, neue, schwere und unvergessene Opfer im Dienste der Befriedung dieses Raumes gebracht. Indem wir uns alle vor diesen Helden der Durchsetzung deutscher Führung in diesem Raum verbeugen, kann ich insbesondere auch von Euch erwarten, daß Ihr im kommenden Jahre, getreu meinen Weisungen die Sicherheit dieses Landes im Dienste des Reiches gewährleistet.

Der gesamten Bevölkerung dieses Gebietes, den Polen sowohl wie den Ukrainern, möchte ich meine Anerkennung nicht versagen für die in weitem Umfang bewährte loyale Mitarbeit an den Gemeinschaftsaufgaben dieses Raumes. Meine Anerkennung gilt hierbei insbesondere den Arbeitern in den großen Werken und den weiten Kreisen der Landbevölkerung. Ich werde entsprechend den von mir aufgestellten Grundsätzen unverrückbar daran festhalten, daß die von der Bevölkerung dieses Raumes geleistete loyale Mitarbeit ihre Gegenleistung findet in einer Sicherung der Lebensgrundlagen in dem mit den Erfordernissen des Krieges zu vereinbarenden Umfang.

Stolzer, geschlossener und härter denn je schart sich in diesem vierten Kriegsjahr das großdeutsche Volk um seinen Führer. Voll Vertrauen in die Kraft unseres unzerstörbaren Volkstums und die unbesiegbare Stärke unserer Wehrmacht treten wir in das vierte Arbeitsjahr im Dienste des Reiches.

Es lebe der Führer!

Es lebe das Großdeutsche Volk!

Es lebe die Wehrmacht!

Frank

Dienstag, den 27.10.1942

- 11⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 11⁰⁵ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.
- 11³⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt den in Begleitung von Oberst von Tschammer und Osten erschienenen General Altrichter in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.
- 12⁰⁵ Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann überreicht dem Herrn Generalgouverneur den ersten Band seines Werkes "Preisvorschriften des Generalgouvernements".

Im Anschluß daran erklärt er, daß der springende Punkt in der Wirtschaftspolitik die Frage der Rationalisierung sei. Um diese zu fördern, schlage er die Einsetzung eines Ausschusses vor.

Der Herr Generalgouverneur weist Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann an, diese Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler zu besprechen.

- 12¹⁰ Besprechung mit Direktor Dr. Müller vom Statistischen Amt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Dr. Müller, daß die Vorbereitungen für die am ersten Februar 1943 geplante Volkszählung im Generalgouvernement schon weitgehend gediehen seien. Die Zählung verursache viele Kleinarbeit. Er könne den Herrn Generalgouverneur das Versprechen abgeben, daß sie genau so schlagartig wie im Reich durchgeführt und er am Abend der Volkszählung das Ergebnis bekannt geben werde.

27.10.1942

Der Herr Generalgouverneur ersucht Direktor Dr. Müller, ihm zur gegebenen Zeit Abschlußmeldung über die Vorbereitungen zu machen. Bei dieser Gelegenheit solle er dann vor einigen Herren der Regierung einen kurzen Vortrag darüber halten, und er, der Generalgouverneur, werde dann einen Aufruf zur Mithilfe erlassen.

12³⁰ Besprechung mit Sendeleiter Bosch in Anwesenheit von Präsident Ohlenbusch.

Sendeleiter Bosch erklärt, daß er als Angestellter der Reichsrundfunkgesellschaft als Sendeleiter des Reichsrundfunks im Generalgouvernement tätig sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Sendeleiter Bosch, im Sendeprogramm des Generalgouvernements in starkem Maße die Weisungen des Generalgouverneurs und seiner Dienststellen zu befolgen. In der kommenden Zeit werde man den Rundfunk zu Propagandazwecken in starkem Maße benötigen. Er verfolge als verantwortlicher Chef dieses Landes in der Behandlung der Polen folgenden klaren Kurs: Die Beziehungen zum polnischen Volk würden in den kommenden Monaten so gepflegt, wie er es zum Nutzen des Deutschen Reiches als notwendig ansehe. Solange er die Verantwortung für dieses Land trage, werde er sich darin von niemanden abbringen lassen. Solange der Krieg nicht gewonnen sei, müßten die 12 Millionen Polen als aktive Potenz im Dienste unseres Reiches erhalten werden. Infolge der kommenden Ernährungsschwierigkeiten werde der Kurs notwendigerweise zwar ein schärferer werden, er solle aber nicht entspringen als Ausfluß einer politischen Grundhaltung, sondern nur aus der Situation heraus.

27.10.1942

Sendeleiter Bosch überbringt dem Herrn Generalgouverneur Grüße des Reichsrundfunkintendanten Dr. Glasmeier, und erklärt, daß Dr. Glasmeier am 7. Dezember nach Krakau kommen werde. An diesem Tage plane der Reichsrundfunk im Staatstheater des Generalgouvernements einen großen Richard-Wagner-Abend mit ersten Sängern und Sängerinnen des Reiches.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, daß in der Besetzung des Dirigentenpostens für dieses Konzert Meinungsverschiedenheiten mit dem Staatstheater aufgetreten seien. Intendant Stampe wünsche, daß Kapellmeister Antolitsch als Dirigent herangezogen werde. Da aber am 16. November vom Orchester des Staatstheaters unter Leitung von Kapellmeister Antolitsch Aufnahmen für eine Übertragung über den Deutschlandsender gemacht würden, sehe er nicht ein, daß Antolitsch auch dieses Konzert dirigiere.

Der Herr Generalgouverneur bedauert, daß zu diesem Richard-Wagner-Abend Kräfte aus dem Reich herangezogen würden, obwohl genügend eigene Künstler vorhanden wären, spricht sich aber dafür aus, daß sich Antolitsch mit seinem erstmaligen Auftreten im Deutschlandsender bescheiden solle.

Sendeleiter Bosch weist zum Schluß auf die unzureichende Unterbringung des Senders Krakau hin.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, demnächst eine Besichtigung des Senders vorzunehmen.

12⁵⁵ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

13⁰⁵ Besprechung mit Bevollmächtigten Dr. Heuber.

13¹⁵ Pressechef Gassner stellt dem Herrn Generalgouverneur

1164

27.10.42

Schriftleiter Grossmann (Zeitschrift "Das Generalgouvernement") vor, der ihm das neueste Heft der Zeitschrift überreicht.

Der Herr Generalgouverneur spricht Schriftleiter Grossmann für hervorragend geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus und ordnet an, daß ihm vom Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs ein Durchschlag eines Schreibens von Reichsminister Lammers mit lobenden Ausführungen über die Zeitschrift übermittelt wird.

12²⁰ Besprechung mit Hauptabteilungsleiter Naumann.

Hauptabteilungsleiter Naumann berichtet, daß Staatssekretär Krüger Bedenken gegen die Errichtung von Staatsdomänen geäußert habe.

Der Herr Generalgouverneur entgegnet, daß es sich hier um eine staatspolitische Notwendigkeit handle, und ordnet an, daß der Einspruch von Staatssekretär Krüger übergangen wird.

13²⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart von Graf di Fossombrone 12 Italiener.

13³⁰ F r ü h s t ü c k .

15⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Staatsbibliothek und anschließend Fahrt nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.)

1168

Kressendorf

Mittwoch, den 28. Oktober 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

1169
Krakau

Donnerstag, den 29. Oktober 1942

10⁵⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11⁰⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12²⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner und Referent Dr. Graf.

Referent Dr. Graf legt dem Herrn Generalgouverneur ^{einen Plan} für die Umgestaltung des Nachrichtendienstes der Sender des Generalgouvernements vor. Es habe sich, so führt er aus, im Laufe der Zeit herausgestellt, daß es sehr schwierig sei, aktuelle Nachrichten für den Rundfunkdienst im Rahmen der "Nachrichten aus dem Generalgouvernement" zu bringen. Er beabsichtige deshalb, diese Rundfunksendung zu einem "Tagesecho des Generalgouvernements" umzugestalten. In diesem Tagesecho würden dann neben Nachrichten aus dem Generalgouvernement Wortberichte, Sportberichte, Berichte über das kulturelle Leben, über politische Ereignisse, Wiedergabe von Reden des Generalgouverneurs usw. gebracht werden. Diese Sendung würde jeweils 15 Minuten in Anspruch nehmen. Je nach dem vorliegenden Material solle dabei dem einen oder anderen Gebiet besondere Beachtung geschenkt werden.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt diese Änderung in den Sendungen der Rundfunksender des Generalgouvernements und stimmt dem von Referent Dr. Graf entworfenen Plan um so mehr zu, als er sich offenbar auf praktische Erfahrungen gründe.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob etwa von seiten der Hauptabteilung Propaganda gegen diesen Plan Bedenken erhoben werden könnten, wird von Pressechef Gassner mit dem Hinweis darauf verneint, daß diese Umgestaltung der infrage stehenden Sendungen ohne

29.10.42

Zweifel im allgemeinen Interesse liege.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu einigen Pressefragen Stellung genommen. Pressechef Gassner teilt mit, daß nach einer neuerdings getroffenen Entscheidung des Führers alle Presseangelegenheiten über den Reichspressechef zu gehen hätten. - Erfreulich sei die Feststellung, daß in der Reichspresse im allgemeinen ein recht beachtliches Interesse am Generalgouvernement genommen werde. Auch das D.N.B. leiste hier aner kennenswerte Arbeit und habe z.B. über den Staatsakt am 26. Oktober einen größeren Bericht an die Reichszeitungen gegeben.

Der Herr Generalgouverneur spricht Pressechef Gassner und Referent Dr. Graf seine Anerkennung für die von ihnen geleistete Arbeit aus. Die Pressearbeit im Generalgouvernement sei, so betont der Herr Generalgouverneur, verglichen mit derjenigen anderer besetzter Gebiete geradezu als vorbildlich zu bezeichnen.

13¹⁰ F r ü h s t ü c k .

18⁰⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

18⁵⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19⁰⁰ Aufführung der Oper "Julius Caesar" von Händel im Staatstheater.

22¹⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Freitag, den 30. Oktober 1942

- 8³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach der Burg.
- 9⁰⁰ Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- ┌ 9¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Tarnow und
Gumniska.

└ In Brzesko, Kreis Tarnow, hält der Herr Generalgouverneur vor den Vögten, Schulzen und Gemeindeagronomen des Kreises folgende Ansprache:

Ich danke dem Herrn Gouverneur Dr. Wendler dafür, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, persönlich in einem für die Ernteerfassung hervorragend arbeitenden Kreis zu sprechen.

Ich danke Ihnen, Herr Kreishauptmann, und allen Ihren Kreisbehörden für die hervorragende Erfüllung einer Pflicht, die im Interesse der Gesamtbevölkerung dieses Nebenlandes Großdeutschlands geleistet wurde, die aber ebenso sehr im Interesse der sieghaften Durchsetzung der neuen Ordnung in Europa in diesem Kriege liegt. Ich weiß sehr wohl, welche ungeheuren Schwierigkeiten hierbei zu überwinden waren. Herr Kreislandwirt, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß das Ablieferungssoll verhältnismäßig sehr hoch gewesen ist und es aller Anstrengungen bedurft hat, damit dieses Soll erfüllt werden konnte. Sie, Herr Kreishauptmann, haben sich dabei ganz besonders für die Ernteerfassung eingesetzt. Ihre Dienststellen, Ihre Behörden wie auch die Bevölkerung des Kreises haben sich trefflich bewährt. Herr Kreislandwirt, Ihnen und Ihren Mitarbeitern gebührt dafür meine besondere Anerkennung. Auch daß sich das Kommando der deutschen wie der polnischen Polizei und der Sonderdienst so hervorragend für diese Aufgabe eingesetzt haben, erfüllt

30.10.42

mich mit Genugtuung. Alle deutschen Dienststellen können auf dieses Ergebnis einer 100 %igen Ablieferung stolz sein. Das ist der entscheidende Ehrentitel für die agronomische Führung eines Kreises, und er gebührt diesem Kreis.

Dass die Volksdeutschen, die Siedlungsdeutschen, aber auch die eingewanderten Reichsdeutschen so tüchtig und bei der Erreichung dieses Ergebnisses so vorbildlich gewesen sind, war eigentlich selbstverständlich. Sie sind ja die Träger der harten Entscheidungen dieser Zeit. Sie wissen, daß der Kampf in diesem Raum, der Kampf, der Europa frei machen soll, von deutschem Blut getragen wird, daß es deutsche Männer sind, die ganz Europa mit dem Generalgouvernement schützen, daß auch in diesem Zeitpunkt, da wir friedlich unter dem Schutze der Flagge Adolf Hitlers versammelt sind, einige tausend Kilometer östlich von uns Hunderttausende deutscher Männer mit ihrem Leben auch den Frieden hier in diesem Lande decken. Daher ist es nur eine gerechte Ausgleichsforderung des Deutschtums, wenn es angesichts seiner unmeßbaren Blutopfer beansprucht, daß ihm die Führung des entscheidungsvollen Schicksals in diesem europäischen Raum zukommt. Dieser Friede kann ^{nur} geschützt und gewahrt werden durch eine harte, aber gerechte und sachliche deutsche Führung, unter der das Generalgouvernement und die Bevölkerung dieses Raumes leben.

Selbstverständlich muß die Bevölkerung dieses Raumes immer wieder bedenken, unter welchen Schwierigkeiten es allein möglich war, die Ordnung in diesem völlig zerstörten Gebiet wieder aufzurichten. Wie entsetzlich wäre es in diesem Land geworden, wenn nicht der Führer durch seinen rechtzeitigen Entschluß den

30.10.42

bolschewistischen Angriff auf dieses Gebiet hintangehalten hätte! Dann ständen die polnischen Mädchen nicht in ihrer Tracht hier, dann ständen hier nicht die Herren der Kirche in ihrem feierlichen Gewand, sondern die Kirchen wären zerstört und der Friede des Landes hinweggefegt worden, ohne Rücksicht, ob deutsch oder polnisch, hätte man alles zerstört. Vor diesem Schicksal hat die deutsche Wehrmacht ganz Polen bewahrt.

Ich bin daher sehr froh, daß mich gerade das Vertrauen der Bevölkerung dieses Kreises einmal in die glückliche Lage versetzt, meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Diese Anerkennung gilt vor allem den Herren Woits. Sie sind die unmittelbaren Verbindungsstellen der deutschen Ordnungsgewalt zur Bevölkerung. Seien Sie besonders bedankt. Ich will Ihnen auch helfen, die Maßnahmen, die die Behörden ergreifen, richtig zu würdigen, damit dann die Woits sich bei Erfüllung ihrer Aufgaben immer sicherer fühlen und ihre Autorität vor der Bevölkerung gestärkt wird.

Mit besonderer Freude habe ich vernommen, daß die Kirche hier durch ihre Vertreter bei der Ernteerfassung sowürdig mitgewirkt hat. Sie werden mir bestätigen, daß die deutsche Verwaltung in diesem Raum Ihnen und Ihren dienstlichen Obliegenheiten gerecht wird. Auch in Zukunft wird es unser Bestreben sein, den kirchlichen Bedürfnissen der Bevölkerung in jeder Weise entsprechen zu lassen.

Mein besonderer Dank gilt nun Euch, Ihr polnischen Bauern und Landwirte, Frauen, Mädchen und Buben. Ich weiß, wie schwer Ihr es habt, wie entsetzlich es ist, unter den Erschwernissen des Krieges heute zu bauen. Denkt aber daran, daß der Bauer im Großdeutschen Reich und alle Bauern in Europa es schwer haben und daß sie

30.10.42

schwer kämpfen müssen. Denkt daran, daß Ihr das Glück habt, in einem befriedeten Lande Eurer Arbeit nachgehen zu können, daß es auch ein Glück für Euch ist, wenn Ihr der modernen Erfahrungen der hochgesteigerten landwirtschaftlichen Kultur teilhaftig werdet. Unser Bemühen ist es, die Landwirtschaft hier zu entwickeln, soweit das nur möglich ist. Wenn einmal friedliche Verhältnisse bestehen, dann werden wir in jeder Form dafür sorgen, daß die Landwirtschaft in diesem Gebiet technisch, wirtschaftlich und menschlich blüht und gedeiht.]

Jedenfalls freue ich mich darüber, daß Ihr dem Appell der Regierung des Generalgouvernements entsprochen habt, so daß, wenn in wenigen Tagen der Ernteausnahmesustand außer Kraft tritt, wieder die volle normale Ordnung herrscht.

Nun sollen sich die Felder ausruhen dürfen, die uns mit Gottes Hilfe so reiche Früchte gebracht haben. Nun sollen sich die Menschen auch wieder darauf besinnen, daß der Sinn des Lebens im Ablauf der Jahreszeiten wiederkehrt. Neues Saatgut ist in die Erde gesenkt.

Möge nun in diesem Einklang von Führung und Volkstum, in diesem Einklang von dienstlichen Befehlen, die Sie, Herr Kreishauptmann, nach den Weisungen Ihres Gouverneurs zu erteilen haben, und den Notwendigkeiten, denen Sie auf Grund meiner ^{der von} und der Regierung des Generalgouvernements gegebenen Anordnungen gerecht werden müssen, dem Kreise auch weiterhin der Segen nicht vorenthalten bleiben. Das ist mein Wunsch für Sie, Herr Kreishauptmann, für Ihre Mitarbeiter, für die Deutschen, für die Behörden und für die Bevölkerung dieses Raumes.

30.10.42

Anlaßlich der Weihe des Gidranhauptgestütes Gumniska hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

Im Namen aller Anwesenden möchte ich Ihnen, Herr Generaldirektor Rauert, für die sehr eindrucksvolle Veranstaltung danken. Ich bin gern Ihrer Einladung gefolgt, um hier an Ort und Stelle das Wunder von Gumniska zu sehen. Angesichts des herabgewirtschafteten Zustandes, der Belastung durch die Gesamtlage, der Transportschwierigkeiten, der Schwierigkeiten in der Beschaffung geeigneten Personals mußten die Voraussetzungen für den Aufbau erst geschaffen werden. Hier war ja zunächst überall das Negative größer als das Positive. Heute kann ich nun zu meiner großen Freude feststellen, daß Sie nach kaum drei Jahren einen mustergültigen für das gesamte Generalgouvernement führenden landwirtschaftlichen Großbetrieb eröffnet haben. Insbesondere leuchtet das Gestüt aus der Gesamtanlage der Liegenschaftsverwaltung Gumniska hell heraus.

Der Staatssekretär der Regierung Dr. Bühler hat bei mir den Erlaß einer Verordnung beantragt, die das gesamte Gutswesen des Generalgouvernements einer endgültigen Ordnung zuführen soll. Ich habe die Verordnung unterzeichnet. Nach dieser Verordnung hat die Regierung des Generalgouvernements die Möglichkeit, besonders hervorragende und auch in erzieherischer Hinsicht vorbildliche Gutsanlagen als Staatsgüter des Generalgouvernements zu erklären.

Einem Antrag des Staatssekretärs Dr. Bühler folgend habe ich Ihnen, Herr Generaldirektor Rauert, mitzuteilen, daß in dankbarster Anerkennung des gewaltigen Aufstiegs der von Ihnen aufgebauten und geführten Gutsbetriebe Gumniska in seiner Gesamtheit den Ehren-

1176
30.10.42

titel des ersten Staatsbetriebes des Generalgouvernements erhalten hat. Für Sie muß eine besondere Genußnahme sein, mitten im Kriege ein solches Werk geschaffen zu haben. Was Sie getan haben, ist an sich schon in normalen Friedenszeiten eine Leistung, wieviel mehr aber in den anormalen Zeiten des Krieges. Das konservative Element wäre für uns als Grundsatz nicht annehmbar gewesen. Denn was wir übernommen haben, war völlig versehrt. Daß es uns aber geglückt ist, nicht nur den normalen Status aufzurichten, sondern noch mitten im Kriege in wenigen Jahren etwas aufzubauen, was sonst selbst unter günstigeren Bedingungen nicht geleistet worden wäre, das ist eines der stolzesten Dokumente deutscher Arbeit.

Sie haben wirklich eine ganz großartige, prächtige - ich möchte sagen - preußische Arbeit geleistet. Man kann sie wirklich als fabelhaft bezeichnen. Aus vollem Herzen spreche ich Ihnen daher meinen Dank und meine Anerkennung aus. Ich werde mich dieses Gutes mit ganz besonderem Interesse annehmen, Herr Generaldirektor Rauert. Der Kreishauptmann und die Landwirtschaftsführung haben sich bis jetzt schon Ihrer angenommen und werden es weiter tun. Daß Sie von der Regierung nur geringe finanzielle Mittel in Anspruch genommen haben, spricht ebenfalls für Sie.

Daß dieses Gut kein Luxusgut ist, daß es nicht nur als eine Schule errichtet wird, sondern in der Praxis Not beseitigen und Arbeit leisten soll, haben Sie schon betont. Auch möchte ich Ihnen, Herr Rauert, den Dank der Regierung für die hervorragende Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zum Ausdruck bringen. Wir arbeiten ja nur für den Krieg, den Sieg und die Wehrmacht. Alles, was geschieht, ist - wie das ganze

30.10.42

Generalgouvernement - ein Kriegseinsatz für das Groß-
deutsche Reich. Darum werden Sie auch in Zukunft
auf unser aller Hilfe rechnen können.

17⁴⁵ Rückkunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus
Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 31. Oktober 1942

10³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Krakau.

11⁰⁰ Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs, in dessen Begleitung sich der Komponist Professor Hans Pfitzner befindet, in den Tuchhallen.

11⁰⁵ Eröffnung der Kunstaustellung

"Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement".

Verkündung der Preisträger des Veit-Stoß-Preises.

An der Eröffnung der Kunstaustellung nehmen die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, die Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements und Abteilungspräsidenten, Generalleutnant von Höberth und zahlreiche Vertreter von Partei, Staat und Wehrmacht teil.

Nach einer musikalischen Einleitung - Allegro moderato aus der Sinfonie Nr. 20 von Mozart, gespielt von einem Kammerorchester des Orchesters des Staatstheaters unter Leitung von Kapellmeister Antolitsch - begrüßt der Präsident der Hauptabteilung Propaganda Ohlenbusch die Gäste und gibt einen kurzen Überblick über Wesen und Zweck der Kunstaustellung.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

1179
31.10.42

Meine Damen und Herren! Alle Kriege haben eine innerste Aufwühlung des geistig-seelischen Elements der von den Kriegen Betroffenen zur Folge. Es ist eins der tiefsten Erlebnisse der Weltgeschichte, daß die epochale Durchdrungenheit einer Generation durch weltgeschichtlich-gigantische Ereignisse sich immer im künstlerischen Gedanken formt, - freilich nicht immer gleichzeitig. Es bedarf eines gewaltigen Ablaufs der Ereignisse, einer Wiedersammlung der geistig-seelischen Potenzen und eines mählichen Herausgerücktwerdens aus den aktuellen Zertrümmerungen der friedlichen Bewusstheiten, damit aus dem tiefsten Erleben eines Volkes heraus den weltgeschichtlichen Ereignissen künstlerische Form gegeben werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet erscheint uns der Weltkrieg von 1914 bis 1918 in engstem Zusammenhang mit den kriegerischen Ereignissen der Jetztzeit. Denn irgendwie kommt über uns in Europa das starke Empfinden, daß wir jetzt nicht in einem seit 1939 begonnen habenden Kriegsablauf stehen, sondern daß der Krieg von heute eine Fortsetzung des bereits von 1914 bis 1918 dem deutschen Volke auferlegten schicksalhaften Ringens bedeutet. Und so könnte man mit Fug eigentlich nicht verlangen, daß das künstlerische Gestaltungsvermögen dieser Zeit schon heute gereift erscheint, dem weltgeschichtlichen Format der Ereignisse von heute zu entsprechen. Es ist eine alte Erfahrung, daß gerade das zeitgenössische künstlerische Schaffen unter Kriegen zu leiden beginnt. Die Menschen werden als Künstler gepakkt von den gewaltigen auf sie einstürmenden Momenten des Aufeinanderprallens von Energien, die wohl

31.10.42

von einem Einzelnen oder einer Generation ausgelöst sein mögen, aber irgendwie in dem uns Menschen vorenthaltenen weisen Plan der Vorsehung verwurzelt zu sein scheinen.

So vermag der Künstler eine Zeit in ihrer Tiefe zu ahnen. Und jeder wird in den Tiefen des Erlebens des Krieges für seelische Empfindungen auch dann aufgeweckt, wenn er sich sonst im normalen, glatten Ablauf der Alltagsbefriedigung bürgerlicher Zonen vielleicht sagt: des Lebens Genuß ist mehr wert als des Lebens Dienst.

Und dies ist heute unser Thema. Die Künstler unserer Zeit sind durch den Krieg in das tiefste und höchste Erlebnis zugleich des Daseins unseres Volkes gerückt. Es ist klar, daß sich auf allen Gebieten der Kunst demnach das Neue schüchtern emporwagt. Es ist ja auch der Trost und Halt in den Schwierigkeiten unserer Zeit, daß das Ergebnis dieses Krieges die endliche Befriedung Europas, die totale Zusammenfassung der europäischen künstlerischen Potenzen in einer neuen Ordnung darstellt.

Wir glauben daran, daß dieser Krieg mit allen seinen entsetzlichen Folgen der letzte Krieg Europas für viele Generationen sein wird. Wir glauben daran, daß der tiefste Sinn dieses Krieges nicht die Zerstörung der 2000jährigen europäischen Kultur, sondern die letztmögliche Formung einer Wiedererweckung des Besten dieses Kontinents bedeutet.

Und so sollen uns auch die Zeugnisse der Kunst, die wir hier heute dankbar begrüßen, den Optimismus wiedergeben, der vielleicht da und dort durch das Grauen des Tages verschüttet erscheint. Sie sollen uns in den jungen Künstlern die Sendboten einer großen kommenden Kultur- und Kunstepoche zeigen.

1181

31.10.42

Daß diese Künstler heute zum großen Teil mit der Waffe in der Hand für das Vaterland kämpfen, verbindet uns ihnen als Kameraden, soll uns aber nicht ihren künstlerischen Leistungen gegenüber in der Weise verbinden, daß wir ihnen die Leistungen nachsehen. Denn die Waffe in der Hand des Künstlers ist auch die Palette, die Waffe in der Hand des geistig Ringenden eines Volkes ist der Stift des Dichters, - die Waffe in der Hand des großen Bühnengestalters ist das Bühnenbild, sie ist auch die Partitur des genialen Komponisten. Kurz, es sind die ewigen Waffen, in deren Dienst die Waffe aus Eisen eigentlich bescheiden zurückzutreten hat. Und die Künstler, die heute mit der Waffe aus Eisen ihren Dienst tun, sollen uns besonders gefallen, wenn sie in den Pausen ihres Waffendienstes die Tradition des einzig und ewig würdigen Daseins des Geistig-seelischen uns immer wieder offenbaren und wenn aus dem Blute des Krieges die neue Blüte einer menschlichen Harmonie aufsteigt.

Wir haben im Generalgouvernement der Kunst eine würdige Heimstätte bereitet. Wir können sagen, daß es uns hier inmitten des Krieges geglückt ist, den guten Traditionen und Bedürfnissen unseres Volkes auf künstlerischem Gebiet zu entsprechen. Wir können aber noch mehr sagen: ein Gebilde wie das des Generalgouvernements entsteht selbst zunächst als Kunstform. Es ist ein Entwurf schöpferischer Art, der einer Form von Staatskunst gleicht, die durchaus in ihren technischen Voraussetzungen und formalen Methoden nach den Gesichtspunkten des großen Kunstwerks gewertet werden kann. Und welches sind diese? Ich möchte hier ganz offen ein Bekenntnis ablegen: wir kommandieren die Kunst nicht. Ich werde mich nach meinem Wort, daß "Ostluft frei macht" dafür einsetzen, daß die Freiheit der schöpferischen Persönlichkeit eines der größten Güter eines Volkes darstellt und daß für sie ein Staat sich zu bewähren

31.10.42

hat, soll er selbst von Ewigkeit sein.

Diese Freiheit der schöpferischen Persönlichkeit leuchtet über dem Wirken unseres staatsmännischen Apparates hier im Lande. Denn hier kann nicht das Schema einer Massenideologie an die Stelle der Persönlichkeitsleistung gesetzt werden. Hier steht jeder einzelne Deutsche für sich mit seiner persönlichen Kraft. Nicht anders steht er den Problemen des Lebens, der Zeit und des Raumes gegenüber, als jeder Künstler in sich diese unmittelbare Verbundenheit mit Gott empfindet.

Die Sehnsucht nach dem freien Schaffenkönnen ist groß; die Sehnsucht nach der Rückkehr zum Vorrang des Geistig-seelischen ist stark. Mag es vielleicht auch ein kühner Gedanke sein, so ist es doch wohl richtig, daß jedes Empire bereits die Grundzüge der Sehnsucht nach der kommenden Romantik in sich trägt und in jeder gewaltigen weltgeschichtlich übertrumpften Zeit die heimliche Sehnsucht nach dem Idyll schwebt. Wie im Kriege die Sehnsucht nach dem Frieden irgendwie in dem Einzelnen aufsteigen kann und aufsteigen wird, so wird in einer Zeit, die notwendig aus dem geschichtlichen Verantwortungsempfinden für das Werden eines Volksschicksals heraus die Gesamtenergien eines Volkes unter einem Befehl zusammenfassen muß, doch der Einzelne die Spannungen empfinden, die in ihm bei dem Gedanken daran sich erheben, wie romantisch die Welt sein könnte, wenn die Menschen nicht so sehr kriegerisch wären.

Es ist klar, daß, je tiefer wir in das Kriegserleben hineinsteigen, diese Sehnsucht nach dem romantischen Idyll, nach der Farbe dem Grau gegenüber, nach der Freude dem Schmerz gegenüber, nach der Ewigkeit der höchsten Werte der Menschheit den Bedingungen dieses unseres kleinen Raumes gegenüber aufsteigt.

31.10.42

So sollen die Bilder dieser Ausstellung, soweit sie von unseren feldgrauen Kameraden kommen, uns Zeugen dieser Sehnsucht sein, die, verbunden mit der strengsten Pflichterfüllung im Dienste des Krieges und der tapfersten soldatischen Einstellung, die Verklärung des Heroismus darstellen.

Ein Befreiendes liegt auch in dem Gedanken, daß man Kunst nicht vermessen kann; denn in der Genialität des einzelschöpferischen Künstlers liegt die Straße der Entwicklung eines Volkes. Jedes einzelne Kunstwerk ist ein Meilenstein an der Entwicklungsstraße unseres Volkes. Und so müssen wir sagen: wohl uns, wenn wir diese Straße auch im Kriege fortsetzen können; wohl uns, wenn wir mitten im Grauen dieser Zeit die Träger der tiefsten künstlerischen Empfindungen bleiben können, die es auf diesem Planeten gibt. Die Genies kann der Staat nicht befehlen. Alles können wir, - es gibt aber etwas über uns, und das kommt aus der Rasse unseres Volkes. Dem Genie gegenüber kann der Mächtigste einer Zeit nur den Allmächtigen bitten, uns möglichst viele und reiche Genialität zu schenken. Und der Staat, das Reich kann sich der Genialität gegenüber verpflichten, ihr die Auswirkung, die Erfüllung ihres eigenen Lebensprinzips zum Zwecke der Höhersteigerung der Gesamtkraft unseres Volkes zu ermöglichen.

Wir haben eine ganze Reihe genialer junger Kräfte. Wenn man etwa sagen wollte: wir befinden uns in einer Kurve des Abstieges und des Ausklingens früherer Epochen, - so ist der Gedanke falsch. Diese Ausstellung wird Sie, meine Damen und Herren, überzeugen, welche Kraft, welches Sehnen, welche Genialität in der Jugend liegt, die dereinst unsere Volksgemeinschaft darstellen wird, und welch' schöne Synthese das geballte Licht des Bildes zwischen Raum und Zeit ist.

31.10.42

Seien wir daher im Generalgouvernement echte Menschen, die wissen, daß sie als Deutsche zuerst von der Sonne begrüßt werden. Möge diese Ausstellung ein Symbol der Stärke unseres Volkes, ein Zeichen des aufsteigenden jugendlichen Impulses dieser Epoche sein! Möge sie in ihren Bildern den Zentralpunkt darstellen. Das Vorbild, das Bild, das Abbild und das Nachbild sind die Epochen. Wir stehen immer noch in unserer künstlerischen Geschichte inmitten des Bildes unter dem Bann großer Vorbilder. Noch sind wir nicht zur rein epigonenhaften Ab- und Nachbilddekadenz herabgesunken; noch sind es echte Bilder, noch ist es ein echtes schöpferisches Gestalten, noch besteht die Möglichkeit, daß aus Bildern von heute Vorbilder werden. Nur einem müssen wir entgegentreten, das nämlich aus einem generellen Mattigkeitsempfinden heraus das Negative in die Kunstbetrachtung Eingang^{finden}/könnte.

Wir haben gewiß - und darüber waren die Preisrichter einig - bei der Preisverteilung hohe Anforderungen gestellt. Es ist wahrlich ein Glück, daß wir diesen Anforderungen entsprechende Leistungen der Malerei, der Plastik, der Architektur und der Kunst des Bühnenbildes feststellen konnten. Dabei soll es auch bleiben; denn wenn wir schon ins Abbild und ins leere Nachbild herabsinken, dann hätte es keinen Sinn mehr, Ausstellungen zu veranstalten.

Ich rufe Sie auf, daß Sie sich diese Bilder zu Gemüte führen und daß Sie jedem einzelnen Künstler glauben, der ernst mit sich und seiner Kunsterfahrung ringt. Danken wir den Künstlern dafür, daß sie ein so schwer erkämpftes Land wie das Generalgouvernement mit dem Zauber ihrer Farben verklären. Möge von dieser Ausstellung ins Deutsche Reich der Appell dringen, diesem Lande des Ostens, so schwer erkämpft durch die würdigsten Toten unseres Volkes, die im Dienste des Führers und seiner

31.10.42

Wehrmacht gefallen sind, - diesem Lande und diesem Osten überhaupt sein ganzes Interesse und sein opferbereite Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Photographie ist ein wichtiges Instrument des Tages. Die Kunst aber, die unsere Landschaft hier, unsere Menschen, die uns die Geschichte dieses Raumes zeigt, ist berufen, auch die Verewigung der Ereignisse dieses Raumes darzustellen.

So sei denn der Wehrmacht besonders dafür gedankt, daß sie unseren jungen Künstlern Gelegenheit gegeben hat, sich auch während des Krieges ihrer Kunst zu widmen, soweit ^{das} mit ihren Belangen vereinbar ist. Ich danke auch der NSDAP, daß sie in sich diese Prinzipien verfolgt. Vor allem danke ich der Hauptabteilung Propaganda unter ihrem so tatkräftigen Leiter Parteigenossen Ohlenbusch und seinen Mitarbeitern, daß sie im engsten Verein mit allen Reichsstellen die Ausstellung ermöglicht haben.

Die Führung auf dem Gebiete des Staates ist eine klare Angelegenheit des Willens und damit des Geistes, die Führung auf dem Gebiete der Kunst ist eine Frage der Seele und der tiefsten takterfüllten Einsicht in die Bedingungen der schöpferischen Persönlichkeit. Während der Staat über die Persönlichkeit hinwegsehen muß, weil er die Gemeinschaft des Volkes zu betreuen hat, lebt die Kunst nur von den Persönlichkeiten.

Der Veit-Stoß-Preis ist heuer an eine Reihe von Persönlichkeiten verliehen worden, die insgesamt Anteilseigner des einheitlichen Preises sind, die in diesem Sinne sowohl Volk wie Kunst zu einem schöpferischen Einklang gebracht haben.

Auf Vorschlag des Preisrichterkollegiums, dem meine besondere Anerkennung für seine Arbeit gilt, habe ich nunmehr die Preise zu verkünden.

1186
31.10.42

In der Malerei erhielt den Ersten Preis Karl Klasen, Rostock, zur Zeit Wehrmacht.

Karl Klasen erscheint als vorbildliches Beispiel dafür, wie ein deutscher Maler das Generalgouvernement sieht. Als Soldat ist er mit dieser Landschaft verwachsen und hat die starke Verbundenheit mit dem Osten in seinem Werk mit Klarheit, formaler und farbiger Geschlossenheit allgemein gültig gestaltet. Neben der Landschaft hat er den deutschen Menschen, der in der Weichselniederung so häufig anzutreffen ist, in seinen Blättern festgehalten. Er hat in vorzüglicher Weise den von der Regierung des Generalgouvernements gedachten Zweck der Ausstellung erfüllt und erscheint damit als erster Anwärter auf den Veit-Stoß-Preis für Malerei.

Den Zweiten Preis erhielt Karl Walther, München. Karl Walther hat durch ungemein temperamentvoll vorgebrachte Bilder von Warschau einen wertvollen Beitrag zur Charakterisierung der Barockbauten, die während der Regierungszeit der sächsischen Könige errichtet worden sind, geleistet.

Den Dritten Preis erhielt Werner Seippel, Neu-Isenburg, zur Zeit Wehrmacht.

Werner Seippel benutzte einen Genesungsurlaub von der Front, um das Erdölgelände in der Umgegend Borislav in frischen, farbigen, auf das feinste abgestimmten Blättern wiederzugeben.

Ebenfalls einen Dritten Preis erhielt Otto Westphal, Rudolstadt, Dresden, zur Zeit Wehrmacht.

Otto Westphal hat als Soldat während des Vormarsches in Polen und Rußland in den Stunden der Kampfpause eindringliche Aquarelle von Landschaften, zerschossenen Dörfern und Städten gearbeitet, die einen charakteristischen Eindruck vom Kriegsgeschehen vermitteln.

31.10.42

In der Abteilung Graphik erhielt den Ersten Preis Erich Feyerabend, Stuttgart.

Erich Feyerabend hat im Auftrage der Hauptabteilung Propaganda der Regierung des Generalgouvernements einen Holzschnitt geschaffen. Er setzt damit die Meister des 17. Jahrhunderts fort und übertrifft sie durch die Größe und Genauigkeit seiner Arbeit. Der Schnitt ist eine kulturpolitische Tat und dokumentiert jedem Beschauer, daß die Stadt Krakau in ihrer Anlage und Architektur eine typisch altdeutsche Stadt ist.

Den Zweiten Preis erhielt Richard Duschek, Berlin. Richard Duschek zeichnete mit Blei- und Farbstift in lebendigster Weise das Straßenleben von Krakau um die Marienkirche und um die Tuchhallen.

Ebenfalls einen Zweiten Preis erhielt Hans Jüchser, Dresden, zur Zeit Wehrmacht. Hans Jüchser, der sich bereits im Weltkriege als Fliegeroffizier bewährte, hat in kleinen, sehr zarten und eigenwilligen Federzeichnungen seine Erlebnisse im Osten festgehalten.

Den Dritten Preis erhielt Helmuth Heinsohn, Krakau. Helmuth Heinsohn hat durch seine Arbeit einen wesentlichen erzieherischen Einfluß auf die geschmackliche Gestaltung der graphischen Arbeit im Generalgouvernement ausgeübt.

In der Abteilung Plastik erhielt den Ersten Preis Herbert W. Kühn, Radom.

Kühn hat durch seine Architekturplastiken für das Verwaltungsgebäude in Radom, die sich geschlossen in das Gesamtbild einreihen, einen wertvollen Beitrag für die deutsche bildnerische Kunst im Generalgouvernement geliefert.

In der Abteilung Architektur erhielt den Ersten Preis A. Wittmann, Radom.

Wittmann hat durch den Erweiterungsbau und Umbau

1188

31.10.42

des Verwaltungsgebäudes in Radom als freischaffender Architekt ein repräsentatives Gebäude geschaffen, das der neuen deutschen Architektur im Generalgouvernement klaren Ausdruck gibt.

Den Zweiten Preis erhielt B. Haas, Krakau, zur Zeit Wehrmacht.

Nach den Entwürfen des Reg.Baumeisters Haas werden die Lebensbedingungen für die deutsche Bevölkerung wesentlich verbessert werden. Die Entwürfe für das Sportgelände in Krakau, das Staatstheater des Generalgouvernements und das Staatliche Krankenhaus in Krynica sind seine bedeutendsten Arbeiten auf diesem Gebiet.

Den Zweiten Preis erhielt ebenfalls Dr. Stahl, Krakau. Dr. Stahl hat als Stadtbaumeister durch die Burgfreilegung das monumentalste Bauwerk des Generalgouvernements in glücklichster Weise gehoben. Durch den Bau der Siedlung "Reichsstraße" werden der deutschen Bevölkerung würdige Wohnräume geschaffen.

Den Preis für das Bühnenbild erhielt Hans Gassner, Krakau.

Gassner hat durch seine Bühnenbilder und Ausstattungen dem Staatstheater des Generalgouvernements eine besonders eindrucksvolle Note verliehen. Damit hat er im besten Sinne deutscher Theatertradition und schöpferischer Bühnengestaltung die deutsche Theaterkultur im Generalgouvernement wesentlich gefördert und vorbildlich für den ganzen deutschen Osten gewirkt.

Ich bin glücklich, daß ich wirklich hervorragenden deutschen Künstlern des Generalgouvernements meinen Dank abstatten kann. Alle jene, die diesmal bei der Preisverteilung nicht offiziell genannt werden konnten, seien darüber nicht vergrämt oder sollten sich deshalb nicht zurückgesetzt fühlen. Der Preis wird jedes Jahr verteilt. Ich hoffe, daß im nächsten Jahre viele, viele neue Anwärter für den Preis kommen werden und dann vielleicht schon ein Preis für ein großes sieghaftes

1189
31.10.42

deutsches Friedensmonument verteilt werden kann.

(Lebhafter Beifall)

Mit einem von Präsident Ohlenbusch ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet der feierliche Akt seinen Abschluß.

Anschließend besichtigt der Herr Generalgouverneur die in den Tuchhallen ausgestellten Kunstwerke.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich sodann in das Institut für Deutsche Ostarbeit und besichtigt dort die Architekturausstellung.

13¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

13²⁵ F r ü h s t ü c k .

16⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf).

1194

Kressendorf

Sonntag, den 1. November 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

1191
Krakau

Montag, den 2. November 1942

10⁰⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10⁵⁵ Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Oberbereichsleiter Eisenlohr mit seiner Vertretung bei den Feierlichkeiten aus Anlaß der Beisetzung des verstorbenen Ministerpräsidenten Siebert.

11⁰⁵ Der Herr Generalgouverneur verfügt die Bekanntgabe nachstehenden Nachrufes für den verstorbenen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert in der Krakauer Zeitung.

Abschied von Ludwig Siebert

von Generalgouverneur Reichsminister Dr. Hans Frank.

Der Tod des Ministerpräsidenten von Bayern Ludwig Siebert reißt in die älteste Kämpferschar Adolf Hitlers eine Lücke, die nicht geschlossen werden kann. In ihm verliert der Führer einen seiner aktivsten und getreuesten Männer, das deutsche Volk einen ungewöhnlich schöpferischen Geist, das Land Bayern einen fürsorglichen Chef der Landesverwaltung, wir alle einen der besten Deutschen, die je gelebt haben.

Die Geschichte seines Lebens ist die der Entwicklung eines selbstsicheren Geistes, der aktiv, temperamentvoll, lebensaufgeschlossen, die Wirkungskreise, durch die ein Schicksal ihm zu schreiten aufgab, mit Energie und Erfolg durchpulte. Von Ludwig Siebert strahlte ein stets zukunftsicherer Optimismus, der die Schwierigkeiten wie die Zweifel in jedem Fall zu bannen vermochte. Mit ihm geht ein Mann in die Ewigkeit ein, der für alle, die mit ihm zusammenarbeiten durften, ein stetes Vorbild war.

In seinem dienstlichen Wirken war er als Jurist ein vollwirksamer Vertreter der nationalsozialistischen

1192
2.11.42

Rechtsidee, die in der Vereinigung von Staatsautorität und persönlicher Freiheit den germanischen Staatscharakter erkannte und als Ideal hochhielt.

Er war nach Abschluß seiner juristischen Studien und nach kurzer Laufbahn innerhalb des Gerichtsbereiches Erster Bürgermeister der alten deutschen Stadt Rothenburg, die unter ihm und seiner meisterhaften Führung zu einer Perle deutscher städtischer Kultur entwickelt wurde. Auf den damaligen Bürgermeister Siebert geht die Wiedererweckung des Bewußtseins jener kulturellen Bedeutung zurück, die mit dem alten deutschen Gedanken der Selbstverwaltung in der Blütender alten deutschen Städte eines der großen geschichtlichen Ergebnisse unserer völkischen Entwicklung sieht. Von Rothenburg strahlte damals in alle deutschen Lande auch aus die Wiedererweckung der Freude an der hohen mittelalterlichen Kultur unseres Volkes, und neu leuchtete auf die seelische Verbindung mit den traumhaft erstrahlenden Zeugen der alten hohen Städtebaukunst unseres Volkes.

Als er darauf Bürgermeister von Lindau wurde, eines anderen durch Lage und Geschichte ausgezeichneten deutschen Gemeinwesens, brachte er den ersten Schatz seiner Erfahrungen mit in diese damalige Grenzposition unseres Volkes. In Lindau gab es mit dem Einsatz Sieberts als Bürgermeister neues Leben. Es quirlte an allen Ecken und Enden dieser alten deutschen Reichsstadt von Energien: Umbauten, Straßendurchbrüche, Uferanlagen, neue Brücken, Häuser und Gebäude aller Art entstanden. In den etwas verträumten Bodenseewinkel zog damit der frische Luftzug eines Aufbauwillens, der auch von hier aus weit ins Land hinein Schube machte.

Dieses Wirken des Pg. Siebert in Lindau war um so merkwürdiger, als er, der doch als Nationalsozialistischer Vorkämpfer der Idee unseres Führers weithin bekannt war und als solcher schon früh dem Bayrischen Landtage angehörte, in seinem eigenen Stadtrat auch bei den

2.11.42

1143

gegnerischen Parteien ob seiner sachlich-fachlichen Überlegenheit jene Unterstützung fand, wie sie eben geborenen Führernaturen selbst widerstrebend angesichts der Fülle des Leistungsvorrangs auf die Dauer nicht vor-
enthalten werden kann.

So kam es, daß sich unter seiner Leitung der Umfang und die Bevölkerungszahl der Stadt Lindau fast vervierfachten und diese Stadt ihre ursprüngliche Inselposition verließ, um weithin am Gestade des Bodensees eine ganze Reihe von Gemeinden in den Stadtbereich aufzunehmen.

Die nationalsozialistische Revolution in Bayern vom März 1933 führte dann den Bürgermeister Siebert an die Spitze der bayerischen Staatsverwaltung. Reichsstatthalter Ritter von Epp ernannte ihn auf Anordnung des Führers zum Ministerpräsidenten. Durch diese Berufung zeichnete der Führer seinen unerschrockenen Mitkämpfer aus. Zugleich aber konnte der Führer auch dessen gewiß sein, daß er in Siebert einen Mann mit den obersten Funktionen der bayerischen Staatsführung unter dem Reichsstatthalter betraute, der den idealen Schwung revolutionären Kampfertums mit der sachlich-fachlichen Beherrschung der Lebensprobleme eines ganzen Staates zu verbinden wußte. In der Tat hat sich denn auch Ministerpräsident Ludwig Siebert in seinem fast zehnjährigen Wirken, stets getragen vom Vertrauen des Führers und des Reichsstatthalters, eine achtunggebietende Stellung im Rahmen der deutschen Verwaltung erworben, die der bayrischen Verwaltung weit über das Land hinaus im ganzen Reich Ehre und Anerkennung verschaffte.

Ludwig Siebert führte neben dem Ministerpräsidium von Anfang an auch das bayrische Staatsministerium der Finanzen. In dieser Eigenschaft brachte er die völlig zerfahrene Finanzsituation des ihm anvertrauten Gebietes in verblüffend kurzer Frist in beste Ordnung. Man kann mit Recht sagen, daß die bayrische Finanzverwaltung dem Reiche Vorbild werden konnte.

2.11.42

Nach dem Ausscheiden des ersten Wirtschaftsministers übernahm Ministerpräsident Siebert auch noch das bayrische Wirtschaftsministerium. In dieser Eigenschaft realisierte er die geniale das ganze deutsche Wirtschaftsleben erfassende Politik Adolf Hitlers auch in Bayern und führte es zu einem neuen Aufstieg. In der Zusammenfassung seiner Ämter zeigte er eine Konzentrierung der Energien, wie sie allerdings nur von einem außerordentlichen Mann auf die Dauer geleistet werden konnte.

Aber selbst mit dieser Häufung von Ämtern war seiner Tatkraft noch nicht Genüge geschehen. Er wurde vom Führer zum Präsidenten der Deutschen Akademie, jener weitwirkenden geistigen Instanz unserer Nation berufen. In steiler Kurve nach oben vollführte er in dieser Eigenschaft eine völlig neuartige, in der deutschen Geistesgeschichte bis dahin unerhörte Leistung in der Verlebendigung wissenschaftlicher Forschung und nationalsozialistischer Kulturpolitik. Unter Ministerpräsident ^{Siebert} wurde die Deutsche Akademie zu der schlechterdings führenden Institution deutscher geistiger Wertarbeit.

Mittlerweile aber war sein siebenundsechzigstes Lebensjahr herangerückt. Er, dessen nimmermüde, eifrige, tatendurstige Lebendigkeit schier unverminderbar schien, wurde nun mitten in seiner weit gespannten unausgesetzten Aktivität von dem gewaltigen Herrn aller Geschicke in die Ewigkeit berufen. Trauernd stehen wir, seine alten ersten Minister, seine getreuen Knappen, um seinen Sarg. Daß seine gütigen, stets so lebensvollen Augen nun uns nicht mehr leuchten sollen, daß sein oft von so köstlichem Humor getragener Charakter uns nun nicht mehr im Grauen des Lebens strahlen soll: welch' Schmerz, welche Tragik, welch' unersetzliches Vergehen um diesen Mann!

2.11.42

Die Fahnen Adolf Hitlers und seiner Bewegung, die Fahnen des Reiches senken sich um die Bahre des Ministerpräsidenten Ludwig Siebert. Inmitten des schweren Krieges dieser Zeit, verläßt uns der Mann, der uns ein Garant unserer Frische schien. Es wird einsam um uns, die ältesten Kämpfer des Führers. Möge Gott der Allmächtige unserem Volke gnädig bleiben! Möge er aus dem Opfer Ludwig Sieberts erkennen, in welche Weiten der deutsche Geist zur Ehre der Menschheit aufragen möchte! Möge das ganze deutsche Volk in Ludwig Siebert erkennen, mit welcher Treue die Männer für Adolf Hitler sterben.

Ludwig Siebert ! an Deinem Sarge geloben wir, in Deiner Rechtlichkeit, in Deiner Menschlichkeit, in Deiner nationalsozialistischen Führertreue weiter zu arbeiten.

11³⁰ Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

12⁴⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Emmerich den Präsidenten der Reichswirtschaftskammer Albert Pitsch, Hauptgeschäftsführer Dr. Erdmann und Dr. Grünig. Anwesend sind noch: Präsident Dr. von Gregory, Dr. Neupert und Senatsrat Bergemann.

13³⁰ E s s e n im Danziger-Zimmer.

16³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Dienstag, den 3. November 1942

10³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10³⁵ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11¹⁰ Besprechung mit Stadthauptmann Pavlu.

Stadthauptmann Pavlu bittet den Herrn Generalgouverneur, in ungefähr 14 Tagen einen eingehenden Rechenschaftsbericht über die Aufbauarbeit in der Stadt Krakau vor einem größeren Kreis unter Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs und des Gouverneurs des Distrikts Krakau erstatten zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Stadthauptmann Pavlu berichtet sodann, daß er Professor Popp von der Akademie der Bildenden Künste in Wien vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs mit gewissen Ausschmückungsarbeiten in der Stadt beauftragt habe. Die Arbeiten würden von der Akademie als Schulaufgabe durchgeführt werden. Er denke auch daran, einen Freiplatz in der Akademie zu schaffen und zu diesem Zweck ein wohlausgestattetes polnisches Atelier in Krakau zur Verfügung zu stellen. Weiter habe sich Professor Popp bereit erklärt, an Stelle des infolge veränderter Verkehrsführung inzwischen überholten Generalbebauungsplanes für die Stadt Krakau einen neuen auszuarbeiten.

Auf einen Wunsch von Professor Popp hin richtet Stadthauptmann Pavlu an den Herrn Generalgouverneur die Frage, ob er, wie andere führenden Persönlichkeiten dieses bereits getan hätten, auch einen Freiplatz an der Akademie für Bildende Künste in Wien für Begabte aus dem Generalgouvernement stiften wolle; die Kosten würden ungefähr 4 000 Zloty im Jahr betragen. Weiter

3.11.42

fragt er an, ob der Herr Generalgouverneur etwas dagegen einzuwenden habe, daß die Stadt Krakau dem Kreis der Freunde der Akademie für Bildende Künste in Wien durch Zahlung eines jährlichen Beitrages beitrete.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu allen diesen Punkten seine Zustimmung.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Stadthauptmann Pavlu, einige weitere Angelegenheiten der Stadt Krakau mit Staatssekretär Dr. Bühler zu besprechen. Er erklärt sich bereit, nach dieser Besprechung Staatssekretär Dr. Bühler und Stadthauptmann Pavlu gemeinsam zu empfangen und evtl. notwendig werdende Entscheidungen selbst zu treffen.

11³⁵ Besprechung mit General Schindler und Oberingenieur Kobold.

General Schindler führt aus, daß durch Verfügung des Reichsmarschalls für jeden Bezirk eine Rüstungskommission gebildet worden sei. Der Reichsminister für Bewaffnung und Munition habe ihn, General Schindler, zum Vorsitzenden und Oberingenieur Kobold zum stellvertretenden Vorsitzenden dieser Kommission im Generalgouvernement ernannt.

Aufgabe dieser Kommission sei es, die allgemeine Rüstung mit den Belangen der Kriegswirtschaft in Einklang zu bringen, insbesondere der Rüstungsindustrie unbedingt notwendige Dinge wie Arbeitskräfte, ihre Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung, Kohle, elektrische Energie, Transportraum usw. sicherzustellen. Ein Hauptpunkt ihrer Arbeit sei die Schließung vieler kleiner Betriebe, damit Rohstoffe und Arbeitskräfte für die Belange der Rüstungsindustrie eingespart würden.

3.11.42

Mit den zuständigen Stellen der Regierung des Generalgouvernements habe die Kommission bereits eingehende Besprechungen gepflogen. Dabei hätten sich einige Differenzen mit Präsident Dr. Emmerich ergeben. Da die Kommission jedoch auf eine freudige Mitarbeit der Regierungsstellen angewiesen sei, ersuche er den Herrn Generalgouverneur, ihm bei den zuständigen Stellen seine Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß auch bisher ohne Bestehen dieser Kommission das Generalgouvernement in den drei Jahren seiner Existenz wirklich Nennenswertes für die deutsche Kriegswirtschaft geleistet habe. Es dürfe nicht den Anschein erwecken, als ob das Generalgouvernement erst durch diese Kommission zu einer solchen Leistung herangezogen werden müsse. Im übrigen glaube er nicht, daß sich Präsident Dr. Emmerich Reichsnotwendigkeiten ernstlich verschließe. Vielleicht sei es zweckmäßig, daß man bei ihm eine gemeinsame Besprechung unter Teilnahme aller Beteiligten abhalte. Er werde in diesem Sinne Dr. Emmerich Mitteilung machen.

12³⁵ Besprechung mit Präsident Dr. Walbaum und Dr. Burmam.

Dr. Walbaum überreicht dem Herrn Generalgouverneur sein Buch "Kampf den Seuchen".

Anschließend berichtet er über den günstigen Seuchenstand im Generalgouvernement. Die Arbeiten der Abteilung Gesundheitswesen seien von großem Erfolg begleitet gewesen; heute zähle man pro Monat durchschnittlich nur 3 000 Seuchenfälle im ganzen Gebiet des Generalgouvernements. Man habe eine beträchtliche Anzahl von Entlausungsanstalten, Seuchen- und Notkrankenhäusern errichtet und sei für den kommenden Winter gerüstet. Nach dem Krieg werde ein Fünfjahresplan aufgestellt werden, durch den die radikale Beseitigung des Fleckfiebers aus diesem Raum erreicht werde.

3.11.42

Dr. Burmann weist darauf hin, daß man diese Erfolge mit einer Mindestzahl an Ärzten dank der Aufgeschlossenheit der einzelnen Kreishauptleute habe erreichen können. Im ganzen Generalgouvernement gebe es nur 123 deutsche Ärzte.

Dr. Walbaum erklärt noch, daß die für Ende November geplante Einweihung des neuen Fleckfieberinstitute in Lemberg, zu der auch der Reichsgesundheitsführer erscheinen werde, auf den 10. Dezember verschoben werden müsse. Der Anlaß der Einweihung werde auf propagandistischem Gebiet dazu benutzt werden, die breite Öffentlichkeit auf die großen Erfolge der deutschen Verwaltung in der Bekämpfung der Seuchen hinzuweisen.

Der Herr Generalgouverneur spricht den Herren für ihre wertvolle Arbeit Dank und Anerkennung aus.

16⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

Kressendorf

1212

Mittwoch, den 4. November 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Donnerstag, den 5. November 1942

10⁰⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania.

Dort wohnt der Herr Generalgouverneur einer Probe für das am 5. November 1942 unter Stabführung von Professor Hans Pfitzner stattfindende Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements bei.

12⁴⁵ Rückfahrt zur Burg.

12⁵⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Präsidenten Ohlenbusch und des Regierungsrats Arnold den Ministerialdirigenten Schmid-Leonhardt, Leiter der Rechtsabteilung im Reichspropagandaministerium, und den Ministerialdirigenten Vogt, Leiter der Abteilung "Aktive Propaganda" im Reichspropagandaministerium.

In der anschließenden Besprechung spricht der Herr Generalgouverneur dem Ministerialdirigenten Schmid-Leonhardt seinen Dank für das Interesse aus, das dieser an den Außenstellen des Propagandaministeriums, insbesondere an derjenigen des Generalgouvernements nehme.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann den beiden Vertretern des Reichspropagandaministeriums ein anschauliches Bild von den verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Generalgouvernement. Er weist insbesondere darauf hin, daß das Problem "Polen" in der Praxis wesentlich anders aussehe, als es in manchen Berliner Zentralen vom grünen Tisch aus beurteilt werde. Er vermeide es absichtlich, von großen Erfolgen zu erzählen, glaube aber sagen zu können, daß die Verwaltung des Generalgouvernements auch hinsichtlich der Propaganda für alle Zukunft ein Ruhmesblatt

1208
5.11.1942

in der Geschichte deutscher Aufbauarbeit sein werde. Eine hervorragende Rolle spiele die Propaganda auch im Rahmen einer Betreuung der 18 Millionen Fremdvölkischen, und hier habe sich z.B. bei der Ernteerfassung, bei der Seuchenbekämpfung usw. die Hauptabteilung Propaganda durch Aufklärung der Bevölkerung in jeder Form große Verdienste erworben. Der Erfolg dieser propagandistischen Arbeit wie überhaupt der Aufbauarbeit im Generalgouvernement sei auch nicht ausgeblieben, und man könne wohl mit Recht sagen, daß das Generalgouvernement bis zum gewissen Grade das befriedetste aller besetzten Gebiete sei. Deshalb müsse man sich auch im Reiche an den Gedanken gewöhnen, daß das Generalgouvernement nicht als Reichsgau behandelt werden könne, was ja übrigens schon technisch und praktisch nicht möglich wäre, da eine Aufteilung des Generalgouvernements etwa in drei Reichsgaue zu keinem befriedigenden Ergebnis führen würde.

Der Herr Generalgouverneur geht dann des näheren auf die Arbeit der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements ein und hebt dabei die anerkennenswerte Leistung dieser Hauptabteilung unter ihrem tatkräftigen Leiter, dem Präsidenten Ohlenbusch hervor. Er erwähnt in diesem Zusammenhang auch die vortrefflichen Leistungen des Staatstheaters in Schauspiel, Oper und Operette und widmet der Philharmonie des Generalgouvernements anerkennende Worte.

Ministerialdirigent Schmid-Leonhardt dankt dem Herrn Generalgouverneur für den freundlichen Empfang und verspricht, auch weiterhin der Frage der Propaganda im Generalgouvernement sein volles Interesse zuzuwenden.

5.11.1942

13³⁰ Frühstück.

14⁴⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

15⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. Senkowsky.

In der Besprechung wird zunächst zur Frage des Verrechnungsverkehrs zwischen Reich und Generalgouvernement Stellung genommen, wobei insbesondere der aus den Wehrmachtslieferungen sich für das Reich ergebenden finanziellen Verpflichtungen gedacht wird.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß ein vom OKW ergangener Befehl über die Abrechnung der Wehrmachtsbeträge bislang einfach nicht befolgt worden sei. Die Befolgung dieses Befehls müsse nun aber erzwungen werden.

In diesem Zusammenhang kommt die Sprache auch auf den Geldumlauf. Hier gibt der Herr Generalgouverneur seinem Befremden darüber Ausdruck, daß nach ihm gewordener Mitteilung der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft offenbar nicht über die Entwicklung des Geldumlaufes unterrichtet sei. Wenn auch die Erörterung der Währungsfrage allgemein gefährlich sei, so müsse doch der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft über diese wichtigste Frage im Bilde sein.

Staatssekretär Dr. Bühler macht dann dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung davon, daß die Rüstungsinspektion am 4. November zum ersten Male getagt habe. Dieser Kommission gehörten von der Regierung des Generalgouvernements u. a. die Präsidenten Dr. Emmerich und Dr. Frauendorfer an.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, die Mitglieder der Rüstungskommission, wenn sich ihre Tätigkeit einigermaßen eingespielt habe, zu empfangen.

1204

5.11.1942

Präsident Dr. Senkowsky berichtet nunmehr über die Vorarbeiten für den Haushalt 1942/43. Er weist darauf hin, daß die Haushaltszahlen gegenüber den Vorjahren eine erhebliche Steigerung zeigten.

Die Mitteilung des Präsidenten Dr. Senkowsky, daß von Ministerialrat von Streit während seiner Abwesenheit eine Summe von 280 Millionen Zloty als Reichsverteidigungsbeitrag vorschussweise an das Reich überwiesen worden sei, und zwar, wie Ministerialrat von Streit ihm gesagt habe, auf Ersuchen des Bankdirektors Dr. Paersch, nimmt der Herr Generalgouverneur mit großem Befremden entgegen, da er in dieser Handlungsweise einen schweren Verstoß gegen einen Befehl des Generalgouverneurs erblickt. Der Herr Generalgouverneur weist Präsidenten Dr. Senkowsky an, dem Ministerialrat von Streit das Haushaltsreferat zu nehmen, eine andere Persönlichkeit mit diesem Referat zu betrauen und Ministerialrat von Streit, wenn auch nicht zu entlassen, so doch mindestens in eine andere Position zu versetzen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Frage der Ostzulage Stellung genommen. Sowohl Staatssekretär Dr. Bühler wie Präsident Dr. Senkowsky äußern starke Bedenken gegen die vom Reichsfinanzministerium ins Auge gefaßte Neuregelung. Auch der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen die geplante Neuregelung und will alle Möglichkeiten erschöpft sehen, damit sie vermieden kann.

Präsident Dr. Senkowsky macht den Vorschlag, eine Änderung in der Auszahlung der Gehaltsbezüge eintreten zu lassen, und zwar dergestalt, daß auch den Angestellten wie den abgeordneten Beamten das Grundgehalt im Reich ausgezahlt und ihnen im Generalgouvernement eine Zulage gewährt werde.

5.11.1942

Präsident Dr. Senkowsky macht sodann dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von dem gegenwärtigen Stand der Einkommen- und Lohnsteuer. Nachdem offenbar vom Reichsfinanzministerium vergessen worden sei, eine dem Reich entsprechende Regelung auch für das Generalgouvernement anzuordnen, habe sich die Finanzverwaltung des Generalgouvernements veranlaßt gesehen, von sich aus Steuerermäßigungen durchzuführen, zumal diese Ermäßigung in den eingesiedelten Ostgebieten eingeführt worden seien. Gegen die in dieser Beziehung ergangene Verordnung der Hauptabteilung Finanzen sei vom Reichsfinanzministerium Einspruch erhoben worden, und zwar mit der Behauptung, daß Deutsche sowohl wie Polen im Generalgouvernement steuerlich günstiger behandelt würden als die Reichsdeutschen in der Heimat. Eine neue Einkommensteuerverordnung liege jetzt im Referentenentwurf vor und solle an das Reichsfinanzministerium übersandt werden, damit über das gesamte Problem nochmals gesprochen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß ein Schreiben, in welchem auf die steuerliche Lage im Generalgouvernement hingewiesen wird, an das Reichsfinanzministerium gerichtet wird.

Endlich wird noch kurz die Frage der Zollgrenze berührt.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß zwar die Ein- und Ausfuhrverbote fallen gelassen worden seien, die Zollgesetzgebung des Generalgouvernements aber nach wie vor in Geltung bleibe.

19²⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania.

Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Komponisten Professor Hans Pfitzner als Gast.

5.11.42

Zur Aufführung gelangen:

Ouvertüre zu "Käthchen von Heilbronn"
von Hans Pfitzner

Duo für Violine und Cello von Hans Pfitzner

Sinfonie Op. 44 von Hans Pfitzner

Sinfonie Nr. 3 (Rheinische) von Robert Schumann

Ouvertüre zu "Tannhäuser" von Richard Wagner.

22⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.
Anschließend Abendessen.

0¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in
Haus Kressendorf).

1207
Krakau

Freitag, den 6. November 1942

- 11¹⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 12¹⁵ Stadtspaziergang des Herrn Generalgouverneurs.
- 15⁴⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.
- 20⁴⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Haus Kressendorf
zum Bahnhof Trzebinia.
- 21⁰⁸ Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia
nach München.

Sonnabend, den 7. November 1942

bis

Dienstag, den 17. November 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Mittwoch, den 18. November 1942

- 10³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs
nach Kressendorf.
- 12⁰⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.
- 16¹⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg
zu Krakau.
- 17¹⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.
- 18⁰⁵ Besprechung mit Pressechef Gassner.
- 18⁵⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.
Erstaufführung des Schauspiels:
"Die ewige Kette"
von Edgar Kahn.
- 21³⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf
der Burg.)

1209

Krakau

Donnerstag, den 19. November 1942

10³⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12⁰⁵ Besprechung mit dem Präsidenten der Deutschen Post Osten Dr. Lauxmann und Konsul Sieger.

Präsident Dr. Lauxmann stellt dem Herrn Generalgouverneur den Konsul Sieger vor, der als Berater der Deutschen Post Osten in Briefmarkenangelegenheiten tätig ist.

Präsident Dr. Lauxmann überreicht sodann dem Herrn Generalgouverneur die neueste Briefmarkenserie der Deutschen Post Osten. Er gibt dann dem Herrn Generalgouverneur ein Bild von der Ausgestaltung des Briefmarkenwesens im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über die Gestaltung der demnächst in den Verkehr gelangenden neuen Serie Ausdruck. Die Herausgabe der neuen Marken mit den Köpfen von Veit Stoß, Hans Dürer, Christian Schuch, Kopernikus, Elsner werde bei allen Briefmarkenfreunden größte Beachtung finden. In diesem Zusammenhang wirft der Herr Generalgouverneur die Frage auf, ob es vielleicht möglich sei, den schönen alten bayrischen Marken ähnliche Prägemarken für das Generalgouvernement herzustellen.

Konsul Sieger weist darauf hin, daß abgesehen von einigen Ausnahmen solche Prägemarken von der Reichspost nicht mehr hergestellt worden seien. Abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich der Herstellung solcher Marken in den Weg stellten, würden solche Marken wohl auch nur für einige Sonderserien infrage kommen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu der Frage Stellung genommen, wie die Marken der Deutschen Post Osten weiterhin zu gestalten seien.

Präsident Dr. Lauxmann bemerkt, daß man im allgemeinen wohl wieder zu den Kleinmarken werde zurückkehren

1211

19.11.1942

müssen; man werde allerdings die Großmarke mit dem Bildnis des Führers bis auf weiteres beibehalten. Im Übrigen werde man nach wie vor bemüht sein, die Marken der Deutschen Post Osten wie bisher möglichst schön zu gestalten. Künstler wie Professor Dachauer-Wien und Professor Menzel-Königsberg würde man auch weiterhin für die künstlerische Ausgestaltung der Marken heranziehen.

Präsident Dr. Lauxmann gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über das Briefmarkenwesen anderer Länder. Er berichtet in diesem Zusammenhang, daß die polnische Emigrantenregierung in London einige Marken habe herstellen lassen, die zwar vom Weltpostverein nicht anerkannt, aber doch z.B. in England und Amerika Geltung hätten. Verkauft würden diese Marken durch die Emigrantengesandtschaft in Bern.

Präsident Lauxmann bittet abschließend den Herrn Generalgouverneur, dafür Sorge zu tragen, daß eine in Warschau befindliche Markendruckmaschine, die zur Zeit noch im Besitz der Hauptabteilung Finanzen stehe, der Deutschen Post Osten überlassen werde.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Lauxmann, sich in dieser Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler ins Benehmen zu setzen.

16¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Freitag, den 20. November 1942

- 10³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 10³⁵ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.
- 12⁰⁰ Besprechung mit dem Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann.

Der Herr Generalgouverneur macht dem Präsidenten Naumann zunächst Mitteilung davon, daß sich die Ministerialdirektoren im Reichsernährungsministerium Moritz und Rieke äußerst lobend über die Leistungen des Generalgouvernements auf dem Gebiete von Nahrungsmittel-lieferungen an das Reich ausgesprochen hätten. Das Generalgouvernement sei, so hätten beide ausgeführt, absolut führend unter allen besetzten Gebieten und habe sich stets als vollkommen zuverlässig erwiesen.

Präsident Naumann verweist in seinen Ausführungen zunächst auf den von ihm erstatteten Bericht über den gegenwärtigen Stand der Ernteerfassung. Des weiteren entwirft er einen Plan über die Versorgung bis zur Ernte 1943 und einen weiteren Plan über die Sicherstellung der Ernte 1943. Man müsse immer berücksichtigen, daß man im Jahre 1943 mit denselben Verhältnissen zu rechnen und genau die gleichen Lieferungen an das Reich durchzuführen haben werde wie bisher.

Bei Getreide seien 1,2 Millionen Tonnen für die Erfassung umgelegt worden. Davon seien bisher 1,065 Millionen Tonnen erfaßt. Von den 1,6 Millionen Tonnen Kartoffeln seien bisher 1,5 Mill. to erfaßt. Die 600 000 to Brotgetreide, die das Reich erhalte, seien restlos sichergestellt. Leider seien bisher erst 270 000 to abtransportiert. Die Absicht, bis zum 15. Dezember ds. Jrs. die Gesamtmenge dem Reich zur Verfügung zu stellen, lasse sich leider aus Transportgründen nicht verwirklichen.

20.11.1942

Von den insgesamt abzuliefernden 180 000 Stück Vieh seien bisher 159 000 an das Reich geliefert worden.

An Eiern habe man bisher 360 Millionen Stück erfaßt. Davon erhalte das Reich 92 Millionen, 85 Millionen Stück seien bereits im Besitze des Reiches; die übrigen 7 Millionen Stück würden in den nächsten Tagen geliefert.

Auch die übrigen Lieferungen vollzögen sich im großen und ganzen reibungslos, und man hoffe, daß man die Leistungen z.B. an Honig, Geflügel, Zucker voll durchführen könne.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung über diese Ergebnisse Ausdruck und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nach einer Feststellung des Ministerialdirektors Ricke Zweidrittel der im Reich durchgeführten Rationserhöhung auf das Generalgouvernement entfielen.

Präsident Naumann nimmt dann zu der Frage Stellung, wie die Verteilung der übrigbleibenden Mengen an Nahrungsmitteln im Generalgouvernement vorgenommen werden solle. In dem Erlaß vom 25. August 1942 sei festgestellt worden, daß Rationssenkungen erfolgen bzw. für die nicht im deutschen Interesse arbeitende polnische Bevölkerung die Rationen vollkommen wegfallen sollten. Man habe nun folgenden Plan in Aussicht genommen: Beginnend ab 1. Febr. 1942 solle die Ausgabe von Lebensmittelkarten an den einzelnen Polen oder Ukrainer nicht mehr vom Ernährungsamt, sondern an die Betriebe erfolgen, die im deutschen Interesse arbeiteten. Auf diese Weise würden vielleicht 2 Millionen Menschen von der nichtdeutschen Normalverbraucherrationierung ausgeschaltet werden. Wenn nunmehr die Karten nur noch von den Betrieben ausgeteilt würden, dann werde sich naturgemäß ein Teil dieser Menschen zu den Betrieben drängen. Von dort aus könnten dann entweder Arbeitskräfte für

20.11.1942

Deutschland abgeschöpft, oder sie könnten für die wichtigsten Arbeiten in den Betrieben des Generalgouvernements eingesetzt werden. Damit sei auch im gewissen Umfange der Hauptabteilung Arbeit geholfen, die vorhandenen Arbeitskräfte innerhalb der polnischen Bevölkerung besser in die Hand zu bekommen. Wenn evtl. zwei Millionen Polen von der Rationierung ausgeschlossen würden, dann könnten unter Umständen den Familienangehörigen der nichtdeutschen arbeitenden Bevölkerung höhere Rationssätze zugebilligt werden, so z.B. in Gestalt der Erhöhung der Brotration auf 1 400 gr, der Zuweisung von Mehl, der Zuweisung größerer Fleischmengen.

Selbstverständlich müßten sich die Betriebsführer der Verantwortung, die sie mit der Verteilung der Lebensmittelkarten übernehmen, voll bewußt sein, und Angaben über die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter müßten absolut der Wahrheit entsprechen. Zur Vermeidung von etwaigen Unterschleifen müßten deshalb auch ganz scharfe Bestimmungen erlassen werden; für die Richtigkeit der Zahlen, die der Betriebsführer in jedem Monat erneut melden müsse, habe er persönlich zu haften.

Geplant sei ferner, dem polnischen Hauptausschuß eine gewisse Menge von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen, zu dem Zwecke, alte und gebrechliche Menschen, die nicht mehr arbeiten könnten, entsprechend zu versorgen.

Nachdem man in die Bestände eingegriffen habe, werde die Hauptsorge darauf gerichtet sein müssen, für die Sicherung der Ernte 1943 das möglichste zu tun. Er habe deshalb in seiner Abteilung II dafür die notwendigen Pläne bereits im September aufstellen lassen.

20.11.1942

Als Ergebnis dieser Planung lege er dem Herrn General-
gouverneur vor einen

E r l a ß

betreffend Sofortmaßnahmen für die Erzeugungsschlacht
1943.

Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Die Ernte des Jahres 1942 ist eingebracht. Ein günstiger Witterungsverlauf hat die Frostschäden des Winters und den ernsten Mangel an Produktionsmitteln gemildert. Es kann und darf aber nicht damit gerechnet werden, daß sich ein solcher Witterungsverlauf im kommenden Jahre wiederholt, sondern es müssen nun alle Kräfte angespannt werden, um die landwirtschaftliche Erzeugung des Generalgouvernements im Jahre 1943 zu sichern und zu steigern.

Der zusammengefaßte Einsatz aller staatlichen Organe am "Ernteausnahmezustand" hat sich hervorragend bewährt und reiche Früchte getragen. In noch stärkerem Masse müssen alle Bemühungen und Energien auf die jetzt verstärkt fortzusetzende Erzeugungsschlacht konzentriert werden.

Die gesamte Staats- und Wirtschaftsführung hat sich ab sofort in totaler Weise mit auf dieses Ziel auszurichten. Zu diesem Zwecke beauftrage ich den Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements, unter besonderer Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Erfordernisse geeignete Maßnahmen zur Sicherung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu treffen.

KODAK SAFETY FILM

20.11.1942

1. Die Verteilung von Arbeitskräften ist so zu lenken, daß der Arbeitskräftebedarf der mittleren und größeren Betriebe sowie der Gartenbaubetriebe gesichert und daß bei notwendigen Erfassungen von Arbeitskräften auf die Stadt und die landwirtschaftlichen Kleinstbetriebe zurückgegriffen wird. Der zur Durchführung landeskultureller Arbeiten notwendige zusätzliche Bedarf ist sicherzustellen.
2. Die für die Erzeugung notwendigen gewerblichen Produktionsmittel, insbesondere Kalk und Handelsdünger aller Art, Eisen, Landmaschinen und Geräte, Treibstoffe, Holz, Zement und alle sonstigen Baumaterialien sind in größtmöglichen Umfange bereitzustellen und nach Maßgabe des örtlichen Bedarfes rechtzeitig und planmäßig zu verteilen.
3. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements ist bei der Durchführung ihres für die weitere Erzeugungsteigerung notwendigen Bauprogramms in jeder Weise zu unterstützen.
4. Der rechtzeitigen Bereitstellung der notwendigen Transportmittel für landwirtschaftliche Produktionsmittel aller Art, vor allem für Saatgut, ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist ferner insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß das Stickstoffwerk Moszice und die von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft

20.11.1942

zu benennenden Kalkbrennereien unter allen Umständen transportmäßig mit Kohle versorgt werden können.

5. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind mit dem Ziele einer größtmöglichen Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen gewerblichen und landwirtschaftlichen Preisen einer Überprüfung zu unterziehen. Die zur Sicherung des lebenswichtigen Bedarfes und der Erzeugungsfreudigkeit notwendigen Preisänderungen sind vorzunehmen.
6. Bei allen Einrichtungen und Maßnahmen zur Schulung und Ausbildung ist den Erfordernissen des Erzeugungsprogrammes in besonderer Weise Rechnung zu tragen. Die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten für den Nachwuchsbedarf von Fachkräften aller Art auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft ist sicherzustellen.
7. Die Ziele und Notwendigkeiten des Erzeugungsprogrammes sind bei der ländlichen Bevölkerung in der umfangreichsten und intensivsten Weise zu propagieren; hierbei sind alle Propagandamittel zum Einsatz zu bringen.
8. Alle verwaltungsorganisatorischen und gesetzgeberischen Maßnahmen für das Erzeugungsprogramm sind unter Zurückstellung sonstiger Aufgaben sofort in Angriff zu nehmen. Für die Verkündung eines wirkungsvollen Agrarstrafrechtes ist schnellstens Sorge zu tragen.

20.11.1942

Zu 1 bis 8 :

Federführend für alle Maßnahmen auf dem Gebiet der Erzeugungsschlacht ist die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements, nach deren zentralen Weisungen die Erzeugungsschlacht durchzuführen ist. Dem Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements obliegt die Verantwortung dafür, daß die gesamten Kräfte und Bemühungen in totaler Weise auf das Ziel der Erzeugungssicherung und -steigerung ausgerichtet werden. Er wird mich, gegebenenfalls unter Hinzuziehung der zuständigen Hauptabteilungsleiter, über die in Durchführung dieses Erlasses getroffenen Maßnahmen und deren Fortgang laufend unterrichten.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Erlaß.

In Ergänzung dieses Erlasses unterbreitet Präsident Naumann dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer

Anordnung über allgemeine Pflichten
im Landbau.

Diese Anordnung soll im Verordnungsblatt veröffentlicht werden. Sie findet ebenfalls die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs.

Abschließend spricht der Herr Generalgouverneur dem Präsidenten Naumann seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus und versichert ihn seines vollen Vertrauens.

20.11.1942

12⁴⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Verbindungsoffiziers Oberstleutnants von Dazur, den Oberstleutnant der Flieger Hayna.

Oberstleutnant Hayna ist als Nachfolger des zum Luftgau XII (Wiesbaden) versetzten Obersten Giese zum Chef des Stabes des Generals der Flieger Sommé ernannt worden und macht dem Herrn Generalgouverneur dienstliche Meldung von dieser Ernennung. Er teilt gleichzeitig mit, daß er unter Umständen in baldiger Frist eine andere weiter vorn liegende Kommandostelle übernehmen müsse.

In der anschließenden Besprechung gibt Oberstleutnant Hayna dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Entwicklung und den Einsatz der Luftwaffe.

Oberstleutnant von Dazur überreicht dem Herrn Generalgouverneur das Buch: "Der Deutsche Ritterorden" von Otto Jamrowski.

13⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kapitän z.S a.D. Gartzke von der Rüstungsinspektion.

Kapitän Gartzke meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß er zum Industriebeauftragten für mehrere Werke bei Olmütz ernannt worden sei. Kapitän Gartzke dankt dem Herrn Generalgouverneur für die ihm gewordene Gastfreundschaft und das Wohlwollen, das ihm der Herr Generalgouverneur stets entgegengebracht habe.

Der Herr Generalgouverneur spricht Kapitän Gartzke seine Anerkennung für die von ihm in schwierigen Zeiten geleistete vorbildliche Arbeit aus.

20.11.1942

13⁰⁰ Mittagessen.

15⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Hauptabteilungspräsident Naumann.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage einer etwaigen Nachfolgerschaft in der Leitung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seinem dringenden Wunsche Ausdruck, daß, wenn irgend möglich, die wertvolle Mitarbeit des Präsidenten Naumann auch weiterhin dem Generalgouvernement erhalten bleiben und von seiner Abberufung Abstand genommen werden möge.

15⁰⁵ Besprechung mit dem Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, wem anstelle des zum bayrischen Finanzminister ernannten Ministerialrats Dr. Siebert die Leitung der Hauptabteilung Innere Verwaltung übertragen werden soll.

Staatssekretär Dr. Bühler schlägt vor, dem jetzigen Amtschef Losacker-Lemberg die kommissarische Leitung der Hauptabteilung Innere Verwaltung zu übertragen. Eine für diese Posten geeignete Persönlichkeit werde im Generalgouvernement sonst kaum zu finden zu sein. Falls Amtschef Losacker für eine dauernde Übernahme des Amtes nicht infrage kommen sollte, müßte gegebenenfalls Staatssekretär Stuckart ersucht werden, eine geeignete Persönlichkeit für dieses Amt abzuordnen. Andererseits wäre es mißlich, wenn man solche Ergänzungen von außen her vornehmen müßte, liege doch gerade ein großer Anreiz für viele Beamte^{des Amtes} darin, schneller und besser eine Möglichkeit des Aufstiegs im Generalgouvernement zu haben.

20.11.1942

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß der jetzige Amtschef Losacker zunächst kommissarisch die Leitung der Hauptabteilung Innere Verwaltung übernimmt.

16³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 21. November 19429³⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.9³⁵ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.9⁴⁰ Besprechung polizeilicher Angelegenheiten.

An dieser Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur

Staatssekretär Dr. Bühler

Staatssekretär SS-Obergruppenführer Krüger

Generalleutnant der Ordnungspolizei Becker

SS-Oberführer Dr. Schöngarth

Ministerialrat Dr. Siebert

Generalleutnant Becker berichtet zunächst über die Stärke der im Generalgouvernement befindlichen Polizeikräfte. Im Generalgouvernement seien, so führt er aus, 10 Polizeibataillone stationiert. Dazu kämen noch einige Reiterschwadronen, ferner die Gendarmerie und die Mannschaften des Einzeldienstes. Insgesamt könne gegenwärtig mit einer Stärke der Polizeikräfte von 12 000 Mann gerechnet werden, wozu noch 12 000 ^{Mann} polnischer Polizei und etwa 1 500 bis 1 800 Mann ukrainischer Polizei kämen.

SS-Oberführer Dr. Schöngarth macht sodann Angaben über die Stärke der Sicherheitspolizei. Die Zahl ihrer Angehörigen betrage etwas über 2 000 deutscher Kräfte, wozu noch etwa 3 000 polnische Kräfte kämen. Die Gesamtzahl von etwa 5 000 Mann sei für die im Generalgouvernement auftretenden Bedürfnisse völlig ausreichend.

Generalleutnant Becker führt weiter aus, daß der Sonderdienst zur Zeit über rd. 3 000 Mann verfüge. Die Rekrutierung für den Sonderdienst werde bis auf weiteres aufrecht erhalten bleiben. Der Sonderdienst werde nunmehr etwas systematischer ausgebildet, damit er ein etwas besseres militärisches Aussehen erhalte.

21.11.42

Da 75 % der Angehörigen des Sonderdienstes die deutsche Sprache nicht beherrschten, habe für sie ein Lehrgang eingerichtet werden müssen, um sie in der deutschen Sprache zu schulen.

Der Polizeihilfsdienst sei in seiner ersten Rate voll in Ausbildung. Zur Zeit würden in Krakau etwa 2 000 Mann, in Warschau etwa 3 000 Mann ausgebildet. Im ganzen Generalgouvernement erstreckte sich die Ausbildung zur Zeit auf 10 000 Mann. Man rechne damit, daß man den Polizeihilfsdienst auf eine Stärke von insgesamt 18 000 Mann bringen könne. Die Ausbildung der Angehörigen des Polizeihilfsdienstes erstreckte sich auf die Handhabung des Gewehrs, auf Übungen im Scharfschießen, auf den Einsatz kleiner Truppe zur Verteidigung von Gebäuden usw..

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß in den verschiedenen Distrikten die Heranziehung zum Polizeihilfsdienst verschieden gehandhabt werden. Er habe soeben aus dem Distrikt Lublin ein Fernschreiben des Inhalts bekommen, daß aus der Dienststelle des Gouverneurs ohne jede vorherige Verwarnung oder Bestrafung staatliche Funktionäre wegen Versäumnis des Polizeihilfsdienstes verhaftet worden seien, obwohl sie sich unter Angabe dienstlicher Gründe wegen des Fernbleibens vom Dienst entschuldigt hätten. Man habe sie im Angesicht der fremdvölkischen Bevölkerung verhaftet und zum Teil in Kellerlöchern eingesperrt. Unter den Inhaftierten habe sich auch ein Träger des goldenen Ehrenzeichens und ein Beamter befunden, der den Weltkrieg als Offizier mitgemacht und auch an dem gegenwärtigen Feldzug mit Auszeichnung teilgenommen habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem großen Befremden über diese von der Polizei eingeleiteten Maßnahmen Ausdruck. Es sei unerträglich, daß etwa der

21.11.42

Polizeihilfsdienst und seine Durchführung zu einer weitgehenden Zersetzung der Staatsautorität führe. Wenn die Inhaftierten nicht sofort freigelassen würden, würde er sich persönlich beim Führer beschweren.

Generalleutnant Becker kann zu der Inhaftierung staatlicher Funktionäre im Distrikt Lublin noch keine Stellung nehmen, da er diesen Fall noch nicht nachgeprüft hat. Im übrigen müsse man im Generalgouvernement mehr und mehr die Beobachtung machen, daß sich bei den Reichsdeutschen ein Mangel an Disziplin und Ordnungswillen bemerkbar mache. Dieser Gleichgültigkeit gegenüber den vom Staat gegebenen Verordnungen müsse mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Ihm sei eine ganze Anzahl Männer gemeldet worden, die sich einfach nicht an die Bestimmungen und die dienstlichen Anordnungen hielten und grundsätzlich vom Polizeihilfsdienst wegblieben. Infolge dessen habe er angeordnet, daß nunmehr mit Strafen durchgegriffen werde. Natürlich dürfe nicht ohne weiteres zu solchen Maßnahmen wie der Inhaftierung oder Einsperrung geschritten werden. Er glaube auch nicht, daß Männer eingesperrt worden seien, die sich vorher entschuldigt hätten.

Der Herr Generalgouverneur führt die Tatsache, daß man sogar stellvertretende Abteilungsleiter in dieser Weise behandle, auf die Gegensätze zurück, die zwischen dem Polizeiführer Globocnik und dem Gouverneur Zörner beständen, und weist Staatssekretär Dr. Bühler an, den geschilderten Fall zu klären.]

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß er, um solche Vorkommnisse künftig auszuschließen, den Auftrag zur Herausgabe einer Verordnung gegeben habe. Nach dieser Verordnung müßten Hauptabteilungsleiter, Gouverneure, Amtschefs und Abteilungsleiter, wenn ihre dienstliche Unabkömmlichkeit bescheinigt werde, vom Polizeihilfsdienst befreit werden können. Er stehe auf dem

21.11.42

Standpunkt, daß diese Beamten in erster Linie im Generalgouvernement tätig seien, um hier die Verwaltung zu führen, und daß die Teilnahme am Polizeihilfsdienst in zweiter Linie erst Berücksichtigung finden könne.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Krüger erwidert Generalleutnant Becker, daß gegen eine solche Regelung keine Bedenken bestünden. Was sich im Distrikt Lublin zugetragen habe, sei ihm gestern telefonisch mitgeteilt worden. Er habe ausdrücklich die Anweisung gegeben, keine Männer mit Arrest zu bestrafen, die entschuldigt beim Polizeihilfsdienst gefehlt hätten. Im übrigen dürfe aber aus psychologischen Gründen nicht der Eindruck erweckt werden, daß höher gestellte Beamte geschützt, die kleinen Beamten und Angestellten dagegen voll zur Verantwortung gezogen würden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung werden verschiedene Einzelfälle behandelt, in denen z.B. einem höheren Beamten des Generalgouvernements Ladungen zum Polizeihilfsdienst in unangemessener Form zugegangen sind. Auch der Fall des Kraftfahrers des Generalgouverneurs wird in diesem Zusammenhange erwähnt.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß nach den bestehenden Bestimmungen jeder Reichsdeutsche grundsätzlich zum Polizeihilfsdienst herangezogen werden könne. Er habe jedoch schon bei Erlass der Verordnung sich damit einverstanden erklärt, daß es einem hochgestellten Beamten wie etwa einem Gouverneur freigestellt bleiben müsse, selber zu entscheiden, ob seine dienstliche Inanspruchnahme ihm eine Teilnahme am Polizeihilfsdienst gestatte.

21.11.42

Generalleutnant Becker gibt zu bedenken, daß über die Freistellung vom Polizeidienst ganz klare und eindeutige Bestimmungen erlassen worden seien. Man habe sich allerdings darauf verlassen, daß die Männer, die nicht zum Dienst kämen, sich vorher ordnungsmäßig entschuldigten oder eine entsprechende Mitteilung ihrer Dienststelle brächten. Angesichts des wiederholt festgestellten unentschuldigten Fernbleibens zahlreicher Männer vom Polizeihilfsdienst habe man sich im Interesse der Aufrechterhaltung der Autorität der Polizei genötigt gesehen, schärfere Maßnahmen zu ergreifen. Im übrigen handle es sich ja bei den zum Polizeihilfsdienst einberufenen Reichsdeutschen nicht nur um staatliche Beamte und Angestellte, sondern auch um Personen, die in der freien Wirtschaft tätig seien.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet eine Klärung der Frage für unbedingt geboten. Durch Maßnahmen, die im Interesse der Durchführung des Polizeihilfsdienstes getroffen würden, dürfe jedenfalls die Autorität der Verwaltung nicht erschüttert werden. Gegen eine Verhaftung etwa von Abteilungsleitern müsse er auf das entschiedenste protestieren. Mit der Autorität einer Reichsbehörde dürfe unter keinen Umständen gespielt werden, und das sei im Generalgouvernement schon um des Ansehens der Verwaltung willen gegenüber 18 Millionen Fremdvölkischen völlig unmöglich. Er habe im Augenblick keine andere Möglichkeit, als die maßgebenden Stellen vor der Verfolgung dieses Kurses zu warnen. Ihm gehe es zunächst um die im Generalgouvernement tätigen Beamten und staatlichen Funktionäre. Die anderen Reichsdeutschen mögen so behandelt werden, wie es die Polizei für richtig befände.

Abschließend ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß die gesamte Frage des Polizeihilfsdienstes nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei alle Probleme, die in der heutigen Besprechung berührt worden sind, baldmöglichst einer Klärung zugeführt werden.

21.11.42

Die Besprechung wendet sich dann der Frage der Einrichtung bzw. des Ausbaues von SS- und Polizeistützpunkten zu.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß die gesamte Wirtschaft dieser SS-Liegenschaftsgüter, die als SS- und Polizeistützpunkte bezeichnet würden, den Richtlinien der Hauptliegenschaftsverwaltung angepaßt sei. Diese Güter brächten, praktisch und personell gesehen, eine Entlastung für die Liegenschaftsverwaltung.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob der Antrag zur Übernahme solcher Güter von der Liegenschaftsverwaltung aus, gestellt werde, wird von Staatssekretär Dr. Bühler mit dem Hinweis darauf verneint, daß für diese Frage SS-Sturmbannführer Diehl von der Dienststelle des Staatssekretärs Krüger zuständig sei.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß im Benehmen mit der Liegenschaftsverwaltung Entscheidung darüber getroffen wird, ob und welche Möglichkeit für die Übernahme solcher Güter bestehe. Man gehe bei dieser Regelung von dem Grundgedanken aus, daß die Möglichkeit bestehen müsse, auf diesen Gütern Landwirte auszubilden.

Staatssekretär Dr. Bühler verweist auf einen Erlass des Reichsmarschalls, nach welchem in den besetzten Gebieten für Gliederungen der Polizei Grundbesitz nicht abgegeben werden dürfe. Gleichwohl seien im Distrikt Lublin z.B. etwa 24 solche Güter beschlagnahmt worden, darunter auch sehr wertvolle Objekte. In ein früher in polnischen Händen befindlich gewesenes landwirtschaftlich sehr wertvolles Gut, das mit einer Pferdezucht verbunden gewesen sei, wolle die SS ein Pferdedepot zur Unterbringung von Remonten legen. Angesichts des Fehlens von Weideland eigne sich nach dem Urteil

21.11.42

von Pachtleuten das Gut für diesen Zweck nicht. Sollten dort zahlreiche Remonten untergebracht werden, so würde die dann entstehende Ansteckungsgefahr die dortige Pferdezucht unter Umständen vernichten.

Staatssekretär Krüger hält es für zweckmäßig, solche und ähnliche Fragen in gemeinsamer Besprechung zwischen den beiden Staatssekretären einer Klärung zuzuführen. Ihm sei jedenfalls von seiten der Hauptliegenschaftsverwaltung die vollste Anerkennung der Bewirtschaftung dieser SS-Güter ausgesprochen und bestätigt worden, daß auf ihnen die Ernte voll und ganz erfaßt worden sei. Der Hauptvorzug dieser Güter bestehe darin, daß sie von Reichsdeutschen verwaltet würden.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß die Erklärung dieser Güter zu SS- und Polizeistützpunkten nicht im Einvernehmen mit den maßgebenden Stellen geschehen sei. Die Güter seien vielmehr beschlagnahmt worden.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, ihm eine genaue Aufstellung darüber vorzulegen, welche Güter seit wann zu SS- und Polizeistützpunkten erklärt worden sind und in welcher Form die Beschlagnahme vorsichgeht.

Ein weiterer Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Mitwirkung der Polizei beim Arbeitseinsatz. Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß er, nachdem Staatssekretär Dr. Bühler die in dieser Beziehung erlassene Polizeiverordnung in einem Punkt beanstandet habe, die Polizeiverordnung zurückgezogen habe. Staatssekretär Dr. Bühler habe die Auflage gemacht, daß eine Zuziehung von Polizeikräften nur auf Ersuchen der Arbeitseinsatzbehörden erfolgen dürfe. In einem Fall sei es nämlich bei der Erfassung von Arbeitern zu Differenzen gekommen. Deshalb habe er, Staatssekretär

21.11.42

Krüger, die Präsidenten Dr. Frauendorfer und Dr. Struve um Auskunft gebeten, wieweit die Polizei bei der Erfassung von Arbeitern gehen dürfe, wenn diese sich widerwillig zeigten, da man natürlich in diesen Dingen sehr vorsichtig sein müsse. Er müsse aber die Möglichkeit haben, von sich aus die Kommandeure der Ordnungs- und Sicherheitspolizei einzusetzen, damit sie im Zivilstrafverfahren vorgehen könnten. Diese Auffassung habe nun Staatssekretär Dr. Bühler mit der Begründung abgelehnt, daß ein Einsatz von Polizeikräften nur auf Ersuchen der Arbeitseinsatzbehörde erfolgen könne.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt den Bericht eines Kreishauptmanns zur Kenntnis, nach welchem offenbar auf Befehl des SS- und Polizeiführers Waldarbeiter und andere im Interesse des Generalgouvernements tätige Polen in Haft genommen worden seien, desgleichen z.B. auch einige Feuerlöschmänner. Von allen solchen Vorkommnissen sei ihm, Staatssekretär Dr. Bühler, amtlich keine Kenntnis geworden.

Staatssekretär Krüger gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß Staatssekretär Dr. Bühler diese Dinge dem Herrn Generalgouverneur vortrage, wo er, Staatssekretär Krüger, doch stets seine Bereitwilligkeit erklärt habe, mit Staatssekretär Dr. Bühler zusammenzuarbeiten.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt demgegenüber, daß er in zwei Fällen, in denen er Staatssekretär Krüger telefonisch habe sprechen wollen, diesen habe nicht erreichen können. Auch sei ihm von der Dienststelle des Staatssekretärs unter anderem erklärt worden, daß dieser soeben aus dem Zimmer gegangen sei und für einen Anruf nicht zur Verfügung stehe. Aus

21.11.42

diesen Gründen sei er zum schriftlichen Verfahren übergegangen.

Staatssekretär Krüger bemerkt demgegenüber, daß diese Mißverständnisse leicht durch eine Besprechung hätten aus der Welt geschafft werden können. Er könne nur mit aller Bestimmtheit sagen, daß er jeder Zeit zu sprechen sei. - Was die Sache selbst angehe, so sei sie wohl durch die Zurückziehung der Polizeiverordnung erledigt.

Staatssekretär Dr. Bühler fügt seiner ersten Erklärung noch ergänzend hinzu, er habe deswegen Einspruch gegen diese Polizeiverordnung eingelegt, weil er habe klarlegen wollen, daß die Arbeitseinsatzaktion von der zuständigen Arbeitsbehörde ausgehe und die Polizei nicht selbständig vorgehen könne, ohne sich vorher mit der Arbeitseinsatzbehörde ins Benehmen gesetzt zu haben. Jedenfalls sei durch das Vorgehen der Polizei in mehreren Fällen sogar die Durchführung des Ernteausnahmestandes empfindlich gestört worden.

Staatssekretär Krüger betont, daß die Polizei im besten Willen gehandelt habe. Präsident Struve habe ihn, Staatssekretär Krüger, ausdrücklich gebeten, die Polizeikräfte aus dieser Aktion nicht herauszuziehen, da die Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe ohne Polizei nicht möglich sei. Die Polizei dränge sich angesichts der zahlreichen ihr sonst gestellten Aufgaben wirklich nicht zu solchen Aktionen, sondern widme sich lieber ihren sogenannten klassischen Polizeiaufgaben. Er habe seinerzeit auch die erwähnte Polizeiverordnung allen interessierten Stellen zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt sodann den Inhalt zweier Bittschriften bekannt. Die eine

124
21.11.42

Bittschrift geht aus vom polnischen Hilfsausschuß, die andere von Fürstbischof Sapieha. Beide Bittschriften, so führt Staatssekretär Dr. Bühler aus, hätten ungefähr den gleichen Tenor und enthielten etwa das gleiche Petitum. Man beklage sich vor allem über die unbegründete Festhaltung von Polen durch die Sicherheitspolizei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Oberführer Dr. Schöngarth, die Zahl der inhaftierten Polen und die Gründe ihrer Verhaftung bekannt zu geben. Er sei vom Führer ausdrücklich verpflichtet worden, den Fürstbischof Sapieha persönlich zu empfangen. Voraussetzung für den Empfang sei allerdings, daß im Gebiete des Generalgouvernements unter allen Umständen die Ruhe aufrecht erhalten werde. Er werde deshalb auch dem Fürstbischof Sapieha erklären, daß er den von ihm geführten Beschwerden nicht nachgehen werde, so lange nicht eine absolute Loyalitätserklärung von ihm vorliege.

Vertrauliche Mitteilungen, die SS-Oberführer Dr. Schöngarth hierauf über das Wirken des Fürstbischofs Sapieha und seines Vertrauensmannes Paters Odilo-Gerhard macht, veranlassen den Herrn Generalgouverneur, vorläufig von einem Empfang des Fürstbischofs abzusehen. Er beauftragt gleichzeitig SS-Oberführer Dr. Schöngarth, ihm einen eingehenden Bericht über die Sachlage zuzuleiten.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie es zur Zeit mit der allgemeinen Stimmung der polnischen Bevölkerung stehe, erwidert SS-Oberführer Dr. Schöngarth, daß naturgemäß viel von der Ernährungslage der Bevölkerung abhängen. Sollten sich die Ernährungsschwierigkeiten noch vergrößern, dann müsse

21.11.1942

man mit einem Absinken der Stimmung und gegebenenfalls auch mit gewissen Gewalttaten rechnen.

Der Herr Generalgouverneur verweist in diesem Zusammenhang auf den von Präsident Naumann vorgelegten neuen Ernährungsplan für die polnische Bevölkerung, nach welchem vom 1. März 1943 an Lebensmittelkarten nur noch an Polen abgegeben würden, die direkt oder indirekt für deutsche Betriebe arbeiteten oder in deutschen Diensten ständen. Mit dieser Neuregelung sollten die Polen gezwungen werden, sich zur Arbeit im Generalgouvernement oder im Reich zu melden.

Der Hinweis des Staatssekretärs Dr. Bühler darauf, daß allgemein über die Vornahme von Geiseler-schließungen geklagt werde, gibt SS-Oberführer Dr. Schöngarth Gelegenheit, allgemein zu der Frage der Bekämpfung der Widerstandsbewegung Stellung zu nehmen. Die Sicherheitspolizei habe sich veranlaßt gesehen, in verschiedenen Fällen Sühnemaßnahmen zu ergreifen. Diese scharfen Maßnahmen hätten doch ihre Wirkung gehabt, was auch stimmungsmäßig festzustellen sei. Man könne Sabotageakten, wie sie in letzter Zeit vor allem bei Warschau auf den Eisenbahnzufahrtstrecken vorgekommen seien, nur durch scharfes Zugreifen entgegentreten und dürfe unter keinen Umständen die Zügel locker lassen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich nicht gegen Maßnahmen, die im Interesse der Staatssicherheit notwendig sind, will aber absolut sinnlose Brutali-tätsmaßnahmen vermieden sehen. Es sei durchaus verständlich, daß die Sicherheitspolizei den Polen grundsätzlich mißtrauen müsse, aber andererseits dürfe doch bei allen diesen Maßnahmen nicht vergessen werden, daß zahlreiche Polen - wie z.B. die 120 000 polnischen Eisenbahner -

21.11.1942

im deutschen Interesse tätig seien.

Staatssekretär Krüger nimmt an der weiteren Besprechung nicht teil.

Zu der weiteren Beratung wird der Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung Ministerialrat Dr. Siebert hinzugezogen.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, was die Sicherheitspolizei von der Tätigkeit des Conte di Fossombrone im Generalgouvernement halte, erwidert SS-Oberführer Dr. Schöngarth, daß seiner Überzeugung nach Graf Fossombrone versuche, den italienischen Einfluß im Generalgouvernement sehr stark geltend zu machen. Über diese Frage habe er, Dr. Schöngarth, auch bereits mit dem Gesandten von Wühlisch gesprochen.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß Graf Fossombrone zwar Mitglied der italienischen Botschaft und ihr Sonderbeauftragter, aber nicht irgendwie dauernd etwa als Gesandter im Generalgouvernement tätig, sondern eigentlich bei der Berliner Botschaft stationiert sei. Er empfangen den Grafen Fossombrone, den er von seiner Tätigkeit in der Akademie für Deutsches Recht kenne, nur selten, habe auch Veranlassung, die Art seines Auftretens im Generalgouvernement nicht immer gutzuheißen. Man müsse bei der Beurteilung solcher Persönlichkeiten berücksichtigen, daß der italienische Adel mit dem polnischen innerlich liiert sei, worin vielleicht eine gewisse Gefahr liege. Im übrigen handle es sich im vorliegenden Fall um eine rein politische Angelegenheit, bei der man gewisse Opfer bringen müsse, um so mehr, da die Tätigkeit des Grafen Fossombrone auf einem zwischen dem italienischen und dem

21.11.1942

deutschen Auswärtigen Amt getroffenen Übereinkommen beruhe. Graf Fossonbrone sei bei seinen Aufenthalten in Rom häufig Gast des Duce; seine Berichte könnten deshalb von Vorteil für das Generalgouvernement sein, wenn auch vielleicht sein Wirken im Rahmen des Generalgouvernements nicht unbedingt erfreulich sei.

In diesem Zusammenhang macht SS-Oberführer Dr. Schöngarth davon Mitteilung, daß wiederholt italienische Geistliche auf Grund von Empfehlung des Nuntius in Berlin um die Erlaubnis zur Einreise ins Generalgouvernement gebeten hätten, daß aber der Führer grundsätzlich die Erteilung solcher Einreisegenehmigungen verboten habe.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß sich das Recht des Päpstlichen Nuntius nicht auf das Generalgouvernement erstreckt, also schon aus diesem Grunde solche Einreisegenehmigungen nicht gegeben zu werden brauchten. Maßgebend für solche Fragen sei im übrigen auch das Konkordat.

Staatssekretär Dr. Bühler macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von dem Wunsche des Cholmer Bischofs, daß ein Priesterseminar der Orthodoxen Kirche nicht in Warschau, sondern in Cholm errichtet werde. Seiner Ansicht nach beständen keine Bedenken, diesem Wunsche zu willfahren.

Während SS-Oberführer Dr. Schöngarth vom Standpunkt der Sicherheitspolizei die Errichtung dieses Priesterseminars wie überhaupt die weitere Förderung kirchlicher Einrichtungen ablehnen zu müssen glaubt, da die Kirchen ohnehin schon einen zu starken Einfluß auf die fremdvölkische Bevölkerung ausübten, spricht sich auch der Generalgouverneur für die Erfüllung des Wunsches des Cholmer Bischofs aus, vor allem mit Rücksicht darauf, daß in einer Stärkung der Orthodoxen Kirche die einzige Waffe gegen den Einfluß der Katholischen Kirche liege.

21.11.1942

Der Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung Ministerialrat Dr. Siebert nimmt sodann zur Frage der Deutschstämmigkeitsausweise Stellung. Es handle sich dabei, so führt er aus, um eine Kategorie von Menschen, die zu 25 % deutsches Blut in sich hätten. Diese Menschen sollten aus der polnischen Bevölkerung herausgenommen und in gewissen Beziehungen besser behandelt werden als die Polen, so z.B. hinsichtlich der Ernährung, der Möglichkeit, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken. Um diese Vorteile genießen zu können, bedürften sie eines Deutschstämmigkeitsausweises. Nun weigere aber sich die E.W.Z. (Einwandererzentrale), die notwendigen Unterlagen darüber, ob diese Personen rassisch einwandfrei seien, herauszugeben, und zwar mit der Begründung, daß die Kreishauptmänner nicht berechtigt sein dürften, die Ausweise zu unterschreiben, sondern daß dieses Recht nur der E.W.Z. zustehe. In der einschlägigen Verordnung, der auch Staatssekretär Krüger zugestimmt habe, sei ausdrücklich die Zuständigkeit der Kreishauptmänner festgestellt. Infolge des Verhaltens der E.W.Z. sei die Erledigung dieser Angelegenheit nun schon um 3 Monate verzögert worden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine eingehende Prüfung dieser Frage an.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich dann nach dem Stand des Falles Szepessy.

SS-Oberführer Dr. Schöngarth teilt mit, daß Szepessy auf Befehl des Reichsführers in die Zentrale (Lager Sachsenhausen) gebracht worden sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Oberführer Dr. Schöngarth, ^{den Fall Sz} nochmals einer genauen Prüfung zu unterziehen und ihm Bericht darüber zu erstatten, warum Szepessy in Haft genommen worden sei und wie lange er in

21.11.1942

Haft sitze. Der Fall müsse als ungewöhnlich bedenklich bezeichnet werden; denn in dem gegen Szepessy eingeschlagenen Verfahren liege eine Rechtsvernichtung schlimmster Art. Abgesehen davon, daß Szepessy einem jüdischen Obmann die Hand gereicht haben solle, habe er sich nach der Auskunft des Präsidenten Dr. Frauendorfer sonst, z.B. hinsichtlich der Ausstellung von Ausweisen für Juden, keinerlei dienstliche Verfehlungen zu schulden kommen lassen.]

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine erneute Besprechung des Falles Szepessy für Dienstag den 24. Nov. an.

21.11.1942

11²⁵ Besprechung mit Rechtsrat Dr. Hammerle.

Rechtsrat Dr. Hammerle berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß nach einer Verfügung des Staatssekretärs Krüger vom 1. Oktober 1942 der Sonderdienst dem Befehlshaber der Ordnungspolizei unterstellt worden sei. Ein Teil der Mannschaften des Sonderdienstes sei inzwischen von einer Kommission der Waffen-SS gemustert worden. Nach einer zwischen den beteiligten Stellen getroffenen Vereinbarung dürften aber nur so viele Mannschaften zur Waffen-SS eingezogen werden, wie neue Rekruten in den Sonderdienst eingestellt werden könnten, so daß der Mannschaftsstand des Sonderdienstes mit etwa 2 900 Mann gesichert sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Rechtsrat Dr. Hammerle, Generalleutnant Becker auf die vom Generalgouverneur erlassene grundlegende Verordnung über den Sonderdienst hinzuweisen.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann seinem Wunsche Ausdruck, einige Kompanien des in Krakau liegenden Ersatzbataillons des Sonderdienstes in der nächsten Woche zu besichtigen, und weist Rechtsrat Dr. Hammerle an, im Benehmen mit Kammergerichtsrat Dr. Keith die notwendigen Vorbereitungen für diese Besichtigung zu treffen.

11³⁵ Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr. Eisfeldt.

Oberlandforstmeister Dr. Eisfeldt legt dem Herrn Generalgouverneur das Muster einer Uniform für polnische Forstbeamte vor. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit der Einführung dieser Uniformen einverstanden.

Oberlandforstmeister Dr. Eisfeldt gibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forst- und Holzwirtschaft im Generalgouvernement. Er weist dabei insbesondere darauf hin,

21.11.1942

daß die Anforderung^{en} auf dem Gebiet der Holzlieferungen ständig stiegen. Die Holzsituation sei in Deutschland katastrophal, da in Deutschland zu wenig Holz produziert werde. Holz aus Rußland zu erhalten, sei angesichts der herrschenden Transportverhältnisse so gut wie unmöglich. Für das alte Generalgouvernement seien die Verhältnisse auf dem Gebiet der Holzproduktion einigermaßen zufriedenstellend, nicht so für Galizien, wo man mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die Ukrainer nur schwer für diese Arbeiten zu gewinnen seien und vor allem die Hochwasserkatastrophe des vergangenen Jahres zahlreiche Zerstörungen an Brücken und Wegen zur Folge gehabt habe.

Erschwert werde die Arbeit der Forstverwaltung durch den großen Mangel an geeigneten deutschen Forstbeamten. Angesichts dieses Personalmangels müsse schon vielfach auf Ältere Beamte zurückgegriffen werden, die naturgemäß nicht mehr so leistungsfähig seien wie die jüngeren Beamten.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt schildert dann im einzelnen die großen Anforderungen, die zur Zeit von der Wehrmacht an die Forstverwaltung des Generalgouvernements gestellt würden. So werde z.B. von der Forstverwaltung des Generalgouvernements für 30 000 Schlitten das notwendige Holz gefordert. Weiter verlange das Reichsverkehrsministerium große Mengen Holzes für die Herstellung von Schwellen. Ferner sei infolge der Ersetzung der Kupferleitungen durch Eisenleitungen größeren Querschnittes und Gewichtes die Herstellung großer Mengen neuer stärkerer Holzmasten erforderlich. Zudem werde das Oberschlesische Kohlenrevier zum großen Teil aus dem Generalgouvernement mit Grubenholz versorgt. Angesichts dieser steigenden Anforderung habe die Forstverwaltung größere Vorräte an Holz angesammelt, die

21.11.42

für etwa 10 Wochen reichten. Schwierigkeiten biete vor allem immer die Abfuhr, während Einschlag und Einschnitt einigermaßen zufriedenstellend seien. Für die Abfuhr brauchte man große Lastzüge, die aber leider nicht zur Verfügung gestellt werden könnten, so daß man zumeist auf Pferdegespanne angewiesen sei. Andererseits verlange jetzt Landesbauernführer Körner für die Bestellungsarbeit in der Ukraine vom Generalgouvernement 100 000 Pferde und eine entsprechende Anzahl Wagen.

Der Herr Generalgouverneur weist Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt an, solchen Forderungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Auch gehe es auf die Dauer unmöglich an, daß jede Verwaltung oder Dienststelle auf der sofortigen Erfüllung ihrer Ansprüche bestehe. In heutiger Zeit dürften Planungen nur auf weite Sicht erfolgen, und nur auf Grund solcher Planungen könne dann im Rahmen des Möglichen geleistet werden.

12⁰⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Obersturmbannführer Pehle, Sonderbeauftragten der Dienststelle des Vierjahresplanes, in Gegenwart des Präsidenten Naumann.

SS-Sturmbannführer Pehle teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er auf Befehl seiner Dienststelle ins Generalgouvernement gekommen sei, um sich ein Bild von der Durchführung der Ernteerfassung zu machen. Er könne nach seinen bisherigen Beobachtungen feststellen, daß hinsichtlich der Ernteerfassung alles in bester Ordnung sei: die Mengen, die dem Reich zur Verfügung gestellt werden sollten, seien bereits im Rollen. Maßgebend für die Möglichkeit weiterer Lieferungen sei die Transportfrage, und es sei zu hoffen, daß im Laufe der nächsten Wochen der Abtransport zufriedenstellend vor sich gehen werde.

21.11.42

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Sturmbannführer Pehle, daß er nicht dauernd im Generalgouvernement zu bleiben gedenke, sondern wahrscheinlich zum 15. Dezember wieder ins Reich zurückkehre.

Der Herr Generalgouverneur zeigt in längeren Ausführungen die Schwierigkeiten auf, mit denen das Generalgouvernement bei der Durchführung der Lieferungen an das Reich zu kämpfen hat. Über die Folgen der dem Generalgouvernement auferlegten Belastung müsse man sich nun aber auch endlich bei den zuständigen Reichsstellen klar werden. Die Regierung des Generalgouvernements sehe sich schon angesichts der dem Reich gegenüber übernommenen Verpflichtungen genötigt, vom 1. März 1943 an einschneidende Änderungen in der Zuteilung der Lebensmittelrationen an die polnische Bevölkerung durchzuführen. Es wäre auch völlig irrig, aus dem gegenwärtigen Ablieferungsvermögen des Generalgouvernements schließen zu wollen, daß die Ernährungslage des Generalgouvernements noch weitere Belastungen tragen könne. Bei alledem seien auch die Leistungen zu berücksichtigen, die das Generalgouvernement für die Wehrmacht erbracht und weiter zu erbringen habe. Ob es im nächsten Jahre dem Generalgouvernement möglich sein werde, ähnliche Leistungen für das Reich zu bewerkstelligen, sei noch absolut ungewiß.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Sturmbannführer Pehle, daß die Ernte in der Ukraine und im Ostraum recht gut zu werden verspreche. Doch sei zu befürchten, daß das größere Aufkommen des Ostraums noch nicht die Entlastung für den gesamten europäischen Markt bringen werde, deren es bedürfe, damit das Generalgouvernement etwas weniger stark belastet werde. Man scheine deshalb in der Dienststelle

21.11.42

des Reichsmarschalls der Auffassung zu sein, daß die Lieferungen des Generalgouvernements an das Reich auch im nächsten Jahre aufrechterhalten bleiben müßten. Wieweit sie erfüllt werden könnten, sei allerdings eine andere Frage.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß er irgendeine Verpflichtung in dieser Richtung nicht übernehmen könnte. Wie der von ihm gestern unterzeichnete Erlaß über die Erzeugungsschlacht 1943 zeige, solle von seiten des Generalgouvernements für die Steigerung der Ernteerträge alles nur Mögliche getan werden. Andererseits aber müsse auch das Reich auf die Schwierigkeiten Rücksicht nehmen, mit denen das Generalgouvernement dauernd zu kämpfen habe. Deshalb werde es notwendig sein, schon im Frühjahr 1943 erneute Verhandlungen zwischen Reich und Generalgouvernement über den Umfang der Hilfe zu pflegen, die vom Generalgouvernement dem Reich gegeben werden solle.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob das Reich dem Generalgouvernement im nächsten Jahre in gewisser Beziehung werde helfen können, erwidert Sturmbannführer Pehle, daß eine solche Hilfe wohl nicht notwendig sein werde. Die von der Regierung des Generalgouvernements eingeleiteten Maßnahmen würden sicher eine so gewaltige Leistungssteigerung auf dem Gebiete der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit sich bringen, daß irgendwelche Gefahren für die Ernährungslage des Generalgouvernements nicht zu befürchten seien. Er habe sich davon überzeugt, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ausgezeichnet arbeite und auch in Zukunft der Schwierigkeiten, die etwa auftreten könnten, Herr werden würde.

21.11.42

Präsident Naumann gibt dann einen Überblick über die gegenwärtige Ernährungslage des Generalgouvernements. Dabei weist er insbesondere darauf hin, daß durch die Verlegung von Rüstungsbetrieben in das Generalgouvernement neue Belastungen des Ernährungssektors eintreten würden.

Präsident Naumann betont, daß das Zusammenarbeiten mit dem Sonderbeauftragten Pehle ausgezeichnet gewesen sei. Dieser habe sich alle Mühe gegeben, bei der Durchführung seiner Aufgabe nicht gewisse Schärpen aufkommen zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Sonderbeauftragten Pehle seinen Dank aus für die Art, wie er sich seines Auftrages im Generalgouvernement entledigt habe, wenn auch zunächst in dem Erscheinen eines Sonderbeauftragten ein gewisses Mißtrauen gegen die Landwirtschaftsverwaltung des Generalgouvernements habe erblickt werden können. Wünschenswert wäre es allerdings, wenn fürderhin von solchen Sonderaufträgen Abstand genommen werden würde.

12⁴⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Ministerialrat im Reichsfinanzministerium Burmeister in Gegenwart des Ministerialrats Radtke.

Der Herr Generalgouverneur gibt Ministerialrat Burmeister einen Überblick über die Finanzlage des Generalgouvernements, und über die finanziellen Belastungen, die dem Generalgouvernement von seiten des Reiches auferlegt werden. Besprochen wird weiter die Frage der Neuregelung der Ostzulage. Ferner bittet der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Burmeister, dafür Sorge zu tragen, daß Ministerialrat von Streit

21.11.42

sobald wie möglich von seinem Posten in der Haupt-
abteilung Finanzen abgelöst werde.

13⁰⁰ M i t t a g e s s e n .

18¹⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in
Haus Kressendorf).

Sonntag, den 22. November 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

15⁰⁰ Hausmusik in Kressendorf.

Gäste: Staatssekretär Dr. Bühler
Ministerialrat Dr. Siebert
Notar Gutbrod
Hauptschriftleiter Stoeppler
Major Graf
Professor Bader
Richard Schneider.
Intendant Stampe.

18⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater
Krakau.

18³⁰ Gastspiel Hermine Körner:

"Frau Inger auf Östrot"
Schauspiel von Henrik Ibsen.

20⁵⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf
der Burg).

Krakau

Montag, den 23. November 1942

9³⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12¹⁵ Besprechung mit Stadthauptmann Pavlu.

Stadthauptmann Pavlu berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß Prof. Kopp von der Akademie Wien und Bürgermeister Judex-Brünn in der Zeit vom 1. bis 10. Dezember 42 nach Krakau kommen wollten.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und ordnet an, daß Stadthauptmann Pavlu in der gleichen Zeit seinen großen Rechenschaftsbericht über die Aufbauarbeit in der Stadt Krakau während der letzten drei Jahre halten solle; weiter ersucht er den Stadthauptmann, alle seine Beschwerdepunkte für eine Besprechung mit Gouverneur Dr. Wendler schriftlich zu fixieren, und gibt dabei seine Absicht kund, durch eine Verordnung, die Stadt Krakau direkt der Regierung des Generalgouvernements zu unterstellen.

12⁵⁰ Besprechung mit Architekt Koettgen.

16⁰⁰ Vorführung des Wien-Films "Wien 1910" und der neuesten Wochenschau.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau,

Dienstag, den 24. November 19429⁴⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.11⁰⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.11⁴⁵ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der gänzlich unzureichenden Kohlenversorgung des Stickstoffwerkes Moscice. Das Werk sei infolge dieses Kohlenmangels zu einem Drittel stillgelegt worden, was sich selbstverständlich bei der dadurch eintretenden Verminderung der Düngerherstellung für die Landwirtschaft und damit für die Ernährungslage sehr ungünstig auswirken werde.

Der Herr Generalgouverneur nimmt diesen Fall zum Anlaß, um den beiden Staatssekretären folgende Eröffnung zu machen:

Ich habe angesichts der Entwicklung der Situation in den letzten Wochen dem Führer erneut meinen Rücktritt angeboten. Heute ist nun ein Fernschreiben eingegangen, in welchem Reichsminister Dr. Lammers mir mitteilt, daß er dem Führer am 22. November über mein Rücktrittsgesuch Vortrag gehalten und der Führer diesem Gesuch nicht entsprochen habe. Ich sehe in der wiederholten Ablehnung meines Rücktrittsgesuchs einen erneuten Vertrauensbeweis und bin nunmehr fest entschlossen, die Autorität des Generalgouverneurs unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und von den mir seinerzeit gegebenen Vollmachten rücksichtslos Gebrauch zu machen. Ich werde z.B. mit aller Energie für die Bereinigung des Falles Szepessy sorgen und habe auch Staatssekretär Krüger

24.11.42

eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen.

Ich werde den Sonderdienst wieder in die Verwaltung eingliedern. Ich werde dafür sorgen, daß bis auf weiteres von einer Umwandlung der Generaldirektion der Ostbahn in eine oder mehrere Reichsbahndirektionen Abstand genommen wird. Auch werde ich mich einer Kürzung der Ostzulage widersetzen und über diese Frage dem Führer unmittelbar Bericht erstatten.

Weiter werde ich bestrebt sein, die Verwaltung in jeder Weise zu intensivieren und zu vereinheitlichen. Ich sehe mit Ingrimm eine sich immer mehr fortsetzende Verwischung der Zuständigkeiten zwischen Regierung des Generalgouvernements und Distrikten. So will z.B. Gouverneur Dr. Fischer offenbar Warschau sozusagen zum Zentrum des Generalgouvernements machen. Ich lasse mir das nicht bieten; und ich werde auch in Sachen Globconik entsprechende Maßnahmen ergreifen.]

Der Ernst der Lage, der wir entgegengehen, kann nur gemeistert werden, wenn ich sämtliche Machtmittel des Staates einheitlich zusammenfassen kann. Ich gehe eiskalt von dieser These aus und bitte Sie als meine beiden engsten Mitarbeiter, davon auch den Hauptabteilungsleitern Mitteilung zu machen.

Der Herr Generalgouverneur kündigt dann an, daß er noch in diesem Jahre eine Sonderregierungssitzung abhalten und danach für einige Zeit in Warschau residieren werde. Im Hinblick auf die allgemein ungünstige Lage im Generalgouvernement werde er die Einführung der neuen Ostzulage bis zum 31. März nächsten Jahres verschieben. Bis dahin werde man dann versuchen müssen, gewisse No-standseinrichtungen für die Beamten- und Angestelltenchaft zu schaffen.

24.11.42

Er beabsichtige ferner, die Stadt Krakau aus der Aufsicht des Distrikts herauszunehmen, sie Exempt zu machen und ihr den Charakter einer Bundeshauptstadt zu geben, und zwar im Wege eines einfachen Rechtsaktes, den er jeder Zeit vornehmen könne. Es sei auf die Dauer ein unerträglicher Zustand, daß am Sitze der Regierung ein ununterbrochenes Hin- und Herregieren zwischen Distrikt und Stadthauptmann stattfinde.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als dringend erforderlich, daß von nun an eine zusammenfassende Berichterstattung über die Leistungen des Generalgouvernements an die interessierten Stellen geleitet werde. Er weist Staatssekretär Dr. Boepple^{an}, beginnend mit dem 1. Januar 1943 vielleicht eine Rückschau auf die vergangenen drei Jahre zu halten.

Der Herr Generalgouverneur teilt sodann mit, daß Reichspressechef Dietrich mit seiner, des Generalgouverneurs, Genehmigung den Pressechef der Regierung des Generalgouvernements Gassner zum Bevollmächtigten des Reichspressechefs beim Generalgouverneur und bei der Regierung des Generalgouvernements ernannt habe. Er verfügt die Veröffentlichung einer Notiz darüber in der Krakauer Zeitung und die Bekanntgabe dieser Ernennung durch Rundschreiben an die Hauptabteilungsleiter.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, die Versetzung des Gouverneurs Fischer von Warschau nach Krakau, des Gouverneurs Kundt von Radom nach Warschau und des Gouverneurs Dr. Wandler von Krakau nach Radom möglichst zum 1. Januar 1943 in die Wege zu leiten.

Mit der Übertragung der Geschäfte des Leiters der Hauptabteilung Innere Verwaltung auf den bisherigen Amtschef Losacker-Lemberg erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

24.11.42

12³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler im Königssaal der Burg eine Abordnung von 20 Baudienstführern aus dem Generalgouvernement.

Die Baudienstführer werden dem Herrn Generalgouverneur von Oberstarbeitsführer Hinkel vorgestellt.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Parteigenosse Hinkel! Meine Kameraden!

Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen und freue mich, Sie hier in dem festlichsten Saal des Generalgouvernements, am obersten Sitz des ^{der Regierung} Generalgouvernements feierlich empfangen zu können. Ihnen, Parteigenosse Hinkel, und allen Ihren Mitarbeitern bringe ich meine ganz besondere Anerkennung für die hervorragende Leistung zum Ausdruck, die Sie auf dem Gebiet der Organisation des Baudienstes im Generalgouvernement vollbracht haben. Ich kann ruhig sagen, daß ohne Ihren bewährten Einsatz entsprechend der großen ruhmreichen Tradition des deutschen Arbeitsdienstes, der genialen Schöpfung unseres hochverehrten Parteigenossen Reichleiters Hierl, dieser Gedanke überhaupt nicht in die Tat umzusetzen gewesen wäre.

Die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich Ihnen in den Weg stellten, haben Sie in vortrefflicher Weise gemeistert. Aus kleinen Anfängen ist der Baudienst zu einer Institution geworden, die aus dem Dasein dieses Ostraumes nicht mehr wegzudenken ist. Mit dem Dank an Sie und an Ihre Mitarbeiter darf ich auch den Dank aller maßgeblichen dienstlichen Instanzen des Generalgouvernements für diese Aufbauleistung verbinden.

Wir sind hier in einem Gebiet, in dem alles neu ist, in dem, von den Einrichtungen des Staates Generalgouvernement und seiner merkwürdigen, völker- und staatsrechtlich einzigartigen Form angefangen bis zu diesem speziellen Sektor, alles neu erdacht, organisiert

24.11.42

und verwirklicht werden mußte. Das Menschenmaterial, das Sie zur Verfügung^{haben} und das sich Ihnen unterstellt hat, ist ein dem deutschen Wesen völlig entgegengesetztes. Aber wir dürfen auch immer wieder aus Ihren Berichten entnehmen, daß sich dieses Menschenmaterial der Polen und Ukrainer im wesentlichen den Notwendigkeiten des Dienstes, der Disziplin und der Arbeit willig fügt. Dasselbe so ist, dafür möchte ich Ihnen auch meine besondere Anerkennung zollen.

Ich glaube, Reichsleiter Hierl hat bei seinem letzten Besuch im Generalgouvernement einen entscheidenden Durchbruch seiner persönlichen Anschauungen erlebt: wenn man ursprünglich diesem unserem Gedanken des Baudienstes skeptisch gegenüber gestanden hat, so ist doch heute ein völliger Umschwung in der Einstellung eingetreten. Daß die Heimat uns nicht immer versteht, wissen Sie ja auch. Das ist wohl das Schicksal aller solcher Neuschöpfungen. Zu allen Zeiten ist es bei allen Völkern das Merkwürdige gewesen, daß sie in ihrem Planen und Handeln, in ihrem Aufbauwerk von nirgendwoher so viele Hemmungen und so viele Kritik erfuhren wie gerade von der Heimat, in deren Dienst sie ein neues Gebiet erobert hatten. Die Wehrmacht besetzt ja den Raum, erobert aber haben wir das Generalgouvernement für das Reich, indem wir es zu einem wichtigen Glied des großdeutschen Raumes gemacht haben.

Diese stolze Leistung des Generalgouvernements hat vor wenigen Wochen ihre Krönung in der ungeheuren kaum erwarteten Getreideablieferungsquote gefunden. Sie wissen, daß das Generalgouvernement über 500000 to Brotgetreide an das Reich liefert und allein $\frac{2}{3}$ der gesamten Erhöhung der Brot ration in Deutschland für die laufende Ernährungsperiode trägt. Das ist eine Leistung, die Aufsehen erregt und, wie ich voller Stolz erklären kann, auch beim Führer einen großen Eindruck hervorgerufen hat.

24.11.42

Und diese Leistung konnte auch wieder nur vollbracht werden, weil Sie auf Ihrem Gebiet mit dazu geholfen haben: Sie haben Straßen gebaut, Kanäle angelegt, Sie haben sich für alle möglichen anderen Arbeiten bereitgestellt. Ihnen ist es gelungen, die Bevölkerung dieses Raumes unseren Aufgaben auf einem Sektor dienstbar zu machen, der gewiß an manchen Stellen der entscheidende Arbeitseinsatz der fremdvölkischen Bevölkerung war. Ohne die disziplinierte Führung, ohne die scharfe, harte, aber auch gerechte Behandlung der Arbeitskolonnen des Baudienstes wäre Ihnen dieses Werk nicht gelungen.

Aber all' das hätten Sie auch wieder nicht schaffen können, wenn Sie nicht aus der Schule unseres herrlichen Deutschen Arbeitsdienstes gekommen wären. Ich bin stolz, das sagen zu dürfen, als Deutscher und als Generalgouverneur bin ich stolz auf dieses Ihr Werk.

Ich wünsche Ihnen, Parteigenosse Hinkel, den Kameraden, die hier erschienen sind, und allen Ihren Mitarbeitern noch viele schöne Leistungen. Ich weiß, daß ich mich auf Euch restlos verlassen kann. Und der Reichsarbeitsdienst kann auf Euch stolz sein; denn Ihr habt ihm mit beispielhafter Geltung für andere Gebiete ein neues Gebiet erobert.

Oberstarbeitsführer Hinkel erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur, ich danke Ihnen von Herzen dafür, daß Sie uns Gelegenheit gegeben haben, einmal hierher zu kommen. Ganz besonders aber danke ich Ihnen dafür, daß Sie meinen Baudienstführern, die ja letzten Endes, wenn sie hier im Dienste des Generalgouvernements stehen, die Träger der gesamten Arbeit und der Idee sind, diese schöne Anerkennung ausgesprochen haben. Das wird für alle ein weiterer Ansporn sein,

24.11.42

noch mehr zu tun, als sie vielleicht bisher geleistet haben. Ich verspreche Ihnen, Herr Generalgouverneur, daß Sie sich auf die Baudienstführer immer und überall verlassen können.

13¹⁰ M i t t a g e s s e n .

Als Gäste nehmen die Baudienstführer an dem Essen teil.

15⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt im Kanonenseal der Burg in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Bühler den stellvertretenden Leiter und die Abteilungsleiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sowie den Leiter und die Mitarbeiter der Landwirtschaftlichen Zentralstelle (L.Z.). Die Herren werden dem Herrn Generalgouverneur von Präsident Naumann vorgestellt.

Präsident Naumann gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Ergebnisse der Jahresarbeit der Hauptabteilung. Der vom Generalgouverneur am 11. Juli 1942 verordnete Ernteausnahmezustand habe sich, so führt Präsident Naumann aus, als vollen Erfolg erwiesen, dank der hervorragenden Arbeit der Hauptabteilung und ihrer Gliederungen, dank nicht zuletzt auch der wirksamen Unterstützung durch die Polizei und die anderen Hauptabteilungen.

Präsident Naumann legt dem Herrn Generalgouverneur weiter die Ergebnisse der Ernteerfassung dar.⁺)

Abschließend führt Präsident Naumann aus, daß zur Zeit die Hauptabteilung E. u. L. damit beschäftigt sei, die Ablieferung der Mengen ans Reich durchzuführen und die verbleibenden Mengen so zu verteilen, daß der

⁺) S. Seite 1256

24.11.42

Anschluß an die Ernte 1943 gewährleistet sei. Weiter liefen in diesen Wochen die neuen Maßnahmen an, die der Vorbereitung der Ernte 1943 dienen sollten.

Präsident Naumann schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Sie haben am 20. November dieses Jahres den Erlaß über die Sicherung der Ernte 1943 unterzeichnet. Möge dieser Erlaß ähnliche Kräfte auslösen wie der Erlaß über die Sicherung der Ernteeinfassung. Dann werden wir für die Ernte 1943 das erreicht haben, was mit menschlichem Können zu erreichen möglich ist. Meine Mitarbeiter und ich versprechen, wie bisher ihre ganze Arbeitskraft, ihr ganzes Können einzusetzen, damit diese hohe Aufgabe erfüllt werden kann.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

^{Naumann}
Lieber Parteigenosse! Meine Herren! Ich ergreife mit Freude die Gelegenheit, Ihnen, Herr Präsident Naumann, und Ihnen, den Mitarbeitern der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, meinen ganz besonderen Dank für die Sie alle höchst auszeichnende Art der Durchführung der Ernte in diesem Jahre zum Ausdruck zu bringen. Mit Stolz können wir auf diese Leistung blicken. Die Regierung des Generalgouvernements hat in ihrer Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine der aktivsten Gruppen, sie verfügt in dieser Hauptabteilung über Fachmänner erster Qualität, Männer mit Mut und Herz.

Ich bin beglückt über die Zahlen, über die Sie mir gemeldet haben, Parteigenosse Naumann. Ich möchte Ihnen auch ganz besonders dafür danken. Ihr leuchtendes

24.11.42

Vorbild, Ihre Unerschrockenheit, Ihr jugendliches Ungestüm und Ihren Aktivismus, zusammengeballt zu einer totalen Energie, haben Sie stets anfeuernd und aneifernd auf Ihre Mitarbeiter zu übertragen gewußt.

Das Generalgouvernement hat sich als das, zeitlich gesehen, nunmehr älteste der seit Beginn dieses großen Freiheitskampfes besetzten Gebiete zu einer achtunggebietenden Stellung inmitten der europäischen Agrarsituation emporgerichtet. Eines der stolzesten Merkmale dieser Arbeit ist es, daß sich das Generalgouvernement, das mit seiner Agrarsubstanz früher bestimmt nicht zu den bevorzugten Gebieten gehörte, mitten im Kriege unter den gehäuften Schwierigkeiten einer sich gerade im Osten zeigenden Kriegführung, unter einer Fülle von Spezialproblemen, die wir überhaupt erst an Ort und Stelle erfahren konnten, ernährungspolitisch autark entwickelt hat, darüber hinaus aber sich zu einem der mächtigsten Stützpunkte des großdeutschen Ernährungsraumes hat formen lassen.

Daß das Generalgouvernement heuer allein an Brotgetreide weit über 700 000 t. dem Großdeutschen Reich, der Heimat und der Wehrmacht hier im Lande hat zur Verfügung stellen können, ist ein gigantisch einmaliger Erfolg einer knapp dreijährigen Ernährungspolitik in diesem Raum, der einmal zu einer der stolzesten Kapitelüberschriften der deutschen ernährungspolitischen Entwicklung werden wird. Ich glaube, wir können den Kopf höher tragen, wenn wir daran denken, was wir hier im Generalgouvernement dank Ihrer Leistung, dank der Leistung Ihrer Mitarbeiter in den Distrikten, dank der unermüdlichen verständnisvollen Mitarbeit der Gouverneure, der Distriktsämter, der Polizei und aller anderen Organe, die hier eingesetzt waren, dank vielleicht auch der sehr klaren rechtlichen und organisatorischen

24.11.42

Grundlagen und Methoden, die wir diesem Erntevorgang gegeben haben, haben erreichen können. Selbst der Führer hat persönlich von diesem Ergebnis mit großer Freude und Anerkennung Kenntnis genommen. Ich weiß es, und Sie wissen es auch, daß dieses Leistungskontingent bei den Ernährungszentralen des Reiches ebenfalls großes Aufsehen und große Freude hervorgerufen hat. Und das ist auch nur begründet; denn das Generalgouvernement trägt allein zwei Drittel der jetzt vorgenommenen Erhöhung der Brot- und Mehlrations im gesamten großdeutschen Raum für die laufende Ernährungsperiode.

Das will etwas heißen. Das sind nicht nur Sprüche, das sind nicht nur große kolonialpolitische Zukunftsromane, das ist ^{nicht} irgendein Pionierreglement, das sich einmal in der Zukunft auswirken wird, sondern das sind echte Körner, das sind gefüllte Säcke, das sind Waggon mit wirklicher Ware.

Parteigenosse Naumann, Sie können wirklich auf diese Leistung stolz sein. Was hier von Ihnen und Ihren Männern geschaffen worden ist, das wird einmal eines der stolzesten Kapitel in der Geschichte der deutschen Ernährungspolitik sein. Ich spreche Ihnen in meinem und im Namen meiner Regierung herzlichsten Dank und höchste Anerkennung aus. Ich bitte Sie, davon allen Ihren Mitarbeitern Kenntnis zu geben. Ich habe schon im Auftrag des Führers aus diesem Anlaß eine Reihe von Auszeichnungen des Kriegsverdienstkreuzes 1. Klasse verteilt. Ich kann nur verkünden, daß weitere Auszeichnungen folgen werden.

Sie selber, Parteigenosse Naumann, haben mein volles Vertrauen als Leiter der Hauptabteilung E.u.L.. Sie wissen, daß ich beabsichtige, Sie schon demnächst endgültig zum Nachfolger des Parteigenossen Körner zu ernennen. Die Hauptabteilung E. u. L. kann bei mir stets auf Entgegenkommen rechnen.

24.11.42

Ich glaube auch, Parteigenosse Naumann, daß Sie nicht nur auf dem Gebiet der Ernährung, sondern auch für den Gesamtbereich des Ansehens des Generalgouvernements mir und allen meinen Mitarbeitern einen ganz großen Dienst erwiesen haben. Wie die bekannte kolonialgeschichtliche Erfahrung lehrt, verfolgt die Heimat die Männer, die draußen in fremden Ländern ihre Pflicht erfüllen, oft mit Neid und übler Nachrede. Jetzt zeigt sich nun angesichts dieser überraschenden Leistung des Generalgouvernements ein plötzliches Aufhellen des Horizonts gegenüber dem Generalgouvernement. Die Stimmung beginnt völlig umzuschlagen. Da, wo bisher Neid und Mißgunst, teilweise unter lächerlichsten Argumentationen als persönliche Verfolgungssucht sich austobende Einstellungen spürbar waren, da tritt nun plötzlich unser bisheriger Feind für diese Belange auf. Für uns alle muß das nur ein weiterer Ansporn sein, unsere Pflicht zu erfüllen. Das Generalgouvernement ist eines der größten und wichtigsten Kriegseinrichtungen in diesem Befreiungskampf geworden. Das danke ich nicht zuletzt Ihnen und Ihrer unermüdlichen Arbeit.

15²⁰ Der Herr Generalgouverneur überreicht den Assessoren Dr. Jänsch und Schulz mit Worten der Anerkennung für die bisher geleisteten treuen Dienste das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse nebst Urkunde.

15²⁵ Filmvorführung im Großen Saale der Burg.

Zur Vorführung gelangen der Film "Ordnung schafft Brot" und eine Zusammenstellung aus den Generalgouvernements-Wochenschauen mit Bildern von dem vielseitigen Einsatz des Baudienstes. Regierungsdirektor Dr. Albert und Oberstarbeitsführer Hinkel geben Erläuterungen zu diesen Filmen.

24.11.42

17²⁵ Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

In Gegenwart der beiden Staatssekretäre verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Fernschreibens:

Fernschreiben

An den

Herrn Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches
Beauftragten für den Vierjahresplan
Hermann G ö r i n g

B e r l i n

Herr Reichsmarschall!

Für das Generalgouvernement sind bis zum 23. November 1942 auf den drei wichtigsten Gebieten der Ernährungswirtschaft folgende Leistungen vollbracht:

- | | |
|---|----------------|
| 1) Bei Getreide: | |
| erfaßt | 1.070.000 to |
| für das Reich sichergestellt | 500.000 to |
| | Brotgetreide |
| | 100.000 to |
| | Futtergetreide |
| davon an das Reich geliefert | 280.000 to |
| 2) Bei Kartoffeln: | |
| erfaßt | 1.350.000 to |
| für das Reich sichergestellt | 280.000 to |
| davon an das Reich geliefert | 200.000 to |
| 3) Bei Vieh: | |
| aus dem registrierten und damit insgesamt erfaßten Viehbestände | |
| an das Reich zu liefern | 35.000 to |
| davon an das Reich geliefert | 22.125 to |

24.11.1942

Außerdem erhalten der Wehrkreis, SS und Polizei folgende Lieferungen:

1) Bei Getreide:

zu liefern und sichergestellt	160.000 to
in monatlichen Teilmengen ab-	
zunehmen.	

2) Bei Kartoffeln:

zu liefern	245.000 to
davon geliefert	172.000 to
sichergestellt	73.000 to

3) Bei Vieh:

zu liefern und sichergestellt	26.500 to
in monatlichen Teilmengen abzu-	
nehmen.	

Demnach sind die von Ihnen, Herr Reichsmarschall, mir als Generalgouverneur auferlegten Verpflichtungen des Generalgouvernements auf dem Gebiet der Ernährungsleistung in voller Erfüllung begriffen.

Ich bitte dringendst, Herr Reichsmarschall, daß auf dem Gebiet des Transports dieser Lieferungen durch besondere Anweisung von Ihnen die Verkehrsleistung sichergestellt wird.

Ich freue mich besonders, Ihnen heute diese Meldung machen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

F r a n k , Generalgouverneur.

Weiter richtet der Herr Generalgouverneur an Reichsminister Dr. Lammers, Reichsleiter Bormann und Staatssekretär Backe Briefe, in denen er ihnen von dem Wortlaut des Fernschreibens an Reichsmarschall Göring Kenntnis gibt.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Mittwoch, den 25. November 1942

8⁵⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Barackenlager des Ersatzbataillons des Sonderdienstes in Krakau.

9⁰⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Barackenlager des Ersatzbataillons des Sonderdienstes. Dort wird der Herr Generalgouverneur von dem Befehlshaber der Ordnungspolizei, Generalleutnant der Polizei Becker, empfangen. Anwesend sind ferner: Die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, der Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle und Pressechef Gassner.

Der Bataillonschef Hauptmann Dr. Tischer meldet die angetretenen Einheiten. Der Herr Generalgouverneur schreitet darauf unter den Klängen des Präsentiermarsches die Front ab. Dann richtet der Herr Generalgouverneur an die Sonderdienstsmänner eine Ansprache.

(Siehe Anlage).

Nach der Ansprache dankt der Herr Generalgouverneur dem Generalleutnant Becker und spricht dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle seine Anerkennung aus.

Im Anschluß an den Appell besichtigt der Herr Generalgouverneur in Begleitung des Generalleutnants Becker und unter Führung des Bataillonschefs die Unterkunfts- und Wirtschaftsräume des Sonderdienst-Ersatzbataillons.

9⁴⁵ Rückfahrt zur Burg.

Ansprache des Herrn Generalgouverneurs
bei der Besichtigung des Ersatzbatl.
des Sonderdienstes am 25. Nov. 1942.

—

Offiziere! Beamte! Männer des Sonderdienstes!

Ich wollte die heutige Gelegenheit wahrnehmen, um Euch wieder einmal ins Auge zu sehen. Ich freue mich, daß sich das Bataillon des Sonderdienstes Krakau wieder aufgefüllt hat, daß sich tapfere junge Volksdeutsche gefunden haben, die den besonderen Dienst, der dieser Einrichtung den Namen "Sonderdienst" gegeben hat, im Generalgouvernement übernehmen wollen. Ihr seid fürwahr bestimmt, eine stolze Aufgabe im Rahmen der Staatsverwaltung des Generalgouvernements zu übernehmen; Ihr sollt draußen im Lande, in den Kreisen den Schutz der Behörden darstellen und noch eine Fülle anderer Aufgaben durchführen.

Ich wollte nun diese Stunde benutzen, um allen Offizieren, Beamten, Dienstgraden und den Männern des Sonderdienstes meinen und den Dank der Regierung des Generalgouvernements für die bisherigen Leistungen zum Ausdruck zu bringen. Dieser Sonderdienst ist ein Kriegskind, mitten aus der Not der Spannungen, in einem fremden, kaum dem Krieg entrissenen Raum geboren. Dieser Sonderdienst ist von Anfang an mit Energie aufgerichtet worden. Ich könnte mir draußen im weiten Lande bei den Kreishauptleuten den Dienst nicht ohne diese dauernde Fühlungnahme mit Euch Männern des Sonderdienstes denken. So ist denn auch der Sonderdienst als eine besondere Einrichtung aus dem Generalgouvernement nicht mehr wegzudenken. In enger Verbindung mit den Sicherheitsorganen des Staates und der Polizei hat der Sonderdienst eine starke Position und ein traditionelles Rückgrat bekommen, sowohl für das Großdeutsche Reich wie für

dieses Nebenland Generalgouvernement. Ich glaube daher, daß der Sonderdienst mit Stolz auf seine Leistungen blicken kann. Er gehört mit hinein in die große Gerüstetheit der inneren Ordnung des großdeutschen Macht-raumes. Auch er kann von sich sagen, daß er an seiner Stelle für den Führer und für das Reich arbeitet.

Die Regierung des Generalgouvernements wird alles tun, um Euch Sonderdienstmännern, wenn Ihr Eure Dienst-seit erfüllt habt, in Eurem weiteren Leben zu sichern, und zwar durch Zurverfügungstellung von Eurem Dienst entsprechenden Positionen. In Euch soll ein Nachwuchs von volksdeutschen Vorkämpfern erstehen. Auch Ihr sollt der deutschen Lebensrechte teilhaftig werden.

Ihr habt Euch wacker geschlagen. Wir wollen es bekennen, daß unsere Gedanken in diesem Augenblick den gefallenen Kameraden sich zuwenden. Achtundzwanzig Männer hat der Sonderdienst im heldischen Ringen um die Sicherheit dieses Gebietes verloren. Wir gedenken dieser Toten. - Der Geist der Toten soll Euch erfüllen, das ist mein Wunsch. Seid gehorsam, treu, aufopfernd, selbstlos und wachet hinein in die Gemeinschaft unseres herrlichen großen ewigen Volkes.

Ich hoffe, daß gerade die Gruppe, die ich hier sehe, ihren besonderen Stolz darein setzen wird, tapfere Sonderdienstmänner zu werden. Ich hoffe, daß wir hier keinen Gram bekommen, weiß ich doch, daß Ihr den Ernst dieser Zeit begriffen habt, die nicht zum Spiel und zum Tändeln da ist, sondern zur ewigen Schicksalsdurchsetzung des deutschen Lebensrechtes. Gerade wir im Osten haben den anderen das Leben vorzu-leben. Sonderdienstmänner, seid mutig und entschlossen, mit den diesem Raum gestellten Aufgaben fertig zu wer-den. Ich wünsche Euch für Eure Ausbildung und für Eure Zukunft alles Beste. Bleibt Deutsche, werdet Soldaten!

Herr General Becker, Ihnen und Ihren Männern danke ich besonders dafür, daß Sie sich des Sonderdienstes so angenommen haben. Ich hoffe, daß die Regierung des Generalgouvernements in Ihnen auch den Mann gefunden hat, der den großen Gedanken des Sonderdienstes und seiner Geordnetheit hier im kolonialen volksdeutschen Raum mit Tatkraft und bewährter Sicherheit des deutschen Offiziers durchführt. Ich danke auch den Ausbildern, Offizieren und Beamten, die sich in so vorbildlicher Weise dem Sonderdienst zur Verfügung gestellt haben.

25.11.42

10⁴⁰ Besprechung mit dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Direktor Dr. Coblitz den Auftrag, eine Broschüre über die seinerzeit von dem Herrn Generalgouverneur im Ostinstitut über das Thema: "Die Epoche des Ostens" gehaltene Rede auszuarbeiten.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob und was für die volksdeutsche Forschung von seiten des Ostinstituts getan werden könne, erwidert Direktor Dr. Coblitz, daß bereits im Ostinstitut eine Sektion "Sprachwissenschaft" und eine Sektion "Rassenforschung" beständen. Diese Sektionen befaßten sich vornehmlich mit dem Volksdeutschtum, der Festlegung von realen Tatsachen, die die Volksdeutschen betreffen, und ihrer praktischen Verwertbarkeit etwa im Hinblick auf die Frage, wie man sie blutmäßig behandeln und in der Wirtschaft einsetzen solle. Man gehe an dieses Problem mit allen Methoden der Wissenschaft, von der anthropologischen, der volkskundlichen Seite usw. heran. Gerade die Forschung auf dem Gebiete der Rasse und des Volkstums sei eines der wichtigsten Prinzipien des Institutes überhaupt. Damit komme man zu einer unmittelbaren Verwertung der Arbeitsergebnisse. Im übrigen arbeite das Institut in engster Verbindung mit allen Dienststellen des Generalgouvernements. Die geistige Betreuung der Volksdeutschen vollziehe sich zum größten Teil in den Volksbildungsstätten.

Der Herr Generalgouverneur regt die Herausgabe einer Broschüre etwa mit dem Titel: "Das Deutsche Element im Generalgouvernement^{an}". Der Verfasser dieser Broschüre müßte sich dann für seine Arbeit mit der Hauptabteilung Innere Verwaltung in Verbindung setzen.

25.11.42

Abschließend berichtet Direktor Dr. Coblitz über die Arbeiten des Instituts und kann mitteilen, daß trotz des Krieges das Institut noch weiter ausgebaut worden sei. Auch die Zweigstelle Warschau sei bereits in voller Tätigkeit. - Die Herausgabe eines umfangreichen Jahresberichtes stehe bevor.

10⁵⁰ Besprechung mit Bibliotheksdirektor Dr. Abb.

Direktor Dr. Abb berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Erfolge seiner Reise nach Frankreich. Es sei ihm gelungen, verschiedene Reliquien des Komponisten Elsner aufzufinden, so u.a. eine sehr schöne Totenmaske des Komponisten Elsner und den Flügel, auf dem ^{er} seinerzeit gespielt habe, ferner eine Reihe Gebrauchsgegenstände und eine vollständige Bibliothek.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Direktor Dr. Abb, die notwendigen Schritte für den endgültigen Erwerb dieser Dinge zu tun. - Wegen der Räume in der Staatsbibliothek soll sich Direktor Dr. Abb mit Staatssekretär Dr. Boepple in Verbindung setzen.

11⁰⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Ganz^{en}Müller.

Staatssekretär Ganz^{en}Müller legt in der anschließenden Besprechung dem Herrn Generalgouverneur den Grund seines Kommens in das Generalgouvernement dar. Der Führererlaß vom 17. Januar 1942 über die Grundsätze der Organisation der Reichsbahn müsse insofern durchgeführt werden, als nunmehr eine Betriebsleitung eingerichtet werden müsse, die größer sei als das Generalgouvernement. Man beabsichtige, eine Generaldirektion in Krakau einzurichten, die die Räume von der Westgrenze bis zur Ostgrenze umfasse, auch mit den Direktionen Oppeln und Lemberg zusammenstoße und weiter sich nach Königsberg und vielleicht auch Danzig erstrecke. Mit

25.11.42

dieser Neuordnung werde sich hinsichtlich des Vermögens der Ostbahn grundsätzlich nichts ändern, so daß nach wie vor etwaige Überschüsse dem Generalgouvernement zur Verfügung ständen.

Der Herr Generalgouverneur geht von dem Grundsatz aus, daß nach außen hin etwa durch Schaffung einer Reichsbahndirektion das einheitliche Gefüge des Generalgouvernements nicht zerstört werden dürfe. Die Ostbahn des Generalgouvernements müsse als solche unter allen Umständen bestehen bleiben, weil sich sonst das Generalgouvernement überhaupt auflösen würde; denn Reichspost, Reichsjustizverwaltung und andere Behörden würden sofort ähnliche Forderungen stellen. Die Regelung könne nur so erfolgen, daß die Einbezogenheit des Ostbahnvermögens in das Gesamtvermögen des Generalgouvernements bestehen bleibe, wenn auch die Betriebsführung von der Reichsbahnzentrale ausgehe.

Staatssekretär Ganzenmüller beruft sich nochmals auf den Wortlaut des Führererlasses, demzufolge im Generalgouvernement eine Reichsbahndirektion eingerichtet werden müßte. Auch das Reichsministerium Rosenberg habe dieser Regelung sofort zugestimmt. Im Osten bestehe schon beinahe ein Jahr lang eine absolut einheitliche Eisenbahnorganisation. Die Schaffung einer einheitlichen Eisenbahnorganisation auch für das Generalgouvernement entspreche nur dem Willen des Führers.

Der Herr Generalgouverneur macht in längeren Ausführungen geltend, daß er sich angesichts der im Generalgouvernement herrschenden Situation unter keinen Umständen mit dieser Neuregelung einverstanden erklären könne. Reichsverkehrsminister Dorpmüller habe ihm seinerzeit ausdrücklich erklärt, daß an dem Verhältnis Ostbahn-Reichsbahn nichts geändert werden solle. Wenn es der Reichsbahn nur darauf ankomme, die Betriebsführung in Händen zu haben, so wüßte er nicht, wann er,

25.11.42

der Generalgouverneur, jemals einen Betriebsbefehl gegeben hätte. Der Betrieb der Ostbahn in technischer Hinsicht sei stets auch eine Angelegenheit der Reichsbahn gewesen. Die Reichsbahnverwaltung habe nach wie vor die Möglichkeit, den Betrieb nach ihrem Ermessen einzurichten oder Betriebsbefehle zu erteilen, ob es sich nun um die Ostbahn oder eine Reichsbahndirektion handle. Würde er die Ostbahn nach außen hin an das Reich abgeben, dann wäre das der erste große Einbruch einer Reichsbehörde in das einheitliche Verwaltungsgefüge des Generalgouvernements. Eine solche Regelung würde ihn veranlassen, sein Amt niederzulegen. Er als Generalgouverneur trage die Verantwortung dafür, daß 18 Millionen einer fremdvölkischen Bevölkerung von kaum 80 000 Deutschen geführt würden. Diese Verantwortung könne er nur tragen, wenn nach außen hin die Befehlsgewalt in seiner Hand liege. Angenommen selbst, diese Neuordnung würde durchgeführt werden, so könnte das nur zu weiteren Spannungen führen. Im Reiche vergesse man offenbar immer, daß die Sorge für die deutschen Eisenbahner hinsichtlich Bekleidung, Ernährung Schulunterricht der Kinder usw. bei der Regierung des Generalgouvernements liege. Wolle man den Reichsbehörden völlig freies Spiel im Generalgouvernement lassen, dann möge man endlich dazu übergehen, drei Reichsgaue in Krakau, Warschau und Lemberg zu errichten. Solange diese Regelung nicht getroffen worden sei, sei das Generalgouvernement eine Reichseinrichtung und müsse als solche geachtet werden. Die Generaldirektion der Ostbahn unterstehe dem Reichsverkehrsministerium in transportmäßiger und disziplinarischer Hinsicht genau so wie eine Reichsbahndirektion. Im übrigen weise er darauf hin, daß bisher auch nicht eine einzige Beschwerde über das Versagen der Ostbahn ihm zu Ohren gekommen sei.

25.11.42

Staatssekretär Ganzenmüller weist demgegenüber darauf hin, daß er von seinem Amtsantritt an die Betriebsführung der Ostbahn genau beobachtet habe. Er habe leider feststellen müssen, daß hinsichtlich des Nachschubs für die Ostfront im Bereiche der Ostbahn mancherlei Schwierigkeiten aufgetreten seien.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß ihm von diesen Schwierigkeiten oder gar von einem Versagen der Ostbahn bisher amtlich nichts bekannt geworden sei. Er könne nur feststellen, daß die Regierung des Generalgouvernements in jeder Hinsicht ihre Pflicht erfüllt habe. Welche Bedeutung das Generalgouvernement für das Reich habe, zeigten die gewaltigen Lieferungen von Getreide und anderen Nahrungsmitteln, die zur Zeit ins Reich rollten. Nachdem der Führer aus politischen Gründen die Errichtung von drei Reichsgauen im Gebiet des Generalgouvernements abgelehnt habe, bedürfe er als Generalgouverneur nunmehr der vollen Bestätigung der ihm seinerzeit erteilten Vollmachten. Dazu gehöre auch, daß die Ostbahn als solche bestehen bleibe. Er wolle lediglich verhindern, daß etwas geschehe, was nicht im Sinne der totalen Vollmacht des Führers liege.

Staatssekretär Ganzenmüller nimmt sodann zur Frage der Schaffung einer Generalbetriebsleitung auch für das Generalgouvernement Stellung. Eine solche Generalbetriebsleitung würde sich über weitere Räume erstrecken, müßte aber selbstverständlich mit der Regierung des Generalgouvernements in Fragen des Arbeitsrechts, der Personalpolitik usw. verankert bleiben.

Der Herr Generalgouverneur hält diese Frage noch nicht für spruchreif, will aber unter allen Umständen die Generaldirektion der Ostbahn aufrecht erhalten wissen. Nach außen hin müsse jedenfalls die Einheitlichkeit der Verwaltung des Generalgouvernements nach wie vor in Erscheinung treten.

25.11.42

12⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Ganzenmüller, Präsident Gerteis und Ministerialrat Zwinger in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Teilnehmern an der Besprechung von dem Inhalt des Gesprächs Kenntnis, das er soeben mit Staatssekretär Ganzenmüller gehabt hat.

Staatssekretär Ganzenmüller nimmt nochmals in eingehenden Ausführungen zu der Frage der Einrichtung einer oder mehrerer Reichsbahndirektionen im Generalgouvernement Stellung. Der Führer habe in einem Erlaß angeordnet, daß eine einheitliche Betriebsführung für das gesamte Reich einschließlich des Generalgouvernements geschaffen werde. Das sei nicht etwa auf Anschauungen zurückzuführen, die als zentralistisch bezeichnet werden könnten. Daß eine Änderung in der Organisation notwendig sei, zeigten die großen Schwierigkeiten, die sich im vergangenen Winter bei der Ostbahn ergeben hätten.

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß er in den Regierungssitzungen jeweils die gesamte Betriebslage der Ostbahn eingehend geschildert habe. Seit 3 Monaten kämpfe er darum, daß der Ostbahn die Züge abgenommen würden und für ihre Ausladung Sorge getragen werde.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann eingehend zu den Betriebsverhältnissen der Ostbahn Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob nicht der Begriff der Generalbetriebsleitung Ost mit dem Namen der Ostbahn verbunden werden könnte. Damit würde ein Übergangsstadium geschaffen werden. Die Generaldirektion der Ostbahn würde dann nach außen hin bestehen bleiben, trotzdem aber würde die Ostbahn völlig

25.11.1942

in die Reichsbahnverwaltung eingefügt werden. Jedenfalls müsse die Ostbahn nach wie vor als Institution des Generalgouvernements nach außen hin in Erscheinung treten.

13⁰⁵ Besprechung mit SA-Obergruppenführer Kob und SA-Oberführer Peltz.

SA-Obergruppenführer Kob teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er als Nachfolger des SA-Obergruppenführers Litzmann mit der Leitung der Reit- und Fahrausbildung vom Führer beauftragt worden sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß SA-Obergruppenführer Kob auch im Generalgouvernement tätig werden solle. Gerade im Generalgouvernement beständen für die Ausübung des Reitsports Möglichkeiten, die es in so weitem Umfange im Reich nicht gebe. Der Reitsport müsse im Generalgouvernement mehr als bisher gepflegt werden.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt SA-Oberführer Peltz, im Benehmen mit Kammergerichtsrat Dr. Keith die Vorbereitungen für einen erneuten Besuch des SA-Obergruppenführers Kob zu treffen.

16⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten der Hauptabteilung Arbeit Dr. Frauendorfer in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Präsident Dr. Frauendorfer meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß er zum 1. Dezember 1942 zur Wehrmacht eingezogen worden sei, und bittet den Herrn Generalgouverneur, ihn für einige Zeit zu beurlauben.

Der Herr Generalgouverneur beurlaubt Präsident Dr. Frauendorfer auf seinen Antrag mit Wirkung vom 1. Dezember 1942 von seiner Stellung als Präsident der

25.11.42

Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements bis auf weiteres zum Zwecke der Ableistung des Wehrdienstes und stellt fest, daß Präsident Dr. Frauendorfer nicht endgültig aus seinem Dienst verabschiedet wird.

Mit der Führung der Geschäfte des Leiters der Hauptabteilung Arbeit während der Abwesenheit des Präsidenten Dr. Frauendorfer wird auf seinen Vorschlag der bisherige Stellvertreter des Präsidenten Dr. Frauendorfer Ministerialrat Rhetz betraut.

Anschließend wird dann noch auf den Fall Szepessy eingegangen. Präsident Dr. Frauendorfer teilt mit, daß eine Verfügung ergangen sei, nach welcher Szepessy frei gelassen werde.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob Szepessy bei der Ausstellung von Ausweisen für Juden im Rahmen dienstlicher Befugnisse gehandelt habe, bejaht Präsident Dr. Frauendorfer.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Präsidenten Dr. Frauendorfer seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus und entläßt ihn mit seinen besten Wünschen.

17¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21⁰⁰ Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Krakau

1244

Dienstag, den 1. Dezember 1942

- 7²⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Haupt-
bahnhof Krakau.
- 7²⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 8⁵⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.
- 12⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.
- 16³⁰ T e e - Empfang im Kasino.
- 17²⁵ Besprechung mit Pressechef Gassner.
- 17³⁰ Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.
- 18⁴⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.
- 21²⁸ Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach
Wien.

1271

Donnerstag, den 26. November 1942

bis

Montag, den 30. November 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in München und
Berlin.

1272

Mittwoch, den 2. Dezember 1942

bis

Sonntag, den 6. Dezember 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Montag, den 7. Dezember 1942

- 8⁴⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs
nach Kressendorf.
- 10⁰⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg
zu Krakau.
- 15⁴⁵ Gouverneurs-Sitzung im Königssaal der Burg.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Zörner
Gouverneur Kundt
Gouverneur Dr. Wendler
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur berichtet Staatssekretär Dr. Bühler zunächst über die Ergebnisse der Besprechung, die er am Vormittage mit den Gouverneuren im Regierungsgebäude gehalten hat.

Eingehend besprochen worden seien, so führt Staatssekretär Dr. Bühler aus, die

Maßnahmen zur Erzeugungsschlacht 1942/43.

Man sei sich darüber einig geworden, daß der neue Ernährungsplan, der vorsehe, daß ab Februar 1943 2 Millionen polnische Normalverbraucher aus der Versorgung ausscheiden müßten, nicht durchgeführt werden könne, wenn nicht eine umfangreiche Erzeugungssteigerung

7.12.42

zunächst auf dem Gebiet der Düngerversorgung erfolge, für die auch wieder die Kohlenfrage von maßgebender Bedeutung sei. Der Gesamtbedarf werde deshalb neu festgesetzt werden müssen, damit die Kalk- und Stickstoffproduktion entsprechend erhöht werden könne. Vor allem müsse man bestrebt sein, das Stickstoffwerk Mosciœ, das zur Zeit nur zu einem Drittel seiner Kapazität ausgenutzt sei, wieder voll in Gang zu bringen. Weiter müsse auf dem Gebiet des Einsatzes der Arbeitskräfte bei den Lieferungen an das Reich auf den Eigenbedarf der Erzeugungsbetriebe des Generalgouvernements weitgehend Rücksicht genommen werden. Ferner müßten im Interesse der Durchführung der Erntearbeiten die erforderlichen Transportmittel bereitgestellt werden. Das gelte auch für die Beschaffung des notwendigen Treibstoffes.

Besonderes Augenmerk müsse auch auf die Divergenz der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der gewerblichen Produkte gelenkt werden. Die landwirtschaftliche Zentralstelle könnte wesentlich dazu beitragen, daß die gewerblichen Produkte zu einem geringeren Preis an den landwirtschaftlichen Erzeuger gebracht würden. Man müsse oft feststellen, daß die Handelsspanne viel zu groß sei.

Besondere Maßnahmen müßten auch für die Ausbildung eines Nachwuchses von Fachkräften z.B. in Molkereibetrieben getroffen werden.

Auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes sei vielfach darüber geklagt worden, daß landwirtschaftliche Arbeitskräfte wahllos von den Gütern weggeholt würden. Dieses Problem habe in Galizien eine große Rolle gespielt, und deshalb schwebten zur Zeit zwischen der Arbeitseinsatzbehörde und der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Verhandlungen zu dem Zwecke, einen befriedigenden Ausgleich herbeizuführen.

7.12.42

Dann seien in der Sitzung einige Organisationsfragen besprochen worden, so die Frage der Einrichtung von Ämtern für Jugend in den Distriktsämtern und bei den Kreis- und Stadthauptleuten.

Gegenstand der Besprechung sei weiter die Kinderlandverschickung gewesen.

Endlich seien noch Personalfragen der Propagandaverwaltung besprochen worden. Präsident Ohlenbusch habe beantragt, ihm die Mittel für die Anstellung von Propagandisten zur Verfügung zu stellen, die mehrere Kreise als Arbeitsgebiet zugeteilt erhalten sollten. Die Hauptabteilung Finanzen habe bisher die Bereitstellung entsprechender Mittel verweigert, und nun sollte von den Gouverneuren festgestellt werden, ob ein Bedürfnis für eine solche Einrichtung bestehe.

Der Herr Generalgouverneur hält angesichts der Wichtigkeit dieser Frage die Möglichkeit nicht für gegeben, jetzt schon eine Entscheidung zu treffen.

Staatssekretär Dr. Bühler geht dann in längeren Ausführungen auf die Neuregelung der Gouvernementszulage ein. Durch eine Anordnung des Chefs der Reichskanzlei Reichsministers Dr. Lammers sei diese Zulage mit Wirkung vom 1. Mai 1942 neu festgelegt worden. Diese Neuregelung gelte nicht für die ins Generalgouvernement abgeordneten Beamten und Angestellten, für die es bei den bisherigen Sätzen verbleibe. Die Neuregelung beziehe sich nur auf diejenigen Beamten und Angestellten, die bereits mit ihrer Familie nach dem Generalgouvernement umgezogen seien. Die übrigen neu eingestellten Reichsdeutschen müßten auf Grund dieser Neuregelung eine starke Reduzierung der bisher gewährten Vergütungen auf sich nehmen. Nach dem bisherigen Stand der Dinge werde die Einführung dieser Regelung nicht noch länger hinausgeschoben werden können; denn das Reich arbeite mit dem Argument, man könne sich von den Teuerungsverhältnissen in den jeweiligen Gebieten nicht abhängig machen, sondern es sei Sache der Verwaltung,

7.12.42

Einrichtungen zu schaffen, welche es den Gefolgschaftsmitgliedern ermöglichen, nach reichsdeutschen Grundsätzen zu leben. Diese Einrichtungen könnten bestehen in der Bereitstellung von Wohnungen, in der Gewährung von Gemeinschaftsverpflegung, Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten, in der Errichtung von Werkstätten usw.. Von diesen Maßnahmen könnte z.B. diejenige der Herabsetzung der Mieten sofort durch Erlaß durchgeführt werden. Er würde vorschlagen, daß für alle Reichsdeutschen die Mieten von 100 % auf 60 % heruntergesetzt würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er diese Neuregelung im Generalgouvernement unter keinen Umständen einführen werde, es sei denn, daß durch Sondermaßnahmen der Regierung wie etwa Verbilligung der Wohnungsmieten, Gemeinschaftsverpflegung, Zurverfügungstellung von Lebensbedarf aller Art, Kleidung, Schuhwerk usw. die sonst in aussichtstehende Schlechterstellung der Beamten und Angestellten vermieden werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklären die Gouverneure, daß sie die Durchführung dieses Erlasses für unmöglich halten, wenn nicht im Interesse der betroffenen Beamten und Angestellten entsprechende Maßnahmen getroffen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß die Frage der Generalgouvernementszählage in der morgigen Hauptabteilungspräsidentensitzung einer eingehenden Besprechung unterzogen wird.

Es folgt eine allgemeine Aussprache über die politische Lage.

Gouverneur Dr. Fischer bezeichnet die Lage im Distrikt Warschau trotz der Arbeit der Widerstandsbewegung als zur Zeit noch erträglich. Allerdings werde die Sicherheitslage immer schlechter, wie man überhaupt im Distrikt Warschau eine Versteifung der Lage fest-

7.12.42

stellen könne. Wenn der neue Ernährungsplan durchgeführt werden solle, so bedeute das allein für die Stadt Warschau und ihre nächste Umgebung, daß 500 000 Menschen keine Verpflegung mehr bekämen. Wenn auch die Erfassungsaktion ein großer Erfolg gewesen sei, so sei doch für die Zeit ab Februar nächsten Jahres die Befürchtung nicht ganz von der Hand zu weisen, daß selbst die Bauern im Distrikt Warschau in große Not gerieten.

Gouverneur Zörner berichtet über die Lage im Distrikt Lublin. Nach den Berichten vor allem der Kreishauptleute sei festzustellen, daß das Bandenwesen nach wie vor eine große Gefahr bedeute. Infolge der von der Polizei durchgeführten Aktion sei zwar dieses Bandenwesen etwas zurückgegangen, doch scheine sich eine neue Welle vorzubereiten, und zwar in erster Linie in Pulawy und Radzyn. Einige kleinere Aktionen hätten zwar Erfolge gebracht, doch sei der größere Teil dieser Banden entkommen. - Die Siedlungsaktion, die an und für sich ganz befriedigend angelaufen sei, sei nunmehr etwas schwieriger geworden, weil die Polen vorzeitig mit ihrer gesamten Habe flüchteten und die Volksdeutschen nur noch die leeren Häuser vorfänden. Aus diesem Grunde werde z.B. der Kreis Sanok für die Bestellung der Ernte im nächsten Jahre ausfallen, da es an jeglichem Gerät mangle. - Die Judenaktion, die zunächst im allgemeinen gut vonstatten gegangen sei, sei leider in den letzten Wochen überstürzt worden, mit dem Erfolge, daß ein großer Teil der Juden sich aus den Ghettos in die Wälder geflüchtet und sich auch Banden angeschlossen habe. Wenn auch die Überwachung des Gebietes militärisch und polizeilich besser sei, als im Frühjahr, so fehle es doch an einer durchgreifenden systematischen Aktion.

7.12.1942

Gouverneur Kundt teilt mit, daß sich die Sicherheitslage des Distrikts Radom in den letzten Wochen sehr verschlechtert habe. Während man es früher im wesentlichen mit den üblichen Banditenüberfällen vor allem auf polnische Bauernwirtschaften zu tun gehabt habe, scheine jetzt eine gewisse politische Organisation am Werke zu sein, die ein bestimmtes Ziel verfolge. So würden z.B. in der Kreishauptmannschaft Radom Gemeindeämter und Gemeindekassenüberfallen, aber nicht lediglich zu dem Zwecke, Geld zu rauben, sondern um die gesamte Verwaltungsapparatur wie Telefon, Schreibmaschinen, Steuerunterlagen, Karteien usw. zu vernichten. Aus den Molkereien werde nicht mehr nur die Butter gestohlen, sondern es würden in ihnen auch die Maschinen zerstört. Diese und ähnliche Beispiele zeigten den Ernst der Lage. Wenn nun die Ernährungssituation noch schlechter werde, dann sei ein starkes Anwachsen der Agitation der Kommunisten zu befürchten. Solange allerdings die breite Masse der polnischen Bevölkerung und vor allem auch der Arbeiter nicht in Bewegung komme, liege in diesen Verhältnissen ein Risiko, das ein Deutscher auf sich nehmen müsse, es liege darin wohl eine Erschwerung der Verwaltung, die aber nicht unbedingt ihr Erliegen zur Folge haben müsse. Wenn aber infolge ungeschickter politischer Maßnahmen vor allem auf dem Ernährungssektor die Stimmung noch gereizter werde, dann könnte sich unter Umständen aus diesen Einzelercheinungen politisch organisierter Banden angesichts der Agitation ein organisiertes Auftreten der Massen entwickeln.

Gouverneur Dr. Wächter kann berichten, daß es im Distrikt Galizien bisher noch keinerlei Zwischenfälle politischer Art gegeben habe. Aus gewissen Anzeichen sei allerdings zu entnehmen, daß mehr und mehr eine gefährliche Gesamtsituation in der Entwicklung begriffen sei.

7.12.42

Das ergebe sich zunächst aus der Tatsache, daß die Gegenpropaganda sehr aktiv werde und mit immer geschickteren Parolen arbeite. Weiter sei festzustellen, daß die bislang nicht hergestellte Einigung zwischen der polnischen und ukrainischen Widerstandsbewegung nunmehr in Gestalt der Bandera-Bewegung vollzogen sei, die eine Eigenstaatlichkeit anstrebe. Darüber hinaus zeige sich in letzter Zeit eine Passivität und Zurückhaltung der Bevölkerung. All' das sei um so auffallender, als man bisher eigentlich mit den Ukrainern ausgezeichnete Erfahrungen gemacht habe, wie z.B. die vorbildliche Ernteerfassung zeige. Auch die Arbeitserfassung habe die besten Erfolge gezeitigt. Leider werde ja auch in vielen Beziehungen durch gewisse behördliche Maßnahmen der Widerstandsbewegung in die Hände gearbeitet. Hinsichtlich der Ernährungssituation dürfte man doch die Bevölkerung zum mindesten nicht schlechter stellen als bisher. Auch sei es ein großer Fehler, wenn man bei der Arbeitererfassung mit zu scharfen Gewaltmaßnahmen vorgehe. Eine große Gefahr liege ferner darin, daß man seit einiger Zeit die Ukrainer und Polen völlig gleichstelle.

Gouverneur Dr. Wendler führt aus, daß die Sicherheitslage in einigen Kreisen des Distrikts Krakau nunmehr auch zu wünschen übrig lasse. Besonders in den Grenzkreisen sei es wiederholt zu Bandenüberfällen gekommen. Vor einigen Tagen habe man im nördlichen Teil des Kreises Weichsel richtige Unterstände mit ausgebauten Bunkern, Vorratskammern usw., für den Winter angelegt, gefunden. Solche Erscheinungen mahnten zur Vorsicht. Man müsse immer berücksichtigen, daß solche Banden nur unter der Mithilfe der Bevölkerung selbst im Zaume zu halten seien. Sollten durch irgendwelche

7.12.42

Maßnahmen große Teile der Bevölkerung einer gewissen Verzweiflung in die Arme getrieben werden, dann werde man mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben und Maßnahmen ergreifen müssen, die gewiß nicht erwünscht seien.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß auf die Tagesordnung der Hauptabteilungspräsidenten-Sitzung am 8. Dezember 1942 folgende Gegenstände gesetzt werden:

1. landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht
2. Arbeitseinsatzfragen
3. Generalgouvernementszulage
4. Holzbeschaffungsplan 1943.

17⁵⁰ T e e für die Teilnehmer an der Gouverneur-Sitzung im Kasino des Generalgouverneurs.

(Übernachtung des Generalgouverneurs auf der Burg)

1281
Krakau

Dienstag, den 8.12.1942

- 9³⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.
9⁴⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.
10³⁰ Hauptabteilungspräsidenten-Sitzung im Bankettsaal der Burg.
(Protokoll s. Beiakten)
16⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Rathaus.
16¹⁰ Großer Rechenschaftsbericht des Stadthauptmanns Rudolph Pavlu.

Nach einführenden Worten des Staatssekretärs Dr. Bühler gibt Stadthauptmann Pavlu einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der Stadtverwaltung der Regierungshauptstadt Krakau während des letzten Jahres und über die sich für die Stadt Krakau ergebenden Probleme der Gegenwart.

Im Anschluß an die Ausführungen des Stadthauptmanns Pavlu ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Ich möchte Ihnen, Herr Stadthauptmann, und allen Ihren deutschen Mitarbeitern in der Stadtverwaltung in unser aller Namen danken. Meine Absicht bei der heutigen Veranstaltung war, die Herrn der Regierung und mich über das Geschehen in der Hauptstadt des Generalgouvernements ins Bild zu setzen.

Wir wissen selbstverständlich auf Grund unseres dienstlichen Verkehrs mit Ihren Behörden einigermaßen Bescheid über die Vorgänge hier. Mit unserem heutigen Erscheinen im Rathaus soll auch eine Anerkennung der Leistungen der deutschen Stadtverwaltung Krakau verbunden sein. Die Regierung des Generalgouvernements

8.12.42

wollte bei Ihnen zu Gaste sein, um auch einmal insgesamt und korporativ den Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß ihr die Stadt Krakau so eine gastliche Heimstätte bietet; gleichzeitig wollte sie auch den Dank der deutschen Menschen dieser Stadt zum Ausdruck bringen für die Fürsorge, die sie ihnen zu teil werden läßt.

Die Sorgen, die Sie uns aufgezeigt haben, sind uns alle nicht neu. Aus allen Ihren Argumenten geht aber hervor, daß die Anwesenheit der Regierung des Generalgouvernements Ihrer Stadt nicht unbedingt und ausschließlich zum Nachteil ist, sondern im Gegenteil, daß die Möglichkeit eines direkten Kontakts mit der Regierung der Stadt viele Vorteile bringt. Aus allen diesen Beziehungen freundschaftlicher und dienstlicher Art hat sich bereits etwas wie ein Begriff herausgebildet, der Begriff nämlich, den die Stadt Krakau im weiten Reich als Ausdruck der kürzesten und prägnantesten Fassung unserer Aufbauarbeit im Generalgouvernement erhalten hat. Sie haben vielleicht zu wenig darauf Bezug genommen, daß der Begriff der deutschen Stadt Krakau allmählich erst wieder geschaffen werden mußte. Dies konnte geschehen durch die deutschen Leistungen in der Stadt; infolge der Bildung von kulturellen Einrichtungen in dieser Stadt stellt der Begriff Krakau bereits heute weit über die Grenzen des Generalgouvernements hinaus ein Programm dar.

Gerade in diesem Rahmen will ich bekennen, daß mich der Vorschlag, in Krakau die Hauptstadt des Generalgouvernements einzurichten, wie ich es dem Führer vorgeschlagen habe, noch in keiner Stunde gereut hat. Wir wollen daher auch das deutsche Element in dieser Stadt weiter fördern. Alle Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, kommen aus deutschem Interesse. Die Fehlbehandlung des Generalgouvernements durch zentrale Reichsstellen liegt immer darin, daß man im Reich glaubt, wir sorgten zu sehr für die polnische Bevölkerung

8.12.42

Die Fürsorge für die Polen im Generalgouvernement, soweit man von einer solchen reden kann, geschieht jedoch ausschließlich im deutschen Interesse. Nehmen Sie in der Stadtverwaltung Krakau zur Kenntnis, daß ich jede Maßnahme unterstützen werde, die Sie pflichtgemäß vorzunehmen haben, um die Versorgung der nichtdeutschen Bevölkerung dieser Stadt irgendwie sicherzustellen. Das liegt in Ihrem Interesse und im Interesse unseres Aufbauwillens und vor allem auch darin, die Gesamtordnung in diesem Raum aufrecht zu erhalten.

Es besteht kein Zweifel, daß das Generalgouvernement als Vorposten des Ostens wichtigstes Glied zwischen Heimat und weitem Osten ist und daß gerade der Hauptstadt Krakau eine ganz besondere Bedeutung als Kulminationspunkt des gesamten Verkehrs - wenigstens auf der Südstrecke - zukommt. Zur Zeit gibt es keinen Punkt, über den so unendlich viel hin- und herflutet, wie das im Generalgouvernement und hier ganz besonders in der Stadt Krakau der Fall ist.

Sie, Herr Stadthauptmann, stehen daher an bevorzugter und wichtiger Stelle. Mir persönlich war es eine große Freude, Ihrem Vortrag beiwohnen zu können, und ich möchte Ihnen sagen, daß wir Ihnen weiter helfen werden, daß wir Verständnis dafür haben, daß die deutsche Führung dieser Stadt herausgestellt werden muß. Ich glaube, daß neben dem Stadthauptmann ein eigener polnischer Bürgermeister gar nicht nötig ist; wichtig ist auch, daß die Stadt Krakau als Hauptstadt des Generalgouvernements sich in ihrer Position über das Distriktsniveau erhebt und daß gerade die Stellung des Stadthauptmanns herausgehoben wird. Ich werde deswegen mit Gouverneur Dr. Wendler sprechen und dafür sorgen, daß die fürsorge- und verwaltungsmäßige Leitung dieser Stadt im wesentlichen in eine direkte Beziehung zum Generalgouverneur und zur Regierung des Generalgouvernements kommt.

8.12.42

Mit dem heutigen Besuch, dem ersten korporativen Besuch der Regierung bei einer Stadtverwaltung wollte ich aber auch den Dank an die übrigen großen Stadtverwaltungen des Generalgouvernements zum Ausdruck bringen. Was sie alles in Radom, Warschau, Lublin und Lemberg leisten, das ist ja auch ein ganz wesentlicher Bestandteil unseres Aufbauwerkes im Generalgouvernement. Ich richte von hier aus an die Gouverneure die Bitte, sich der Stadtverwaltung in ihrer Distrikthauptstadt mit ganz besonderer Fürsorge anzunehmen. Es ist eines der beklagenswertesten Kapitel, wenn sich da und dort die Repräsentanz der Staatsverwaltung mit der Repräsentanz der Stadtverwaltung nicht gut versteht. Beim Dasein dieser beiden Lebensbereiche innerhalb des Staates wird oft aus mangelnder Erkenntnis dieser notwendigen Zweigleisigkeit eine Spannung erzeugt, die vom Übel ist.

Wenn das Generalgouvernement innerhalb des großdeutschen Raumes noch eine Art Autarkie darstellt, dann geschieht das auch nicht, um dem Generalgouverneur eine Freude zu machen, sondern nur aus dem sehr einfachen und durchsichtigen Grund, eine klare verantwortliche Stelle zu haben, an die man sich in den unangenehmen Fällen, alle Verantwortung abschiebend, wenden kann. So geschieht es auch innerhalb eines Landes mit den Stadtbereichen. Es ist unendlich schwieriger, 360 000 Menschen auf 150 qkm in Ordnung zu halten und zu versorgen, als das im weiten Raum oft eines Landkreises der Fall ist, wo auf einige tausend Quadratkilometer einige hunderttausend Bewohner treffen. Dort gibt es natürlich wieder andere Probleme.

Der Stadthauptmann veranstaltet Konzerte, kann Abendessen geben, kann Gäste aus dem Reich empfangen, kurz, er hat Gelegenheit, irgendwie mit einem Nimbus zu erscheinen. Es gibt nun Leute, die daran Anstoß

8.12.42

nehmen. Darüber müssen wir uns nun klar aussprechen: Herr Stadthauptmann, ich bin durchaus einverstanden damit, daß Sie Konzerte geben, Gäste empfangen, daß Sie nett Ihrer lebenswürdigen Art zum Durchbruch verhelfen; ich wünsche sogar, daß die Hauptstadt des Generalgouvernements im entsprechenden Rahmen repräsentiert. Ich habe jedenfalls keine Angst, daß Ihre Empfänge die Eintopfempfänge auf der Burg in Gefahr bringen. Wir verstehen uns!

(Heiterkeit)

Das ist einer der Komplexe, die oft zu Schwierigkeiten auch im Reich führen und die Spannungen zwischen der Bürgermeisterzentrale und der Staatszentrale auftreten lassen.

Für das Deutschtum in diesem Raum muß hier eine große Heimat-werdung kommen, und dazu trägt stadtbürgerliches Heimatempfinden bei, das aus dem stadtbürgerlichen Ehrenbild einer kultivierten und gemütlichen Stadthäuslichkeit entsteht. Wir wären nichts in diesem Land, wenn wir nicht das neue Reis einer Stadtentwicklung deutschen Charakters aufpfropfen würden. Hier war eine deutsche Stadtkultur durch viele Jahrhunderte hindurch und hier sprechen alte Zeugen zu uns. Mein Stolz wäre es, wenn ich hier lange bleibe, daß man einmal sagt, nicht Krakau ist das Nürnberg des Ostens, sondern Nürnberg ist das Krakau des Westens. Das läßt sich auch erreichen. Wieoft hat der Führer gesagt, daß Krakau so schön ist, und daß er sich freut, daß dort das deutsche Leben wächst.

Wenn man in anderen Bereichen sieht, wie schwer es ist, echte Kultur ohne Stadtzentren aufzubauen, dann muß man dankbar sein, daß wir hier Ansatzpunkte in den deutschen Städten besitzen. 600 Jahre deutsches Lublin! Das klingt zwar irgendwie vermessen, riecht stark nach einem Propagandatricks, aber es ist tatsächlich so: 600 Jahre deutsche Stadtgeschichte! Lublin

8.12.42

bedeutet jenseits der Weichsel ein großes Leuchten. Was die Österreicher in Lemberg in der Aufrichtung eines ~~Kleinen~~-Wiens geleistet haben, das bedeutet für uns, daß wir Stützpunkte haben auf dem ganzen Weg, den wir von Krakau bis nach dem Kaukasus noch zu durchschreiten haben, und diese heißen Krakau, Lemberg, Lublin, Warschau und auch Radom, von dem ich einmal scherzhaft sagte, daß es das Weimar des Generalgouvernements werden solle. Es ist selbstverständlich, daß dieses städtische kulturelle Streben auch für das Wirken der Regierung und aller Herren der Regierung des Generalgouvernements von größter Bedeutung ist.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß es nicht nur mit den Schematismen der kolonialen Ausbreitung auf dem Lande durch die Errichtung von Dörfern, Trutzhöfen usw. getan ist; denn das sind in sich geschlossene Punkte. In den Städten dagegen schafft das geballte Energiebild wahre Tradition. Wenn z.B. einer nach Krakau kommt, so wird er hier zum Deutschtum emporgezogen; auf dem Lande dagegen haben die Deutschen das Deutschtum aus sich selbst zu schaffen. In einer Stadt lagert es geballt wie ein großes Reservoir. Die Dörfer sind als Ruhepunkte für die Deutschen draußen wichtig, während die Städte deutsches Leben und deutsche Veranstaltungen den Besuchern vom Lande vermitteln müssen. Man soll eine gesunde Landflucht immer als einen Rest von vorhandenem Kulturbedürfnis ansehen und über die Städte nicht immer das Schlechteste sagen. Die Städte können nichts dafür, daß sie durch die Massierung der Menschen in ihrem Urkern entwertet werden.

Wir sind in Krakau in der glücklichen Lage, daß wir eine Großstadt haben, die zu gleicher Zeit eine deutsche Kleinstadt ist. In ihr leben 30 000 ^{deutsche} Menschen, von denen jeder die Sünden und Vorzüge des anderen kennt, jeder dem anderen kritisieren kann und in der alle mit einem echten und gesunden Neidempfinden erfüllt sind

1282
8.12.42

Man kann in ihr schon leben. Alles in allem aber ist diese Stadt von 30 000 Deutschen heute eines der stolzesten Aufstiegsmomente der deutschen Ostpolitik geworden. Diese 30 000 Deutschen tun treu und brav ihre Pflicht, ertragen alle Nachteile und nehmen alle Vorteile hin, ertragen auch, daß Krakau das schlechteste Brot im ganzen Generalgouvernement hat.

(Heiterkeit)

Ich möchte zum Schluß kommen. Ich bitte Sie, Herr Stadthauptmann, mit Ihrer Arbeit wie bisher fortzufahren, und davon überzeugt zu sein, daß die Regierung des Generalgouvernements an Ihrem Wirken großen Anteil nimmt. Das geschieht aus der Überlegung heraus, daß die Steigerung des deutschen Einflusses in Krakau eine der sichersten Grundlagen für die Fortsetzung ihrer Arbeit im Generalgouvernement ist. Ihnen und Ihren Mitarbeitern besten Dank und die Erklärung unserer Bereitwilligkeit, Ihnen jeder Zeit zu helfen.

In einer nachfolgenden kurzen Aussprache erklärt Stadthauptmann Pavlu, daß die Wohnungsneubauten an der Reichsstraße demnächst fertiggestellt werden. Die Qualität des Brotes sei nicht schlechter wie in den anderen Distriktshauptstädten, da überall eine 91 %ige Ausmahlung vorgeschrieben sei. Die deutschen Geschäfte in der Stadt seien ausreichend. Um eine gleichmäßige Verteilung der Kundschaft herbeizuführen, würden in nächster Zeit Kundenlisten eingeführt und für bestimmte Bezirke bestimmte Geschäfte festgelegt. Dadurch würde das Anstehen vermieden werden. Die Zahl der deutschen Ärzte betrage 25, die der Zahnärzte 4. Das Wohnungsproblem bereite sehr große Sorgen.

8.12.42

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt in diesem Zusammenhang, daß man die vielen Baulücken der Stadt mit Holzbaracken schließen werde, in die dann polnische Behörden kommen sollten. Auf diese Weise werde man geeigneten Wohnraum für Deutsche freimachen können. Der Zimmernachweis in den Hotels erfolge jetzt durch das Wohnungsamt. Dadurch sei auch auf diesem Gebiet eine wesentliche Besserung eingetreten. Infolge des Zuzugs des Wehrkreishefeshabers werde ein ganzer Hotelblock besetzt; er habe aber Vorsorge getroffen, daß die YMKA für Hotelzwecke freigemacht würde.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich zum Schluß für eine strenge Kontrolle des deutschen Zuzugs nach Krakau aus.

Unter Führung von Stadtbaumeister Stahl findet eine eingehende Besichtigung von in einem Nebenraum aufgestellten Modellen und ausgelegten Stadtbauplänen durch den Herrn Generalgouverneur statt.

18¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Mittwoch, den 9.12.1942

- 10⁰⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.
- 10³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den italienischen General Baggi in Gegenwart des Grafen di Fossombrone.
- 10⁵⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.
- 11⁰⁰ Regierungssitzung im Großen Saal des Regierungsgebäudes.
- (Protokoll siehe Beiakten)
- 15⁰⁰ Filmvorführung auf der Burg.
Zur Vorführung gelangen:
Der Film "Ordnung schafft Brot"
eine Wochenschau
Der Ufa-Film "Diesel" .
- 18³⁰ A b e n d e s s e n im Bankettsaal der Burg.
- 19³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Krakau.
- 19⁴⁶ Abfahrt des Sonderzuges nach Lemberg.

Lemberg

Donnerstag, den 10. Dezember 1942

- 7⁰⁰ Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof in Lemberg.
- 9⁴⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Schauspielhaus.
- 10⁰⁰ S t a a t s a k t aus Anlaß der Eröffnung des Behring-Instituts im Foyer des Schauspielhauses.

Nach der vom Standortmusikkorps Krakau vorgetragenen Ouvertüre zu Fidelio von Ludwig van Beethoven ergreift Gouverneur Dr. Wächter das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:

Herr Generalgouverneur! Hohe Gäste! Ich habe die Ehre und Freude, Sie, Herr Generalgouverneur, Sie, hohe Gäste, aus Partei, Wehrmacht und Staat, insbesondere Sie, hohe Vertreter der Wissenschaft, in Lemberg, der Hauptstadt des Distrikts Galizien, herzlich begrüßen zu dürfen, - in Lemberg, der östlichsten Stadt des Generalgouvernements, der östlichsten Großstadt Europas, die von der Arbeit und dem Aufbauwerk der Generationen deutscher Vergangenheit ein deutsches Gesicht trägt.

Lemberg und Galizien freuen sich über Ihren Besuch und über den Anlaß des Besuches. Es erscheint symbolhaft, daß kaum anderthalb Jahre, nachdem der deutsche Soldat dieses Land von der politischen Geißel des Ostens befreit hat, Ärzte und hohe Vertreter der Wissenschaft hier ein Institut errichten, durch das die Krankheitsgeißel des Ostens vertrieben werden soll. Hohe Gäste! Lemberg kann Ihnen in diesem dritten Kriegsjahr nicht den Empfang bieten, den es Ihnen gern bieten möchte. Es kann kein festliches Kleid anlegen, Ihnen keinen frohen Feiertag bereiten, es kann nicht dem Ruf entsprechen, den es in der Vergangenheit erworben hat, das Klein-Wien des Ostens zu sein. Der Willkomm, den ich Ihnen namens der Behörden und der Bevölkerung entbiete, ist aber darum nicht minder herzlich.

10.12.42

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

In den Ländern, die eine große Nation in einem Kriege erobert, gewinnt diese erobernde Nation Raum, sie gewinnt Grundlagen für die Erweiterung der Lebensfähigkeit der sieghaften Nation, gewinnt Segen über Segen. Wie immer auf dieser Erde ist aber auch in diesen Segen des neugewonnenen Raumes das Gift gemengt. Jede Eroberung, jede Erweiterung des Lebensraumes bringt auch eine Erweiterung der Krankheitserscheinungen. Die medizinische Erfahrung geht durch die Geschichte, daß im Umbruch der Umformung von Grenzbeziehungen zwischen Völkern und Kontinenten auch große Krankheitswanderungen, Krankheitsgebietserweiterungen stattfinden. Ich glaube, daß der Einbruch der Lepra in den Osteuropäischen Kontinent auf die Züge Alexanders zurückzuführen ist. Ich nehme an, daß die Beulenpest im Gefolge des Mongolensturms nach Europa kam. Wir kennen aus der Geschichte der Geschlechtskrankheiten das merkwürdige Phänomen der Ausbreitung der Syphilis im Zusammenhang mit Kriegszeiten.

So haben wir Deutschen nunmehr durch den Aufbruch des Ostens jene schreckliche Gefahr des Fleckfiebers uns unendlich nahegebracht. Wie immer bei diesen Gefahren medizinischer Art bedarf es, um diese Gefahren wirklich populär einsichtig und klar zu machen, erst der schrecklichen Ereignisse von Seuchen. Es ist eines der stolzesten Dokumente der deutschen Gesundheitsgeschichte, des deutschen ärztlichen Wirkens, daß man auf Grund der geballten Erfahrungen dem Fleckfieber von Anfang an den Krieg angesagt hat, einen speziellen Krieg, der neben dem großen Krieg einhergeht, einen Krieg, der mit den Waffen der Wissenschaft, der Forschung, der Institute ausgetragen wird, aber einen Krieg, der nicht weniger Segen beim Siege zu bringen verspricht als der Sieg, den das Militärisch-soldatische erringt.

10.12.42

Ich bin sehr glücklich, daß sich die deutschen Ärzte im Generalgouvernement - diese geringe Zahl von 140 Männern - im Dienste der medizinischen Forschung von Anfang an über diese Gefahr besonders klar waren, daß sie, auf den erprobten Erfahrungen der deutschen ärztlichen Wissenschaft weiterbauend, hier im Generalgouvernement die Errichtung einer Heimstätte für die totale Bekämpfung dieser größten Ostgefahr des Fleckfiebers ins Auge gefaßt haben.

Daß wir heute hier in Lemberg das größte Institut des Generalgouvernements zur Bekämpfung des Fleckfiebers errichten, verpflichtet mich als Generalgouverneur, zu einem besonderen Dank gegenüber den Ärzten. Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Wächter, und Ihren Mitarbeitern bin ich besonders dankbar dafür, daß Sie die Stadt Lemberg, die Hauptstadt Ihres Distrikts, uns besonders zur Verfügung stellten und wir nun die Möglichkeit haben, hier eines der größten wissenschaftlichen Institute aufzubauen. Ich danke auch allen anderen Beteiligten. Für die Regierung des Generalgouvernements kann ich nur versprechen, daß wir alles tun wollen, um der deutschen ärztlichen Forschung im Generalgouvernement im Interesse des gesamten deutschen Freiheitsringens, insbesondere auf dem Gebiet der Fleckfieberbekämpfung jede nur denkbare Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Der Gedanke an einen der größten Namen der deutschen medizinischen Forschung, Behring, weilt diese heutige Stunde. Dieser geniale Entdecker des Diphtherieserums, dieser gewaltige Erkennen der Giftimmunisierung, dieser gewaltige große Geist, dieser unvergleichliche deutsche Arzt leuchtet mit seinem unvergeßlichen Wirken auch über dem Forschen und dem Wirken der deutschen Ärzte auf dem Gebiete der Fleckfieberbekämpfung.

10.12.42

Wie Herr Gouverneur Dr. Wächter schon sagte, ist Lemberg einstmals ein kleines Wien gewesen. Wien aber ist im großdeutschen Lebensbereich eine allbekannte Stätte hervorragender medizinischer Forschung und Tätigkeit. Der Ruhm Wiens als einer Ärztestadt durchleuchtet die ganze Welt. So soll denn unter diesen beiden Traditionen Behrings und der deutschen ärztlichen Forschung, deren stolze Stätte Wien war, hier in Lemberg das gemeinsame Arbeitswerk entstehen.

Der Führer selber nimmt an dem heutigen Tage seinen Anteil. Auf meinen Antrag hat er den beiden bedeutenden Vorkämpfern der ärztlichen Wissenschaft und Forschung, denen wir auch den heutigen Tag verdanken, das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. - Ich rufe auf Herrn Professor Dr. Robert Kudicke und Herrn Dr. Wohlrab und darf die beiden Herren bitten, hier vorzutreten. - Herr Professor Dr. Kudicke, im Namen des Führers überreiche ich Ihnen das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse, indem ich Ihnen auch persönlich meine Anerkennung für die hervorragende Leistung ausspreche, die Sie auf dem Gebiet der ärztlichen Forschung vollzogen. - Herr Dr. Wohlrab, im Namen des Führers verleihe ich auch Ihnen das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse und spreche Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung für Ihre hervorragende Arbeit aus.

Ich begrüße nun in unserer Mitte vor allem den stellvertretenden Reichsärzteführer Dr. Blome. Durch Ihre persönliche Anwesenheit, Herr Professor Dr. Blome, bringen Sie zum Ausdruck, welches Interesse die gesamte deutsche Ärzteschaft an dem heutigen Festakt nimmt. Übermitteln Sie dem Herrn Reichsärzteführer meinen besonderen Dank für den Einsatz der Ärzte im Generalgouvernement. Übermitteln Sie ihm meine Anerkennung und meine wirklich dankerfüllte Verbundenheit

10.12.42

mit der deutschen Ärzteschaft, die dem deutschen Aufbauwerk im Generalgouvernement eine entscheidende Mithilfe geliehen hat. Ohne das Wirken der deutschen Ärzte hier könnte ich mir unser Aufbauwerk gar nicht mehr vorstellen.

Ich freue mich auch, die Vertreter der Wehrmacht begrüßen zu können. Die Ärzte der Wehrmacht helfen hier treu zusammen mit den Ärzten der allgemeinen Verwaltung am gemeinsamen Werk. Es kann wirklich nicht immer genau untersucht werden, ob es nun ein Arzt im militärischen Dienst oder im Zivildienst ist. Der Arzt ist, ganz gleich welche Uniform er trägt, eine der wichtigsten Gemeinschaftsfiguren unseres Volkes und stets bereit, ohne Rücksicht auf die Form Uniform, dem kranken Menschen zu helfen. Das ist die beste Tradition.

Es ist ein Glück für den Osten, daß er von Deutschland beherrscht werden wird. Die Völker dieses Raumes werden den Segen der deutschen Führung daran erkennen, daß mit dem deutschen Schwert die deutsche Wissenschaft, das deutsche Können und deutsche Vermögen auf allen Gebieten der Höherführung menschlicher Kräfte hier Einzug gehalten hat. In diesem Siegeszeichen eröffne ich das Behring-Institut für Fleckfieberforschung in Lemberg.

(Lebhafter Beifall)

Das Wort ergreift dann der Stellvertreter des Reichsärztesführers Professor Dr. Blome. Er überbringt dem Herrn Generalgouverneur und den Teilnehmern am Festakt die herzlichsten Grüße und Wünsche des Reichsgesundheitsführers, der, wie er sagt, es außerordentlich bedauere, infolge seiner starken dienstlichen Beanspruchung nicht selber anwesend sein zu können.

Professor Dr. Blome gibt dann einen Überblick über die Geschichte der Seuchen und Seuchenbekämpfung besonders im Kriege. Er schließt seine Ausführungen

10.12.42

mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Die Reichsgesundheitsführung ist Ihnen ganz besonders dankbar dafür, daß Sie sich in so vorbildlicher Weise, seit Übernahme Ihres Amtes als Generalgouverneur der schwierigen gesundheitlichen Belange angenommen haben. Die Ärzte haben mit Freude immer davon Kenntnis genommen, in welcher Weise Sie ihre nicht immer leichte Arbeit und Leistung anerkennen. Ich bin fest überzeugt, daß dieses ausgezeichnete Verhältnis auch in Zukunft weiter bestehen bleiben wird.

Wenn heute dank Ihrer Unterstützung und dank der weiteren Unterstützung durch die Wissenschaft und dem deutschen Unternehmergeist dieses Institut ins Leben gerufen worden ist, können wir mit Sicherheit annehmen, daß in absehbarer Zeit dieses Institut zur größten Fleckfieberforschungsstätte nicht nur Europas, sondern bestimmt der ganzen Welt werden wird. Daraus kann man ermessen, wie der Deutsche bemüht ist, nicht nur sich und seinem Volke auf gesundheitlichem Gebiete zu dienen, - er schützt mit seiner Tätigkeit und seiner Erfahrung zugleich auch die anderen Völker, die von diesen Krankheiten bedroht sind. In Wirklichkeit ist doch so, daß Deutschland heute nicht nur einen Schutzwall von Waffen gegen den Bolschewismus für das Abendland darstellt, sondern daß neben diesem Wall von Waffen auch ein Seuchenschutzwall errichtet wird. Wenn nicht beide Wälle so wunderbar ausgebaut wären, dann wären sicherlich ganz Europa und das ganze Abendland diesen Seuchen zum Opfer gefallen. Ich persönlich bin fest überzeugt, daß, nachdem dieser Krieg mit seinen Schrecken zum Siege geführt hat, einmal der Tag kommen wird, an dem auch die Welt anerkennen muß, welches wertvolle und unschätzbare Geschenk Deutschland in diesem Kriege durch die Rettung der abendländischen Kultur und der weißen Rasse der gesamten Welt gemacht hat.

10.12.42

Mit der von Medizinalrat Dr. Buurmann ausgebrachten Führerehrung und den Liedern der Nation findet der Festakt seinen Abschluß.

11⁰⁰ Besichtigung des Behring-Instituts durch den Herrn Generalgouverneur.

12⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause des Gouverneurs Dr. Wächter.

13³⁰ M i t t a g e s s e n im Foyer des Schauspielhauses.
Nach einer Begrüßungsansprache, in der Gouverneur Dr. Wächter auch die anwesenden Vertreter der italienischen und ungarischen Nation willkommen heißt, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Gouverneur Dr. Wächter! Wir alle danken Ihnen für den Empfang, den Sie uns bereitet haben. Ich wünsche dem heute gegründeten Institut im Namen aller, die hier Ihre Gäste sind, das beste Gedeihen-. Lemberg ist durch die Errichtung dieses Instituts zu einer wichtigen Stätte der Fleckfieberbekämpfung geworden. Die Bedeutung der Stadt wird durch dieses Institut auf einem wichtigen Gebiet wesentlich gesteigert. Ich beglückwünsche Sie dazu, daß Sie die schöne Aufgabe haben, dieses Institut zu betreuen. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit den Gästen aus dem Reich dafür danken, daß sie ins Generalgouvernement gekommen sind. Ich bitte Sie alle, meine Herren, die Erinnerung an diese schöne Stunde mitzunehmen. Was Sie hier sehen, was Ihnen hier so strahlend entgegenleuchtet, das ist alles bereits unter deutscher Verwaltung und Führung in diesem Raum geschehen. Wir bemühen uns, in den entscheidend schwierigen Punkten den Sowjetverfall wieder auszugleichen, eine neue Ordnung aufzurichten und Frieden und Segen im Dienste unseres großdeut-

10.12.42

schen Vaterlandes in dieses Land zu bringen. Wir stehen hier auf vorgeschobenen Posten; um so größer ist darum unsere Beglückung, daß wir mit der Errichtung dieses Instituts in die geistesgeschichtliche Entwicklung dieser Zeit einbezogen sind. Ich bin glücklich über den heutigen Tag, ist er doch ein Gewinn für das Generalgouvernement. - Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl der deutschen Ärzte.

14⁴⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause des Gouverneurs Dr. Wächter.

18³⁰ Der Herr Generalgouverneur trifft im Lemberger Opernhaus ein. Dortselbst findet eine Aufführung der Oper "Carmen" von Bizet statt. Die Mitwirkenden sind ukrainische Künstler und ein ukrainischer Operchor.

23¹² Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

Freitag, den 11. Dezember 1942

- 10¹⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs aus Lemberg am Krakauer Hauptbahnhof.
- 10¹⁵ Ankunft auf der Burg.
- 10³⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.
- 12⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberfinanzpräsident Spindler-Bremen.
- 12²⁵ Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky.
- 12³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Friderici und Major Korab.
- 17⁵⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Sonnabend, den 12. Dezember 1942

- 10²⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 11⁵⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.
- 12²⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner und Verlagsleiter Strozyk.

Verlagsleiter Strozyk berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß 3 000 Exemplare der Broschüre "Technik des Staates" fertiggestellt seien und nunmehr zum Versand gelangen würden. Die Nachfrage nach dieser Broschüre sei sehr lebhaft.

Schwierigkeiten bereitete die Papierbeschaffung, vor allem auch deswegen, weil in zunehmenden Maße reichsdeutsche Verleger von der Hauptabteilung Propaganda die Genehmigung erhielten, Bücher im Generalgouvernement drucken ^{zu} lassen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine eingehende Besprechung dieser Angelegenheit unter Teilnahme der maßgeblichen Stellen für die kommende Woche an.

Verlagsleiter Strozyk macht dann Ausführungen über die Personalsituation des Verlages, die im Hinblick auf die Einziehungen zur Wehrmacht immer schwieriger werde. Zur Zeit beschäftige der Verlag in seinen Unternehmungen ungefähr 5 000 Leute. - Die Gesamtauflage der "Krakauer Zeitung" halte sich seit einem Jahr auf 140 000 Exemplare, von denen 7 000 ins Reich gingen.

- 12⁵⁰ Besprechung mit Direktor Herbst-Berlin.
- 15⁴⁵ Kaffeetafel zu Ehren reichsdeutscher Ärzte und Wissenschaftler unter Führung des stellvertretenden Reichsärztesführers Professor Dr. Blome und in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. Siebert und Pressechefs Gassner.

12.12.42

Der Herr Generalgouverneur widmet den Gästen folgende Begrüßungsworte:

Meine Herren! Es war mir eine angenehme Pflicht, der Eröffnung des Behring-Instituts in Lemberg beiwohnen zu können. Ich wollte Sie nicht ins Reich zurückkehren lassen, ohne Sie auf der Burg zu Krakau empfangen zu haben. Für mich, den Staatssekretär und den Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung und die Herren, denen die Medizinalangelegenheiten amtlich besonders unterstehen, ist es eine ganz besondere Auszeichnung, eine solche Elite der deutschen ärztlichen Forschung und wissenschaftlichen Praxis begrüßen zu können. Mit großer Genugtuung erfüllt es mich, daß ich unter Ihnen den Reichsärzteführer, den Leiter der Seuchenabteilung im Innenministerium und prominente Ärzte aus Heer, Marine, Waffen-SS und Luftwaffe willkommen heißen kann.

Es ist das erste Mal, daß wir im Osten eine Forschungsinstantz von so großem Umfang errichtet haben. Ich entnehme daraus das Vertrauen der Heimat in dieses neue Gebiet und glaube, daß durch die Hinbezogenheit der Aufgaben, die wir uns gestellt haben, zum Reich für unser Gebiet ein neuer Stabilitätsfaktor geschaffen wurde. Dafür bin ich Ihnen besonders dankbar.

Nehmen Sie von dieser Burg zu Krakau die Erinnerung mit, daß von hier durch die Jahrhunderte hindurch ein schrecklicher Entschluß Wirklichkeit werden sollte, nämlich der Kampf gegen das Deutschtum im Lande.

Von dieser Burg schauen wir oft mit Sehnsucht in die Heimat und wissen dabei, daß wir auf einem vorgeschobenen Platz unsere Pflicht zu erfüllen haben. Daß uns die Ärzte dabei helfen, weiß ich.

12.12.42

Ich trinke auf das Wohl der deutschen Ärzte.

Stellvertretender Reichsärztführer Professor Dr. Blome dankt dem Herrn Generalgouverneur im Namen der Gäste für die freundliche Aufnahme, die Sie in Krakau und im ganzen Generalgouvernement gefunden hätten. Anlässlich seiner verschiedenen Besuche im Generalgouvernement habe er immer gewaltige Fortschritte, die die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements auf allen Gebieten erzielt habe, feststellen können.

Professor Dr. Blome sagt zum Schluß die tatkräftige Mithilfe der deutschen Ärzteschaft bei der Meisterung der Probleme des Generalgouvernements auf ärztlichem Gebiet zu.

19⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

1302

Kressendorf

Sonntag, den 13. Dezember 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Montag, den 14. Dezember 1942

- 10⁵⁵ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.
- 11⁰⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.
- 12⁰⁰ Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.
- 16⁰⁰ Arbeitstagung der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP.

Nach Eröffnung der Tagung durch den Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank erstattet Hauptabschnittsleiter Stahl einen Bericht über die Tätigkeit der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs im Jahre 1942.

Darauf ergreift Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank das Wort.

Er führt aus:]

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Das Jahr 1942 wird in die Geschichte unseres deutschen Volkes als eines der schwersten und problemreichsten Kampfsjahre eingehen, die wir bis jetzt erlebt haben. Die beiden großen Reden, die der Führer in den letzten Monaten bei Eröffnung des Winterhilfswerks in Berlin und aus Anlaß unseres Jahrestages in München gehalten hat, haben dem deutschen Volke, insbesondere den Parteigenossen und Parteigenossinnen schon gezeigt, mit welcher tiefem Ernst, aber auch mit welcher unabänderlichen Siegeszuversicht und mit welchem Zukunftsglauben der Führer dieses Problem ansieht.

In dem zunehmenden wuchtigen Ernst der Kriegslage müssen die Menschen, die ein solches Schicksal zu tragen haben, müssen insbesondere wir Deutschen und Nationalsozialisten immer wieder feststellen, dass das, was uns persönlich angeht oder interessiert, gleichgültig ist gegenüber dem, was der ewigen Gemeinschaft

14.12.42

zugehört und zugebracht ist. In diesem Prozeß der Auseinandersetzung zwischen den individuellen Belangen und den Belangen der Gemeinschaft hat die NSDAP bis jetzt ihr größtes geschichtliches Verdienst.

Wenn Sie die Gesamthaltung und die Gesamtlage des deutschen Volkes als den Ausdruck des Willensimpulses im vierten Jahr dieses Krieges vergleichen mit der seelisch-geistigen Grundhaltung, mit der Bildung des Stimmungsmilieus des vierten Jahres des Weltkrieges von 1914 bis 1918, dann kann das Positive dieser Zeit gegenüber dem fast ausschließlich Negativen jener Zeit nur verstanden werden, weil die NSDAP existiert. Das bedeutet, daß die Partei, daß unsere Bewegung mit der totalen Willensbildungsbeherrschung des deutschen Volkes, mit der Ausschaltung jeglicher Störungsfaktoren von dieser Willensbildung, mit der festen Sicherung der Grundhaltung unseres Volkes das entscheidende Verdienst auch an der Durchsetzung des Siegeswillens unserer Nation hat. Wenn also je eine politische Bewegung gerechtfertigt war, dann ist es die unsere in dem Ablauf gerade dieses Jahres.

Dieses Jahr brachte uns, wie Sie das aus den Führerreden vernommen haben, die grundsätzliche Umstellung, die etwa strategisch ganz kurz dahin zu deuten wäre, daß wir vom Angriff auf die Verteidigung übergegangen sind. Der Führer sagte in seiner großen Rede bei Eröffnung des WW, daß wir in dieser Defensive, in dem Festhalten dessen, was wir haben, auch jetzt unsere starke Aufgaben sehen. "Mögen sie anrennen," so sagte der Führer, "soviel sie wollen, wir werden das, was wir haben, behalten". Seien Sie, Parteigenossen und Parteigenossinnen, daher unentwegt tätig in der Klarlegung des Gedankens, daß diese Defensive nicht etwa die Aufgabe oder Zurückschraubung unseres

14.12.42

Kriegsziels bedeutet, sondern sie legt geradezu fest, daß wir, wenn wir das, was wir erobert haben, behalten können, auf jeden Fall den Krieg gewonnen haben. Man darf und muß diese Erkenntnis unausgesetzt auch dem deutschen Volke vermitteln.

Seien wir uns darüber klar: Deutschland verfügt heute über Europa. Die wenigen Restchen und Splitterchen, insbesondere die, die nicht unmittelbar heute schon von den Achsenmächten beherrscht werden, bilden weder zahlenmäßig noch machtmäßig eine Potenz, mit der ernstlich irgendwie zu rechnen wäre. Die übrigen Mächte, insbesondere auch die neutralen, haben sich irgendwie in das Machtsystem eingefügt. So verfügt denn ganz Europa zum ersten Mal in seiner Geschichte über eine einheitliche klare Führung. Innerhalb dieser Führung aber besitzt das deutsche Volk unter Adolf Hitler im nationalsozialistischen Großreich unserer Bewegung die eindeutige Vorrangstellung. Sagen Sie bei Auseinandersetzungen mit irgendwelchen Repräsentanten der Bedenklichkeit, sagen Sie jenen Miesmachern, die sich an Sie heranmachen wollen, daß es jetzt darum geht, das, was wir haben, nicht aufzugeben, sondern zu behalten, damit wir den Krieg siegreich bestehen können.

Die Gebiete, die wir im Osten haben, sind so enorm groß, und in ihrer Zukunftsreichhaltigkeit bedeuten sie eine so gigantische einmalige Erweiterung des Lebensraumes unseres Volkes, daß damit auf Tausende von Jahren hinaus das Lebensproblem unseres Volkes gelöst ist, was die Ernährung der Bevölkerung, die Arbeitssicherung, die Möglichkeit der Autarkiebildung weit über die typisch europäischen Lebensmittelarten hinaus angeht. Ist uns doch die Möglichkeit gegeben, Baumwolle anzupflanzen, mit Koxagys Gummireserven zu bilden,

14.12.42

große Holzvorräte anzulegen. Ich glaube also, daß die doch von vielen propagandistisch vielleicht schwer empfundene Umstellung unseres Propagandaapparates von der steten Angriffsenergie zur sogenannten Defensivenergie von uns absolut positiv behandelt werden kann.

Es besteht auch keinerlei Anlaß, angesichts der Wirklichkeit der Dinge an unserem Siege und am Durchhaltewillen unseres Volkes zu zweifeln. Seien Sie überzeugt, daß die Führung dieses Reiches wohl den Mut hätte, vor diesem Volke, insbesondere vor einem so kleinen Gremium wie dem heutigen es ganz offen zu bekennen, wenn es anders wäre. Der Führer und alle seine Mitarbeiter haben das Vertrauen, daß man heute dem Volke jede Wahrheit sagen könnte. Aber es besteht kein Anlaß dazu. Was da und dort immer wieder an miesmacherischen Bedenken aufsteigen möge, das ist nichts anderes als eine bewußte Verkenning der wirklichen Lage. Und die wirkliche Lage ist so, daß sich das Anrennvermögen der Amerikaner, Engländer und Russen gegen unsere geschlossene europäische Welt mehr und mehr totlaufen wird. Mit mir sind alle der festen Überzeugung, daß die schweren Ereignisse dieses Jahres letzten Endes von uns mit offenen Augen gesehen werden müssen. Wir waren auch vielleicht da und dort schon etwas verwöhnt, weil wir immer nur durch Sondermeldungen erfahren durften, welche neuen Städte und Gebiete, welche neuen Flüsse, Gebirge, Länder, Territorien, Kontinente, wir erobert haben. Und nun trat plötzlich die Notwendigkeit ein, das, was wir in vier Jahren erobert haben, einmal zu verteidigen, - plötzlich kam da und dort ein Umschwung. Im übrigen müssen wir aber auch das außergewöhnliche Faktum feststellen, daß z.B. ganz Frankreich heute besetztes Gebiet ist, was seit Karl dem Großen nicht der Fall war. Wir können mit Fug und

Recht sagen, daß dieses Territorium des Westens, eines der reichsten Gebiete der Welt, eines der stärksten Pfänder in unserer Hand bedeutet. Die nahrungsmäßige Unterbauung der Gesamtsituation durch die Einbeziehung Frankreichs, des fruchtbarsten Gebietes von ganz Europa, in unseren unmittelbar beherrschten Lebensraum wirkt sich genau so stark aus, bedeutet genau so eine Untermauerung unserer Gesamtlage wie etwa die Besetzung des Ostens. Darauf möchte ich mit besonderem Nachdruck hinweisen. Es ist zu wenig davon die Rede. Auch mögen politische Gründe vorgebracht werden, die ich andeuten will, daß wir die Besetzung Frankreichs nicht so herausstellen. Aber in diesem Kreise, Parteigenossen und Parteigenossinnen, möchte ich doch sagen, daß die Potenz ganz Frankreichs in unserer Hand im vierten Kriegsjahre eine ungeheuere Bereicherung unserer Macht und unserer Gesamtlage bedeutet.

Wenn Sie so mit mir den Blick auf die Gesamtlage Europas und die Situation der Kriegsführung wenden, so möchte ich auch einmal ein ganz ernstes Wort über Italien sagen. Die letzte Rede des Duce Benito Mussolini war eine angesichts der Gesamtsituation so hervorragende staatsmännische Leistung, ein so grandioser Ausdruck der Schicksalsverbundenheit mit diesem Volk, daß ich Sie sehr bitten würde, Parteigenossen und Parteigenossinnen, auch im engsten Rahmen jegliche Kritik zu vermeiden, zu lächeln oder vielleicht irgendeine zurückhaltende Stellung gegenüber unserem Bundesgenossen einzunehmen. Der Duce Benito Mussolini und die bedeutendsten Männer Italiens sind absolut entschlossen, an der Seite des Führers und des nationalsozialistischen Reiches bis zum Endsieg auszuharren. Gerade weil es von der Gegenseite versucht wird, Italien irgendwie in seinem Widerstandswillen zu erschüttern, müssen und wollen wir alles tun, um die Achtung vor diesem gewaltigen Mann Benito Mussolini, um im gewissen Sinne auch die kameradschaftliche Anerkennung der militärisch-soldatischen und

14.12.42

volksmäßigen Leistung Italiens in diesem Kriege immer wieder in den Vordergrund zu rücken. Gerade in der nächsten Zeit wird es notwendig sein.

Sie wissen also, daß etwa in dieser Richtung die allgemeine stimmungsmäßige Entwicklung des deutschen Volkes vor sich zu gehen hat. Daß die Ernährungslage des Deutschen Reiches sich in den letzten Wochen und Monaten doch einigermaßen gebessert hat, müssen wir feststellen. Offensichtlich sind die größten Schwierigkeiten auf dem Ernährungsgebiet überwunden. Was Parteigenosse Göring sagte, daß es von jetzt an immer besser werden wird, ist absolut zutreffend.

Wenn wir den Blick in die Weite lenken und überall sehen, welche ungeheuren Anstrengungen unser Volk auf sich zu nehmen hat, um sich auf dieser Welt zu behaupten, welche Bedeutung dieses Ringen um die Behauptung in dem immer ernster werdenden Entscheidungspunkt des Krieges, dem wir ja nahe sind, hat, so können wir ermessen, daß von uns aus gesehen die Lage Deutschlands immer insofern entscheidend ist, als das Generalgouvernement mit seiner eigenen Existenz von der Situation des Reiches völlig abhängig ist.

Wir können heute drei große Gebiete unterscheiden, über die das Reich verfügt. Das erste ist das Heimatgebiet. Zu diesem Heimatgebiet des deutschen Reiches nach dem Stande vom September 1939 gehören das Protektorat und die seit 1939 in das Reich eingegliederten Gebiete von Ostpreußen, der Reichsgau Wartheland, der Reichsgau ^{Danzig-}Westpreußen, Schlesien und Oberschlesien. Drüben im Westen wird Elsaß-Lothringen gleichsam als ein Bereich des Großdeutschen Reiches behandelt. Luxemburg, Eupen-Malmedy sind mit einbezogen, ferner im Süden die Steiermark und Kärnten. In diesem eigentlichen Heimatgebiet gelten die deutschen Reichsgesetze, gilt ausschließlich die Autorität des Reiches, der Reichsregierung und der Gauleiter.

14.12.42

Neben diesem Heimatgebiet liegt der Bereich der besetzten Gebiete, die wiederum in verschiedene Bereiche aufgeteilt sind. Wir haben besetzte Gebiete, die unter Reichskommissaren stehen wie etwa Norwegen und Holland, wir haben andere besetzte Gebiete, die wie Belgien und Frankreich unter Militärbefehlshabern stehen. Wir haben endlich jene Teile der besetzten Gebiete, die irgendwie in eine eigene Verwaltung genommen worden sind wie die Ostgebiete. Zu ihnen gehört das Generalgouvernement unter dem Generalgouverneur, der wiederum dem Führer unmittelbar unterstellt ist. Die besetzten Ostgebiete unterstehen dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, ihm unterstehen die Reichskommissare und diesen wieder die Generalkommissare. In dieser Fülle von Bereichen und mit den verschiedenen aus den Notwendigkeiten der Zeit sich ergebenden Verwaltungsmethoden ist die gesamte staatliche Arbeit des Krieges nach jeweils verschiedener Grundsätzen zu leisten.

Das Generalgouvernement stellt das Älteste der besetzten Gebiete dar. Bei der letzten Regierungssitzung am vergangenen Mittwoch habe ich schon einen eingehenden Einblick in die Geschichte des staatlichen Bereiches dieses Gebietes gegeben. Für mich ist es heute wichtig, festzustellen, daß es dem Generalgouvernement als Verwaltungskörper geglückt ist, im wesentlichen mit dem ihm gestellten Aufgaben fertig zu werden. Wenn der Staat Generalgouvernement sich durchgesetzt und seine Prinzipien, die ich damals aufgestellt habe, auch hat durchhalten können, so liegt das vor allem in der Notwendigkeit begründet, angesichts deren diese Einrichtung geschaffen wurde. Ich, der ich dieses ganze Gebäude aufgerichtet habe, bin mir darüber klar, daß es wie alle menschliche Arbeit seine großen Schatten und Fehler hat. Aber im allgemeinen hat mir noch niemand ein besseres Rezept gezeigt, vor allem ist mir

14.12.42

in den anderen besetzten Gebieten keine Methode vorgewiesen worden, die etwa der unseren gegenüber einen Vorrang oder größeren Wert besäße. Das Generalgouvernement ist etwas durchaus Einzigartiges geblieben und wird es in seinem Bestande bestimmt bis zum Ende des Krieges auch bleiben. Alle Vermutungen, Erwartungen oder auch Hoffnungen darauf, daß das Generalgouvernement vom Führer noch während des Krieges aufgeteilt, ins Reich eingegliedert oder irgendwie in seiner grundsätzlichen Struktur geändert werden soll, sind an der bekannten ehernen Grundhaltung des Führers, nach der im Kriege nur das notwendigste zu geschehen hat, gescheitert. Allenfalls wäre die Aufteilung des Generalgouvernements in drei Reichsgaue Krakau, Lemberg, Warschau oder sonstiger Gauhauptstädte oder in fünf Reichsgaue infrage gekommen. Aber die Entwicklung dahin, die vor allem von manchen Stellen wie dem Reichsinnenministerium betrieben wurde, wurde vom Führer abgestoppt. Die Unruhe, die im staatlichen Sektor hierdurch entstand, war eigentlich bei uns viel geringer als in den Zentralen des Reiches. Es ist klar, daß dieser alteingefuchsten Zentralbürokratie des Reiches ein Gebilde wie dieses nicht in den Kram paßt. Natürlich ist es ihr unangenehm, daß nicht jede ihrer Tausende und Abertausende von dienstlichen Vorschriften, Verordnungen, Erlassen ohne weiteres auch im Generalgouvernement durchrollt, sondern daß wir hier die völlig eigene Sperre besitzen, daß wir eine Selbständigkeit im staatlichen Rahmen durchhalten müssen, nicht gegen das Reich, sondern im Dienste des Reiches. Die Sehnsucht, dieser Bürokratie, die zentrale Linie bis ins letzte auszuweiten, wird völlig ausgeglichen durch die realpolitische und wirklichkeitsnahe Einsicht jener, die genau wissen, daß es besser ist, man hat einen Generalgouverneur und eine Regierung in einem besetzten Gebiet oder einem

14.12.42

neu eroberten Land, auf die dann allerdings die gesamte Verantwortung für das Funktionieren der Verwaltung in diesem Gebiet fällt. Und es hat sich praktisch doch gezeigt, daß diese Verwaltung in Ordnung ist, worüber ich Ihnen wohl nichts zu sagen brauch. Gerade in diesem Jahre ist es offenbar geworden, daß der Aufbau, den das Generalgouvernement vollzogen hat, unerschütterlich ist. Der von mir ehern festgehaltene und vom Führer in seiner grundlegenden Verordnung vom 26. Oktober 1939 festgelegte Grundsatz der Einheit der Verwaltung, der Zusammenfassung aller Zuständigkeiten in der Hand einzelner Persönlichkeiten ist so zukunftsweisend, daß wohl mein Wort zu Recht besteht, nach welchem das Generalgouvernement eigentlich ein Laboratorium für Verwaltungsstudien und für die Grundsätze ist, nach denen in Zukunft verwaltet werden soll.

Diese staatliche Seite des Generalgouvernements hat demnach eine feste Grundlage, im Willen des Führers ruht seine Existenz, auf der Notwendigkeit seiner Sonderleistungen beruht die Art der Führung, in der Bewährung seiner Existenz liegt die Durchhaltung dieser Einrichtung.

Für die Partei war mir nun die Notwendigkeit einer eigenen Organisation aufgegangen, als etwa mit Ende des Jahres 1939 schon die ersten größeren Scharen von Deutschen in das Generalgouvernement hereinzuströmen begannen. Unter diesen Deutschen bildeten sich damals so gewisse Zirkel und Kreise, Stammtischgesellschaften und Fidelitäten aller möglichen Art. Demgegenüber ergab sich die Notwendigkeit, die politische wie die stimmungsmäßige Ausrichtung dieser Deutschen nach reichsdeutschen Grundsätzen herbeizuführen, mit anderen Worten, die NSDAP hier organisch zu verankern.

Es war nun die Frage, wie die Partei in Erscheinung treten sollte. Zwei Dinge vor allem waren hier nicht

14.12.42

möglich. Wir konnten für das Generalgouvernement nicht die Form des Gaues übernehmen; denn 1939/40 war noch viel weniger als heute überhaupt von der die Möglichkeit die Rede, daß das Generalgouvernement als gauartiges Gebilde in Erscheinung treten konnte. Wir konnten aber auch nicht etwa ähnlich wie im Protektorat die Betreuung der Parteiangelegenheiten durch einen der umliegenden Gaue oder gar die Hereinstellung nur der angeschlossenen Verbände wie der Arbeitsfront oder der Gliederungen in dieses Gebiet ohne jede organisatorische Zusammenfassung der Parteigenossen in diesem Raume auf uns nehmen.

Bei diesen Überlegungen kam mir nun der Gedanke von dem eigenen Arbeitsbereich, einem Zwischending zwischen Gau- und Reichsorganisation. Dieser Gedanke wurde von dem damaligen Stellvertreter des Führers aufgegriffen und angenommen. Mit diesem Arbeitsbereich "Generalgouvernement" der NSDAP hat somit genau so wie im staatlichen Verwaltungssektor des Generalgouvernements an sich auch eine völlig neuartige Organisationsform in die Partei ihren Einzug gehalten.

Dieser Arbeitsbereich war von mir nach folgenden Grundsätzen, die auch anerkannt wurden, gedacht: die Leitung des Arbeitsbereiches mußte in Personalunion beim Generalgouverneur liegen. Das ist selbstverständlich und wird auch in Zukunft unerlässlich notwendig sein; denn nur die Personalunion von Generalgouverneur und Leiter des Arbeitsbereiches gibt die autoritären Möglichkeiten, für den Staat der Parteilmann zu sein und für die Partei dem Staat nahe zu stehen. Das ist völlig klar und hat sich tatsächlich

14.12.42

auch bewährt. Ganz gleich, wer immer hier Generalgouverneur ist, er muß in Personalunion der Führer der Deutschen in diesem Raume sein. Würde man von dieser Personalunion absehen - und es gab natürlich wie immer Bestrebungen, soll sie auch noch geben, diese Personalunion aufzulösen, - so würde ja dieser arme Generalgouverneur, gleichgültig, wer es ist, auf die Zustimmung der Polen angewiesen sein; denn er hätte dann eigentlich niemanden mehr, auf den er sich unmittelbar in diesem Lande berufen könnte.

Die Repräsentanz der deutschen Autorität in diesem Raum muß selbstverständlich parteigenössisch und Parteigeschichtlich in demselben Zusammenhang stehen wie das Entstehen des Reichsgaues. Der Reichsgau kommt ja nicht aus der geographischen Staatssphäre, sondern aus der parteiorganisatorischen Form des damaligen Gaues. Die Gae waren damals etwa den Reichstagswahlkreisen angegliedert, - eine Tatsache, die vielfach unbekannt ist, auch heute keine Rolle mehr spielt; denn wir haben damals diese Gauorganisation aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen eingeführt.

Diese Einheit der Parteiorganisation soll sich nun auch, soweit es mit den Parteigrundsätzen vereinbar ist, nach unten fortsetzen. Deshalb war es meine Absicht, auch in den Distrikten möglichst die Führung der Partei in Personalunion mit den Staatsstellen zusammenzufassen. Hier liegen, wie Sie wissen, große Probleme. Im Reich hat sich die Tendenz sehr deutlich durchgesetzt, daß man die Regierungspräsidenten von der Personalunion trennt, daß man auch den Landrat vom Kreisleiter trennt. Wir stehen auch im Generalgouvernement in dieser Entwicklung. Man geht mit dem Gedanken um, unter dem einheitlichen Arbeitsbereich Stellen für Kreisleiter der NSDAP im Generalgouvernement zu errichten, wobei jeder Kreis dann

14.12.42

mehrere Kreishauptmannschaften umfassen soll usw.. Von seiten der Staatsrepräsentanten im Generalgouvernement werden gegen diesen Plan erhebliche Bedenken geäußert. Wir befinden uns mitten in der Auseinandersetzung, nach denen gehandelt wird. Die Parteikanzlei hat, wie man uns erzählt, das Programm zunächst erst einmal etwas zurückgestellt. Ich nehme an, daß wir zu einer Lösung kommen werden, die den Wünschen aller Beteiligten gerecht wird. /-über die Grundsätze,

Die Einheit des Arbeitsbereiches sollte nun vor allem von dem Begriff des Parteigenossen schlechthin ausgehen. Das war meine Absicht; denn die Zahl der Deutschen im Raume ist an sich schon gering, sie beträgt, gemessen an der Gesamtbevölkerung, wie ich vertraulich sagen kann, kaum 3/4 pro Mille. Die Zahl der anderen dazu gekommenen Reichsdeutschen ist nicht so erheblich, daß sich dieser Prozentsatz wesentlich vergrößern würde. Aber die Zahl der alten Nationalsozialisten, insbesondere der parteiorganisatorisch geschulten und erfaßten innerhalb dieser an sich schon geringen Zahl von Deutschen, war nun so gering, daß ich, wenn ich nach dem Vorbild des Reiches gleich begonnen hätte, die angeschlossenen Verbände und Gliederungen aufzuziehen, vor lauter angeschlossenen Verbänden und Angehörigen der Gliederungen keine Partei im Lande gehabt hätte.

Deshalb mußte ich also auf den Begriff des Parteigenossen und der einheitlichen Partei zurückgehen. Wie Sie wissen, wurde dieser Grundsatz auch ganz zäh durchgehalten. Immer wieder wurden Versuche und Bestrebungen dagegen wach, - mein Gott, Ausbrecher gibt es überall, - aber es gelang doch, und hier hat wirklich die Partei des Reiches, nicht nur die Parteikanzlei, geholfen, die Einheit der Bewegung durchzuhalten. An dieser Einheit der Bewegung muß auch grundsätzlich festgehalten werden.

14.12.42

Wenn nun nach und nach teils in vorsichtigem Tempo, teils aber auch mit der Energie des alten Kämpfers der Partei die angeschlossenen Verbände hier zu leben beginnen, dann freue ich mich, aus Ihren Berichten zu ersehen, daß Sie sich so gut entwickelt haben. Und ich kann allen Parteigenossen, die sich auf diesem Gebiete betätigt haben, nur meinen herzlichen Dank dafür aussprechen. Vor allem freut mich der machtvolle Aufstieg der SA und ihr kämpferischer Schwung. Ich glaube, daß gerade mit dem Entstehen der SA im Generalgouvernement eine der weltanschaulich klarsten, sichersten und unbedingtesten Gliederungen der Bewegungen in die Erscheinung trat.

Die angeschlossenen Verbände sollen von uns betreut werden, sie sollen auch leben. Ich wünsche auch, daß sie sich entwickeln. Nur mögen sich die angeschlossenen Verbände erst dann endgültig etablieren, wenn sie sich vorher über Art und Umfang der Arbeit, über ihren organisatorischen Aufbau und vor allem auch über die Persönlichkeiten, die in ihnen tätig werden sollen, klar geworden sind. Es geht nicht an, daß das Erscheinen irgendeines angeschlossenen Verbandes mit großem Tamtam hier im Lande kund getan wird und irgendein Vergessener, Verlorener, Einsamer beginnt, diesen mit Pathos verkündeten Zukunftsentschluß schon jetzt in die Tat umzusetzen. Es ist viel besser, daß wir uns dafür Zeit lassen. Sorgen Sie dafür, daß das Auftreten der angeschlossenen Verbände, wenn sie in Erscheinung treten, mit dem Ansehen der Bewegung als machtvoller Gliederung der deutschen Geschichte vereinbar ist.

Es ist selbstverständlich, daß innerhalb dieser organisatorischen Fragen noch gewisse Entwicklungen Platz greifen. Angesichts der komplizierten Mechanismen und einmaligen Erscheinungsform bin ich mir klar darüber, daß die endgültige Form dieses Gebietes eine völlig andere sein wird als die, die wir heute haben.

14.12.42

Aber wir müssen uns auch in der Parteiarbeit immer wieder dessen bewußt sein, daß es viel besser ist, wir arbeiten in dem bescheidenen Rahmen, den wir heute haben, als daß wir im Hinblick auf etwas Kommendes die Tagesarbeit begrenzen. Ich bitte daher auch, Fragen, die jetzt innerhalb der Bewegung nicht unbedingt gelöst werden müssen, nicht zu behandeln. Ich bedauere, daß es noch so viele Parteiämter im Reich gibt, die sich offensichtlich mit uns völlig fernliegenden Fragen beschäftigen, die tatsächlich auch unwichtig sind. Es ist geradezu belustigend, zu hören, daß irgendeine für die Kirchenpolitik des Ostens interessierte Dienststelle der Parteikanzlei ihren Sendboten uns herüberschickt, der sich danach erkundigen soll, wie etwa die Baptisten polnischer Volkszugehörigkeit ihre Ehe schließen. Solche Fragen, bei denen es sich vielleicht alles in allem um 20 000 Menschen handelt, sind ganz unwichtig und beschäftigen uns in gar keiner Weise. Auch andere Fragen, bei denen es sich im einzelnen darum handelt, ob und wie dieses oder jenes Teilproblem, das im Reich schon längst gelöst ist, bei uns gelöst werden wird, kann man bei uns nicht in allem und jedem so behandeln, wie es im Reich geschehen ist. Der grundsätzliche Fehler liegt eben darin, daß man glaubt, die neuen Gebiete nach denselben Grundsätzen behandeln zu können, die im Altreich Geltung haben. Hier liegt ein grundsätzlicher Denk-, ja ein Weltreich-Konstruktionsfehler vor. Wir sind das Nebenland des kommenden Reiches und müssen in neuen Formen experimentieren. Unmöglich kann das, was in Bad Kissingen, in Reichenhall, in Hamburg, in Köln oder sonstwo gilt, ohne weiteres im Osten zur Anwendung kommen, nur damit das alte überlebte Schema von zu Hause Bestand behält. Die meisten Fehlerquellen wie auch manche Ärgernisse stammen daher, daß man einfach das Generalgouvernement als eine Provinz des Reiches oder einen Reichsgau ansieht und glaubt, damit

14.12.42

das ganze Problem gelöst zu haben. Die Herren der Zentralstellen, wo sie sich auch befinden, mögen zur Kenntnis nehmen, daß der Führer eine sehr große Sicht in die Zukunft eingeleitet, daß er diese neuen zusätzlichen Lebens- und Wirkensformen für die Deutschen geschaffen hat. Nicht wir haben uns den alten Formen einzufügeln, sondern die dann für uns unbrauchbaren gewordenen Formen des Reiches haben sich den neuen Weltreichsbedürfnissen anzupassen. Das ist die Lage. Und das Problem, das sich hier ergibt, gilt grundsätzlich allüberall für die neuen Formen. Wenn da und dort neue Spannungen vorhanden sind, so beruhen sie zumeist auf gegenseitigem Mißverständnis: vielleicht verstehen wir die Güte und Fürsorge mancher Zentralstellen des Reiches falsch. Wie dem aber auch sei, - für die Partei ist die Lage so, daß sie in ihrer Eigenheit diese neue Erscheinungsform des Parteiwesens an sich darstellt. Immerhin war doch das Parteilieben klarer, traditionsloser und freier von jeglicher Gegenströmung noch nirgendwo anders als in diesem neuen Gebiet. Denn hier galt es nicht, etwas Altes abzulösen, sondern wir bauten eine eigene Organisation völlig neu auf, - und das war uns die NSDAP. Wir übernahmen auch niemanden aus anderen Parteien oder anderen Gliederungen, wir hatten keine andere Bewegung im Raume zu beseitigen, sondern hier entstand mit dem deutschen Leben zugleich auch das Neue.

Und das gibt nun auch dem Erscheinungsbild unserer Bewegung hier im Raum das gewisse Zukunftsblitzende, das etwas merkwürdig in den Dingen selbst noch Stehende. Es gibt ihr diesen kolonial-imperatorischen Anstrich, das vorsätzlich und bewußt die Dinge Meisternde und weniger im Programmatischen Herumschlürfende. Das führt dazu, daß sich der Arbeitsbereich Generalgouvernement immer stärker erhebt und von den Deutschen als weltanschauliche Repräsentanz der Heimat anerkannt wird.

14.12.42

Ich sehe also, ganz allgemein gesprochen, ^{aus} in der Einrichtung des Arbeitsbereiches eine der größten Notwendigkeiten für den staatlich-organisatorischen Aufbau des Generalgouvernements entstehen. Ich könnte mir die Arbeit des Staates hier überhaupt nicht ohne die Bewegung, ohne die klare Gewissheit der Führung und steten Betreuung der Deutschen in diesem Raum vorstellen. Ich sehe vor allem in dem Arbeitsbereich die Erscheinungsform einer neuen Aufgabenstellung. Wenn wir z.B. die beiden äußeren Schematismen des Staates und der Partei bei uns ganz allgemein einer Betrachtung unterziehen, so möchte ich für beide sagen, daß sie sich hervorragend bewährt haben, daß auch die Zusammenarbeit beider im allgemeinen recht erfreulich ist.

Alle Probleme, die irgendwie zur Frage stehen, werden intern ausgetragen; es gibt darüber keine wesentliche Debatte. Auch besteht keine Gefahr, daß etwa der Staat die Bewegung oder die Bewegung den Staat überrennt. An dieser Ordnung muß ich festhalten. Und ich möchte dazu ein ganz ernstes Wort sagen: in diese gegenseitigen Bezogenheiten dürfen wir unter keinen Umständen, noch dazu in einem Augenblick denkbar prägnantester, mit geschichtlichem Ernst erfüllter Zeit, eine Wandlung bringen.

Es wäre völlig falsch, würden wir in diesem Lande nur den Sichtblick vom Deutschen zum Deutschen haben. Ich muß mit ernstem Nachdruck darauf hinweisen, daß hinter jedem Deutschen in diesem Lande viele Hunderte Fremdvölkischer stehen. Die Opfer, die der Deutsche hier in seinem Dienst für den Staat bringt, die Opfer, die auch von der Partei gebracht werden, müssen uns eine stete Mahnung sein, daß wir uns hier nicht etwa insular gebärden, als Menschen, die völlig harmlos den Dingen nachtaumelten, die uns vielleicht nebensächlich erscheinen. Wir müssen mehr denn je erkennen, wie gefährdet die Lage der Deutschen in diesem Raum an sich ist und daß sie nur mit äußerster Waffengewalt

14.12.42

und mit einer ganz scharfen Autorität gehalten werden kann. Es ist leider zur Übung geworden, daß wir Deutschen & uns allein viel zu sehr untereinander sehen, daß auch die Besucher aus dem Reich bei uns meist nur Deutsche sehen. Daraus könnte im Reich das Bild entstehen, als ob das Generalgouvernement ein schon völlig ausgedeutetes oder durchdeutsches Gebiet wäre. In Wirklichkeit braucht man nur einmal durch die Straßen einer unserer Großstädte zu gehen und das Volk in Massen etwa auf den Bahnhöfen zu sehen, um das bedrückende Gefühl zu erhalten, daß dieser Deutschtumskampf hier eine der ernstesten und vitalsten Angelegenheiten ist. Nur mit absoluter Ruhe und mit einer unglaublichen Beharrungskraft allein ist es möglich, diesen Weg zu gehen. Von der Partei aus muß hier noch sehr viel getan werden; denn die Sorglosigkeit, mit der sich manche Deutsche in diesem Raum bewegen, führt leider zu vielen Opfern. Seien wir uns darüber klar, daß mit dem zunehmenden Ernst der Kriegslage auch die sog. Bereitwilligkeit der Bevölkerung dieses Raumes, uns zu dienen, immer wieder neuen Spannungen unterstellt wird. Daher muß es gerade Aufgabe der Bewegung sein, bei den Deutschen hier im Lande nicht Leichtsinn, unangebrachte Selbstsicherheit und Sorglosigkeit aufkommen zu lassen. Nicht das Streben nach den Genüssen des Lebens, nicht die Ansicht, als erstehe hier eine Art Friedensinsel, dürfen maßgebend sein, sondern die Partei muß immer wieder darauf hinweisen, daß das Deutschtum sich hier nur im harten Kampf wird durchsetzen müssen.

Ich habe aus dem Bericht des Parteigenossen Stahl zu meiner Freude entnommen, daß sich die Bewegung in aufsteigender Entwicklung und auf einer Linie der Intensivierung ihrer Arbeit bewegt. Ich danke dem Parteigenossen Stahl als meinem Stellvertreter besonders dafür, daß er unseren Geist gehalten und auch in den

14.12.42

ernsten Zeiten unserer Entwicklung die Partei immer im Blickfeld organisatorisch und arbeitsmäßig ausgerichtet hat. Ich danke ebenso allen anderen Parteigenossen und Parteigenossinnen, besonders den Distriktsstandortführern und denen, die sich in der Leitung des Arbeitsbereiches wie draußen in den Kreisen betätigen. Wir und Sie haben allen Anlaß, auf Ihre Arbeit stolz zu sein. Die Partei hat in diesem Jahre eine gewaltige Bewährungsprobe bestanden. Die Feier des zweijährigen Bestehens des Arbeitsbereiches hat gezeigt, über welche Kraft die Bewegung bei uns verfügt. Die Partei marschiert, ob einer mitgeht oder ob er sich aus persönlichen Rücksichten von ihr fernhält. Das kann die Partei nicht interessieren; denn die Bewegung ist nicht für den einen oder anderen da, sondern sie ist das Schicksalsinstrument unseres Volkes. Wer an ihren zentralen Veranstaltungen, an ihren Parteitagen nicht teilnimmt, gibt damit nur zu, daß sein persönliches Interesse anderen Dingen mehr gehört als der Gemeinsamkeit der Bewegung. Wir haben es nur mit dieser Bewegung zu tun. Ich bitte daher, daß wir im kommenden Jahre den ersten Schritt unserer Bewegung umso intensiver in Gang setzen, je schwerer es unter Umständen sein wird, unsere Ziele in die Tat umzusetzen. Wir müssen immer daran denken, daß die NSDAP den Ehrennamen einer "Bewegung", nicht den Namen eines Schemas trägt. Man vergißt zuweilen völlig, daß dieses Wort "Bewegung" für unsere Partei nicht als nur eine andersartige Bezeichnung für die Partei erfunden worden ist, sondern daß es den symbolhaft kürzesten formelmäßigen Ausdruck für die Tendenz ihrer Richtung bedeutet. Ich muß manchmal feststellen, daß dieses Sichbewegen der Partei oft zu wenig in Erscheinung tritt gegenüber den schematischen oder teilweise sogar parteibürokratischen oder organisatorischen Phänomenen. Dieses Bewegtsein der Partei ist ja das Entscheidende. Nicht bewegt ist der Staat als technisches Aggregat von Menschen, das mir zur

14.12.42

Verfügung steht, damit ich jeweils Sachbereiche technisch und verwaltungsmäßig beherrschen kann. Bewegt aber sein muß die Partei. Sie darf ihr Ziel nicht darin sehen, ihre Organisation noch mehr zu bürokratisieren, noch mehr Ämter und Zentralen zu schaffen, noch mehr Papierkrieg und Persönlichkeitskampf zu entfesseln. Die Partei muß die Bewegung sein, die unseren Volke voranmarschiert. Hier geschieht mir schon zuviel in der Befriedigung darüber, daß die Erfüllung solcher internen staatsparallel gedachten Aufgaben schon als Parteiarbeit gewertet wird. Parteiarbeit aber bedeutet immer die Nutzung des Parteiapparates zum Zwecke der Inbewegunghaltung des Volkes, setzt also den Parteiapparat voraus. Die Erfüllung des parteiapparatmäßigen Denkens oder der internen Bedürfnisse ist gar keine Parteiarbeit im eigentlichen Sinne, sondern eine notwendige Verwaltungstätigkeit.

Und daher das zweite: Reden müssen wir zum Volke und nicht Appelle halten. Wir müssen ^{nur} die seelische Substanz aufrütteln, dürfen aber nicht zusammenrufen und stillstehen lassen und dann die Menschen befehlsmäßig anbrüllen. Reden heißt: sich mit jemandem auseinandersetzen und dem, den man anredet, auch die Chance geben, sich über das, was er hört, klar zu werden, mit zu denken und Stellung zu nehmen. Daher soll man also auch nicht Appelle ansetzen, sondern Versammlungen, man soll die Versammlungen auch nicht besonders einberufen, sondern ruhig darauf vertrauen, daß die Menschen kommen. Man soll lieber eine Versammlung mit kleinerem Zuhörerkreis abhalten als irgendwie eine Masse vortäuschen, die in Wirklichkeit nur zusammenbefohlen ist.

Das ist ^{es} also, was ich mir von der Arbeit unseres Arbeitsbereiches im nächsten Jahre erwarte. Ich erwarte, daß wir das Schema der Parteiarbeit als erfüllt

14.12.42

ansehen und nun mit diesem fertigen Apparat die Bewegung in Gang setzen. Ich freue mich sehr, daß im allgemeinen dieser Grundsatz durchgehalten wird, schon um deswillen, weil wir Gott sei Dank keine so enge Verkleisterung dieses Apparates haben. Es gibt gottlob noch immer wenige parteibürokratisch gesonnene Elemente unter uns; alles ist noch bewegungsmäßig aufgelockert. Aber ich muß immer wieder darauf hinweisen: eigentlich sollte dafür gesorgt sein, daß dieses Inbewegungsein immer und ewig zum Ausdruck kommt.

Das Volk hat volles Vertrauen zum Führer, weil der Führer es versteht, zum Volke zu reden. Viele von uns machen den Fehler, daß sie in zwei Parallelen denken. Die eine Gruppe der Parteigenossen denkt staatsmäßig und sieht in der Übernahme der im Staatsapparat maßgebenden Erfahrungsgrundsätze auf den Parteiapparat die Erfüllung einer Parteiaufgabe. Eine andere Gruppe denkt militärisch und sieht in der Übernahme der im Rahmen der soldatischen Dinge notwendigen Erscheinungsform des Lebens auf die Partei die Erfüllung der Parteiaufgabe. Beides ist grundsätzlich falsch. Für die Gliederungen mag es bis zum gewissen Grade notwendig sein; sie sollen in ihrem Erscheinungsbild soldatisch sein, weil sie ihre Männer zusammenhalten und die Disziplin aufrecht erhalten müssen. Und wenn die Parteiorganisation ebenfalls im gewissen Umfange sich die Staatserfahrungen zunutze macht und manche Einrichtungen auf den Parteiapparat übernimmt, so ist auch das einigermaßen begreiflich. Man darf nur nie vergessen, daß das nicht die Bewegung ist. Die Bewegung muß im Volke lebendig sein und lebendig erhalten werden, und das muß schon im Volke nach außen hin in Erscheinung treten. Die Reden, die wir hören, leiden meist darunter, daß sie viel zu schematisch sind. Ich

14.12.42

lasse mir über die Reden der Reichsredner öfter Bericht erstatten. Reden ist ja sehr schwer, viel schwerer, als im allgemeinen angenommen wird.

Ich halte es deshalb mit dem Parteigenossen Stahl für unbedingt notwendig, daß wir im Arbeitsbereich so schnell wie möglich eine Schulungszentrale oder Schulungsburg bekommen, in der auch gerade die Redekunst gepflegt wird.

In den Reden, die jetzt gehalten werden, kommt viel zu sehr ein Schlagwort dieser Zeit vor; das ist die Härte. Man redet nur noch von Härte. Man darf Härte der seelischen Haltung, der geistigen Einstellung nicht erzwingen wollen, indem man etwa Betonmassen auf die Seele wälzt. Härte ist völlig unabhängig vom Bizeps, auch von der körperlichen Erscheinung. Es gibt Frauen, die viel Härter sind als manche Männer, und es gibt innerhalb der einzelnen Lebensentwicklungen Greise, die härter sind als mancher Junge. Diese Härte, die man nun immer predigt und lehrt und die dem Menschen eingehämmert werden soll, soll etwa bedeuten, daß man keinerlei Empfindung mehr hat gegenüber dem Schmerz der Zeit, daß man nicht mehr hingeneigt ist zu seelisch-geistigen Vorgängen, zu Kulturvorgängen, zu Vorgängen vielleicht eines überirdischen Lebens. Diese Härte soll bedeuten, daß man in jedem Augenblick bereit ist, den Ton eines Unteroffiziers zum eigenen Lebensstil zu machen. Diese Härte ist nur die Gleichförmigkeit einer Grundhaltung, die eines Tages gebrochen werden kann. Die wirkliche Härte kommt aus der Entschlossenheit einer mutvollen Seele, eines mutvollen Geistes, einer Einsicht auch in Zusammenhänge, die ganz ruhig dargestellt werden können. Wenn man z.B. heute eine harte Einstellung gegenüber dem Kriege und seinen Verhältnissen erreichen will, dann ist es besser, man stellt einmal die Folgen dar, die eintreten würden, wenn wir den Krieg nicht gewinnen, - um dann den Leuten zu sagen: dann ist alles aus, - auch für Dich ist

14.12.42

alles aus. Wer eben jetzt in dieser Stunde nicht eine Art Selbstdisziplin üben, nicht sich irgendwie völlig auf das Kriegsziel einstellen will, der soll uns in unserer Gemeinschaftsarbeit nicht behelligen.

Ich wollte den Begriff der Härte hier nur einmal in den Vordergrund rücken, weil mit ihm kombiniert eine solche Fülle von Fehlbetrachtungen verbunden ist, daß die Werbung für die Härte schon allmählich anfängt eine Art psychisch bedenklichen Zustand^{es} hervorzubringen. Ich meine, daß die Reden, die heute zu halten sind und die der Nationalsozialismus vorzubereiten hat, demnach der Aufrüttlung der seelischen und geistigen Eigenbesinnung unseres Volkes zu dienen haben.

Diese Reden müssen auch den Hinweis enthalten, daß die Persönlichkeit des Einzelnen wichtig ist. Nehmen Sie sich immer das Beispiel unserer ersten Kampfzeit vor. Wir haben wir damals um jeden Einzelnen gekümmert! Lassen Sie sich auch heute die Mühe nicht verdrießen, um diesen Einzelnen zu ringen! Von den Rednern wird viel zu sehr manchmal der Begriff des Einzelnen despektierlich behandelt. Man verwechselt Persönlichkeitsautorität und Individualismus! Man soll ruhig auch bei den Reden weiter so tun, als ob man um jeden Einzelnen wirbt. Man soll nicht immer nur von der Masse, von der Allgemeinheit und der Totalität reden und den Einzelnen wie ein kleines Würmchen vor einem Riesenpanzer zusammenbrechen lassen. Die vielen Einzelnen summieren sich ja zu unserem Volk.

Dem Einzelnen muß auch das Recht gewährt werden, zu dem, was er hört, Stellung zu nehmen. Man muß so reden, daß man überzeugen will, man darf nicht einfach alles herunterreden und von vornherein annehmen, daß die anderen das schon alle wissen;- das ist denen sowieso nichts Neues. Das sind Dinge, die Sie sich sehr wohl merken wollen; denn darunter leidet auch

14.12.42

unser Volk.

Eine weitere Begriffspaarung hängt damit zusammen, nämlich die der Autorität und der Freiheit. Man soll nicht immer nur davon reden, daß der Einzelne jetzt seine ganze Freiheit der Gemeinschaft zuverschreiben hat, sondern man soll ruhig sagen: wir haben das Vertrauen zum deutschen Volke und glauben, daß auch in dieser gewissen sicherzustellenden persönlichen Freiheit die Bejahung der Gemeinschaft liegt, aus freiem Entschluß heraus dem Volke zu dienen. Das ist der germanische Gedanke.

In dieser Hinsicht müssen wir mit der Anwendung solcher Begriffe in unseren Versammlungen sehr viel vorsichtiger, sagen wir, sehr viel klüger werden. Es hat sich so eine gewisse Art von Kriegsreden herausgebildet, die manchmal nicht stimmungsfördernd sind. Solche Reden dürfen nicht in das deutschnationale Gesalbader des Weltkrieges vom absoluten eisernen Deutschen ausarten, sondern müssen das nationalsozialistische, volksverbundene, kameradschaftlich Gemeinschaftsschicksal ertragende Element unserer Idee in den Vordergrund rücken, mehr jedenfalls als das harte Pochen auf den Befehl. Denn das erlebt unser Volk sowieso alltäglich; von früh bis abend wird das deutsche Volk zum Gehorsam erzogen, jeder Einzelne spürt es am eigenen Leibe.

Wir sind so selbstsicher, und unserer Entwicklung kann gar nichts passieren. Wir sind auch unseres Volkes sicher und wissen genau, daß die gemeinsame Erörterung unseres Schicksals den Inhalt solcher Reden bilden kann. Der Tonfall braucht auch nicht unbedingt der des kommandierenden Feldwebels zu sein.

Die Reden sollen auch noch ruhig etwas Humor in sich tragen; sie sollen gerade in dieser traurigen Zeit die Kraft einer witzigen Bemerkung besitzen. Das alles

14.12.42

geht nicht gegen den Krieg oder die Härte. Im Gegenteil, man soll das allem ruhig ausklingen lassen, wie wir es in der Kampfzeit auch getan haben. Wir müssen es erreichen, daß sich der Einzelne an unseren Versammlungen interessiert, daß er sich in ihnen betätigen zu können glaubt. Die Persönlichkeit des einzelnen Volksgenossen muß wieder in den Mittelpunkt treten, ihm muß gezeigt werden, daß die Fürsorge für ihn, die ja gerade im Winterhilfswerk so grandios in Erscheinung tritt, unser Hauptprogramm darstellt. Wir müssen dem Volksgenossen zeigen, daß wir als Bewegung immer wieder Ausdruck der Sorgen und Nöte unseres Volkes sind und nicht der verlängerte Arm der Staatsbürokratie, daß wir wirklich noch der Ausdruck dessen sind, was an Sehnsüchten, Kritik und Neigungen von unten herauf aus dem Volke aufsteigt. Das müssen wir auf dem Umwege über den Staat einfangen und umformen. Wir dürfen nicht so vorgehen, daß es den Anschein gewinnt, als sei die Partei nur der verlängerte Arm des Staates zur Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung, zur Hintanhaltung jeglicher Kritik. Sonst brauchten wir keine Partei und keine Bewegung, dann kann irgendein Ministerialrat einen Volksappell abhalten und die Gesetze erläutern. In einem neuen Lande, in einer neuen Organisationsform müssen wir immer die Verlebendigung der Arbeit, die unmittelbare Bezogenheit, das menschliche Verständnis auch den Fehlern des Einzelnen gegenüber zu unserem Grundsatz machen. Wir werden niemals dahin kommen, daß unser Volk nur aus Engeln besteht; es wäre auch schlimm. In unserem Volke wird es immer wieder diese

14.12.42

schwarzen Böcke geben, und wir werden andererseits immer wieder jene Lakaientypen finden, die zu allem ja und Amen sagen, die überhaupt keine Meinung mehr haben oder sie nicht zu äußern wagen. Sie sind aber nicht der Typ dieser Zeit - sie sind zwar bequem für den, der die Bequemlichkeit liebt, aber zur Aufrichtung der geistig-kulturellen Grundhaltung unseres Volkes bedarf es der selbständigen Köpfe. Deshalb ertragen Sie es auch bei dem Dienst in Ihren Ämtern und bei Ihren Veranstaltungen, daß von Ihren Untergebenen Fragen an Sie gerichtet werden. Sprechen Sie sich mit ihnen aus, hören Sie die Meinung des anderen an, verurteilen Sie ihn nicht gleich und sehen Sie nicht in der abweichenden Meinung des Parteiuntergebenen eine persönliche Gehässigkeit gegen Sie!

Im allgemeinen wird die Kriegsnot dieses Notkrie-
ges uns noch ^{zu}vielm Veranlassung geben, was Einengung der persönlichen Freiheit usw. bedeutet. Umso wichtiger ist es, daß die Partei Bewegung bleibt und wirklich Ausdruck der Volksstimmung, Trägerin des Volkswillens ist. Wir dürfen nicht in eine Form von Staatspartei abschlittern; das sind wir nicht. Daher sehe ich auch in dem Verhältnis von Partei zu Staat in unserem Generalgouvernement gerade das Moment, daß die Partei der Ausdruckskörper der Meinung und des Willens der Deutschen hier im Lande und der Regierung gegenüber sein wird. Entscheidend ist, daß man nicht etwa glaubt, mit der Partei und den Parteidienststellen eine Art Konkurrenz Einrichtung gegenüber den Einrichtungen des Staates schaffen zu müssen. Das wäre sinnlos. Die Partei muß sich vielmehr zur Repräsentantin der Volksführung machen und als solche dem Staat gegenüber ruhig ihren Standpunkt vertreten. Wenn diese Verlebendigung der Parteiarbeit noch gesteigert werden kann, so wäre das nur zu begrüßen.

14.12.42

Reden, nicht Appelle sollen an sich für die allgemeine Parteiarbeit notwendig sein. Bei den Gliederungen liegen die Dinge anders. Den Rednern aber, die zu uns ins Generalgouvernement kommen, muß man etwas über die Lage des Ostens sagen. Es ist doch eigentlich lächerlich, wenn ein solcher Redner z.B. in Radom seine Rede nach dem Schema des Reiches hält.

Wir haben uns mit ernstesten Problemen zu befassen, auf die ich in diesem Kreise noch etwas vertraulich eingehen möchte. Wenn ich Ihnen das jetzt sagen dann möchte ich wirklich zu Ihnen als meinen Mitarbeitern sprechen. Ich bitte daher um Ihre strengste Vertraulichkeit. Das erste Problem, das uns immer bewegt, ist das Problem der Fremdvölkischen. Wir haben hier ein ganz ungeheueres Übergewicht dieser Fremdvölkischen gegenüber den Deutschen. Sie wissen, daß es jetzt auch für das Reich ein ernstes Problem zu werden beginnt, was mit den von uns beherrschten Fremdvölkischen heute geschehen soll. Uns interessieren hier in erster Linie die Polen, in zweiter Linie die Ukrainer. Sie wissen, daß innerhalb der Partei im allgemeinen absolut die Meinung vertreten wird, daß die Aussiedlung der Polen, ihre Vernichtung oder ihre Behandlung lediglich als Arbeitswesen Ausdruck unserer Polenpolitik ist. Sie wissen auch, daß das in weitem Umfange in die Tat umgesetzt wurde. Nun zeigt sich aber in zunehmenden Maße auf diesem Gebiet eine ungeheure Erschwerung. Sie liegt insbesondere darin, daß das Reich in seiner territorialen Notsituation zur Verlagerung großer Industrien aus den einfluggefährdeten Gebieten in das Generalgouvernement gezwungen ist. Andererseits besteht aber auch die Notwendigkeit, die bereits vorhandenen Betriebe des Generalgouvernements mit einheimischen Arbeitskräften unter allen Um-

14.12.42

ständen durchzuhalten, das Transportwesen und die gesamte Verwaltungsapparatur aufrecht zu erhalten, die Ernte zu sichern usw.. Auf Grund dieser Sachlage gewinnt man dann plötzlich die Einsicht, daß man nicht gleichzeitig das Polentum vernichten und andererseits mit der Arbeitskraft des Polentums Berechnungen anstellen kann.

In diesem Zwischenproblem stehen wir zur Zeit. Dabei bedeuten die Anforderungen an Arbeitskräften, die vom Reich an uns gestellt werden, noch die geringste Sorge. Sie wissen, daß wir über 940 000 polnische Arbeiter ans Reich abgegeben haben. Damit steht das Generalgouvernement absolut und relativ an der Spitze aller europäischen Länder. Diese Leistung ist enorm; sie wurde auch von Gauleiter Sauckel als solche anerkannt.

Daß nun für uns die Frage entsteht, wie es mit der Polenpolitik weiter gehalten werden soll, hängt nicht etwa damit zusammen, daß ein akuter Anlaß dazu vorliegt. Es wäre vielmehr wünschenswert, daß sich die Reichsinstanzen, die Parteiinstanzen und die territorialen Instanzen endlich einmal über einen Weg klar werden. Es geht nämlich nicht an, daß die einen sagen: alle Polen, ganz gleich, welcher Art, werden ausgerottet, - und die anderen sagen: alle Polen, ganz gleich, welcher Art, wenn sie arbeitsfähig sind, müssen in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. Hier klafft ein diametraler Gegensatz. Man könnte sagen: alle Polen, die hier im Arbeitseinsatz stehen, können wir behalten, alle Polen, bei denen das nicht der Fall ist, können wir ausrotten. Darin liegt nur die eine große Schwierigkeit, daß eine Ausrottung von Millionen menschlicher Wesen an Voraussetzungen geknüpft ist, die wir zur Zeit nicht erfüllen können.

Es wäre für unsere Bewegung im Lande natürlich das beste, wenn diese Polenpolitik von uns völlig autark staatlich durchgeführt werden könnte. Wir müssen aber

14.12.42

auch bedenken, daß in diesem Kriegsablauf die Situation der Deutschen in diesem Lande umso gefährdeter wird, daß die deutsche Arbeit, auch die Aufbauarbeit in diesem Raum umso bedenklicher erscheint, je gefährdeter die Situation durch ein Verhalten der Fremdvölkischen hier im Raume wird. Auf der einen Seite sagt man: die Polen brauchen wir überhaupt nicht zu ernähren, wir sollen sie auf Hunger setzen oder sie gegebenenfalls ins Reich bringen, - auf der anderen Seite sagt eine Reichsinstanz: wenn die Polen für das deutsche Interesse tätig sind, müssen sie genau so ernährt werden wie die Polen im Reich. Das ist ein völliger Gegensatz. Die eine Seite im Reich sagt: alle Polen, die arbeitsfähig sind, müssen ins Reich abtransportiert werden, - die andere Seite sagt: alle Polen, die im Lande und arbeitsfähig sind, müssen im Lande bleiben, damit wir ein Arbeiterreservoir für die Rüstungswerke, für das Transportwesen, für die Industrie usw. haben. Solche diametral entgegengesetzte und völlig unvereinbare polenpolitische Anregungen hageln auf meinen Tisch, oft an einem Tage zwei von verschiedenen mit gleichstarken Führervollmachten versehenen Instanzen, etwa von den Dienststellen des Parteigenossen Speer und des Parteigenossen Sauckel. Da gilt es nun, im einzelnen zu verhandeln, aufzuklären, zu erfahren, welche Richtung das Reich verfolgt. Sollen wir ausrotten oder aufbauen, soll die Arbeit hier oder im Reich geschaffen werden, sollen wir Arbeiter abgeben oder sie hier behalten, sollen wir die Polen verhungern lassen oder sie ernähren?

Sie werden mir Recht geben, wenn ich sage: angesichts dieses völligen Wirrwarrs und Durcheinanders kann ich mich nicht auf die eine oder andere Reichsinstanz stützen, sondern muß kraft der mir innewohnenden

14.12.42

Verantwortungslust und der mir gegebenen Vollmachten meinen eigenen Weg gehen. Ich muß versuchen, den denkbar größten Nutzen für das Reich insgesamt herauszuholen. Ich werde also das eine tun und das andere nicht lassen. Ich werde versuchen, aus dem Reservoir des Gebietes alles herauszuholen, was noch herausgeholt werden kann.

Damit hängt nun eine zweite sehr ernste Frage zusammen, die uns auch beschäftigen muß, nämlich die Ernährungslage des Generalgouvernements. Wir haben zwar eine hervorragende Ernte gehabt und aus der Ernte eine fast 100 %ige Erfüllung der Ablieferungsquote erreicht. Das ist ein einzigartiger Vorgang. Wenn es irgendwie eines Beweises oder einer Bewährung des für uns maßgebenden Verwaltungsprinzips bedurft hätte, dann wäre das Ergebnis der letzten Ernteablieferung einer der ganz großen Beweise für die Richtigkeit des hier eingeschlagenen Führungsweges. Wenn Sie bedenken, daß es mir möglich war, an das Reich 600 000 to Brotgetreide zu liefern, daß dazu noch 180 000 to Brotgetreide für die hier liegende Wehrmacht kommen, weiter eine Mille von vielen Tausende Tonnen betragenden anderen Leistungen wie Saatgut, Fett, Gemüse, außerdem die Lieferung von 300 Millionen Stück Eiern an das Reich usw., so können Sie ermessen, welche Bedeutung die Arbeit in diesem Gebiet für das Reich besitzt. Um Ihnen die Bedeutung der Ablieferung von 600 000 to Brotgetreide aus dem Generalgouvernement klar zu machen, seien Sie darauf hingewiesen, daß das Generalgouvernement mit dieser einen Leistung allein zwei Drittel der Erhöhung der Brotration im Großdeutschen Reich für die laufende Ernährungsperiode deckt. Diese ungeheure Leistung kann von uns mit Fug und Recht festgestellt werden. Daß diese Leistung selbstverständlich von den Reichsstellen in der Öffentlichkeit nicht erwähnt wird, müssen wir hinnehmen. Das Generalgouvernement wird als

14.12.42

Aschenbrödel behandelt; man nimmt seine Leistungen an, aber nach außen hin erkennt man sie nicht besonders freudig an. Jedoch ändert das nichts an den Dingen.]

Nun hat diese Ablieferung an das Reich die eine große Schattenseite, daß das uns auferlegte Lieferungsoll die wirkliche Ernährungsbedürftigkeit des Gebietes überschreitet und wir deshalb vor folgendem Problem stehen: können wir schon ab Februar über 2 Millionen der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Raumes aus der allgemeinen Ernährungsfürsorge völlig ausschalten oder nicht? Diese Frage ist von ungeheurer Bedeutung; denn von ihrer Beantwortung hängt es ab, wie wir den weiteren Arbeitsausbau oder Arbeitseinsatz, die Sicherung des Landes, die Bekämpfung des Schleichhandels, die Sicherung der Währung usw. durchhalten können. Ich stehe zur Zeit mitten in diesem Problem und hoffe, daß es durch Intensivierung der Aufnahme aller Restbestände bei einem letzten - ich möchte eigentlich sagen - erstmaligen Entgegenkommen des Reiches möglich ist, die bisherige Ration einigermaßen aufrecht zu erhalten.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist selbstverständlich katastrophal. Wir haben den absoluten Aushungerungsstatus, und wer hier nicht direkt oder indirekt in den deutschen Arbeitsprozeß eingeschaltet ist, steht ernährungsmäßig katastrophal da. Daß damit im Zusammenhang der wilde Schleichhandel blüht, muß hingenommen werden. Wenn nun irgendwo von Reichsstellen aus mit billiger Kritik gearbeitet wird, so ist das alles nur Geschwätz. Ich habe im ganze Lande so wenig Polizei, daß ich absolut nicht imstande bin, sie restlos einzusetzen.

Wenn Sie diese drei Probleme der allgemeinen Polenvolkstumspolitik, der Arbeitspolitik, der Bot- und Ernährungspolitik betrachten, so würde das an sich schon genügen, um uns in den nächsten Wochen zu be-

14.12.42

schäftigen.

Dazu kommen noch andere unangenehme Dinge. Da hat z.B. das Reich festgestellt, daß die Zulage, die die hiesigen Beamten und Angestellten erhalten, viel zu hoch wären. Diese Feststellung wurde Ende vorigen Jahres auf Veranlassung der Wehrmacht getroffen. Mittlerweile hat sich die Situation im Generalgouvernement preismäßig, versorgungs- und warenmäßig so katastrophal entwickelt, daß ich mich entschlossen habe, die vom Führer an sich verfügte Kürzung der Generalgouvernementszulage nicht durchzuführen. Daß ich diese Nichtdurchführung auf meine eigene Kappe nehme und notfalls persönlich beim Führer vertrete, hat vor allem seinen Grund darin, daß ich nicht einsehen kann, daß die Staatsangestellten und Staatsbeamten, die immerhin auch das Gros unserer Parteigenossen darstellen, schlechter gestellt sein sollen als die Angestellten der Privatwirtschaft oder der Wehrmacht. Das kann man ^{von} uns nicht verlangen, und ich werde diese Kürzung praktisch nicht durchführen. Hier stehen Verhandlungen mit dem Reich in Aussicht. Selbstverständlich hätte die plötzliche Reduzierung des Einkommens auf etwa die Hälfte in einer Zeit, in der im Verhältnis zum Reich manches Lebensnotwendige nur noch mit höchsten Preisen, unmäßig überteuert, gekauft werden kann, stimmungsmäßig zu einer Katastrophe geführt.

Die Preisentwicklung im Generalgouvernement, die zu vielen Erörterungen Anlaß gibt, würde sich nicht so gestalten, wenn erstens das Generalgouvernement kein Durchreise- und Aushohlungsland für West und Ost wäre, und wenn es zweitens endlich gelänge, der sinnlosen Massierung der Zlotynoten bei der Wehrmacht Einhalt zu gebieten. Vergessen Sie nicht, daß die Finanzierung der Wehrmacht im Generalgouvernement ausschließlich auf Rechnung der Währung des Generalgouvernements vor sich geht, daß wir nur die Noten zu drucken haben, die von den Wehrmachtsbeamten abgeholt und an die Soldaten als Sold ausgezahlt werden.

14.12.42

Für diesen Betrag, der monatlich 200- bis 300 Millionen Zloty ausmacht, stellt man uns im Reich nicht Waren zur Verfügung, sondern er bedeutet lediglich eine Anhäufung unserer Guthabenssumme bei der Reichsbank. Es bedurfte eines 9monatigen Kampfes, bis nunmehr bis vor wenigen Tagen endlich das Oberkommando der Wehrmacht meinem dringenden Ersuchen nachgab, dieses System zu ändern; denn wir wären sonst in eine ganz katastrophale Währungssituation geraten. ^{Der Umstand} das selbstverständlich im Zusammenhang mit den dauernden Ablieferungen, mit der an sich schon sehr geringen Ergiebigkeit der Landwirtschaft, der Wirtschaft und Industrie dieses Landes, im Zusammenhang mit dem Treiben unkontrollierbarer Aufkäuferkolonnen aller möglichen Dienststellen und Wehrmachtsteilen, im Zusammenhang mit der Tatsache, daß sogar aus dem Reichskommissariat bei uns eingekauft wird, hat zur Folge, daß die Preise jedes vorstellbare Maß übersteigen. Wenn wir den einen oder anderen schnappen oder bestrafen, so hat das keinen Sinn; denn die Preisentwicklung zeigt, daß das Eingreifen mit den drakonischsten Mitteln nicht abschreckt, sondern erneut preissteigernd wirkt. Es ist vor allem klar, - und das mag ein ernstes Wort sein - , daß im vierten Kriegsjahr die Disziplin und auch die Haltung der Soldaten im Sektor des Etappenmäßigen nicht mehr so sind wie zu Beginn des Krieges. Wir müssen immer wieder feststellen, daß gerade von durchreisenden oder sich kurze Zeit hier aufhaltenden Soldaten Aufkaufaktionen eingeleitet werden, daß Truppenteile von Holland oder Norwegen Aufkäufertrupps ins Generalgouvernement schicken. Alles das ist zweifellos für uns ehrend, aber doch ungewöhnlich ernst.

14.12.42

In diesen Zusammenhang gehört auch die Verschlechterung der Gesamtlage durch die durch Drängen des Reiches erfolgte Freigabe der Ausfuhr von Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen ins Reich. Die Aufhebung der Zollgrenze ist damit praktisch nicht ausgesprochen, sondern es gilt nur für die der Herkunft nach aus dem Generalgouvernement stammenden Waren. Tatsächlich aber können nunmehr von jedem Soldaten wahllos und ohne Grenzen Päckchen ins Reich geschickt werden. Das führt nun zu einem wilden Aufkaufen von Fett, Butter, Hühnern, Gänsen im Lande, und zwar mit der weiteren Wirkung, daß es immer schwieriger wird, ein wirklich durchgreifendes Ernährungsprogramm durchzuführen. Hier sind wir am Rande des möglichen angelangt. Das Reich steht offenbar auf dem Standpunkt, daß die besetzten Gebiete dazu da sind, dem Reich ausschließlich zu dienen, und daß sie in ihrer eigenen Existenz nicht berücksichtigt zu werden brauchen. Wenn das konsequent durchgeführt würde, dann wäre es leicht. Wenn aber das Reich gleichzeitig auf dem Standpunkt steht, daß trotz aller Aushöhlung der besetzten Gebiete diese neuen Gebiete in erster Linie in den Arbeitsprozeß des Reiches eingeschaltet werden sollen, dann stimmt es nicht. Eine Kuh kann man entweder schlachten oder melken. Man hat aber den Eindruck, daß manche Reichsinstanzen die besetzten Gebiete sowohl schlachten wie melken wollen.

Aus dieser Gegensätzlichkeit ergibt sich nun wiederum das dauernde Problem der unausgesetzten Verhandlungen mit dem Reich. Im vierten Kriegsjahr steigt naturgemäß die Not im Reich auf allen Gebieten, rohstoffmäßig, warenmäßig usw.. Im Reich besteht die

14.12.42

Situation, daß einer stetig wachsenden Menge von Formalgeld eine schrumpfende Menge von echten Gütern gegenübersteht. Aus diesem kriegsmäßig bedingten Mißverhältnis von Währungseinhalt und Währungswirklichkeit zur Warenmenge steigen ungeheure Wirtschaftsprobleme auf, die natürlich auch zu uns hineinspielen. Es ist selbstverständlich, daß wir die Probleme nur ganz allgemein erörtern können. Gleichwohl kann ich sagen: es ist trotzdem geglückt, das Generalgouvernement einigermaßen durchzuhalten und so etwas wie ein geordnetes Gebilde zu sichern. Alle, die durch Norwegen oder sonstige Länder gereist sind und ins Generalgouvernement kommen, sagen doch immer wieder, es sei auffallend ruhig bei uns. Wenn es möglich ist, diesen Kurs durchzuhalten, bin ich zufrieden. Ich will nichts anderes als die Ruhe im Lande so lange aufrecht erhalten, bis wir den Sieg errungen haben. Es kommt nur auf den Sieg an und sonst auf gar nichts. Alles, was den Sieg gefährdet oder hemmt, darf nicht geschehen. Ich bin der Meinung - und offensichtlich teilen diese Meinung jetzt auch mehr und mehr Gruppen der maßgeblichen Reichsinstanzen -, daß es darauf ankommt, die besetzten Gebiete in Ruhe zu halten, statt daß wir dauernd genötigt sind, Aufruhr oder Unrast niederzuschlagen. Der Ruhe bedürfen wir, nicht um die Wohlfahrt der fremden Gebiete zu sichern, sondern um im Dienste des Reiches arbeiten zu können. Wenn Sie bedenken, daß drei Fünftel des gesamten Nachschubes für die Ostfront durch das Generalgouvernement laufen, daß also die Ostbahn daran den weitaus wesentlichen Anteil hat, daß aber diese Ostbahn von über 120 000 Polen gefahren wird, denen nur 6 000 Deutsche vorgesetzt sind, daß der Ostbahn nur 6- bis 7 000 Ukrainer angehören, so können Sie daraus ermessen, daß diese volkstumpolitischen fremdvölkischen Überlegungen für uns nicht theoretischer Art sind, wie manche

14.12.42

Zentralen des Reiches glauben, die sich nicht genug tun können in Ausrottungsparolen, sondern daß sie für uns von akutestem Lebensinteresse sind.

Diese Gegensätzlichkeit zwischen Theorie und Praxis ist bei uns auch immer deutlich spürbar. Die Partei hat hier eben auch die Aufgabe, über alle diese Schwierigkeiten hinweg und ungeachtet der Notwendigkeit, mit den in den deutschen Arbeits- und Transportprozeß zu Hunderttausenden eingeschalteten und daher doch irgendwie zu ernährenden oder sogar in ihren Lebensbedürfnissen zu schützenden Fremdvölkischen fertig zu werden, - sie hat die Aufgabe, die erhabene Kunderin der deutschen Führung und der deutschen Zukunft in diesem Lande zu sein. Es ist nicht gut, wenn sich Parteidiienststellen zu sehr mit internen polnischen Fragen abgeben. Ich habe eine gewisse Sorge davor, daß sich die Partei zu stark in die Manipulation der polnischen Arbeiter usw. einmischt. Bleibe die Partei ausschließlich in der Betreuung des Deutschtums und in der Höherführung der deutschen Aufgaben. Lassen Sie die Finger von allem, was ohnehin so schwierig ist, daß man es kaum meistern kann. Seien wir uns darüber klar, daß das im Zusammenhang mit dem, was ich vorhin sagte, auch immer mehr die Notwendigkeit erkennen läßt, vor allem den Soldaten und Verwundeten im Lande, die für uns gekämpft und geblutet haben, in der Partei das reine lautere Wollen des Führers in Erscheinung treten zu lassen. Unseren Soldaten gegenüber darf nicht eine im Persönlichkeitskämpfen sich zermarternde Masse von Gegensätzlichkeiten zeigen, sondern ihnen muß die klare Kraft der Durchdrungenheit mit dem höheren Ziel unserer deutschen kulturellen Sendung entgegenleuchten. Sie müssen immer wieder durch die strahlende Idee unseres Führers aufgerichtet werden. So glaube ich denn auch, daß die Verwundetenbetreuung eines der schönsten Denkmäler ist, das

14.12.42

sich die Bewegung hier im Lande gesetzt hat, wie das auch allgemein anerkannt wird.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich habe Ihnen so einen allgemeinen Einblick in die Dinge gegeben, wie ich mir dachte, heute zu Ihnen sprechen zu müssen: sachlich und ernst und mit der Wirklichkeit verwachsen. Wir haben schöne Zeiten gehabt. Der Krieg war für uns ein leuchtend-heroisches Ringen. Es strahlte eine herrliche Glücksempfindung in uns, als die deutschen Truppen in Paris einmarschierten und als wir die Stunde miterlebten, in der über den Deutschen Rundfunk nach der Einnahme von Straßburg zuerst das Lied "Oh, Straßburg" ertönte. Wir können nicht dankbar genug dafür sein, daß wir Zeugen und Mitgestalter dieser Zeit sein dürfen. Wir können vor allem auch sagen, daß wir in unserem Gebiet schwere Krisen sieghaft bestanden haben.

Auch das Generalgouvernement steht nunmehr in seinem vierten Jahr. Ich selber habe im vergangenen Jahre eine schwere Entscheidung getroffen. Ich habe nämlich mein Bekenntnis zu den Dingen des Rechts in einer großen apothetischen Form zum Ausdruck gebracht. Sie wären nicht meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Kameraden, wenn ich nicht zu Ihnen einige Worte darüber sagen wollte.

Ich bin, wie Sie wissen, als Mann des Rechts in die Bewegung gekommen. Meine Anschauungen sind klar. Ich halte und habe es immerfür notwendig gehalten, daß das, was man den unabhängigen Richter nennt, nicht beseitigt wird. Niemand soll verurteilt werden, der nicht gehört worden ist; man muß ihm die Möglichkeit geben, sich zu verteidigen. Auch soll überhaupt niemand verhaftet oder irgendwie geschädigt werden, es sei denn im Wege des richterlichen Spruches. Das ist

14.14.42

meine Anschauung, und von dieser Anschauung ausgehend haben wir auch den Kampf der Bewegung geführt. Mit diesem Argument habe ich Tausende von Parteigenossen in dem Ringen der Bewegung direkt und indirekt verteidigt. Ich bin durch sämtliche Gerichtssäle der deutschen Republik und in alle großen Oberlandesgerichtsbezirke als Anwalt gekommen und habe daher eine innere Verpflichtung. Ich habe 1929 nach ernster Prüfung der Lage auch dem Führer in Leipzig die Möglichkeit gegeben, den berühmten Legalitätseid zu leisten. Ich habe den Rechtswahrerbund gegründet. Nach alledem ist es klar, daß ich diese meine Anschauung für die richtige halte. Das ist nun einmal meine Meinung, und diese meine Meinung lasse ich mir von niemanden nehmen. Sie geht durch die deutsche Geschichte und gehört zum deutschen Charakter. Es ist meine persönliche Meinung, wenn ich sage: ich halte es nicht für richtig, daß man von diesen Rechtsgrundsätzen abgeht, - ich halte es nicht für richtig, daß man die Möglichkeit hat, einen Deutschen ohne Richterspruch zu verhaften, ihn in Haft zu behalten usw...

Ich habe diese Anschauung zum Ausdruck gebracht, und wußte, daß die Folgen die sein würden, die dann auch eintraten. Ich habe damit eine Schlußfolgerung gezogen, die notwendig war, und sie ist ja auch akzeptiert worden. Ich weiß ja nun selbstverständlich, daß diese meine Meinungsäußerung bei andern äußersten Widerspruch finden wird, die da sagen, das sei absolut nicht so, sondern die Aufrechterhaltung der Konzentrationslager usw. sei unerläßlich notwendig. Diese letztere Meinung hat gesiegt, und ich als disziplinierter Parteigenosse schweige dazu. Ich habe nur die Hoffnung, daß eines Tages der Führer doch den Punkt 19 unseres Parteiprogramms wieder in allen Ehren aufrichten wird. Mich bewegt nur die ernste Sorge: ich

14.12.42

wünsche nicht, daß unsere Bewegung als Gewaltinstrument erscheint. Wir sind eine vom Volkswillen getragene Organisation, und der Volkswille will das Recht, die Gerechtigkeit, er will den Richter. |

Der Führer hat kraft seiner Autorität das Amt des Obersten Richters der Nation übernommen und damit auch den Rechtsstand geehrt. Als Generalgouverneur widme ich mich in intensiver Form meiner Aufgabe und werde sie auch durchhalten, so lange es geht. Ich bitte Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, mir als Leiter dieses Arbeitsbereichs so wie bisher in treuer Kameradschaft verbunden zu bleiben. Wir haben in diesem Kriege vielleicht das schwerste noch nicht hinter uns. Es kann sein, daß in diesem Kriege noch sehr, sehr graue Stunden und Tage kommen. Umso wichtiger ist es, daß der Parteibereich Generalgouvernement geschlossen intensiv, aktiv, energiegeladen und stimmungshart bleibt. Wir dürfen uns nicht zerreißen, und jener lächerliche persönliche Kleinkram und Kleinkrieg darf sich hier nicht breit machen. Gerade weil man uns so beobachtet, gerade deshalb muß unsere Partei in der vordersten Kampflinie stehen.

Ich werde im nächsten Jahr im August einen ganz großen Tag aus Anlaß des dreijährigen Bestehens des Arbeitsbereiches veranstalten. Ich werde ein ausgeprägtes Rede- und Versammlungsprogramm in den ersten Monaten des beginnenden Jahres für das ganze Generalgouvernement durchführen. Ich werde selber als Redner zum mindesten in jede Distrikthauptstadt kommen.

Ich verlange von Ihnen, daß Sie sich nun auch in intensivster Arbeit betätigen. Die Deutschen im Lande müssen nicht nur versorgt, sondern auch zu den großen Aufgaben erzogen werden, die die Bewegung hier hat. Die Deutschen im Lande machen nicht nur Freude, sie machen auch Sorgen, sind es doch nicht

14.12.42

immer die besten, die aus dem Reich zu uns kommen. Ich habe schon immer gesagt: schauen wir uns jeden Deutschen genau an, prüfen wir, woher und weshalb er kommt. Erst dann, wenn wir einwandfrei der Meinung sind, daß sein Verbleiben im Lande notwendig und nützlich ist, soll er bleiben. Ich werde alle Ämter anweisen, einmal die gesamten Deutschen hier von diesem Gesichtspunkt aus anzusehen.

Vor allem muß es so gehalten werden, daß die Deutschen denselben Pflichten unterstellt sind wie im Reich. Ich begrüße daher auch die verschiedenen Pflichtauferlegungen, die jetzt im Generalgouvernement als notwendig durchgeführt werden. Ich begrüße insbesondere die Art, in der sich die Partei intensivst um das Schicksal der Deutschen, vor allem der Volksdeutschen kümmert. Das Schicksal dieser Siedlungsdeutschen ist noch lange nicht geregelt. Ich weiß nicht, ob es gut war, daß wir gerade jetzt große Umsiedlungen im Distrikt Lublin vornehmen. Es hätte vielleicht ein günstigerer Zeitpunkt abgewartet werden müssen. Wenn es aber schon geschehen ist, dann muß zum mindesten der Partei ein gewisser Einfluß eingeräumt werden.

Wie im Staat werde ich auch in der Partei den Kurs durchhalten. Seien Sie überzeugt, daß ich wie ein Kapitän auf dem Schiff ohne Rücksicht auf jeden Sturm hier ausharren werde. Und ich verlange das gleiche von Ihnen. Was man auch immer im Reich an uns kritisiert, das eine steht fest, daß das, was nur irgendwie möglich war, in diesem Raum geleistet worden ist. Das danke ich den Beamten und den treuen Dienstträgern aller Bereiche, das danke ich vor allem auch Ihnen, den Parteigenossen in diesem Raum.

Wenn wir so wie bisher weiterarbeiten, wenn es uns gelingt, das, was wir haben, zu halten, dann leuchtet der Sieg für das Deutsche Reich. Unsere Gegner

14.12.42

werden sich wohl noch einige Zeit, anrennend gegen die Waffen Europas, betätigen. Eines Tages werden sie erkennen, daß sie an dieser Festung scheitern. Und dann kommt die Stunde des Friedens, eines Friedens, der unserem Volke die Ewigkeit sichert. Diesen Frieden verdanken wir dem Führer und seiner Bewegung, der Tapferkeit unserer Soldaten und dem Heldenmut unseres Volkes.

Indem ich diese heutige Arbeitsstunde schließe, bitte ich Sie, mit mir den Führer zu ehren. Unser Führer Adolf Hitler: Sieg-heil, Sieg-heil, Sieg-heil!

(Mit den Liedern der Nation findet die Führertagung ihren Abschluß).

Schluß der Tagung 18 Uhr.

18¹⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania: Sechstes Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements.

21⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Haus Urania zum Haus der NSDAP zwecks Teilnahme an einem Kameradschaftsabend der Partei.

23³⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Dienstag, den 15. Dezember 1942

11³⁰ Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh und Direktor Müller.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer

Verordnung über eine summarische Bestandsaufnahme der Bevölkerung des Generalgouvernements vor.

Direktor Müller vom Statistischen Amt gibt dazu folgende Erläuterungen:

Die Form einer summarischen Bestandsaufnahme habe man deshalb gewählt, da eine Volkszählung zuviel Papier gekostet und eine zu große Belastung der Gemeindeverwaltungen bedeutet hätte, und bei dem gegenwärtigen Stand der Bevölkerung des Generalgouvernements das Ergebnis vor seiner Erzielung schon überholt wäre. Bei der summarischen Bestandsaufnahme würden nicht nur alle Einzelpersonen, sondern eine Personengesamtheit, die Wohnungsgemeinschaft erfaßt. Diese werde wieder untergegliedert nach den wichtigsten Volksgruppen und innerhalb dieser wieder nach Geschlechtern und Alter. Die Einteilung der Bevölkerung nach Altersgruppen unter und über 10 Jahre sei von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gewünscht worden. In jedem Kreis werde außerdem eine Gemeinde ausgesucht und in ihr sämtliche Personen nach dem Alter erfaßt. Auf Grund der hier erzielten Ergebnisse könne man dann Rückschlüsse auf die übrigen Gemeinden ziehen und sei dadurch in der Lage, jede verlangte Auskunft über die Altersgruppierung zu geben. Auf indirektem Wege gewinne man für die Zwecke der Hauptabteilung Arbeit nicht nur die Zahl der Wohnungen, sondern auch eine Gruppierung der Wohnungen nach Größe.

15.12.42

Große Schwierigkeiten habe die Behandlung der militärischen Formationen gemacht. Durch Verhandlungen habe man nun erreicht, daß die Angehörigen von Formationen grundsätzlich von der Zählung ausgenommen seien; gezählt werde nur, was gewissermaßen hier zum Stamm gehöre.

Zur Durchführung der Zählung benötige man ungefähr 300 000 ehrenamtliche Zähler. Die Propaganda für die Zählung setze bereits am nächsten Morgen ein. Die Kosten würden 350 000 Zloty betragen, während eine Volkszählung 5 bis 10 Millionen beanspruche. Der Termin des Inkrafttretens der Verordnung sei der 1. Januar 1943, die Zählung selbst werde am 1. März 1943 stattfinden. Mitte März werde er dann dem Herrn Generalgouverneur das vorläufige Ergebnis der Bestandsaufnahme geben können.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Verordnungsentwurf.

Weiter unterzeichnet der Herr Generalgouverneur einen von Dr. Weh vorgelegten Entwurf einer Verordnung über die Dienstverpflichtung deutscher Staatsangehöriger im Generalgouvernement.

Dr. Weh überreicht anschließend dem Herrn Generalgouverneur den zweiten Band seines Werkes "Das Recht des Generalgouvernements".

30 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Finanzpräsident Dr. Senkowsky.

Dr. Senkowsky berichtet zunächst dem Herrn Generalgouverneur, daß er vom Reichsfinanzministerium zu einer Tagung sämtlicher Finanzabteilungsleiter aus den besetzten Gebieten nach Berlin geladen sei, auf der Fragender Besatzungskostenpraxis, der Zoll- und Vertragssteuerangleichung, des schwarzen Marktes und Organisationsfragen der deutschen Verwaltung in den besetzten Ostgebieten

15.12.42

behandelt werden sollen.

Weiter berichtet er über eine Reise, die er nach Bulgarien und der Türkei zwecks Tabakeinkauf für die Monopole des Generalgouvernements unternommen hat. Die Situation auf dem Tabakgebiet werde im Südosten immer angespannter, da die Bauern gezwungen seien, auf Kosten der Tabakanbauflächen mehr Lebensmittel zu erzeugen. Das Deutsche Reich habe in der Türkei von der Tabakernte 1942 für 15 Millionen gekauft; die Türkei gebe den Tabak aber erst ab, wenn er mit aus Deutschland gelieferten Waren bezahlt sei. Der deutsch-türkische Warenverkehr stocke aber sehr erheblich und umfasse meistens Öl und Fette.

Ihm sei es geglückt, noch 6 000 Kilogramm türkische Tabake für sofortige Lieferung zu erhalten. Das Generalgouvernement müsse aber damit rechnen, ab Ende des nächsten Jahres fast ausschließlich auf die eigene Produktion angewiesen zu sein.

Die Lage auf dem Gebiete der eigenen Tabakerzeugung sei sehr günstig. Die heutige Ernte habe mehr erbracht als man erwartet habe. Besonders gut sei die Tabakernte in Galizien ausgefallen. Er werde daher im kommenden Jahre noch eine neue Zigarrenfabrik eröffnen. Auch habe er mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft vereinbart, die Anbaufläche von 13 000 auf 14 000 ha zu steigern. Dadurch werde ein Mehrertrag von 1 1/2 Millionen Kilogramm erzielt. Der jährliche Verbrauch des Generalgouvernements betrage 9 Millionen Kilogramm. Bis jetzt habe man hier 2 bis 3 Millionen kg Orienttabake verarbeitet. Es bestehe also die Möglichkeit, mit der geplanten Erhöhung der Anbaufläche den Ausfall an Orienttabaken in Zukunft aus eigener Produktion zu decken.

Auf die Erklärung Dr. Senkowskys, daß aus dem Jahre 1940 ein Führererlaß existiere, demzufolge eine Vergrößerung der Tabakanbaufläche verboten sei, erklärt der Herr

15.12.42

Generalgouverneur, daß er auf Grund seiner Vollmachten diesen Erlaß als für das Generalgouvernement nicht bindend ansehe. Die Lieferungen des Generalgouvernements an die Wehrmacht seien so umfangreich, daß auf Grund der gegenwärtigen Situation auf dem Tabakmarkt eine Erhöhung der Anbaufläche wohl zu vertreten sei.

Präsident Dr. Senkowsky äußert dann die Bitte, daß der Herr Generalgouverneur, wenn er wieder einmal in irgendeiner Ansprache über die Ergebnisse der Ernteerfassung spreche, auch der Monopolverwaltung einige Worte des Dankes und der Anerkennung widmen möge.

Der Herr Generalgouverneur gibt hier seine Absicht kund, im kommenden Jahre im verstärkten Maße Dienststellen aus den Distrikten geschlossen nach Krakau einzuladen und Krakauer Dienststellen Besuche abzustatten. Er sei damit einverstanden, den ersten dieser Besuche bei der Monopolverwaltung abzustatten und bei dieser Gelegenheit für die wirkliche aner kennenswerten Leistungen der Beamten und Angestellten der Monopolverwaltung seinen Dank auszusprechen.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet weiter von den Unstimmigkeiten, die zwischen dem Reichsfinanzministerium und der Hauptabteilung Finanzen der Regierung des Generalgouvernements wegen der Einkommens- bzw. Lohnsteuerfrage bestehen. Das Reichsfinanzministerium stehe auf dem Standpunkt, daß die Verwaltung des Generalgouvernements die Deutschen steuerlich zu gut und die Polen zu schlecht behandle. Staatssekretär Reinhardt werfe der Hauptabteilung Finanzen vor, daß sie ohne Zustimmung des Reichsfinanzministeriums die neuen steuerlichen Maßnahmen eingeführt habe und daß die Deutschen im Generalgouvernement auf steuerlichem Gebiet günstiger behandelt würden als

15.12.42

die in den eingegliederten Ostgebieten tätigen.

Dem müsse er entgegenhalten, daß sich das Reichsfinanzministerium, dem die neuen Maßnahmen des Generalgouvernements vor ihrem Inkrafttreten durch die Hauptabteilung Finanzen vorgelegt worden seien, dazu nicht geäußert habe. Auch habe Staatssekretär Reinhardt für den Bezirk Bialystock eine noch weitergehende Ermäßigung als im Generalgouvernement genehmigt. Das Reichsfinanzministerium verlange vom Generalgouvernement, daß es die Steuersätze den in den eingegliederten Ostgebieten geltenden angleiche.

Er schlage vor, dem Reichsfinanzministerium in dem Sinne zu schreiben, daß es damals diesen neuen Steuermaßnahmen schweigend zugestimmt habe, daß das Generalgouvernement mit einer Angleichung der Steuersätze an die der eingegliederten Ostgebiete einverstanden sei, wenn das Gleiche im Bezirk Bialystock geschehe.

Dabei wünscht der Herr Generalgouverneur, daß nicht der Eindruck erweckt werde, daß das Generalgouvernement steuerliche Maßnahmen von der Zustimmung des Reichsfinanzministeriums abhängig mache. Der Reichsfinanzminister könne im Generalgouvernement keinen Einfluß ausüben.

Präsident Dr. Senkowsky weist zum Schluß darauf hin, daß die Einrichtung der Monopolverwaltung in den Ostgebieten nach dem Vorbild der Monopolverwaltung des Generalgouvernements geschehe. Er habe sämtliche Entwürfe gemacht; die Verwaltung der Monopole des Generalgouvernements schule auch in längeren Kursen die für diese Zwecke zum Einsatz gelangenden Beamten und Angestellten. Bis heute sei diese Arbeit nur im stillen geschehen. Das Reich habe dieser wertvollen Vorarbeit noch keine Anerkennung gezollt.

15.12.42

13⁰⁰ Frühstück.

15⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Frau Wächter.

21³⁰ Fahrt zum Hause der NSDAP zwecks Teilnahme an einem Kameradschaftsabend des Aufbaustabes der SA.

23³⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Mittwoch, den 16. Dezember 1942

11⁰⁰ Der Generalgouverneur empfängt den Buchhändler Fritzsche, in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur spricht Herrn Fritzsche seine Anerkennung dafür aus, daß er in Krakau eine vorbildliche Buchhandlung errichtet habe.

Herr Fritzsche gibt dem Herrn Generalgouverneur dann einen Einblick in die Aufgaben, die einer deutschen Buchhandlung im Generalgouvernement gestellt sind, und schildert dabei die Schwierigkeiten, mit denen er bei seinem Aufbauwerk zu kämpfen gehabt hat.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Frage des Verlagswesens Stellung genommen. In diesem Zusammenhang weist Präsident Ohlenbusch auf die Tatsache hin, daß nunmehr die Osteuropäische Verlagsanstalt ihre Tätigkeit im Generalgouvernement durch Errichtung von Filialen in Tschenschau, Zakopane, Reichshof, Radom, Lublin und Lemberg aufgenommen habe. Diese Verlagsanstalt, ein großes Unternehmen des Reichsleiters Amann bzw. des Eher-Verlages, dem auch die Krakau-Warschauer Zeitung gehöre, habe das verlegerische Monopol für das deutsche wie fremdvölkische Schrifttum. Leider werde dadurch ein Wirken des guten deutschen Verlages im Generalgouvernement ausgeschaltet.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen solche Monopolbestrebungen und will die Möglichkeit geschaffen sehen, daß auch andere Verlage im Generalgouvernement zu ihrem Recht kämen. Verlage wie Teubner, Brockmann, Insel-Verlag und andere müßten auch im Generalgouvernement ein Feld der Betätigung finden. Auch halte er die Schaffung eines Staatsverlages für unbedingt geboten. Es komme vor allem darauf an, daß man auch auf diesem so wichtigen

16.12.42

kulturellen Gebiete im Generalgouvernement einen eigenen Weg gehe.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch die Frage der Schaffung eines Staatsverlages baldmöglichst einer Lösung zuzuführen.

Die Besprechung wendet sich dann verschiedenen literarischen Fragen zu. Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß mehr als bisher das Generalgouvernement und vor allem die Stadt Krakau als alte Stätte deutscher Kultur in den Bereich literarischer und auch bildnerischer Darstellung gezogen werden möge.

Gegenstand der Besprechung sind weiter die Fragen der Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements, deren Leitung nach dem Wunsche des Herrn Generalgouverneurs auch Buchhändler Fritzsche angehören soll, der Schaffung eines Kulturfilms, in welchem Geschichte, Wesen, Art und Landschaft des Generalgouvernements zur Darstellung kommen, der Ausgestaltung des Schachseminars als einer Einrichtung des Großdeutschen Schachbundes in Krakau.

16.12.4212¹⁰ Besprechung mit Oberbereichsleiter Stahr.

Oberbereichsleiter Stahr berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß er zur Zeit intensiv mit dem Problem beschäftigt sei, wie angesichts der gegenwärtigen Ernährungslage die Verpflegung der Arbeiter in den Betrieben der Rüstungsindustrie und anderer wichtiger Industrien sichergestellt werden könne. Er habe darüber mit vielen Betriebsführern einen regen Meinungsaustausch gehabt. Alle hätten ihm bestätigt, daß die Leistung der polnischen Arbeitskräfte mehr und mehr absinken würde, wenn man ihnen nicht eine einigermaßen ausreichende Ernährung gebe. Die Betriebsführer täten auch von sich aus wie z.B. im Stickstoffwerk Moscice alles mögliche in der Sorge für die Verpflegung der Arbeiter. Das bisherige System der Kartenzuteilung an die Arbeiter habe bis zum gewissen Grade versagt. Ein Ausweg aus diesen Schwierigkeiten sei vielleicht darin zu finden, daß dem Betriebsführer für eine bestimmte Zeitspanne von etwa 8 Tagen entsprechende Mengen von Nahrungsmitteln zugeteilt würden. Wenn so die nahrungsmäßige Versorgung der Arbeiter einigermaßen sichergestellt sei, dann brauchten diese sich nicht auf den Weg des Schleichhandels zu begeben. Er habe über diese Frage schon Besprechungen mit Staatssekretär Dr. Boepple und Gouverneur Kundt in einem Arbeitsausschuß gehabt, habe sich auch mit dem Leiter der Hauptabteilung E. u. L. ins Benehmen gesetzt, der ihm aber erklärt habe, über entsprechende Nahrungsmittelmengen nicht zu verfügen. Er schlage nun vor, 50 Betriebe aus der Rüstungsindustrie, aus dem Großhandel und dem Kleinhandel herauszugreifen und für diese eine Regelung in diesem Sinne durchzuführen, und bitte den Herrn Generalgouverneur, ihm einen diesbezüglichen Auftrag zu erteilen.

16.12.42

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Oberbereichsleiter Stahr, ihm unter Bezugnahme auf die soeben stattgefundene Besprechung einen Bericht zu unterbreiten. Das an ihn, den Herrn Generalgouverneur, zu richtende Schreiben soll folgende Punkte enthalten:

1. Oberbereichsleiter Stahr soll auf Grund seiner bisherigen Arbeit im Generalgouvernement seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Versorgung der polnischen Arbeiter schildern, und zwar unter Anführung von Einzelbeispielen: Angabe der Firma, Zahl der beschäftigten Arbeiter, Arbeitsbedingungen usw..
2. Oberbereichsleiter Stahr soll in seinem Resümee darauf hinweisen, daß die bisherige Versorgungslage der polnischen Arbeiter ein unmöglicher Zustand sei, um so mehr, da notwendige Nahrungsmittel im Schleichhandel gekauft werden müßten.
3. Oberbereichsleiter Stahr geht von der Schlußfolgerung aus, daß offensichtlich noch sovieler Waren im Lande vorhanden sind, daß nach seiner Meinung hier eine Fehlorganisation bestehe.
4. Oberbereichsleiter Stahr soll bestimmte Vorschläge machen.

Weiter beauftragt der Herr Generalgouverneur Oberbereichsleiter Stahr, sich unverzüglich mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Naumann sowie Vertretern der Rüstungsinspektion und der allgemeinen Wirtschaft in Verbindung zu setzen. Die Aufstellung eines Planes wird dann Gegenstand einer Besprechung beim Herrn Generalgouverneur sein.

16.12.42

12²⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Senator Wiesner in Gegenwart des Pressechefs Gassner.

Senator Wiesner berichtet dem Herrn Generalgouverneur von seiner Tätigkeit als Führer der jungdeutschen Bewegung im ehemaligen Polen.

Der Herr Generalgouverneur äußert den Wunsch, Senator Wiesner in einer amtlichen Tätigkeit im Generalgouvernement zu verwenden, etwa in irgendeiner Funktion im Rahmen der Hauptabteilung Innere Verwaltung. Er, der Generalgouverneur, fühle sich verpflichtet, dem Senator Wiesner als altem Vorkämpfer des Deutschtums eine Dankesschuld abzutragen. Der Herr Generalgouverneur stellt Senator Wiesner anheim, seinen Wohnsitz baldmöglichst von Bieliz nach Warschau zu verlegen.

13⁰⁰ M i t t a g e s s e n .

16³⁰ Besprechung mit NSKK-Obergruppenführer Höfle und NSKK-Staffelführer Diederich in Anwesenheit von Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Gegenstand der Unterhaltung ist die Klärung der Uniformfrage des Fahrers Parlitz des Herrn Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß Parlitz bis Ende des Jahres seine bisherige NSKK-Uniform tragen darf. Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Kammergerichtsrat Dr. Keith soll dafür Sorge tragen, daß Parlitz mit Beginn des nächsten Jahres die Fahreruniform der Regierung des Generalgouvernements zur Verfügung hat. Die NSKK-Kurierkompanie soll ab Januar einen Truppführer als Ersatzfahrer zur Verfügung stellen.

16.12.42

17⁰⁰ Baubesprechung.

Teilnehmer: Präsident Bauder, Kammergerichtsrat Dr. Keith, Baudirektor Hofer und die Architekten Koettgen, Horstmann, Kaulfuß und Pohl.

Gegenstand der Besprechung: Die Arbeiten am Kanzleigebäude auf der Burg.

Der Herr Generalgouverneur führt eingangs aus, daß der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Kammergerichtsrat Dr. Keith die Einstellung der Arbeiten am Neubau des Kanzleigebäudes auf der Burg vorgeschlagen habe. Bevor er dazu Stellung nehme, wolle er sich einen eingehenden Überblick über die jetzigen Stand der Arbeiten geben lassen.

Auf Grund von Rückfragen an die anwesenden Herren stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß der Bau in den ersten Monaten des Jahres 1941 begonnen wurde. Als Bauherr zeichnet die Baudirektion des Generalgouvernements, die auch mit der Firma Hochtief den Vertrag für den Rohbau abgeschlossen hat.

Baudirektor Hofer erklärt dazu, daß die Firma Hochtief auf Grund des abgeschlossenen Vertrages hauptsächlich das Rohbaumäßige fertigzustellen habe. Die Bausumme habe zuerst rund 1 Millionen Zloty betragen und habe sich, da sich verschiedene Erweiterungen als notwendig erwiesen, auf 1,6 Millionen Zloty erhöht. Neben dieser Firma seien dann andere für die Installations-, Steinmetz-, Zimmermannsarbeiten usw. hinzugekommen, so daß die Gesamtbausumme etwas über 10 Mill. Zloty betrage. Als bauleitende Architekten fungierten Kaulfuß und Korinthenberg, die Angestellte der Architekten Koettgen & Horstmann seien.

16.12.42

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Präsident Bauder, daß zur Zeit die Bauvorhaben, die unbedingt als kriegswichtig weiter zu bauen seien, in eine Wehrkreisliste aufgenommen würden. Das Bauvolumen werde im großdeutschen Raum in der kommenden Zeit so gering, daß er überhaupt keine Möglichkeit sehe, hier noch bauen zu können.

Der Herr Generalgouverneur weist in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar im Generalgouvernement mit Nachdruck darauf hin, daß das Verwaltungsgebäude des Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau eine absolut kriegswichtige Angelegenheit in diesem Gebiet ist. Er sehe nicht ein, daß Bauten des Wehrkreiskommandos dringlicher seien. Seine Dienststelle sei eine Kriegseinrichtung; er müsse mit den wenigsten Mitteln vor einer Fremdbevölkerung von 16 Millionen den deutschen Willen vertreten.

Vom Präsidenten der Hauptabteilung Bauwesen verlange er, daß die Fortsetzung des Verwaltungsbaues auf der Burg in die aufzustellende Wehrkreisbauliste aufgenommen werde; denn es sei kein Luxusbau, sondern einer der wichtigsten Bauten, der im Generalgouvernement notwendig sei.

Der Herr Generalgouverneur drückt dann sein Befremden aus, daß der Bau trotz der langen Bauzeit noch nicht fertiggestellt worden sei. Er fordert die Prüfung der Voraussetzungen, unter denen die Fortsetzung und Vollendung dieses Baues, wenn auch im kriegsmäßigen Stil, gemacht werden kann. Seine Dienststelle sei keine Zivilbehörde, sondern eine Einrichtung des Krieges. Es sei unmöglich, den Dienstbetrieb mit den jetzigen Behelfseinrichtungen aufrecht zu erhalten. Die Bauarbeiten seien auch so weit fortgeschritten, daß eine

16.12.42

Fortsetzung der Arbeiten die Sache des deutschen Sieges nicht erschwere. Bei der weiteren Ausführung der Bauarbeiten wolle er auf alles verzichten, was irgendwie nach Luxus aussehe; alle Einrichtungen, die nicht unmittelbar mit der Verwaltung zusammenhängen, brauchten nicht ausgeführt zu werden. Die Hauptsache sei eine Aneinanderreihung von Verwaltungsräumen.

Die Verantwortung des Generalgouverneurs werde von Tag zu Tag größer. Jeder fordere von ihm und wenn er seine eigene Werkstätte ausbauen wolle, erkläre man plötzlich, das sei eine Zivilbehörde. Notfalls werde er in dieser Angelegenheit eine Entscheidung des Führers herbeiführen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dann, daß er aus den vielen Vorträgen, die ihm Dr. Keith in dieser Angelegenheit gehalten habe, die getreue Mithilfe von Präsident Bauder an diesem Bauobjekt entnommen habe, dafür spreche er ihm seinen besonderen Dank aus. Präsident Bauder brauche eine Verantwortung für die Fortsetzung des Baues nicht übernehmen; diese Verantwortung werde er, der Herr Generalgouverneur, von jetzt ab selbst tragen.

Mit einer Einstellung der Bauarbeiten sei er auf keinen Fall einverstanden, es sei denn, daß technische oder transportmäßige Unmöglichkeiten dazu zwingen. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß der verantwortliche Vertreter des Reiches für ein Gebiet von 16 Millionen Fremdvölkischen kein richtiges Büro besitze, während diese den Kreishauptleuten ohne weiteres zugestanden würden.

Es gelte nun, ein kriegsmäßiges Notprogramm für diesen Bau aufzustellen, d.h. die Vervollendung des Teiles des Verwaltungsgebäudes herbeizuführen, der unbedingt für die Verwaltung notwendig ist und alles, was Luxus oder überflüssig ist, abzustoppen.

16.12.42

Fortsetzung der Arbeiten die Sache des deutschen Sieges nicht erschwere. Bei der weiteren Ausführung der Bauarbeiten wolle er auf alles verzichten, was irgendwie nach Luxus aussehe; alle Einrichtungen, die nicht unmittelbar mit der Verwaltung zusammenhängen, brauchten nicht ausgeführt zu werden. Die Hauptsache sei eine Aneinanderreihung von Verwaltungsräumen.

Die Verantwortung des Generalgouverneurs werde von Tag zu Tag größer. Jeder fordere von ihm und wenn er seine eigene Werkstätte ausbauen wolle, erkläre man plötzlich, das sei eine Zivilbehörde. Notfalls werde er in dieser Angelegenheit eine Entscheidung des Führers herbeiführen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dann, daß er aus den vielen Urträgen, die ihm Dr. Keith in dieser Angelegenheit gehalten habe, ^{die} getreue Mithilfe von Präsident Bauder an diesem Bauobjekt entnommen habe; dafür spreche er ihm seinen besonderen Dank aus. Präsident Bauder brauche eine Verantwortung für die Fortsetzung des Baues nicht übernehmen; diese Verantwortung werde er, der Herr Generalgouverneur, von jetzt ab selbst tragen.

Mit einer Einstellung der Bauarbeiten sei er auf keinen Fall einverstanden, es sei denn, daß technische oder transportmäßige Unmöglichkeiten dazu zwingen. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß der verantwortliche Vertreter des Reiches für ein Gebiet von 16 Millionen Fremdvölkischen kein richtiges Hiro besitze, während diese den Kreishauptleuten ohne weiteres zugestanden würden.

Es gelte nun, ein kriegsmäßiges Notprogramm für diesen Bau aufzustellen, d.h. die Vllendung des Teiles des Verwaltungsgebäudes herbeizuführen, der unbedingt für die Verwaltung notwendig ist und alles, was Luxus oder überflüssig ist, abzustoppen.

16.12.42

Architekt Kaulfuß macht dann Angaben über den jetzigen Stand der Arbeiten:

Die Heizungsanlage sei bis zu 80 % fertig; im Februar könne man den Gesamtbau heizen, in dem bereits seit 4 Wochen der größte Teil der Heizungsanlage in Betrieb sei. Licht, Schwachstrom, Meldewesen und andere Anlagen seien so weit vorgetrieben, daß man bei dem heutigen Arbeitstempo im April mit der Fertigstellung rechnen könne. Im übrigen sei er der Meinung, daß man den Bau nach einem Jahr in Betrieb nehmen könne, vorausgesetzt, daß das heutige Arbeitstempo nicht noch weiter verlangsamt werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Architekt Kaulfuß, daß sämtliche benötigten Baumaterialien bis auf kleine Mengen bereits auf der Burg lagerten, wie z.B. Klinker, Fußbodenplatten, Wand- und Estrichfließen, Gips für Putz- und Stuckarbeiten. Für die Steinmetzarbeiten fehlten noch 2 bis 3 Waggon. Sämtliche Zimmermannsarbeiten seien fertiggestellt und die restlichen Dachbedeckungsarbeiten könnten noch in diesem Jahre durchgeführt werden. Tischlerarbeiten wie Fenster lagerten vollzählig auf der Burg; die Beschläge dazu seien zur Hälfte vorhanden, der Rest werde bis Ende Februar geliefert. Auch das Glas für den gesamten Bau lagere hier. Materialmäßig könne man die Situation also als durchaus günstig bezeichnen.

Die Post habe bereits sämtliche Telefonleitungen gelegt; ebenfalls fertiggestellt sei die elektrische Installation. Alles, was in den Räumen gestellt oder an die Wand gehängt werde wie Möbel und Bilder, lagerte zu 80 % auf der Burg. Schwierig seien die nötigen Materialien für die Klimaanlage, die Kühlanlagen und die Aufzugsanlagen zu beschaffen. Tressore und Stahlschränke würden im März geliefert werden.

16.12.42

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß solche überflüssigen Einrichtungen, die nicht unbedingt mit dem Bürobetrieb zu tun hätten, zurückgestellt werden sollten. Er stellt dann fest, daß auf Grund der Angaben des Architekten Kaulfuß materialmäßig die Fortsetzung des Baues keine Schwierigkeiten bereite. Die noch fehlenden geringen Sachen würden sich sicherlich beschaffen lassen.

Architekt Kaulfuß behandelt sodann die Hauptschwierigkeit, nämlich die Gestellung der Arbeitskräfte. Seit eineinhalb Jahren litten die Bauarbeiten an einer zu geringen Belegschaft. Im Sommer dieses Jahres, habe die Firma Hochtief allein 370 Mann beschäftigt. Heute habe sie einen Sollbestand von 200 Mann, von denen in Wirklichkeit durchschnittlich immer nur 150 anwesend seien. Von den zur Zeit vorhandenen 60 Maurern seien nur 25 Putzer. Von den übrigbleibenden 35 Mann müßten für Hilfsarbeiten bei den Installationsarbeiten 20 Mann abgestellt werden, so daß also nur 15 Maurer wirklich zur Verfügung ständen. Wenn es möglich wäre, die Zahl der 60 Maurer um weitere 60 zu erhöhen, wären die Putzarbeiten bis zum April und in weiteren 3 Monaten die Feinarbeiten fertigzustellen.

Auf Befragen durch den Herrn Generalgouverneur äußern die Herren Hofer, Koettgen und Horstmann die gleiche Anschauung.

Kammergerichtsrat Dr. Keith berichtet von den ungeheueren Schwierigkeiten, die die Arbeiterfrage schon immer verursacht habe. Selbstverständlich habe er das größte Interesse an der Fertigstellung des Baues, da die bisherigen behelfsmäßigen Einrichtungen auf die Dauer untragbar seien. Auf Grund seiner Erfahrungen glaube er aber, daß sich die Zahl der jetzt beschäftigten Arbeiter nicht erhöhen lasse. Man müsse heute um

16.12.42

jeden einzelnen Facharbeiter schwer kämpfen. Außerdem bereite die Verpflegung der Leute zunehmende Schwierigkeiten. Man müsse den Arbeitern zusätzlich Naturalien verabfolgen, da sie bei Zahlung nur des gesetzlich zulässigen Lohnes überhaupt nicht zur Arbeit erschienen.

Der Herr Generalgouverneur will sich deswegen mit den Leitern der Hauptabteilungen Ernährung und Landwirtschaft und Arbeit in Verbindung setzen. Als der kriegswichtigste Mensch im Generalgouvernement müsse er unbedingt Wert darauf legen, daß er möglichst bald eine "Werkstätte" zur Verfügung bekomme. Zu diesem Zweck müsse die Arbeiterfrage unbedingt einer Lösung zugeführt werden.

Auf den Hinweis von Präsident Bauder, daß^{er} für die Fortführung des Baues die Genehmigung von Reichsminister Speer für erforderlich halte, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß er vorerst eine diesbezügliche Mitteilung des Reichsministers abwarten werde. Im Generalgouvernement könne man nicht das Schema des Reiches anwenden. Man könne dem Generalgouverneur den Ausbau seiner Dienststelle, die unbedingt als kriegswichtig anzusehen sei, nicht verweigern. Sollte es deswegen zu einem Konflikt kommen, dann werde er den Führer um eine Entscheidung angehen. Er gäbe offiziell die Weisung, daß der Bau des Kanzleigebäudes, also seiner Werkstätte im Hinblick darauf, daß es sich um einen kriegswichtigen Bau handle und daß bis zu 90 % des Materials vorhanden seien und daß es in der Arbeiterfrage sich um die Gestellung von nur wenigen Dutzend Arbeitern handle, fortgesetzt wird. Allerdings wünsche er nicht, daß am Bau etwas geschieht, was überflüssig ist oder einen Luxus darstellt. Wichtig sei ihm allein die Erstellung einer Arbeitsstätte.

16.12.42

Vor allem müßten Arbeitsräume in Serien fertiggestellt werden können und gegenüber dem nichtfertigen Bau abgeriegelt werden. Die Arbeiten am Festsaal müßten eingestellt werden. Im Programm, das von heute ab gelte, sei nur die Fertigstellung des Allernotwendigsten und für einen gewöhnlichen Bürobetrieb unbedingt Erforderlichen zu berücksichtigen. Die Verantwortung für die Fortsetzung des Baues als der Werkstätte des Generalgouverneurs übernehme er persönlich. Baudirektor Hofer habe sich der Weiterführung des Baues intensiv und tatkräftig zu widmen.

Der Herr Generalgouverneur gibt zum Schluß nochmals seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Neubau von seiten der Architekten nicht mit dem nötigen Nachdruck und der nötigen Energie betrieben worden sei.

Kammergerichtsrat Dr. Keith berichtet dann, daß die Verlegung der neuen Schloßküche so weit gediehen sei, daß sie am 1. April in Betrieb genommen werden könne.

19⁰⁰ Besuch der Aufführung "Der Kreidekreis" von Johannes von Guenther im Staatstheater Krakau.

21³⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Donnerstag, den 17.12.1942

12¹⁰ Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet anhand von Tabellen, Aufstellungen und Statistiken über verschiedene Angelegenheiten aus seinem Arbeitsgebiet.

12⁴⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.

12⁵⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Graf di Possombrone

13⁰⁰ M i t t a g e s s e n .

15¹⁵ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

16⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler Fräulein Emilie Bauer.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Freitag, den 18. Dezember 194210³⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.11¹⁰ Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die vier Erlasse betreffend die Eingliederung des Distrikts Galizien in das Generalgouvernement vor.

Der Herr Generalgouverneur macht Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh Mitteilung davon, daß Staatssekretär Krüger in Sachen des Polizeihilfsdienstes ein Schreiben an ihn gerichtet habe. Aus diesem Anlaß trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1. von einer Veröffentlichung der Verordnung über Befreiungen vom Polizeihilfsdienst in der Krakauer Zeitung und ihrer Bekanntgabe im Rundfunk ist abzusehen.
2. Das Amt für Gesetzgebung ist als die große Sicherungsinstanz für die geordnete Gesetzgebung im Generalgouvernement anzusehen.
3. Dem Staatssekretär Krüger ist davon Mitteilung zu machen, daß der Herr Generalgouverneur an seiner bisher eingeschlagenen Richtung festhält.
4. Die Polizeiverordnung über den Polizeihilfsdienst, die nunmehr mit der Verordnung des Generalgouverneurs nicht mehr zusammenstimmt, ist entsprechend abzuändern bzw. ist festzustellen, inwieweit durch die Verordnung des Generalgouverneurs die ursprüngliche Polizeiverordnung abgeändert wird.

18.12.42

5. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß bis zum Beginn des Jahres 1943 sämtlichen Amtsträgern des Generalgouvernements und auch sämtlichen maßgebenden Parteidienststellen die Verordnung des Generalgouverneurs durch Rundschreiben nochmals bekannt gegeben wird, und zwar mit der Weisung, daß sie sich strikte danach zu richten hätten.

11³⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.

16¹⁵ Besprechung über die gegenwärtige Papiersituation und verschiedene verlegerische Fragen.

Teilnehmer: Präsident O h l e n b u s c h, Pressechef G a s s n e r, Dr. L ü d e m a n n, Herr von K r a e w e l, Verlagsleiter S t r o z y k, Hauptschriftleiter F e n s k e und Herr S t o f f e r.

Herr Stoffer, Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Papier erstattet über die gegenwärtige Papiersituation Bericht. Die Lage spitze sich immer mehr zu. Erst jüngst sei das Kontingent, das das Generalgouvernement vom Reich erhalte, um 30 % gekürzt worden; weitere Kürzungen müssten erwartet werden. Die eigene Produktion in drei grossen Papierfabriken sei infolge Kohlenmangels unzureichend.

Der Normalbedarf des Generalgouvernements einschliesslich Galiziens belaufe sich auf monatlich 11.000 t. Dem gegenüber erhalte das Generalgouvernement aus dem Reich 2.500 t, sodass es mit seiner Eigenerzeugung von 1500 t eine Gesamtmenge von 4000 t Papier im Monate zur Verfügung habe. Mit dieser Menge könnten nur die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden.

Dieses Papierkontingent werde in verschiedenen Strängen verteilt. Der Hauptabnehmer sei der Zeitungs-

18.12.42

7363

verlag Krakau-Warschau mit monatlich 700t. Es sei damit zu rechnen, dass man dem Zeitungsverlag die jetzige Menge auch in Zukunft zur Verfügung stellen könne. Weitere Kontingente erhielten Dienststellen, Wehrmacht, verschiedene Verarbeiter (Zigarettenhüllen), Druckereibetriebe; eine kleine Menge werden noch an deutsche Einzelhändler verteilt. Schulhefte würden zum grössten Teil eingeführt; im Generalgouvernement würden für diese Zwecke nur 30 t Papier zur Verfügung gestellt.

Verlagsleiter S-trozyk weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Zeitungsverlag Papiervorräte für 2 Monate angelegt habe, um bei auftretenden Schwierigkeiten nicht in Verlegenheit zu kommen. Man benötige allein für Krakau 300t Papier im Monat. Die Auflageziffern der polnischen Zeitungen hätte man schon vor längerer Zeit beschränken müssen. Das meiste Papier verschlinge der Druck von Zeitschriften.

Herr Stoffer fährt dann fort, dass die Papierverteilung für den Buchdruck neu geregelt worden sei. Während sich bis jetzt die Propagandaabteilungen der Distrikte das Papier beim Grosshandel beschafft hätten, werde nunmehr der Hauptabteilung Propaganda eine Sondermenge zur Verteilung an die einzelnen Propagandaämter der Distrikte zur Verfügung gestellt. Diese Menge betrag zur Zeit 50t Rotationsdruck- und 50t gewöhnliches Druckpapier.

Abschliessend gibt der Herr Generalgouverneur seine Stellungnahme dahin kund, dass er es den Fachleuten überlassen wolle, sich auf einen gerechten Verteilungsmodus zu einigen.

Anschliessend wird die Schaffung eines Staatsverlages, den Präsident Ohlenbusch zur Durchführung einer möglichst raschen Fertigstellung von dringen-

18.12.42

1364

den Staatsaufträgen errichtet haben will, da der Zeitungsverlag dieser Aufgabe wegen zu grosser Überlastung nicht zur Zufriedenheit nachkommen könne, erörtert. Der Herr Generalgouverneur sieht vorerst von der Schaffung eines solchen Staatsverlages ab, beauftragt aber Verlagsleiter Strozyk, innerhalb des Zeitungsverlages eine Verlagerung und Verteilung der Druckaufträge der verschiedenen Dienststellen der Regierung so vorzubereiten und vorzunehmen, dass dringende Regierungsaufträge in den Krakauer Druckereien des Zeitungsverlages sofort nach Auftragserteilung ausgeführt werden könnten. Vorbereitungen seien von ihm dahin zu treffen, dass weniger wichtige und weniger eilige Aufträge zwecks Entlastung der Krakauer Betriebe an die Warschauer oder Lemberger Druckereien des Zeitungsverlages abgezweigt werden könnten. Er habe dafür zu sorgen, dass auf Grund dieser jetzt von ihm -zu treffenden Neuregelung plötzliche Aufträge der Regierung jederzeit sofort erledigt werden können. Über diese Neuregelung erwarte er von Herrn Strozyk im nächsten Monat einen eingehenden Bericht.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dann, dass in einem neuen Land wie dem Generalgouvernement unbedingt auch Privatinitiative auf verlegerischem Gebiet spürbar sein müsse. Ein absolutes Verlagsmonopol dürfe nicht Platz greifen und er wünsche, dass auch andere Verlage im Generalgouvernement in Erscheinung treten. Man müsse Versuche, wie sie z.B. Buchhändler Fritsche durch die Planung einer kleinen Broschüre "Das schöne Krakau" unternehmen wolle, fördern. Derartige Versuche dürften nicht, weil sie Privatinitiative darstellten, von vornherein ausgeschaltet werden, sondern jeder diesbezügliche Antrag müsse wohlwollend geprüft werden. Er werde dem Buchhändler Fritsche die Genehmigung zum Druck seiner Broschüre erteilen.

18.12.42

Dr. Lüdemann, Leiter der Abteilung Schrifttum in der Hauptabteilung Propaganda, weist anschließend auf die Tatsache hin, daß im Generalgouvernement ein Schrifttum fehle, das den Deutschen dieses Gebiet zur Heimat mache. Er werde demnächst dem Herrn Generalgouverneur den Plan zur Errichtung eines "Dr. Frank-Preises" vorlegen. Mit Hilfe dieses Preises werde man versuchen, deutsche Schriftsteller, die sich für den deutschen Osten interessierten, ins Generalgouvernement zu bringen. Auf dem Gebiete des Buchhandels sei hier durch Fritsche mit seiner Hauptniederlassung in Krakau und seinen Nebenniederlassungen in Lemberg, Warschau, Radom und Lublin bereits sehr viel geleistet worden.

Auch der Herr Generalgouverneur gibt wie schon früher seinem Wunsche Ausdruck, daß deutsche Dichter, die sich für den Osten interessierten, ins Generalgouvernement berufen werden müßten. Allmählich müsse eine aus dem Raum stammende Literatur entstehen. Besonders wichtig sei, daß jetzt die romantische Literatur des Generalgouvernements ihr Leben beginne. Themen biete der Raum genügend, wie z.B. die Verfassung einer romantischen Geschichte aus dem Krakau um 1830 (Aufenthalt Karl XII), einer Geschichte der Hansestadt Krakau (Fuggerstädel in Warschau) oder einer Novelle über Mozarts Sohn in Lemberg u.a.. Vielleicht finde man auch einen österreichischen Militär, der einen Roman aus der Zeit der österreichischen Garnison zu Krakau schreibe. Die deutsche Geschichte dieses Raumes biete genügend Ansatzpunkte für derartige Romane und Kurzgeschichten.

Der Hauptzweck, der damit erreicht werden solle, müsse sein, das Gebiet den Deutschen allmählich heimisch zu machen und eine eigenständige geistige Verwurzelung zu schaffen. Historische Novellen erfüllten voll und ganz diesen Zweck.

Dr. Lüdemann nennt für solche Vorhaben als geeignete Dichter Otto Romberg, Erna Grauhoff, Emanuel Eckelberger, Herbert Kranz, Myrko Jellusich, Erhard Wittek u.a.m..

18.12.42

Verlagsleiter Strozyk weist darauf hin, daß im Auftrage des Zeitungsverlages bereits mehrere Romane von jungen deutschen Schriftstellern geschrieben würden. Dr. Scholz arbeitet z.B. zur Zeit an drei Krakauer Romanen.

Der Herr Generalgouverneur spricht seine Genugtuung aus, daß auf diesem Gebiet bereits soviel Vorarbeit geleistet sei und sagt bereitwillige Unterstützung und tatkräftige Förderung zu. Er sei bereit, jeden ins Generalgouvernement kommenden deutschen Dichter und Schriftsteller auf der Burg zu empfangen und ihm einige Anregungen für seine Arbeit zu geben. Besonders am Herzen liege ihm die Schaffung eines Romans oder einer Novelle "Kopernikus in Krakau" oder ähnliches, die bis April des nächsten Jahres geschrieben sein müßte. Vielleicht könne Dr. Lüdemann dafür Professor Hänseling gewinnen.

Weiter wünscht der Herr Generalgouverneur die Herausgabe einer deutschen "Krakauer Illustrierten", wenn sie auch nur einmal im Monate erscheinen könne. Er beauftragt Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner, für eine Verwirklichung dieses wenn auch schwierigen Wunsches Sorge zu tragen.

Den Antrag von Dr. Lüdemann, einige Bücher leichter Unterhaltungsliteratur für Polen herausbringen zu dürfen, genehmigt der Herr Generalgouverneur.

Verlagsleiter Strozyk erklärt dazu, daß im Zeitungsverlag bisher bereits 30 Bücher der polnischen Literatur erschienen seien und daß weitere 20 in Vorbereitung seien.

Für die Lesebedürfnisse der Deutschen in den kleineren Städten ziehe die Atlas GmbH. zur Zeit 50 deutsche Leihbüchereien auf, in denen schwer käufliche Bücher ausgeliehen würden.

8²⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Sonnabend, den 19. Dezember 1942

10⁰⁰ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den stellvertretenden Leiter des Amtes für die Pflege alter Kunst SS-Hauptsturmführer Ernst.

SS-Hauptsturmführer Ernst überreicht dem Herrn Generalgouverneur im Auftrage des Staatssekretärs Dr. Mühlmann das erste Exemplar des Behaim-Kodex in der Bearbeitung von Professor Winkler-Berlin. Er übergibt weiter dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben des Staatssekretärs Dr. Mühlmann, das folgenden Wortlaut hat:

Eben wird mir das erste Exemplar des Krakauer Behaim-Kodex in der Bearbeitung von Professor Fritz Winkler überbracht. Ich beeile mich, Ihnen dieses gut gelungene schöne Werk, das der Deutsche Verein für Kunstwissenschaft seinen Mitgliedern als Jahresgabe widmet, überreichen zu lassen. Ohne Ihre großzügige Förderung, Herr Generalgouverneur, wäre diese wissenschaftlich bedeutende Publikation keineswegs zustande gekommen. Ich glaube, Ihrem Wunsche entsprochen zu haben, wenn gemeinsam mit dem Deutschen Verein für Kunstwissenschaft das Institut für Deutsche Ostarbeit als Herausgeber zeichnet. Der Druck nahm zwei volle Jahre in Anspruch; denn gut Ding braucht Weile. Ich glaube aber, daß die kaum mehr zu überbietende Wiedergabe der farbigen Miniaturen den Aufwand der Zeit vollauf rechtfertigen.

Dr. Mühlmann

19.12.42

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über das schöne Werk Ausdruck und beauftragt SS-Hauptsturmführer Ernst, dem Staatssekretär Dr. Mühlmann seinen Dank und seine Anerkennung zu übermitteln.

12⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt Polizeimajor Graf zu einer persönlichen Besprechung.

13⁰⁰ M i t t a g e s s e n aus Anlaß der Verabschiedung der Hauptabteilungspräsidenten Körner und Dr. Siebert.

14³⁵ Feierliche Verabschiedung der aus ihren Ämtern scheidenden Hauptabteilungspräsidenten Landesbauernführers Körner und Ministerialrats Dr. Siebert.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Mein lieber Parteigenosse Körner! Es ist mir nunmehr vorbehalten, in feierlicher und offizieller Form Sie namens der Regierung des Generalgouvernements zu verabschieden. Als Sie damals, dem Rufe des Führers folgend, in dieses Gebiet kamen, um als altbewährter Vorkämpfer des Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Agrarpolitik, um als Landesbauernführer hier Ihre Dienststelle zu übernehmen, da ging es Ihnen nicht anders als uns allen. Sie fanden eine völlig zerstörte Landwirtschaft vor, der jede agrarische Geordnetheit jeder bevölkerungserzieherische, preis- und marktmäßig organisatorische Unterbau fehlten. Was Sie nun, ausschließlich gestützt auf die Kraft dieses Landes, auf die Geschlossenheit der Regierung dieses Raumes, vor allem aber auch auf Ihre eigene Erfahrung und Tatkraft, mit Ihrer unvergleichlich charakteristischen männlich entschiedenen Führungsleistung aus diesem landwirtschaftlich so völlig zerstörten und vor dem Abgrund stehenden

7369

19.12.42

Lande in der kurzen Zeit Ihrer Wirtschaftsführung gemacht haben, das wird einmal eines der stolzesten Blätter in der Geschichte der deutschen nationalsozialistischen Agrarpolitik sein. Diese Ihre Leistung steht mit an der Spitze des Aufbaues deutscher Ordnung in diesem Raum. Auf dem festen Untergrund, den Sie der Agrarpolitik hier gegeben haben, werden Ihre Mitarbeiter und alle die Männer, die sich um Sie gesammelt haben, auch unter der Führung Ihres Nachfolgers solide, sauber und sicherlich auch erfolgreich weiterbauen können. Und wenn heuer das Generalgouvernement allein über die Reichsgrenze 600 000 Tonnen Brotgetreide ins Reich zu liefern sich angeschickt hat, wenn das möglich war, so ist es auch mit Ihr Verdienst und das Verdienst Ihrer hervorragenden Leistung.

Aus diesen Meinen Worten mögen Sie entnehmen, wie schwer wir in der Regierung des Generalgouvernements, wie schwer auch ich persönlich Ihren Abschied von uns empfinden. Sie gehörten von Anfang an zu uns; Sie waren uns immer ein treuer Kamerad. Sie hatten in Ihren frohen Augen immer das Leuchten eines gesunden Optimismus. Sie strahlten eine ungeheuerere Energie, aber auch eine unglaubliche Zuversicht aus. Sie waren niemals pessimistisch, niemals schlecht gelaunt. Sie hatten immer die Frische des die Scholle beackernden Bauern und Landmannes. Sie brachten auch in Ihre Verwaltung einen frischen Luftzug. Dafür möchte ich Ihnen meinen Dank in besonders herzlicher Form zum Ausdruck bringen.

Im Namen des Führers und des Reiches verabschiede ich Sie nunentsprechend Ihrem Antrage aus dem Amt eines Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements. Sie sind zu einer neuen großen Aufgabe berufen worden. Möge im Interesse des Führers, des Reiches und unseres ganzen deutschen Volkes der großen Aufgabe, die Ihnen nunmehr gestellt ist, der gleiche Segen erblühen wie der Arbeit, die Sie hier so segensreich begonnen haben.

19.12.42

Als Geschenk der Regierung des Generalgouvernements überreiche ich Ihnen ein Bild, das einen Ausschnitt aus der Landschaft darstellt, die Sie so meisterhaft betreut haben. Wollen Sie es als bescheidenes Zeichen meiner Anerkennung für Ihre vorbildliche Arbeit entgegennehmen.

Landesbauernführer Körner dankt dem Herrn Generalgouverneur mit bewegten Worten für diesen Abschiedsgruß. Seine Gedanken, so sagt er, gingen zurück an den Tag, an welchem er zum ersten Male dem Generalgouverneur gegenüber getreten sei und dieser ihm den Auftrag erteilt habe, ihm in die besetzten Polnischen Gebiete als Leiter der Landwirtschaftlichen Verwaltung zu folgen. Stets werde er sich daran erinnern, welch' großes Vertrauen ihm der Generalgouverneur vom ersten Tage an entgegengebracht habe. Nur auf dieses Vertrauen gestützt habe er überhaupt erst seine Arbeit entwickeln können. Für den Generalgouverneur sei es sicher ein großes Risiko gewesen, einem Mann aus dem mitteldeutschen Bauernstande diese großen Vollmachten zu geben. Die großen Erfolge, die die Landwirtschaftliche Verwaltung des Generalgouvernements erzielt habe, seien nur diesem Vertrauen und dem Umstande zuzuschreiben, daß der Herr Generalgouverneur immer seine starke Hand schützend über die Verordnungen und Planungen auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft gelegt habe.

19.12.42

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann an Ministerialrat Dr. Siebert mit folgenden Worten:

Lieber Präsident Dr. Siebert! Nachdem ich im Oktober 1939 die Regierung des Generalgouvernements übernommen hatte, war es mir sehr willkommen, daß Sie sich gleich dem Aufbauwerk im Osten zur Verfügung stellen konnten. Wir alle haben Sie damals herzlich aufgenommen. Ihre damalige Leistung habe ich bereits bei Ihrem ersten Abschied vom Generalgouvernement gebührend gewürdigt. Sie sind es gewesen, der für den Gedanken der Einheit der Verwaltung, der klaren autoritären Durchdringung aller Instanzen nach einem Ziele hin eingetreten ist, der diese Neugliederung des Regierungsapparates durchdachte, organisierte, formulierte, in die Tat umsetzte und damit das Verwaltungsgebäude des Generalgouvernements auch in der Verwaltungsgeschichte unseres Reiches erstmalig zum Vorbild machte.

Als Sie dann, einem ernsten Rufe Ihres Vaters folgend, wieder in Ihre Heimat zurückkehrten, da war das schon damals auch Anlaß für einen Abschied von uns. Dann kamen Sie wieder, und Sie haben sich nunmehr nochmals weit über ein Jahr bei uns sehr erfolgreich betätigt. Jetzt kehren Sie entgültig als Leiter der Bayerischen Finanzverwaltung nach München zurück.

Herr Präsident Dr. Siebert, ich glaube, daß auch Ihr Werk unvergänglich in die Geschichte des deutschen Verwaltungsaufbaues, der deutschen Führungsarbeit im Osten eingeht. Sie sind der Mann an meiner Seite gewesen, der im engsten Verein mit allen Dienststellen dieses schwierige, auch durch viele unangenehme und sehr problematische Gegenaktionen oft bedroht gewesene Gebilde der einheitlichen Führung und Verwaltung dieses Raumes immer mit entschiedener Willensklarheit und auch

19.12.42

taktischem Führungsgeschick verteidigt, der die hier aufgetretenen Schwierigkeiten überstanden und durchgestanden hat. Ich verliere in Ihnen den Mann, der mir auf diesem Gebiet die entscheidende Arbeit geleistet hat. Auch alle meine Mitarbeiter bedauern Ihr Fortgehen von uns aufs tiefste. Ihr Name wird in der Geschichte des Generalgouvernements und des deutschen Ostaufbaues zweifellos unvergessen bleiben.

Ich nehme an, daß auch von Ihnen, Herr Präsident Dr. Siebert, die Zeit, die Sie im Generalgouvernement verbracht haben, als eine Zeit würdiger Tätigkeit bezeichnet werden kann. Die Verwaltung, die Sie aufgebaut haben, begrüßt Sie durch mich. Die Herren der Regierung, die Gouverneure, die Kreis- und Stadthauptmänner, ja selbst die Vögte und Woits grüßen Sie. Denn in Ihnen erstand allen diesen Männern im Lande nicht nur der Geist, der von der Regierung in die Dinge der Inneren Verwaltung geleitet wurde, sondern Sie waren auch der stete tapfere Vorkämpfer der Verwaltungsgrundsätze, die wir für diesen Raum als notwendig erkannt haben. Seien Sie bedankt für alles, was Sie hier geleistet haben!

Im Namen des Führers und des Reiches entspreche ich Ihrem Antrag, Sie aus der Stellung eines Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements zu entlassen. Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß wir Ihr Scheiden herzlich bedauern. Sie ziehen jetzt in Ihre Heimat und gehen von der Hauptstadt der Regierung des Generalgouvernements an einen ebenso würdigen Regierungsdienstsitz, um dort eine neue große Aufgabe zu übernehmen. Seien Sie stets dessen eingedenk, daß Sie hier eine Stelle hinterlassen, die Ihrem Herzen nahe ist.

Zum Zeichen meiner Anerkennung überreiche ich Ihnen eine Mappe mit Kunstdrucken von Krakau.

19.12.42

Präsident Dr. Siebert dankt dem Herrn Generalgouverneur bewegt für die Worte, die der Herr Generalgouverneur ihm gewidmet habe. Als im Frühjahr 1942 der Ruf an ihn ergangen sei, wieder in den Dienst des Generalgouvernements zu treten, sei er freudigen Herzens ins Generalgouvernement zurückgekehrt. Er habe gehofft, in diesem Nebenland des Reiches nun auch weiterhin seine Pflicht tun zu können. Aber das Schicksal habe es anders bestimmt; der Führer habe angeordnet, daß er in die Heimat zurückkehre, um einen Teil der Arbeit zu übernehmen, die sein Vater bisher geleistet habe. So ehrenvoll diese Aufgabe auch für ihn sei, so scheide er doch mit wehem Herzen vom Generalgouverneur, von der Regierung des Generalgouvernements und seinen bisherigen Mitarbeitern. Er habe versucht, seine Pflichten im Generalgouvernement zu erfüllen, oft unter nicht einfachen Umständen. Wenn er dem Generalgouverneur und der Regierung des Generalgouvernements ein Helfer habe sein können, dann verdanke er das vor allem dem Entgegenkommen des Generalgouverneurs, der ihn immer gestützt und seine Arbeit gefördert habe. Für all' das danke er dem Herrn Generalgouverneur aus innerstem Herzen. Dieser Dank gelte auch den Männern, mit denen er habe zusammen arbeiten dürfen. „Er sei stolz und glücklich gewesen, an der Aufbauarbeit im Osten des Reiches mitzuwirken.“

19.12.42

Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung von Pressechef Gassner zwecks Teilnahme an der Weihnachtsfeier in das Reservekriegslazarett I, Teillazarett Studentenheim, Grzegorzcecka 20.

Nach Begrüßungs- und Dankesworten von Oberstabsarzt Dr. Holt Schmidt ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Für mich ist es eine selten schöne Weihestunde, in Ihrer Mitte weilen zu dürfen; ich freue mich, daß wir noch vor Weihnachten so schön zusammensein können. Ich möchte Euch alle in Krakau herzlich willkommen heißen. Darüber hinaus gilt mein Gruß allen Verwundeten, die im weiten Generalgouvernement in den Lazaretten liegen und dort in ihren Wunden und Verletzungen, die sie an der Ostfront für das Vaterland erlitten haben, gepflegt werden.

Wir haben hier an diesem früheren königlichen Zentralpunkt des polnischen Staates eine starke deutsche Führung aufgerichtet. Viele von Euch, die nicht nur einige Tage hier sind, sondern längere Zeit verweilen müssen, werden sich sicher gesagt haben: "So ein Pech, jetzt bleibe ich ausgerechnet in Krakau hängen, statt daß ich in die Heimat komme!" Diesen allen möchte ich sagen, daß wir uns bemühen wollen, Ihnen den Aufenthalt im Generalgouvernement so schön wie möglich zu machen. Auch uns war furchtbar zu Mute, als wir im Jahre 1939 in dieses Land an der Weichsel einzogen. Ich mußte frisch von der Truppe weg und wurde in diesen polnischen Schlendrian hineingestellt, aus dem wir die Läuse mit Schaufeln

19.12.42

wegräumen mußten. Damals herrschten hier grauenhafte Zustände, alle Straßen waren von Flüchtlingen verstopft, Licht, Gas und Wasser nicht vorhanden, die Bahnen, Brücken und viele Häuser zerstört.

Nach knapp drei Jahren kann man nun vom Generalgouvernement als von einem zur Heimat gehörigen Gebiet sprechen. Ich freue mich immer wieder, wenn ich bei unseren kulturellen Veranstaltungen die Verwundeten und die weißen Hauben der Schwestern sehe. Ich weiß doch, daß es uns auf einem geistig-seelischen Weg gelingt, ihnen allen eine Stunde Heimatempfinden zu vermitteln.

Das Opfer, das Ihr gebracht habt und zu dem Ihr Euch als Soldaten auch weiter verpflichtet fühlt, ist in diesem Krieg nicht umsonst gebracht; denn dieser Krieg wird von Deutschland gewonnen. Wenn man irgendwie auf den Ernst der Zeit verweist und dabei erklärt, jetzt kommen die großen Schwierigkeiten, so trifft das nicht zu. Der sowjetische Angriff, den Ihr selber am deutlichsten in Erinnerung habt, war furchtbar; die Kämpfe an der Ostfront sind schwer. Aber der deutsche Soldat ist der beste Soldat der Welt und jeder sowjetische Soldat wird sich eines Tages vor den deutschen Waffen verkriechen müssen. Ich bin wie Ihr der Überzeugung, daß wir den Krieg gewonnen haben, wenn wir den Raum, den wir bis jetzt erobert haben, halten können. Sie sollen ruhig anrennen und sich die Schädel blutig schlagen; wir werden den Raum behalten und das deutsche Volk wird den Krieg gewinnen.

In diesem Riesenraum, der von den Pyrenäen bis weit nach Rußland hinein reicht, wird jeder

19.12.42

Deutsche eine ihm gebührende hervorragende Stellung einnehmen können. Das ist der Sinn des Leides, das Ihr durchgemacht habt, und das ist der Sinn Eures Einsatzes. Der Führer lebt es Euch ständig vor. Heute seid Ihr dran, wie wir vor 20 Jahren dran waren.

Wenn ich Euch in diesen Kitteln sehe, dann erinnere ich mich der Zeit, in der auch wir einmal in diesem Gewande in den Lazaretten lagen und auch die gleichen Gedanken an Heimat und Familie hatten wie Ihr. Und gerade an Weihnachten freuten wir uns unserer Jugend und empfanden es als ein Glück, Deutscher zu sein und die deutsche Aufgabe zu empfinden und miterfüllen zu helfen.

Ihr dürft Euch in der grössten Zeit des Deutschen Volkes als echte Deutsche Männer bewähren. Seid stolz darauf und dankbar dafür.

Für mich als Chef dieses Landes ist es eine der ehrenvollsten Pflichten, für das Wohlergehen der vielen tausenden Verwundeten im Generalgouvernement zu sorgen. Ich kann Euch sagen, dass auf diesem Gebiete alles geschieht, und ich weiss auch, dass Eure Ärzte alles tun und Eure Schwestern auch alle Opfer bringen. Wir, die wir für die Geschehnisse dieser Zeit die Verantwortung zu tragen haben, wissen, dass der Glaube an die Deutschen Menschen die Zukunft ausmacht.

Meine lieben verwundeten Kameraden, meine lieben Schwestern und Herren Ärzte! Ich wünsche Euch allen im ganzen Generalgouvernement von Herzen ein gesegnetes Weihnachten und ein gutes neues Jahr und uns allen, dass wir diesen Krieg mit einem sieghaften Ende abschliessen können und dass dies der letzte Krieg, den wir in Europa erleben, sein möge. Unser deutsches Volk verdient den Frieden.

19.12.42

Der Herr Generalgouverneur besucht im Anschluss an die Kaffeetafel mehrere Schwerverwundete des Lazarettes.

17¹⁵ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19.12.42

17³⁰ J u l f e i e r der auf der Burg zu Krakau stationierten 3. Kompanie des Polizei-Wachbataillons Dresden im Gemeinschaftsraum der Polizeiunterkunft.

Nach Begrüßungsworten des Kompanieführers Oberleutnants Klinder ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Meine lieben Kameraden von der Polizei! Ich wollte gern das Ende des Jahres dazu benutzen, um Euch dafür zu danken, daß Ihr mich auf der Burg immer so schön bewacht. Ihr seid so besorgt um mich, daß mir eigentlich gar nichts passieren kann.

Wir befinden uns hier oben auf der Burg zu Krakau in einem etwas merkwürdigen Gefilde. Aber eines muß ich doch sagen: mögen wir nach Ost oder West schauen, die Burg zu Krakau ist doch einer der schönsten Sitze, die wir uns im Laufe der letzten Jahre geschaffen haben. Diese Burg dürfen wir nicht wieder hergeben. Zudem wüßte man ja auch nicht, wem man sie geben sollte; denn die Polen sind in einigen Jahren nicht mehr vorhanden. Wir haben bereits 30 000 Deutsche in Krakau, und das mitten im Kriege. Und wißt Ihr, mit wievielen Deutschen ich meine Arbeit begonnen habe? Als ich im November 1939 hier einzog, da gab es ganze 310 Deutsche in Krakau. Nun lasst einmal den Krieg vorübergehen - er geht ja hoffentlich auch einmal zu Ende - dann wird hier in Krakau ein Deutschtum einziehen wie jenes, das sich einstmals diese schöne Stadt Krakau geschaffen hat.

Mit Stolz könnt Ihr Euch nennen "Burg-Wachkompanie der Deutschen Polizei". Ihr werdet einmal über kurz oder lang von hier weggehen. Aber ganz

19.12.42

gleich, wohin Euch Eure weiteren dienstlichen Verpflichtungen auch noch rufen werden, Ihr werdet Euch gern dieser schönen Burg erinnern, an der man einige Jahrhunderte hindurch gebaut hat.

Sooft ich an Euch vorbeifahre, - immer sehe ich die tapferen Männer. Als Soldat freue ich mich über Euer Erscheinungsbild, über Eure stramme Haltung und Eure Meldungen und kann immer wieder feststellen, wie das alles klappt, wie exakt es ist. Für mich, der ich Offizier in einem der stolzesten preußischen Regimenter, dem ersten Garderegiment zu Fuß, war, ist es eine besondere Genugtuung, Euch sagen zu können, daß Ihr in Eurer soldatischen Haltung den besten Eindruck macht. So etwas von Polizei, wie Ihr es seid, hat es noch nie gegeben. Früher stellte man sich unter einem Polizisten einen dicken gemütlichen Mann mit einem großen Schnauzbart und einem Riesennotizbuch vor, der meistens nicht zu sehen war, wenn etwas wirklich geschah. Heute ist die Polizei ein soldatisches Gebilde geworden. Es ist eine der großartigsten Taten des Reichsführers Hitler und des Polizeigenerals Daluge gewesen, daß sie aus der deutschen Polizei ein so hervorragendes Instrument gemacht haben.

Meine lieben Kam eraden! Ich möchte Euch nun zu diesem Weihnachtsfest meine herzlichsten Wünsche übermitteln. Ich verspreche Euch, daß, ^{das} was an mir liegt, geschehen soll, um Euch das Leben so angenehm wie möglich zu machen.

Ich glaube, wir können mit dem Verlauf dieses Jahres zufrieden sein. Trotz aller Schwierigkeiten, die sich uns im Osten entgegenstellten, ist es doch so, daß der Sowjet bereits anfängt, matter zu werden. Sein großer Plan, den Durchbruch noch in diesem Jahre zu erzwingen, ist ihm nicht geglückt und wird ihm auch nicht glücken. Den Krieg haben wir gewonnen,

19.12.42

wenn es uns gelingt, das, was wir haben, zu behalten. Der Raum, den unsere tapferen Truppen erobert haben, und der sich weit in Rußland hinein erstreckt, genügt, um das deutsche Volk für tausende von Jahren mit dem zu versehen, worin wir auf dem Gebiete der Notbedürfnisse des Lebens immer am knappsten gestellt waren. Außerdem haben wir jetzt ganz Frankreich, und Frankreich geben wir auch nicht mehr her.

So kann also gar kein Zweifel sein, daß dieses Jahr wirklich mit einem Plus abschließt. Die Sorgen, die wir im vorigen Jahre hatten, haben wir jetzt nicht. Und was sonst in der Welt geschieht, kümmert uns nicht. Angesichts des Aufbauwerkes und der gewaltigen Leistungen, die von uns vollzogen worden sind, können wir in unerschütterlicher Ruhe der Zukunft entgegensehen.

Ich wünsche Euch von ganzem Herzen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr! Ich weiß, viele von Euch, die weit von überall herkommen, denken jetzt an die Heimat, - viele werden sich sagen: ach, wenn wir doch wieder zu Hause wären. Aber es geht Euch so wie uns allen, die wir auf diesen Platz gestellt sind, daß man diese Wünsche jetzt noch zurückstellen muß und nur an das große Geschehen danken darf. Jedenfalls danke ich Euch und wünsche Euch alles Gute.

19.12.42

18³⁰ Der Herr Generalgouverneur begibt sich von der Julfeier auf der Burg zur Weihnachtsfeier der 1. Kompanie des Landesschützen-Bataillons 995 in die Rajeka-Kaserne.

Der Kompaniechef Oberleutnant Duchstein begrüsst den Herrn Generalgouverneur, und Generalleutnant von H ü b e r t h und dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Weihnachtsgaben an die Kompanie.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Ich danke Ihnen, Herr Oberleutnant, für den freundlichen Willkomm, den Sie mir gewidmet haben. Ich bin gern Ihrer Einladung, den vorweihnachtlichen Festabend in Ihrer Kompanie zu verbringen, gefolgt. Ich tat das umso lieber, da für mich das soldatische Leben am 15. Sept. 1939 durch die Berufung auf den Posten des Generalgouverneurs beendet war. Trotzdem aber beschäftigt mich in Weiter-Wirkung des Kriegserlebens ständig die Frage, wozu wohl die Männer meiner Kompanie, die ich damals auf Befehl des Führers verlassen musste, um diese Staatsstellung anzutreten, machen mögen. In Gedanken bin ich bei meiner Kompanie, mit der ich damals im September 1939 von Potsdam ausrückte. Nur noch wenige von denen, mit denen ich damals zusammen war, sind heute noch am Leben; die meisten von ihnen haben ihr Leben geopfert, denn gerade das Regiment, zu dem damals meine Kompanie gehörte, hatte ausserordentlich hohe Verluste. Neulich besuchte mich mein damaliger Unteroffizier,

19.12.42

der jetzt als Oberleutnant die Kompanie übernommen hat. Im Krieg hat aber jeder deutsche Mann, wenn er gesund, stark und kräftig ist, seinem Vaterland als Soldat zu dienen, und auch, wenn er nicht unmittelbar als Soldat tätig ist, muss er soldatisches Empfinden in sich fühlen.

Die Aufgabe, in dem eroberten Gebiet irgendeine Ordnung aufzubauen, wie sie mir der Führer damals gestellt hat, haben wir gelöst. Alles wäre schön und gut, wenn die Schwierigkeiten dieses Krieges auch einmal ein Ende nehmen würden.

Unser heutiges Beisammensein freut mich deswegen ganz besonders, weil ich von Ihnen, Herr Oberleutnant, gehört habe, dass hier eine ganze Reihe von Münchner Kameraden und auch Niederbayern versammelt sind. Diesen Menschenschlag kenne ich sehr gut, bin ich doch in Rottal in die Schule gegangen. Heute soll einmal das bayrische Element den Vorrang haben; ich möchte die Münchner Kameraden daran erinnern, wie wir Münchner Weihnachten zu feiern pflegten: Wer erinnert sich nicht daran, wie am Weihnachtsmorgen von der Peterskirche die alten Trompeter mehr laut als schön ihre Weihnachtschoräle anstimmen, wer von den Münchnern denkt nicht an den Christkindlmarkt am Sendlinger-Torplatz. Jeder hat ein Stück Heimat in die Fremde getragen. Das geht nicht nur den Münchnern und Bayern so, sondern allen Deutschen Stämmen so, die heute im gemeinsamen Ringen dieses Krieges zusammengebannt sind. In diesen Weihnachte-

19.12.42

tagen denken sie alle an Zuhause, mögen sie im Westen oder im Osten in den Schneewüsten Russlands, in der Heimat oder in irgendeiner Kaserne oder auch in Krakau stehen. An diesen Tagen gelten unsere Gedanken unserem Zuhause. Das soll auch so sein, denn das, was für uns das Zuhause ist, ist die Wurzel unseres Volkstums. Dieses Zuhause geschützt haben und diese Heimat vor jeder Bedrohung geschützt wissen, ist das Ziel unseres Ringens.

Es muss einmal Schluss werden mit den Kriegen in Europa, und es muss möglich sein, dass dieses Europa sich unter der Führung der deutschen Nation, der stärksten Nation zu neuer Ordnung zusammenfindet, in der jedes Volk Anteil an den Gütern finden wird. Wir glauben alle, dass dieser Krieg tatsächlich der letzte Krieg in Europa sein wird. Auf Grund der Entwicklung der Lage in den letzten Wochen kann es keinen Zweifel geben, dass der Sieg Deutschlands sicher ist, der im Beharren können in dem Raum, den die deutsche Wehrmacht erobert hat, liegt. Dieser Raum reicht heute von der Wolga bis zu den Pyrenäen und vom Nordkapp bis Tunis. Wenn wir diesen Raum halten können, dann, Kameraden, ist das Leben der deutschen Heimat für tausende von Jahren gesichert. Dann ist dieser Krieg glorreich bestanden und dann wurde kein Opfer umsonst gebracht.

Denkt einmal daran, dass ganz Frankreich sich in unserer Hand befindet, dass die Macht erst kommen muss, die uns Frankreich wieder

19.12.42

abnehmen kann. Es ist zurückgekehrt in den Reichszusammenhang, den es einst unter Karl den Grossen gebildet hat.

Man kann ja im Krieg nicht prophesieren; es kann sein, dass wir noch ein Kriegswihnachten oder auch zwei erleben; ein Wihnachten jedoch wie 1918 werden wir nicht mehr erleben. Es wird nicht vorkommen, dass aus einer Ermattung heraus ein politisch führerlos gewordenes Volk die Waffen niederlegt. Wenn heute ein Siebengescheiter jammernden Tones darauf hinweist, dass die Amerikaner mit ihrer ungeheuren Rüstung aktiv eingreifen, so kann man ihm nur erwidern, auch die Herren Amerikaner werden die deutschen Waffen kennen lernen. Sie sollen sich ja nicht einbilden, dass unser Volk schwächer wird; es wird von Jahr zu Jahr stärker. Ich sage Euch das nicht, weil ich als offizieller Redner so sprechen muss, sondern ich sage Euch das als aufrechter deutscher Mann, der im Generalgouvernement beim Aufbau einer neuen Ordnung gesehen hat, was schon wenige deutsche Menschen aus einem Lande auch unter grauenhaften Verhältnissen machen können. Die Leistungen unseres Volkes und unserer Wehrmacht unter unserer einzigartigen Führung und mit unseren Waffen zeigen sich gerade in diesen Tagen im Osten wieder strahlender denn je. Die Sowjetrussen wollten uns mit ihrer Offensive, die sie jetzt begannen, entscheidend treffen. Es steht aber bereits fest, dass ihr Angriff nicht nur aufgefangen ist, sondern dass unsere Wehrmacht sich sogar im Gegenangriff befindet. Das Schwerste haben wir überwunden.

Im übrigen hat uns der Krieg bis jetzt verwöhnt, da wir dauernd Sondermeldungen

19-12-42

7385

über errungene Erfolge hörten. Jetzt müssen wir einmal unser Beharrungsvermögen zeigen. Und wer die Bayern und Münchner kennt, weiss, dass sie im Beharren grossartig sind.

Meine lieben Kameraden! Ich freue mich wirklich, in Eurer Mitte weilen zu können. Ich bin wieder Soldat unter Soldaten und bin für diese schöne gemeinsame Stunde dankbar. Sicher denkt sich mancher von Euch, ich sitze auf meiner schönen Burg und führe ein ruhiges Leben. So ist dies aber nicht. Mit Sehnsucht denke ich oft an meinen kleinen Bauernhof, an den Schoberhof zurück; denn mit jeder Ehre sind Sorgen verbunden, und diese Sorgen sind bei mir nicht gering. Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Land, in dem 16 Millionen Polen und Ukrainer leben, ein Höchstmass an Nahrungsmitteln erzeugt. Wir haben es fertig gebracht, dass aus dem Generalgouvernement 6hunderttausend Tonnen Brotgetreide ins Reich geliefert werden können. Diese Leistung spricht für den vollen Einsatz der in diesem Raum tätigen deutschen Menschen. Krakau zählt heute 30.000 Deutsche gegenüber 300 vor 3 Jahren. Ich bin überzeugt, dass, wenn der Krieg einmal beendet ist, der eine oder der andere von Euch zu mir ins Generalgouvernement kommt. Er braucht dann nur zu sagen, dass er von München ist oder dass er der 1. Kompanie des Landeschützen-Bataillons angehörte, dann bekommt er von mir einen Bauernhof. So stelle ich mir das vor. Heute gebe ich gar nichts aus der Hand. Die Treuhänder hier im Lande haben die Geschäfte und Betriebe dieses Gebietes

19.12.42

bis zum Kriegsende zu verwalten. Verteilt aber wird erst nach Kriegsende und die ersten Anwärter sind dann unsere Soldaten, die mit der Waffe in der Hand für ihr Vaterland gekämpft haben. Das verspreche ich Euch. Es gibt viele, die das nicht einsehen wollen und die heute, da Tausende von jungen Deutschen ihr Leben einsetzen, verdienen wollen. Das ist nicht nationalsozialistisch.

Zu Weihnachten wünsche ich Euch, dass Ihr Eurer Familie und Eurer Heimat in Freude gedenken könnt und dass Eure Herzen höher schlagen bei dem Gedanken, dass auch Ihr Eure Pflicht tut im Dienste des Führers und Reiches. Wie Adolf H i t l e r, der sein ganzes Leben, seine ganze Kraft und sein Lebensglück unausgesetzt Tag und Nacht uns allen opfert. Diesem Mann müssen wir segnen und vor der ganzen Welt hoch-halten. Er ist das grösste Geschenk, das der ewige Herrgott dem deutschen Volk gegeben hat. Alle seine Gedanken gelten seinen Soldaten und ich spreche nur in seinem Sinne, wenn ich Euch für Euren Einsatz und für Euren Heldenmut Dank sage. Ich wünsche Euch ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.—

Anschliessend spricht Generalleutnant von H ö b e r t h dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank für seine warmherzige Fürsorge für die im Generalgouvernement liegenden Wehrmachtsangehörigen aus und überbringt im Namen der Truppen des Distrikts Krakau die herzlichsten Glückwünsche zu Weihnachten und zum neuen Jahr. "Möge Ihnen die Vorsehung die Kraft geben, auf dem beschrittenen Wege

19.12.42

weiterzugehen, um Ihr grosses Werk auszubauen. Sie sind durchaus nicht auf Rosen gebettet; ich weiss, welche Schwierigkeiten Ihre Arbeit zu überwinden hat".

21⁰⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

21³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatskasino der Regierung des Generalgouvernements zwecks Teilnahme an der Weihnachtsfeier der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements.

Staatssekretär Dr. B ü h l e r begrüsst den Herrn Generalgouverneur bei seinem Erscheinen und spricht ihm den Dank dafür aus, dass er trotz seiner vielen Arbeit zur Weihnachtsfeier der Regierung erschienen ist.

Im Laufe des Abends hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

Ich freue mich sehr, Kameraden und Kameradinnen, noch vor Ende dieses Jahres Euch einige Worte des Dankes und der Anerkennung und der Ausrichtung für die Arbeit des ^{nächsten} ~~letzten~~ Jahres sagen zu können. Das Jahr 1942 wird als eines der schwersten und sorgenvollsten Jahre, die wir je erlebt haben, in die deutsche Geschichte eingehen. Ohne Zweifel trug dieses Jahr die grössten Gefahren in sich, und es konnte infolge mancher Ereignisse erzittern machen bei dem Gedanken an die Gefährdung, die jeder Krieg und ganz besonders dieser Krieg für das Schicksal aller an ihm Teilnehmenden in sich birgt.

19.12.42

Dieser Krieg, der nunmehr in sein Schlusstadium einzutreten scheint, wurde von uns Deutschen im Generalgouvernement stets als der Bringer dieses Landes betrachtet; denn wir sind hier territorial, in unserem Aufbau, in unserer Verwaltung, Führung und Zielsetzung, in den Bedingungen unserer Arbeit ein ausgeprägtes Kriegskind. Das Generalgouvernement wäre nicht, wenn nicht Adolf Hitler den grossen Entschluss gefasst hätte, mit der im Osten des Reiches aufstehenden jungen Macht der sogenannten polnischen Republik eine letzte Entscheidung zu suchen. Das dürfen wir nie vergessen.

Viele, die jetzt in dieses Land hereinströmen, haben keine Ahnung und können sie auch nicht haben von dem Zustand, in dem sich dieses Gebiet bei der Errichtung des Generalgouvernements befunden hat; das Land war völlig zerstört, es gab keine Brücken, keine brauchbaren Strassen, keinen Ansatz von Organisation für staatliches, wirtschaftliches, politisches, soziales oder völkisches Wirken. Alles musste erst aus Schutt und echt polnischem Dreck aufgebaut werden.

Die Verwaltung des Generalgouvernements kann stolz auf ihre Leistungen ^{sein} zeigen, und Ihr alle, die Ihr seit Anfang an diesem Aufbau beteiligt seid, könnt Euch stolz und glücklich preisen, dass Euch der Führer ausersehen hat, an dieser Aufbauarbeit Anteil zu nehmen. Wie schwer eine derartige Aufbauarbeit ist, erkennt man an den schwierigen Verhältnissen einer solchen Neuorganisation

19.12.42

wie sie sich heute weiter im Osten von uns zeigen.

Bei einem Rückblick auf unsere Arbeit muss uns immer wieder die Erkenntnis erfüllen, dass alles, was hier geschieht, durch den Krieg und seine Notwendigkeiten bedingt ist. Das Generalgouvernement ist nicht zu seinem eigenem Spass gegründet worden und es ist nicht mit Sondervollmachten versehen, um ein beschauliches Dasein zu führen, sondern ist als ein Sonderinstrument des Reiches entstanden, um in Anwendung besonderer Verwaltungsformen eine desto intensivere Indienststellung des Landes für Führer und Reich zu ermöglichen. Im allgemeinen ist dieser Grundsatz bei uns im Lande bekannt. Viele, die in dieses Land neu hineingekommen sind, haben sich allmählich an den eigenartigen Charakter dieses Gebietes, seiner Verwaltungs- und Lebensformen gewöhnt; das geht fast automatisch vor sich.

Früher war es ausserordentlich schwer, Mitarbeiter aus dem Reich zu bekommen, da sie sich von der Not, die allenfalls im Generalgouvernement herrschen würde, veranlassen liessen, in der Heimat zu bleiben. Dieses Bild hat sich heute gewandelt. Die Betriebs-treue der Staatsgefolgschaft des Generalgouvernements ist ausserordentlich erfreulich und diese Treue erfüllt mich als Chef dieses Nebenlandes mit besonderer Genugung. Das Beharrungsvermögen der Deutschen im Generalgouvernement ist im Wachsen, wenn auch einige Ansätze vorhanden sein mögen, in den weiteren Bereichen des Ostens Dienst zu nehmen.

Bei der ersten Fahrt in dieses Gebiet von Berlin nach Posen waren wir Ende 1939

19.12.42

1390

bei Beginn meiner Arbeit insgesamt 7 Personen. Diese Zahl hat sich bis heute um ein Vielfaches vertausendfacht. Das Anwachsen der hier in Krakau bei den Zentralstellen tätigen Beamten und Angestellten zeigt am besten die Tatsache, dass die erste Jahresabschlussfeier im Jahre 1939 von mir noch auf der Burg in einem ihrer Säle abgehalten werden konnte, in dem die gesamte damalige Gefolgschaft des Amtes des Generalgouverneurs Platz finden konnte. Heute genügen dafür die sämtlichen Räume des Staatskasinos nicht und dabei wird diese Entwicklung noch gehemmt; denn wenn der Krieg nicht wäre, wenn alle diejenigen, die die Möglichkeit haben, sich im Osten zu betätigen, ihre Absichten auch ausführen könnten und wenn der Krieg, eine Kriegsberufung oder Kriegsaufgabe sie daran nicht hinderte, dann würde der Deutschwerdungsprozess in diesem Raum noch wesentlich schneller vor sich gehen. In Krakau leben heute annähernd 30.000 Deutsche, bei Beginn unserer Arbeit im Jahre 1939 waren es knapp 300. Dieser zahlenmäßige Gegensatz zeigt uns einen erfreulichen Erfolg unserer Durchdringungsarbeit dieses Gebietes mit dem deutschen Führungs-, Verwaltungs- und Lebenselement.

Meine Kameraden und Kameradinnen! Auch für das Generalgouvernement war dieses Jahr sicherlich eines der schwersten und sorgenreichsten. Die Hauptsorge für mich war, ob es uns gelingen würde, die Ernte zu sichern, damit wir uns im Lande selbst ernähren und auch den dringendst geforderten Nahrungszuschuss an das Reich und an die Wehrmacht abgeben konnten. Heute kann ich feststellen, dass unsere Erwartungen auf

1391
19.12.42

diesem Gebiete übertroffen wurden. Der Abschluss der Nahrungsversorgung in diesem Jahr bedeutet für das Generalgouvernement den schlechterdings grössten Triumph seiner Aufbaugeschichte. Wir alle können stolz darauf sein, dass das Generalgouvernement dem deutschen Volk und seiner Wehrmacht für die Kriegsnotwendigkeiten eine Hilfe leistet, die jedes frühere Vorstellungsbild weit übertrifft. Die Führung eines Raumes bewährt sich nicht in schallenden Worten und grossen Proklamationen, sondern schlicht und einfach im Erfolg und in der Leistung. Dieses kann man beim Generalgouvernement auf die Dauer nicht bestreiten und auch nicht ableugnen. Das Generalgouvernement erlebt ein Anwachsen seiner Popularität. Das ganze Reich beschäftigt sich mit ihm. Es geht unendlich viel Gerede durch das Reich über das Generalgouvernement. Wir wollen uns auch daran gewöhnen. Das Neue lockt eben und reizt an. Interessant wird sein, wer nach dem Generalgouvernement dran kommt. Eine alte Erfahrung lehrt, dass die Heimat erst allmählich in einen neuen Lebensrahmen, den ihr der Sieg der eigenen Wehrmacht gibt, hineinwachsen muss.

Sie selbst werden erkennen können, dass die Regierung des Generalgouvernements sich bemüht, immer wieder die Totalität des Inerscheinetretens der Staatsführung und Staatsverwaltung zu betonen. Ich spreche nicht zu meinem Vergnügen von der Einheit der Verwaltung, vom Zusammenhang aller Staatsdiensttätigkeit, vom Einklang aller Dienstleistungen der Staats-

19.12.42

arbeit in einer grossen Gemeinschaft. Mir liegt daran, dass diese Einheit dieser Verwaltung eine Einheit der Gesinnung ist, eine Einheit des Pflichtbewusstseins, eine Einheit der Kampfentschlossenheit und eine Einheit auch der menschlichen Grundhaltungsübereinstimmung. Ich weiss, warum ich dies immer wieder betone. Die Erfahrungen, die man in der alten traditionellen Verwaltungsmaschinerie des Reiches auf dem Gebiete der Aufspaltung der Ressourts, des Auseinanderwachsens der Zentrale macht, zeigen deutlich, dass dieses Vorbild in den neuen Gebieten nicht brauchbar ist. Ich bemühe mich daher unentwegt, - und die Herren der Regierung waren mir dabei wirklich treue Mitarbeiter - das Gesamtstaatsbild dieses Nebenlandes zusammengefügt in Erscheinung treten zu lassen. Dass es da und dort so lächerliche Aussen-seiter, Gurnemanze und G'schaftelhuber gibt, die zunächst nicht mitmachen, ist gleichgültig. Wir holen in die Staatsautorität des Generalgouvernements, die vom Führer selbst bestellt ist, im Laufe der Zeit alle herein und überzeugen sie davon, dass der einheitliche Wille dieses Gebietes entsprechend der einheitlichen Führung des Reiches einheitlich dargestellt und durchgeführt werden muss.

Ich freue mich sehr über den heutigen Abend. Ich möchte gern einmal mit dem einen oder dem anderen von Euch sprechen, möchte ihn nach seinen Wünschen fragen, ob wir noch mehr Theater oder noch mehr Konzerte veranstalten, ob wir die Gehälter erhöhen, die Preise reduzieren oder ob wir öfter zusammenkommen sollen. Ich weiss von den Leistungen der gesamten Gefolgschaft, von den Leistungen der Angehörigen der Regierung,

7393
19.12.42

der Sicherheitsorgane; ich weiss von den Leistungen nicht nur der Krakauer Dienststellen, sondern auch der Angehörigen der Dienststellen der Gouverneure, Kreis- und Stadthauptleute und der vielen anderen Dienststellen des Generalgouvernements. Sie alle sind hier Mitgestalter an dem Werden von etwas absolut Neuem, das uns bis jetzt noch keiner nachgemacht hat. Das Generalgouvernement ist heute noch eine patentierte Sondereinrichtung. Man versucht da und dort, es zu imitieren, aber es ist noch nicht gelungen. Wir sind daher auch sehr stolz.

Beim Überlegen der Beweggründe Eures Hierbleibens kann ich annehmen, dass Ihr im allgemeinen mit Eurer Arbeit, mit dem kulturellen und gesellschaftlichen Leben zufrieden seid; ich nehme auch an, dass Ihr mit Eurer wirtschaftlichen Lage zufrieden sein könnt. Dabei verspreche ich Euch, dass eine Minderung Eurer Bezüge von mir niemals zugelassen wird (starker Beifall). Ihr braucht mir deswegen nicht Beifall klatschen, denn ich nehme an, dass Ihr nicht des Geldes wegen hierher gekommen seid. Ihr müsst Euch auch darüber klar sein, dass wir hier eine toternste Aufgabe zu erfüllen haben. Wenn Sie einige tausend Kilometer nach Osten blicken, dann sehen Sie ein ungeheures Ringen deutscher Männer, die auch zu Hause ihren Beruf haben und die auch Hoffnungen für ihr zukünftiges Leben hegen und die jederzeit den bittersten fortwährenden Lebens-einsatz zu leisten haben, nicht um sich selbst zu verteidigen, sondern um uns alle zu schützen. So mancher Kritiker, der da und dort herumschleicht, soll sich daran erinnern, wie unendlich ernst es heute um das Schicksal Millionen deutscher Menschen geht, wie unendlich ernst dieses Schicksal heute die Menschen rüttelt und zu letzter Verantwortung

19.12.42

aufruft. Es darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob das Generalgouvernement eine Art befriedetes, etappenmäßig verwaltetes oder gesegnetes Land ist. Mit Ingrimm höre ich von den Unzufriedenheitsäußerungen solcher Kritiker und ich habe schon einige Exemplare dieser Unzufriedenen, aus dem Generalgouvernement wieder zurückgeschickt. Wir sind hier nicht, um ein bequemes Leben zu führen, sondern wir sind hier, um in einem Kriegsland in Kriegszeiten Kriegsdienst zu leisten.

Diese Tatsache verbindet uns gegenseitig; wir tragen hier alle irgendwie eine Uniform. Die Uniform des Generalgouvernements ist die Leistung dieses Landes. Unsere Aufgabe ist gänzlich neu und Ihr könnt Euch daher vorstellen, mit wievielen Querköpfen in Berlin ich über die Eigenheiten des Generalgouvernements verhandeln muß. So wie ich mich dabei vor Euch stelle, müßt Ihr Euch vor die Aufgaben des Generalgouvernements stellen, immer daran denkend, daß auf Grund Eures Verhaltens, Eurer dienstlichen und menschlichen Eigenschaften das Gesamturteil über das Generalgouvernement gefällt wird.

Am Ende dieses Jahres wollen wir uns gegenseitig in die Augen sehen und versprechen, daß wir im nächsten Jahr die Leistungen dieses Jahres noch übertreffen und daß wir noch entschlossener sein wollen. Die Aufgabe, die uns im nächsten Jahre obliegt, besteht in erster Linie in einer Intensivierung der Verwaltung, in einem in die Tiefe Hineinarbeiten der Probleme.

Das Generalgouvernement ist in der glücklichen Lage, auf finanziellem und auf nahrungsmäßigem Gebiet unabhängig zu sein; auch in vielen anderen Beziehungen ist eine solche Unabhängigkeit vorhanden. In Eurem

19.12.42

7395

späterem Leben werdet Ihr einmal gern an Euren Aufenthalt im Generalgouvernement zurückdenken und Ihr Krakauer werdet gern an Eure Krakauer Zeit und an die schönen Leistungen zurückdenken, die vollbracht wurden.

Ich werde die Absicht weiter zäh verfolgen, die Stadt Krakau systematisch und allmählich zu einer absolut deutsch geführten Stadt zu machen und jeder einzelne von Euch ist auf diesem Gebiet mein Gehilfe und Mitarbeiter. Ich freue mich, dass Ihr an dem kulturellen Leben der Stadt so regen Anteil nehmt. Den kulturellen Prozess der Deutschwerdung können wir ungestört fortsetzen. Heute kann sich mancher, der sich in diesen Tagen an die Heimat erinnert, aber dorthin nicht reisen kann, sagen, auch in Krakau kann man Heimatempfindungen haben, auch Krakau, Zakopane oder Krynica sind auch ganz schön. Wir können allmählich schon von einer Heimatwerdung deutscher Empfindungen in diesem Lande sprechen. Denkt z.B. daran, dass für die Soldaten die aus dem Osten kommen, Lemberg oder Krakau schon deutsch, schon deutsche Heimat sind.

Wir haben uns die Gemeinschaftsaufgabe gestellt, dieses Land dem Führer als ein reichseigenstes Land aufzubauen. Alles schaut auf uns. Wir können daher auch mit dem alten Trotz, der über die Tagesarbeit hinaus in die ewige Zukunft unseres Volkes schaut, und aus dem Durchdrungen sein unseres eigenen Lebens von den grossen Ereignissen dieser Zeit in unsere

19.12.42

7396

eigenen dienstlichen Sorgen und in unseren Ärger, der keinem von uns erspart bleibt, immer wieder den Zauber bringen, dass das Leben und Wirken in diesem neuen Raum des grossdeutschen Reiches ein stolzes Zukunftssymbol in sich trägt.

Ich bin glücklich, Euch in diesem schönen Raum, dem schönsten Gemeinschaftskasino - möchte ich meinen - einer deutschen Dienststelle im grossdeutschen Raum, in diesem Staatskasino der Regierung des Generalgouvernements aus vollem Herzen danken zu können für die treue Arbeit, die Ihr geleistet habt, für Euren Mut, Euren Einsatz, für Eure Dienstwilligkeit und für das stolze Hinwegschreiten über die Nöte dieses Raumes. Danken möchte ich Euch, dass Ihr Euch stolz zum Deutschtum bekennt, und auch dafür, dass wir in dieser polnischen Flut nicht nur untergegangen sind, sondern stolz und erhaben den Kopf hoch tragen und sagen: soll einer kommen, der uns die deutsche Führung in diesem Raum streitig macht; hier sind wir und hier bleiben wir. Neue Geschlechter werden nach uns kommen und werden dieses Land im deutschen Sinne weiterführen. Niemals aber wird eine Macht kommen, die die deutsche Zeit dieses Raumes beenden wird. Aus diesem grossen Gefühl heraus, in eine grosse Aufgabe hineingestellt zu sein, müsst Ihr Euren Dienst versehen. In diesem Sinne grüsst Euch auch die Heimat. So müssen wir uns bewähren und so werden wir uns auch weiter bewähren.

Mit meinem Dank an Euch alle verbinde ich die Erwartung, dass Ihr Euch auch im

19.12.42

1392

kommenden Jahr wie bisher zu der Sache des Generalgouvernements bekennt und Euren Dienst eifrig verseht. Ich glaube, dass das kommende Jahr nicht so viel Sorgen bringen wird wie dieses Jahr und dass wir auf allen Gebieten das Schwerste überwunden haben. Ich glaube, dass nicht nur, weil ich Optimist bin, sondern weil ich Deutscher bin, der die Kraft seines Volkes kennt. Ich weiss, dass der Krieg gewonnen ist, wenn wir den Raum, den wir jetzt haben, halten.

Meine Kameradinnen und Kameraden, haltet daher den Kopf hoch! Unsere Herzen senden der Heimat einen stolzen Gruss. Lassen wir sie im Dienste Deutschlands immer höher schlagen, halten wir die Augen offen und gehen wir aufrecht in das neue Jahr, im Geiste vor uns die Fahne des deutschen Reiches und die Aufgaben des Generalgouvernements. Ich wünsche Euch als Eurer Chef vom Herzen ein glückliches Fest und sehr gutes neues Jahr.

(Beifall)

Staatssekretär Dr. B ü h l e r:

Herr Generalgouverneur! Wenn Sie von der Treue zur Sache und von der Liebe zum Generalgouvernement gesprochen haben, dann möchte ich hierzu nur erklären, dass diese Treue und dieses Hineinwachsen in das Generalgouvernement fest verbunden sind mit unserer Treue zu Ihrer Person. Sie haben sich in allen schwierigen Situationen für uns eingesetzt, dafür sei

19.12.42

1398

Ihnen unser aller Dank ausgesprochen. Wir werden Treue mit Treue, Einsatzbereitschaft mit Einsatzbereitschaft zu vergelten wissen.

Meine lieben Kameradinnen und Kameraden! Wir stehen im Dienste des Führers, wir wollen deshalb auch des Führers gedenken! Unser Führer Adolf H i t l e r Sieg Heil!

045 Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Sonntag, den 20. Dezember 1942

13⁰⁰ M i t t a g e s s e n .

14⁴⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Weihnachtsfeier des Standorts "Horst Wessel" im Kasinosaal der Ostbahn.

Dortselbst wird der Herr Generalgouverneur durch Standortführer Pg. Kiesche begrüßt. Pg. Kiesche weist in kurzen Worten auf den Sinn der Weihnachtsfeier hin, die vor allem den Volksdeutschen das geben solle, was sie in langen Jahren unter polnischer Herrschaft schmerzlich vermißt hätten.

Der Herr Generalgouverneur hält darauf folgende Ansprache:

Meine lieben Kleinen! Liebe deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen! Es ist mir eine aufrichtige Freude, Euch allen meine herzlichsten Wünsche für das Weihnachtsfest zu überbringen. Ich freue mich ganz besonders, daß es mir möglich ist, in einem Standort an dieser Feier teilzunehmen, der den Namen unseres hochbewährten Vorkämpfers Horst Wessel trägt. Daß in Krakau, dem früheren polnischen Zentrum, diese Volksweihnacht als deutsches Fest begangen werden kann, muß uns alle in diesem Augenblick aufs tiefste beglücken.

Ihr deutschen Mütter, ich danke Euch dafür, daß Ihr den Mut gehabt habt, Eure Kinder in dieses Land zu bringen. Ich freue mich des Leuchtens in den Augen der Kinder, ich freue mich, daß sie in so kindlicher Unruhe und Unrast den Wundern des Lichtes entgegenstarren. Euch Müttern verspreche ich, daß die Sorge für das Leben der Deutschen in diesem Raum mir immer am Herzen liegen wird.

1400

20.12.42

Ich freue mich vor allem über Eure Mitarbeit. Ich weiß, daß Eure Männer den schwersten Dienst versehen. Zum größten Teil sind es ja Beamte und Angestellte der Ostbahn, dieser so ungeheuer wertvollen, ja kriegswichtigsten Transporteinrichtung im großdeutschen Lebensraum. Vier Fünftel des gesamten Nachschubs für die Ostfront gehen über die Ostbahn.

Es ist mir eine große Genugtuung, Euch und Euren Kindern die Gefühle übermitteln zu dürfen, die uns alle in diesem Jahre bewegen. Ich danke Euch dafür, daß Ihr auch im vergangenen Jahre so tapfer in diesem Gebiet ausgeharrt habt. Ich verspreche Euch, daß die Regierung des Generalgouvernements und die Führung des Arbeitsbereiches alles tun werden, um dem deutschen Leben und der deutschen Führung in diesem Raum zum Durchbruch zu verhelfen. Seid herzlichst bedankt und nehmt meine Wünsche für das kommende Jahr entgegen.

16⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

17¹⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf).

Montag, den 21. Dezember 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

16¹⁵ Vorweihnachtsfeier, an der Staatssekretär Dr. Bühler, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh und die früheren Beamten und Angestellten des Ministeramtes sowie Kammergerichtsrat Dr. Keith, Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger und Regierungsrat Gnauck teilnehmen.

21³⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

1402

Dienstag, den 22. Dezember 1942

bis

Donnerstag, den 31. Dezember 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.